

## II. Zweite Sitzung am 28. und 29. März 1946

### Tagesordnung

1. Bericht über die bisherigen Arbeiten des Geschäftsführenden Ausschusses  
Berichterstatter: Abg. Witte  
*[Aufgaben des Geschäftsführenden Ausschusses, Änderungen in der Geschäftsordnung, Einsetzung des Finanzausschusses, Flüchtlingsfürsorge, Verordnung über die Arbeitsdienstverpflichtung, Wahlgesetz für die Verfassungegebende Landesversammlung]*
2. Bericht über die Arbeiten des Haushalts- und Finanzausschusses  
Berichterstatter: Abg. Heißwolf  
*[Allgemeine Finanzlage, Vermögensbesteuerung, Geldüberhang, Finanzausgleich, Stellungnahme des Ausschusses zur Verordnung über die Hauptfeststellung der Einheitswerte, Entschließung des Haushalts- und Finanzausschusses zur allgemeinen finanz- und steuerpolitischen Lage]*
3. Bericht über den Entwurf eines Wahlgesetzes über die Beratende Großhessische Landesversammlung  
Berichterstatter: Abg. Dr. von Brentano  
*[Aufgaben der Vorbereitenden Verfassungskommission, Listenwahl- oder Einmannwahlssystem, Einteilung der Wahlkreise, Anzahl der Abgeordneten, Ermittlung des Wahlergebnisses, Festlegung des Wahlalters]*
4. Stellungnahme zu der Verordnung über die Arbeitsverpflichtungen  
Berichterstatter: Abg. Krüger  
*[Grundlage und Zweck der Verordnung, Entschließung des Geschäftsführenden Ausschusses zur Verordnung über Arbeitsverpflichtung]*
5. Anträge und Anfragen der Fraktionen  
*[u.a. Stellungnahme der Fachminister bzw. -vertreter zur Finanzpolitik: Vermögensfeststellung und -besteuerung, Staatsschuldenproblem; zur Ernährungswirtschaft: Lebensmittelversorgung und -erfassung, Maßnahmen zur Sicherung der Landbewirtschaftung, Bekämpfung der Wildschäden, Preisbildung, Landbeschaffung, Denazifizierung bei Kleingärtnern; zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik: Bekämpfung des Schwarzhandels, Versorgung der Bombengeschädigten, Aufforstung ausgeholzter Wälder, Aufteilung von Waldparzellen für Wohnsiedlungen, Kohlenfrage, Organisation von Reichsbahn und -post; zur Kulturpolitik: aktuelle Situation im Kultusministerium, Kulturpolitik des Staatsministeriums, Gestaltung der Staatsschule, Lehrerbildung; zur Innenpolitik: Bekämpfung der Geschlechts- und Infektionskrankheiten, Beamtengesetz, nächtliche Überfälle auf dem Land, 15%-Klausel des Kreistagswahlgesetzes, Wahl der Landräte]*
6. Entschließungen

7. Wahlen der Arbeitsausschüsse einschließlich des Sonderausschusses für Flüchtlingsfürsorge<sup>56</sup>

Sitzung vom 28. März 1946

Anwesend waren:

[Vorsitzender Dr. Hilpert]

Fraktion der SPD: Herr Knothe, Herr Drott, Herr Heigl, Herr Heißwolf, Herr Locke, Herr Nitsche, Herr Rehbein, Herr Richter, Herr Rupp, Herr Witte, Herr Wittrock, Herr Zinnkann.

Fraktion der CDU: Herr Dr. Köhler, Herr Dr. von Brentano, Frau Epstein, Herr Leitz jr., Herr Leweke, Herr Graf Matuschka, Herr Pauly, Herr Philipp, Frau Sevenich, Herr Trabert, Herr Waßmuth, Herr Wendel.

Fraktion der KPD: Herr Leopold Bauer, Herr Barthel, Herr Diez, Herr Krüger, Herr Rademacher, Herr Schmäser, Frau Wolf, Herr Zängerle, Herr Zeiß.  
Es fehlten und waren entschuldigt die Herren Fisch, Prof. Dr. Krauss und Willmann.

Fraktion der LDP: Herr Schwarzhaupt, Herr Hermann Bauer, Frau Bringezu, Herr Catta, Herr Geiger, Herr Kredel, Herr Dr. Schönwandt, Herr Stetefeld, Herr Weidner, Herr Weinsperger, Herr Wilhelmi.  
Es fehlte und war entschuldigt Herr Dr. Fertsch.

[Vertreter der Regierung:

Minister der Finanzen Dr. Mattes

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring

Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller]

[Vormittagssitzung vom 28. März 1946]

Der Vorsitzende, Herr Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hilpert, eröffnet die Sitzung gegen 10 Uhr mit den Worten:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung des Beratenden Landesausschusses des Staates Groß-Hessen. Ich stelle zunächst fest, daß die Versammlung im Rahmen der Bestimmungen der Geschäftsordnung beschlußfähig ist. Es sind sämtliche Vertreter des Beratenden Landesausschusses erschienen mit Ausnahme von vier Herren, deren Entschuldigung hier vorliegt.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, bitte ich Sie, zunächst die besten Grüße und Wünsche des Herrn Ministerpräsidenten Prof. Dr. Geiler entgegenzunehmen. Wie Sie wissen, hat Herrn Prof. Dr. Geiler, unserem Ministerpräsi-

Wegen der Meldungen über Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms hatte der Geschäftsführende Ausschuß in seiner ersten Sitzung am 2. März 1946 beschlossen, den zuständigen Minister Müller einzuladen. Eine diesbezügliche Aussprache mit Müller und seinen Mitarbeitern hatte in der zweiten Sitzung des Ausschusses mit dem Resultat stattgefunden, umgehend einen Flüchtlingsausschuß zu bilden. Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

denen, besonders daran gelegen, den Beratenden Landesausschuß im Rahmen der Möglichkeiten so schnell wie möglich tätig werden zu lassen. Um so mehr wird er bedauern, daß er an der heutigen ersten Arbeitssitzung unseres Beratenden Landesausschusses teilzunehmen nicht in der Lage ist. Der Herr Präsident hat sich gestern einer immerhin nicht unbedenklichen Operation unterziehen müssen und wird demzufolge wohl einige Tage an der Ausübung seines Amtes behindert sein<sup>57</sup>. Ich darf wohl Ihr Einverständnis annehmen, wenn ich auch in Ihrem Namen dem Herrn Ministerpräsidenten eine recht baldige und endgültige Genesung wünsche.

(Beifall)

Ich danke Ihnen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung noch kurz einige geschäftliche Mitteilungen. Der Herr Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, Herr Landesrat Witte, wie auch die übrigen Herren des Geschäftsführenden Ausschusses sind mit mir darin einig geworden, daß wir um 1 Uhr eine Mittagspause einlegen, damit den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden kann, sich zu beraten, und daß wir um 3 Uhr unsere Beratungen fortsetzen mit dem Ziel, sie um 6 Uhr zu beenden, weil das Kabinett heute abend noch eine außerordentliche Kabinettsitzung abhält. Morgen vormittag würde ich Sie bitten, um 9 Uhr pünktlich zu beginnen und sich rein magentechnisch so einzurichten, daß wir in der Lage sind, möglichst durchzuverhandeln. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, und ich erteile dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, Herrn Landesrat Witte, das Wort zu seinem Bericht.

Herr Witte (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Beratende Landesausschuß hat in seiner ersten Sitzung die Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses getätigt. Der Geschäftsführende Ausschuß ist die Verbindungsstelle zwischen dem Staatsministerium und dem Beratenden Landesausschuß. Seine Aufgabe besteht nach § 8 unserer Geschäftsordnung darin, den Verkehr mit dem Staatsministerium und den anderen Behörden zu pflegen. Er vertritt den Landesausschuß, während dieser nicht versammelt ist, in allen Fragen organisatorischer Art und regelt die Tätigkeit der anderen Ausschüsse. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei der Fülle der Fragen, die auf uns einstürmten, in unserer ersten Sitzung uns zunächst mit der Geschäftsordnung, wie sie uns in der ersten Sitzung vorgelegt wurde, beschäftigt haben.

Ich glaube, ohne Unterschied der Partei sind wir uns alle einig, daß wir noch ein gut Stück Weg von einer wahren Demokratie, wie wir sie uns vorgestellt haben, entfernt sind und daß auch unsere Volksvertretung sich nicht so halten kann, wie das in einem demokratischen Staat unbedingt erforderlich ist. Aus diesen Gründen heraus haben wir eine ganze Reihe von Paragraphen umgestellt und dem Staatsministerium zugeleitet, um dann auf dem Wege der Verhand-

<sup>57</sup> Ministerpräsident Geiler litt an einer Karbunkulose. Regierungspräsident Bergsträsser vermerkt in seinem Tagebuch am 21. März 1946: „Der arme Geiler hat Furunkel.“ Vgl. Bergsträsser, Befreiung, S. 106.

lungen etwas mehr Freiheit, Selbständigkeit und auch Verantwortlichkeit für den Beratenden Landesausschuß herauszuholen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß wir nicht frei sind, sondern daß wir uns einmal danach richten müssen, was der Kontrollrat anordnet, und daß wir uns ferner danach richten müssen, was die Militärregierung von uns verlangt. Es geht nicht im berühmten Zeitlupentempo, sondern es geht im Tempo, sagen wir einmal, der Gegenwart. Infolgedessen kommen wir sehr oft in die Verlegenheit, schnell handeln zu müssen, damit Entwürfe und dergleichen rechtzeitig wieder an die Militärregierung oder den Kontrollrat in Berlin zurückkommen.

Insbesondere waren es verschiedene Paragraphen, mit denen wir uns beschäftigt haben und die wir dem Staatsministerium zur Änderung vorschlugen<sup>58</sup>.

Zum Beispiel gleich der Paragraph 1. Er sollte von uns aus wie folgt lauten:

„Die Mitglieder des Beratenden Landesausschusses werden nach Vorschlag der politischen Parteien vom Ministerpräsidenten ernannt. Ihre Abberufung ist an die Zustimmung der politischen Parteien gebunden.“

Es heißt weiter unten:

„Der Beratende Landesausschuß ist vom Ministerpräsidenten einzuberufen, wenn der Antrag hierfür vom Geschäftsführenden Ausschuß oder von 18 Mitgliedern des Landesausschusses gestellt wird.“

Dann folgen noch eine ganze Reihe anderer Vorschläge, die in der kurzen Zeit hier nicht im einzelnen aufgeführt werden sollen. Ich halte es für viel wichtiger, wenn ich Ihnen ungefähr den Gang schildere, wie er reihenmäßig sich entwickelte.

Der Herr Ministerpräsident hat den Vorstand des Geschäftsführenden Ausschusses zu einer Verhandlung über unsere Eingabe eingeladen, und wir sind schließlich zu einer Einigung gekommen. Wenn ich vorhin sagte, daß wir nicht frei sind in unseren Entschlüssen, dann zeigt es sich auch hier, daß das Staatsgrundgesetz, das auch so manches enthält, was nicht den Beifall würdiger Demokraten findet, uns im Wege war, da am 30. Juni bereits die Wahlen für die Verfassunggebende Landesversammlung stattfinden sollen. Wir selbst kamen zu der Überzeugung, daß wegen der Kürze der Zeit große Änderungen und schließlich eine Änderung des Staatsgrundgesetzes nicht möglich seien, daher haben wir uns geeinigt, nachdem der Herr Ministerpräsident uns in einem Brief folgende Zusicherungen gegeben hat. Ich will diesen Brief seiner Bedeutung wegen verlesen:

„Auf Grund der Unterredung vom Donnerstag, dem 14. März 1946, mit den Herren des Vorstandes des Geschäftsführenden Ausschusses des Beratenden Landesausschusses Groß-Hessen erlaube ich mir die zwischen uns getroffenen Vereinbarungen wie folgt festzuhalten:

1. Wir erzielten grundsätzlich Übereinstimmung, daß angesichts der Tatsache, daß die bis spätestens 30. Juni zu wählende Verfassunggebende Versammlung gleichzeitig die Funktion des Beratenden Landesausschusses übernehmen wird, eine Änderung des Staatsgrundgesetzes un-

<sup>58</sup> Vgl. dazu das Beschlußprotokoll der ersten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 2. März 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

zweckmäßig ist. Demzufolge herrscht Einverständnis darüber, daß wir lediglich in den Punkten den Abänderungswünschen entsprechen, hinsichtlich deren keine Kollision mit dem Staatsgrundgesetz besteht.

2. Dies vorausgesetzt, wiederhole ich meine verbindliche Erklärung wie folgt:
  - a) Die Mitglieder des Beratenden Landesausschusses werden von mir auf Vorschlag der politischen Parteien ernannt. Eine Abberufung erfolgt jeweils durch mich im Einvernehmen mit der politischen Partei, der der Abzuberufende angehört.
  - b) Der Beratende Landesausschuß wird von mir einberufen, außer auf Grund der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Bestimmung des § 3, wenn dies von dem Geschäftsführenden Ausschuß oder von 18 Mitgliedern des Beratenden Landesausschusses beantragt wird.
  - c) Hinsichtlich des Wunsches des Geschäftsführenden Ausschusses, daß er das Erscheinen der Mitglieder des Staatsministeriums verlangen kann, erkläre ich hiermit, daß auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Kabinetts in der Kabinettsitzung vom Mittwoch, dem 13. März 1946, jeder der Herren Minister auf Wunsch des Geschäftsführenden Ausschusses oder eines Arbeitsausschusses oder eines etwa von Ihnen zu bildenden Sonderausschusses zu der Sitzung erscheinen wird.

Ich bitte um Ihre gefällige Gegenbestätigung.

Sie werden diese Änderungen bereits in der neuen Geschäftsordnung, die Ihnen heute unter Ihren Drucksachen mit vorgelegt wurde, finden, und es ist wenigstens wieder einmal ein ganz klein wenig der zukünftigen Geschäftsordnung des Beratenden Landesausschusses entgegengekommen.

Meine Damen und Herren! Der Geschäftsführende Ausschuß ist ja eine Art Wachbereitschaft, die immer zur Stelle sein muß, wenn es aus technischen Gründen unmöglich oder schwierig ist, das Plenum des Landesausschusses zusammenzurufen. Wir sind verpflichtet, zu jeder wichtigen Verordnung, zu jedem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, vornehmlich auch, wenn die Kürze der Zeit es erforderlich macht. Nun haben wir selbstverständlich einmal zunächst die Fragen herausgegriffen, die unbedingt erledigt werden mußten. So kam als erste Eingabe an uns heran ein Antrag des Herrn Finanzministers auf sofortige Bildung eines Finanzausschusses, um zu den dringenden Finanzfragen Stellung zu nehmen. Wir haben eigentlich damit schon, sagen wir mal, eine Staatssünde begangen, denn auf Grund der alten Geschäftsordnung können die Arbeitsausschüsse erst in Funktion treten, wenn sie durch das Plenum gewählt worden sind. Wir haben zwar in der ersten Sitzung einen Geschäftsordnungsausschuß gewählt, aber die Wahl der Arbeitsausschüsse hatten wir zurückgestellt für die heutige Versammlung. Aber es mußte gehandelt werden, und Sie sehen, wir sind trotz allem auch noch frisch und munter zur zweiten Plenarsitzung erschienen. Der Finanzausschuß hat auch in Übereinstimmung mit dem Staatsministerium getagt, hat aber keine Beschlüsse getätigt, so daß auch den Anordnungen von oben durchaus Rechnung getragen wurde.

Selbstverständlich will ich Sie jetzt nicht mit den Einzelheiten behelligen, denn der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses wird ja von einem besonderen Berichterstatter gegeben, und ich nehme an, daß die Fraktionen dazu

ihre Redner vorschicken, um ihre grundsätzliche Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Aus diesen Gründen heraus haben wir als wichtigste Frage für unsere zweite Sitzung die Frage der Flüchtlingsfürsorge auf die Tagesordnung gesetzt. Sie wissen alle, daß die Flüchtlingsfrage uns außerordentliche Sorge bereitet und daß sie zweifellos zu den brennendsten Fragen gehört. Noch heute steht die Zahl der ankommenden Flüchtlinge nicht fest. 610000 Flüchtlinge sollen in Groß-Hessen aufgenommen werden<sup>51</sup>, und bisher sind erst ungefähr 20 Prozent von diesen 610 000 Flüchtlingen hier eingetroffen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Landräte und Bürgermeister kaum wissen, wie sie die Leute unterbringen sollen. Jetzt geht schon überall ein Hasten und Treiben, ein Suchen los, um den nötigen Wohnraum zu beschaffen, damit die Leute erst einmal unter Dach kommen. Der Herr Arbeitsminister war zu dieser Sitzung erschienen und hat uns in eingehender Weise über das ganze Problem unterrichtet. Wir können sagen, und ich weiß das auch, sagen wir einmal, aus meiner Berufsstellung heraus, daß im Vergleich mit anderen Zonen und im Vergleich mit den Zonen, die südlich von uns liegen, das Arbeitsministerium in Verbindung mit dem Flüchtlingskommissar große organisatorische Vorarbeiten geleistet hat<sup>60</sup>. Aber wie oft im Leben: das Papierne allein nützt nichts, und die Allheilmittel gegen das Leid stehen nicht immer so auf dem Programm, wie das eigentlich notwendig gewesen wäre.

Ich darf allgemein sagen, das ganze Problem der Flüchtlinge ist so gedacht, daß sie zunächst an den Grenzen in ein Auffanglager kommen. Dort soll zunächst eine Registrierung erfolgen, eine ganz gründliche ärztliche Untersuchung, dann eine Aufgliederung nach Berufen, eine Berücksichtigung der verschiedenen Konfessionen. Das sind alles Dinge, die bei der Fürsorge für unser ganzes Volksleben von großer Bedeutung sind, und erst wenn diese Fragen geklärt sind, dann wird nach einem Organisationsplan der Evakuierte abgefertigt und landet dann in dem Land und dem Kreis, der bereits benachrichtigt ist, um dann wieder in ein Auffanglager, in ein Sammellager zu kommen. Hier soll allein Gelegenheit gegeben sein, diesen Flüchtlingsstrom aufzuteilen unter Berücksichtigung der Berufe und Konfessionen.

Meine Damen und Herren! Es ist ja und soll sein eine Heimat für Heimatlose. Die Leute, die hier ankommen, sind, zum Teil wenigstens ihre Vorfahren, 300, 400, 450 Jahre und noch länger in anderen Ländern gewesen. Sie waren also dort verwurzelt und sollen nun in das Mutterland zurück, und da überall

<sup>59</sup> Vgl. Anm. 24.

<sup>60</sup> Witte spielt hier vor allem auf Bayern an, das die Flüchtlingsaufnahme zunächst nicht als staatliche Aufgabe ansehen und dem Bayerischen Roten Kreuz überlassen wollte. Hessen dagegen hatte schon am 27. Oktober 1945 einen Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen eingesetzt. In Zusammenarbeit mit dem ihm vorgesetzten Arbeitsminister gelang es dem Staatsbeauftragten im März 1946, seine Kompetenzen auszuweiten und eine Sonderverwaltung für die Aufnahme der Flüchtlinge einzurichten: Aus dem Staatsbeauftragten wurde ein Staatskommissar, dem hauptamtliche Bezirks- und Kreisflüchtlingskommissare direkt unterstanden. Eine umfassende Darstellung über die Flüchtlingsproblematik in Hessen nach 1945 liefert Rolf Messerschmidt: Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945-1950. Wiesbaden 1994.

durch die Kriegsverhältnisse, durch den ganzen Zusammenbruch, den wir ja dem Führer zu verdanken haben, große Wohnungsnot herrscht, ist es außerordentlich schwer, Platz und Arbeit zu beschaffen. Es ist daher begreiflich, wenn das nicht immer so zugeht, wie es im Interesse der Sache wünschenswert wäre. Denn, auch das muß offen gesagt werden, ein großer Teil der ankommenden Flüchtlinge waren Nazis<sup>62</sup>, zum großen Teil kommen sie an ohne jeden Ausweis. Es muß also hier sehr vorsichtig sortiert werden, und es muß alle Vorsicht angewandt werden, damit es im Ort nicht zu Auseinandersetzungen kommt. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß es das Verkehrteste wäre, wenn unsere Bevölkerung von vornherein sich gegen diese Ankömmlinge feindlich einstellen würde, denn sie suchen eine neue Heimat, und wir müssen Mittel und Wege finden, um ihnen diese neue Heimat so gut wie möglich zu gestalten und sie einbeziehen in das Volksganze. Wir haben darüber eine lebhaftige Diskussion gehabt, und gestützt auf seine Erfahrungen hat jeder seine Angaben gemacht, um das Arbeitsministerium und die Flüchtlingskommissare mit Rat und Tat zu unterstützen. Aber das Problem ist so groß und gewaltig, daß wir das in einer Sitzung nicht behandeln können, und deswegen haben alle vier Fraktionen übereinstimmend beschlossen, der heutigen Plenarsitzung vorzuschlagen, einen Sonderausschuß für Flüchtlingsfürsorge zu bilden, der dem Herrn Arbeitsminister und den Kommissaren mit Rat und Tat zur Seite steht. Es soll immer eine lebendige Verbindung vorhanden sein.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß uns die Flüchtlingsfrage noch manche Sorge bereiten wird, und es wäre sehr erstrebenswert, wenn es dem Länderrat in Stuttgart oder darüber hinaus dem Kontrollrat gelingen würde, manche Milderung dieser Transporte zu erreichen. Ich möchte in meinem Bericht über diesen Punkt auch die Bitte an das Staatsministerium richten, gerade in dieser Frage unablässig bemüht zu bleiben, irgendwelche Vorteile zu erreichen, da das deutsche Volk selbst sich in großer Not befindet.

Eine zweite Sache, die uns ebenfalls große Sorge bereitet, ist die Verordnung über die Arbeitsdienstverpflichtung<sup>63</sup>. Ich will es mir auch hier versagen, Einzelheiten zu schildern, weil auch diese Vorlage so außerordentlich wichtig ist, daß sie zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung gemacht worden ist. Herr

<sup>61</sup> Allein in den hessischen Großstädten Frankfurt, Darmstadt und Kassel waren 75 % der Wohnungen zerbombt. Auch auf dem Land herrschte Wohnungsmangel, weil hier im Krieg evakuierte Großstädter untergebracht worden waren, die aufgrund von Zuzugssperren nicht in ihre Heimatstädte zurückziehen konnten. Dennoch mußten auch die nach Hessen strömenden Flüchtlinge und Vertriebenen überwiegend auf dem Land untergebracht werden. So teilten sich im Oktober 1946 durchschnittlich 1,75 Personen einen Wohn- bzw. Schlafräum. Vgl. Kropat, Stunde Null, S. 210f.

<sup>62</sup> Daß viel mehr Flüchtlinge als Einheimische Nazis gewesen sein sollten, ist ein Vorurteil, das in dieser Zeit sehr verbreitet war. Völlig übersehen wird dabei, daß beispielsweise viele Sudetendeutsche Sozialdemokraten waren und blieben.

<sup>63</sup> Der Entwurf über ein Gesetz zur Arbeitsverpflichtung des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt war dem Geschäftsführenden Ausschuß zur Beratung vorgelegt worden. Das Gesetz stützte sich auf den Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946. Vgl. Anm. 38. Eine Abschrift der Verordnung findet sich im Anhang des Beschlußprotokolls der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 23. März 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

Kollege Krüger wird darüber Bericht erstatten, und ich nehme an, daß auch der Herr Arbeitsminister sich eingehend zu dieser Frage äußern wird. Freude hat sie bei uns allen nicht ausgelöst, aber, meine Damen und Herren, es handelt sich um eine Notmaßnahme, und der Grundgedanke ist, allem voraus muß das Gesamtinteresse dem Aufbau gelten, das heißt dem gesamten Wiederaufbau, und Einzelheiten müssen dahinter zurücktreten. Darüber werden wir uns auch ohne Unterschied der Weltanschauung einig sein.

Meine Damen und Herren! Weiterhin war neben dem Kohlenmangel, mit dem sich der Ausschuß beschäftigen mußte, auch die Vorlage über das Wahlgesetz für die neue Verfassungsgebende Landesversammlung zu beraten, die Landesversammlung, die wir am 30. Juni wählen und die nicht nur die Verfassung beraten, sondern auch sämtliche Aufgaben übernehmen soll, die heute von dem Beratenden Landesausschuß behandelt werden. Diese Vorlage ist an das Staatsministerium als Auflage des Kontrollrates herangekommen. Es wurde ein besonderer Verfassungsausschuß eingesetzt<sup>64</sup>. Die Vorlage wurde uns überreicht. Wir haben keine Möglichkeit gehabt, eingehend dazu Stellung zu nehmen, wir haben nur versucht, sagen wir einmal, zwei Vorschläge zu machen, um bei der Auswirkung der Wahl eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden und in der Volksvertretung eine bestimmte aufbaufreudige und richtunggebende demokratische Versammlung zu schaffen. Wir mußten uns dann aber leider auch wieder dahin belehren lassen, daß es sich um eine Vorlage des Kontrollrates handle, daß die Sache dem Kontrollrat am B. April abgeliefert werden muß und daß sich unsere ganze Mitwirkung darauf beschränke, diese Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Sie sehen also, wir sind von einer wirklichen Demokratie noch ein großes Stück entfernt, müssen uns aber mit diesen Tatsachen abfinden.

Nun, meine Damen und Herren, weiter. Wir haben dann eine ganze Reihe von Eingaben herausgebracht, Eingaben der verschiedensten Art. Wir haben uns im Geschäftsführenden Ausschuß damit beschäftigt und sie entweder über diesen an den Arbeitsausschuß, einen Ausschuß also, den Sie heute zu wählen haben, oder wir haben sie zweckmäßigerweise an das Staatsministerium weiterge-

<sup>64</sup> Den entscheidenden Anstoß dazu gab eine OMGUS-Direktive vom 4. Februar 1946, in der die drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone ersucht wurden, für ihr Land bis zum 22. Februar 1946 die Ernennung einer „kleinen, vorbereitenden Verfassungskommission von Sachverständigen“ vorzunehmen. Deren Aufgabe sollte u.a. darin bestehen, einen Gesetzentwurf über die Wahl einer Verfassungsberatenden Landesversammlung vorzulegen, das notwendige Bücher- und Aktenmaterial für diese Versammlung zusammenzustellen, den Meinungsaustausch anzuregen und auf Parteien, Presse und andere Gruppen dahingehend einzuwirken, Vorschläge hinsichtlich der künftigen Landesverfassung zu unterbreiten. Am 12. März war die Verfassungskommission zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz der Kommission übernahm Ministerpräsident Geiler selbst, seine Stellvertretung Dr. Werner Hilpert. Aus den Reihen des BLA gehörten Leopold Bauer und Dr. Heinrich von Brentano der Kommission an. Sie arbeitete zunächst den Gesetzentwurf zur Wahl der Verfassungsberatenden Landesversammlung aus, der Ende März der Militärregierung vorgelegt werden konnte. Die Sitzungsprotokolle des Vorbereitenden Verfassungsausschusses sind abgedruckt bei Berding, Entstehung, Dokument 5, S. 8ff.



leitet, weil es zum Aufgabenkreis des Staatsministeriums und seiner Vollmachten gehört, darüber zu entscheiden.

Und nun wäre noch eine ganze Reihe anderer Dinge zu besprechen. Wenn Sie sich die Tagesordnung dieser Plenarsitzung ansehen und wenn jeder sagt, daß er hierhergekommen ist, um einmal ordentlich loszulegen, und wenn nun jede Fraktion von ihrem Standpunkt aus zu jeder Tagesordnung sprechen will, dann glaube ich, können wir gleich zusammenbleiben, bis wir durch die Verfassunggebende Landesversammlung abgelöst werden. Also wir wollen uns weise beschränken, und ich möchte mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden selbstverständlich die Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments ausnützen, und zwar ausnützen immer rein sachlich in der Zielstrebung, möglichst der Demokratie entgegenzugehen. Was wir bisher erreicht haben, ist ja nur ein bescheidener Anfang. Aber so, wie ich die Dinge sehe, meine Damen und Herren, brauchen wir den Geschäftsführenden Ausschuß auch zu einer Art Alarm- oder Wachbereitschaft, damit man uns von dem bißchen, was von der Volksvertretung übriggeblieben ist, nicht immer so ein Stückchen nach dem anderen abschneidet. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Interessen der Volksvertretung zu wahren. Wir wollen auch das Ministerium beraten, das Ministerium unterstützen und vor allem, darüber dürfte wieder Einmütigkeit unter uns bestehen, wir wollen das Vertrauen, das uns die Wähler durch unsere Wahl zum Ausdruck gebracht haben, nicht enttäuschen. Das dürfte schließlich eine einheitliche Meinung sein, und unsere Arbeit, die wir im Ausschuß leisten – und das weiß ich auch vom Plenum – soll lediglich den Interessen des Vorwärtsschreitens und des Wiederaufbaues von Groß-Hessen dienen mit der Richtung auf das erstrebte Ziel: Die Wiederschaffung des deutschen Reiches, damit wir aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen heraus eine Politik schaffen, die uns hoffentlich bald wieder zurückführt, sagen wir einmal, in den Kreis der Mächte, die uns jetzt aus dem Kriegsgeschehen heraus noch feindlich gegenüberstehen, mit denen wir uns aber wieder verbrüdern wollen im Interesse der Zukunft von ganz Europa.

(Lebhafter Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Herr Landesrat Witte, ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen, und ich stelle ihn zur Aussprache. Wünscht jemand das Wort? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Bevor wir zum zweiten Punkt unserer Tagesordnung übergehen, möchte ich bemerken, daß es sich in der Frage des Mitwirkens bei dem Entwurf empfiehlt, eine Erklärung abzugeben, die die Ausführungen des Herrn Landesrat Witte etwas zu mildern geeignet ist.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht über die Arbeiten des Haushalts- und Finanzausschusses. Darf ich Herrn Kollegen Heißwolf bitten?

**Herr Heißwolf (SPD):**

Der Herr Vorsitzende des Arbeitsausschusses hat bereits darauf hingewiesen, daß der Haushalts- und Finanzausschuß, wie man zu sagen pflegt, nahezu illegal gezwungen war zu tagen dadurch, daß eine Verordnung und zwei Gesetze des

Staatsministeriums vorlagen<sup>C</sup>, die sofort dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Beratung überwiesen wurden. Der Ausschuß hat sich mit der Verordnung und den zwei Gesetzen des Staatsministeriums eingehend beschäftigt, und von vornherein waren alle Fraktionen darüber einig, daß, bevor derartige weittragende und weitreichende Gesetze dem Haushaltsausschuß oder dem Plenum vorgelegt werden, es eigentlich Pflicht des Staats- und Finanzministeriums wäre, einen Haushaltsplan vorzulegen, damit der Finanzausschuß in die Lage versetzt wäre, darüber zu befinden, inwieweit und nach welcher Richtung hin die Gesetze notwendig und durchführbar seien. Das war der Standpunkt, den alle Fraktionsredner bei unseren Besprechungen eingenommen haben. Der Herr Finanzminister hat uns daraufhin einen Bericht gegeben über die derzeitige Finanzlage, und es wurde insbesondere noch darauf hingewiesen, daß es notwendig und zweckmäßig erscheine, solche einschneidenden Gesetze erst von Reichs wegen durchzuführen und dann erst Gesetze zu schaffen, die für die Staatsregierung maßgebend und richtunggebend sein sollten. Da das leider heute noch nicht möglich ist, müssen wir im Lande Groß-Hessen uns damit begnügen, unseren Haushalt selbst in Ordnung zu bringen zu suchen. Das waren unsere Gedankengänge, denen sich der Herr Minister angeschlossen hat. Es wäre ihm viel lieber, wenn man eine einheitliche Gesetzgebung des ganzen Reiches hätte. Da das aber noch in weiter Ferne liegt und die Instanzen des Reiches noch nicht geschaffen werden können, müssen wir zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Der Herr Finanzminister gab dann einen Überblick über die Vorlage, die aufgestellt worden ist, und über die Gesetze, da es unser Wunsch war, einen Überblick über die gesamte Finanzlage des Staates Groß-Hessen zu bekommen, weil wir auf dem Standpunkt standen, die Vorlage eines Haushaltsplans gebe uns erst die Richtlinien, nach denen wir zu dem Gesetz Stellung nehmen können. Aus dem, was uns der Herr Finanzminister in einer weiteren Sitzung vorgetragen hat, ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Finanzlage derzeit so ist, daß natürlich notgedrungen Gesetze und Verordnungen geschaffen werden müssen, um überhaupt zur Balancierung unseres ganzen Finanzbedarfs zu kommen. Um Ihnen nur einige wenige Zahlen aus dem Bericht des Finanzministers zu sagen, möchte ich darauf hinweisen, daß die Einnahmen aus der Einkommensteuer im Jahre 1944 1642 Millionen Mark betragen, in dem Dreivierteljahr des jetzigen Bestehens des Staates Groß-Hessen betragen dieselben Einnahmen 307 Millionen. Sie sehen daran den krassen Unterschied im Steueraufkommen. Obwohl wir es sehr beklagen, daß durch die Maßnahmen und das Gesetz des Kontrollrats insbesondere die Einkommensteuer in bedeutendem Maße erhöht wird<sup>5</sup>, so daß für die Zukunft mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen

<sup>5</sup> Die genannte Verordnung war die Ausführungsbestimmung zum Gesetz Nr. 13 des Kontrollrats über die Neufestsetzung der Vermögensteuersätze (vgl. Amtsblatt des Kontrollrates 4 (1946), S. 71 ff.). Bei den Gesetzen handelt es sich um das Gesetz über die Vermögensabgabe der ehemaligen NSDAP-Mitglieder sowie das Vermögenszuwachssteuergesetz. Vgl. das Sitzungsprotokoll vom 15. März 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

<sup>6</sup> So durch Gesetz Nr. 12 vom 11. Februar 1946. Vgl. Amtsblatt des Kontrollrates 4 (1946), S. 60 ff.

zu rechnen ist, kann es uns aber trotzdem nicht abhalten, dieser Tatsache ins Auge zu sehen. Aus dem Bericht war auch zu entnehmen, daß glücklicherweise im Laufe der verflissenen drei bis vier Monate eine sukzessive Steigerung der Einnahmen des Staates zu verzeichnen war. Das gibt uns die Hoffnung, daß diese Steigerung sich allmählich weiter in günstigem Sinne entwickeln wird, um so mehr, als die Umsatzsteuer und andere Steuern auch weiter erhöht worden sind, die die Einnahmequellen verbessern werden.

Auf der anderen Seite aber liegen die Dinge doch so, daß die Ausgabeposten zum größten Teil festliegen, an denen wenig zu ändern ist. Sie haben eben aus dem Munde des Herrn Vorsitzenden vom Arbeitsausschuß gehört, daß die Flüchtlingsfürsorge uns insbesondere für die nächste Zukunft große Aufgaben stellen wird, die wir unter allen Umständen zu erfüllen haben werden. Um Ihnen nur zwei Posten der Ausgabenseite vor Augen zu führen, will ich Ihnen sagen, daß für die Ostflüchtlinge ein Betrag von 40 Millionen vorgesehen ist und für Besatzungskosten 68 Millionen. Diese beiden Zahlen liegen ebenfalls fest, an ihnen ist wenig zu ändern, und aus diesen Einnahme- und Ausgabeposten des letzten Dreivierteljahres wird sich ein Fehlbetrag von rund 75 Millionen ergeben. Diesen Fehlbetrag sucht natürlich der Herr Finanzminister durch die Verordnung, die uns im Finanzausschuß beschäftigt hat, zu beseitigen. Inwieweit das gelingt, ist noch nicht zu sagen. Ebenso soll die Verordnung über die Einheitswerte, das Betriebsvermögen und Gesamtvermögen nach Ansicht des Herrn Finanzministers die Möglichkeit schaffen, den entstehenden Fehlbetrag zu decken. Ein weiteres Gesetz über die Vermögenszuwachssteuer und weiter über die Vermögensabgabe der Mitglieder der NSDAP kam in den Sitzungen leider nicht zur Beratung und wurde vertagt, um später dazu Stellung zu nehmen. Der Herr Finanzminister sagte, daß gerade der zu erwartende Fehlbetrag es dem Staatsministerium zur Pflicht mache, dafür zu sorgen, ihn zu beseitigen, um so mehr die derzeitige Finanzlage im allgemeinen so ist, daß auf der einen Seite durch die Kriegseinwirkungen das Volksvermögen reichlich wohl um die Hälfte gesunken ist, während auf der anderen Seite die Reichsschulden sich so vermehrt haben, daß nahezu um zwei Drittel die Reichsschulden die Vermögenswerte des deutschen Volkes übersteigen. Daß wir aus dieser Finanzmisere außerordentlich schwer herauskommen, darüber sind wir einig, aber es wird aller Anstrengungen bedürfen, um dessen Herr zu werden, was uns die zwölf Jahre Naziherrschaft hinterlassen haben. Und aus diesem Grunde heraus, meine Damen und Herren — das ist meine persönliche Meinung, das sage ich nicht im Auftrage des Ausschusses, da die Abgabe des Nazivermögens in den Sitzungen des Ausschusses nicht behandelt werden konnte —, auf Grund dessen, was dieses System uns hinterlassen hat, finde ich es für gerechtfertigt, diese Leute unter allen Umständen mit dazu heranzuziehen, daß sie mit dazu beizutragen haben, dieses Elend einigermaßen zu beseitigen, in das sie, und nur sie uns hineingeführt haben. Vielleicht werden wir in einer der nächsten Sitzungen noch zu dieser Frage Stellung nehmen, und ich hoffe, daß dann ein anderes Resultat erreicht wird.

Ferner hat sich der Ausschuß mit dem derzeitigen Geldüberhang in eingehender Aussprache beschäftigt. Es herrschte ziemliche Einstimmigkeit darüber, daß der Geldüberhang, wie er besteht, Verhältnisse geschaffen hat, die niemand von

uns billigen kann, und es soll eine dringliche Aufgabe sein, in dieser Hinsicht Schritte zu unternehmen, einen geregelten Verkehr und die Wirtschaft wieder auf den Stand zu bringen, wie wir es von früher her gewohnt sind. Wir sind uns alle klar darüber, daß der Geldumlauf, der jetzt 60 bis 70 Milliarden beträgt, wieder auf ungefähr 7 Milliarden, wie er vor dem Kriege bestand, zurückgeführt werden muß. Das wäre nach Ansicht des Ausschusses eine Aufgabe des Finanzministeriums. Der Herr Finanzminister hat schon ausgeführt, daß er sich sehr stark mit diesem Problem beschäftigt hat, aber auch hier läßt wieder die Vierzoneneinteilung eine gerechte und ausreichende Regelung dieser Frage nicht zu. Denn der Staat Groß-Hessen kann nicht allein dazu übergehen, das Geld abzuschöpfen, wenn die anderen Länder nicht mitmachen. Es sollte versucht werden, auch in finanzieller Hinsicht eine einheitliche Linie zu wahren und durchzuführen.

Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig wäre, den Finanzausgleich für das Land Groß-Hessen zu schaffen, und zwar deshalb, weil ja die Gemeinden im Staat auch gezwungen sind, ihren Plan aufzustellen. Der Herr Finanzminister hat wohl davon gesprochen, daß man für die Folge daran denken werde, und er will, wenn möglich, die Gewerbesteuer und Grundvermögenssteuer den Gemeinden ganz überlassen. Aber nach unserem Dafürhalten – der Herr Finanzminister muß uns hierin recht geben – wird es den Gemeinden unmöglich sein, ihre Haushalte nur mit diesen beiden Steuerarten zu bilanzieren. Es wäre dringend notwendig, daß nach Wunsch des Ausschusses eine baldige Regelung erfolgt, damit es den Gemeinden möglich ist, ihre Haushaltspläne in geordneter Weise aufzustellen und durchzuführen. Ebenso notwendig ist aus diesem Grunde die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Land Groß-Hessen, und ich möchte an dieser Stelle nochmals an Sie, Herr Finanzminister, die dringende Bitte richten, uns so bald wie möglich den Haushalt vorzulegen. Wir glauben, daß auf Grund des Zahlenmaterials, das Sie uns im Haushaltsausschuß gegeben haben, es möglich sein wird, uns in nicht allzu ferner Zeit den Haushalt vorzulegen, damit wir dazu Stellung nehmen können, wie das unter den obwaltenden Umständen nötig ist.

Auf Grund dieser allgemeinen Aussprache haben wir dann im Haushaltsausschuß zu der Verordnung der Einheitswerte<sup>67</sup> Stellung genommen, und es bestand Einmütigkeit über die Verordnung über die Hauptfeststellung des Einheitswertes und des Inlandvermögens. Der § 1 wurde auch einstimmig angenommen. Anders war es mit dem § 2 der Verordnung, nach welchem auf die wirtschaftlichen Einheiten in der Land- und Forstwirtschaft auf diese im Jahre 1935 festgesetzten Einheitswerte ein Zuschlag von 30 Prozent eintreten soll. Ein Redner war der Auffassung, daß diese Erhöhung um 30 Prozent für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nicht tragbar wäre deshalb, weil eine Wertsteigerung bei diesen in Frage kommenden Grundstücken nicht vorhanden sei, da in den letzten sechs Kriegsjahren Reparaturen an den Grundstücken nicht vorgenommen werden konnten und deshalb eine Wertminderung eingetreten

<sup>67</sup> Ein Exemplar der Verordnung, datiert auf den 9. Januar 1946, findet sich in HStAW Abt. 507 Nr. 8135c.

sei. Ferner wurde darauf hingewiesen, was geschehen solle mit den Leuten, die Mietgrundstücke haben, von deren Ertrag sie leben. Wenn dann die 30 Prozent Wertzuwachs hinzukämen, wären sie nicht mehr in der Lage, davon zu existieren. Das waren die Gründe, die im Ausschuß gegen den § 2 der Verordnung angeführt wurden. Auch von anderen Rednern wurden Gründe gegen den Zuschlag von 30 Prozent vorgebracht, die die zuerst geäußerten Befürchtungen widerlegen sollten. Es trifft nicht zu, daß eine Wertminderung bei den Grundstücken eingetreten sei, im Gegenteil, die 1935 festgesetzten Einheitswerte wären ja eigentlich überholt, es wäre ja so, daß die damals festgesetzten Einheitswerte unter dem effektiven Wert lägen und daß infolgedessen der Einheitswert die 30 Prozent vertragen könne. Insbesondere wurde angeführt, daß ja diejenigen Grundstücksbesitzer, ob es sich nun um solche auf dem Lande oder in der Stadt handelt, deren Grundstücke noch intakt sind, daß ja diese Besitzer und die Menschen darin viel glücklicher und viel besser daran wären als jene, die durch die Kriegseinwirkungen ihr Hab und Gut verloren haben. Es würde von den letzteren Menschen zweifellos nicht verstanden, wenn man nicht dafür sorgen würde, daß die, die heute noch alles besitzen, mit zur Deckung oder Aufbringung herangezogen würden, was all diese Menschen restlos verloren haben. Hinzu käme noch, daß durch die Steuergesetzgebung des Kontrollrates ja die Leute heute auch nicht mehr bis zum letzten herangezogen werden können, da sie ja von dem wenigen, das sie heute mit ihrer Hände Arbeit verdienen, noch die höheren Einkommensteuern zu tragen haben, daß es also unmöglich sei, sie ganz leer ausgehen zu lassen.

Bei der Abstimmung über den § 2 wurde der Zuschlag von 30 Prozent mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen, während die §§ 3, 4 und 5 wieder einstimmig Annahme fanden.

Es liegt hier bereits zu dem § 2 ein Antrag des Herrn Dr. Köhler und seiner Fraktion vor<sup>68</sup>. Meine Damen und Herren! Nach meiner Meinung wäre es nicht nötig, hierzu noch einen Antrag zu stellen, denn wir stimmen ja heute, wie ich annehme, über die Verordnung des Staatsministeriums ab, so daß eine Abstimmung über den hier vorliegenden Antrag des Herrn Dr. Köhler eigentlich überflüssig erscheint. Ich wüßte nicht, nach welcher Richtung hin dieser Antrag noch zu einer Abstimmung gelangen könnte und gelangen sollte. Das nur nebenbei gesagt, und ich kann Ihnen berichten, daß der Ausschuß Ihnen die Annahme der Verordnung, wie sie vom Staatsministerium vorliegt, empfehlen kann.

Der Ausschuß hat sich dann ferner noch kurz beschäftigt mit dem vom Interalliierten Kontrollrat erlassenen Gesetz über die Einkommensteuer und all die anderen Steuerarten. Gewiß, wir sind uns darüber einig, daß wir an den Gesetzen und Verordnungen des Kontrollrates nichts ändern können, wir möchten aber doch nicht versäumen, in einer Entschliebung darauf hinzuweisen, die Staatsregierung möge sich an den Kontrollrat wenden, ob es nicht noch möglich

<sup>68</sup> In dem Antrag forderte die CDU-Fraktion, daß der Zuschlag von 30% für die wirtschaftlichen Einheiten nicht erhoben werden sollte und demgemäß auch der für die Gewerbeberechtigten vorgesehene Zuschlag entfallen müßte.

ist, wenigstens einige Härten, die in diesem Gesetz vorhanden sind, herauszunehmen. Der Ausschuß schlägt Ihnen hierzu folgende EntschlieÙung vor:

„Die Fraktionen der SPD, CDU, KPD und LDP geben zur allgemeinen finanz- und steuerpolitischen Lage folgende Erklärung ab:

1. Grundlegende Voraussetzung für die Vorlage von Steuergesetzentwürfen, besonders solchen, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des deutschen Finanz- und Steuerwesens, der Regelung der Währungs- und Reichsschuldenfrage stehen, ist die Klärung der tatsächlichen Finanzlage sowie die Erkenntnis in die tatsächlich noch vorhandenen volks-, betriebs- und privatwirtschaftlichen Vermögensverhältnisse.
2. Steuergesetzentwürfe können nicht gesondert behandelt werden, wenn sie nicht als Teilstücke einer vorliegenden Gesamtplanung für die Lösung der unter 1. genannten allgemeinen finanz- und währungspolitischen Fragen gelten.

Aus dieser Erkenntnis werden folgende Grundsätze als Voraussetzungen für die Einbringung von Steuergesetzentwürfen aufgestellt:

- a) Steuergesetze der vorbezeichneten Art sollen nur auf Grundlage eines Gebietes durchgeführt werden, das als wirtschaftliche Einheit Deutschlands gelten kann. Wir empfehlen, daß kein einzelnes Land selbständig ein derartiges Gesetz erläÙt.
- b) Für die einzelnen Länder und für die Gesamtheit aller Staatskörper innerhalb der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands sollten Haushaltspläne aufgestellt und vorgelegt werden.
- c) Es muß Klarheit über die künftige Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bestehen.
- d) Daran anschließend muß eine Planung des Finanzausgleichs erfolgen.
- e) Es wäre wünschenswert, wenn durch geeignete amtliche statistische Maßnahmen die tatsächlich noch vorhandene deutsche Vermögenssubstanz festgestellt wird.“

Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen noch kurz einen Überblick über die derzeitige Finanzlage geben, wie sie uns vom Herrn Finanzminister in den Ausschußsitzungen zur Kenntnis gebracht wurde. Es ist zweifellos festzustellen, daß es eine zwingende und dringende Notwendigkeit ist, unter allen Umständen zu einem geordneten und geregelten Haushaltswesen in unserem Staatsgebilde zu kommen. Nur von dieser Grundlage aus können wir dann im Plenum zu all den anderen Fragen, die uns in den nächsten Sitzungen beschäftigen werden, eingehend Stellung nehmen. Denn die Finanzfragen und das Finanzproblem sind das Grundproblem all dessen, über was wir uns unterhalten müssen. Es ist der Ausgangspunkt und Kernpunkt unserer ganzen schaffenden Arbeit, die wir hier im Ausschuß zu leisten gedenken und zu leisten hoffen, und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, wenn auch die Verordnung für manchen eine Härte bedeutet, bitte ich Sie aber doch, dem Beschluß der Mehrheit des Ausschusses Ihre Zustimmung zu geben, weil diese Verordnung dazu dienen soll, den Fehlbetrag der bis jetzt entstanden ist, in unserem Haushalt zu decken. Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich danke dem Herrn Kollegen Heißwolf und möchte, bevor ich das Wort zur Debatte erteile, die Herren Vertreter der Fraktionen bitten, doch dabei gleichzeitig die Anträge mit zu behandeln, die die einzelnen Fraktionen gestellt haben. Es handelt sich dabei um den Antrag der SPD, bei der Militärregierung vorstellig zu werden, daß die im neuen Einkommensteuergesetz enthaltenen Härten aufgehoben werden, dann die beiden Anträge der CDU bezüglich der Einheitswerte; den Antrag der CDU betreffend den Haushalt des Landes Groß-Hessen und noch den Antrag der KPD, der ebenfalls zur Feststellung der Einheitswerte Stellung nimmt. Ich darf zunächst Herrn Dr. Köhler um das Wort bitten.

Herr Dr. Köhler (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine der schwersten Belastungen, die das Hitler-Regime uns hinterlassen hat, ist die allgemeine Finanz- und währungspolitische Lage, die unabsehbare Ausweitung der Reichsschulden und die völlige Unordnung in unseren Geldverhältnissen. Wenn der Geschäftsführende Ausschuß die Ihnen soeben von Herrn Kollegen Heißwolf verlesene Entschliebung zur allgemeinen finanzpolitischen Lage angenommen hat, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Erklärung auf einen Antrag meiner Fraktion, der Fraktion der CDU, zurückgeht. Diese Erklärung bringt diejenigen Grundsätze zum Ausdruck, von deren Beachtung nach unserer Auffassung es abhängt, wie unsere Steuergesetzgebung und die Sanierung der allgemeinen Staatsfinanzen durchgeführt werden können. An der Spitze jeder finanzpolitischen Beurteilung der Verhältnisse von heute muß die Erkenntnis stehen, daß wir Finanzpolitik nicht im Rahmen eines Landes treiben können, sondern daß fundamentale Voraussetzung ist, eine Finanzpolitik auf Basis eines Gebiets zu treiben, das uns allen ohne Unterschied der Partei als wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands vorschwebt.

Über eines müssen wir uns gleich von vornherein klar sein: Das große Faß, aus dem wir früher die Steuer- und Finanzsubstanz geschöpft haben, ist bis auf einen sehr bescheidenen Rest entleert, und dieser Rest ist so kostbar, daß er besonders sorgsam gepflegt werden muß, daß er nicht irgendwohin verträpfeln und verrinnen darf, das heißt, es muß absolute Klarheit darüber bestehen, wie der Rest dieser kostbaren volkswirtschaftlichen Substanz noch verwendet und ausgenutzt werden kann. Deshalb sind wir auch der Meinung – dieser Auffassung haben wir auch in den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses mit Nachdruck Ausdruck gegeben –, daß man es sich sehr überlegen muß, Steuergesetzentwürfe zu behandeln und zu verabschieden, bevor man nicht die Gewißheit hat, zu welchen Auswirkungen diese einzelnen Entwürfe führen, das heißt, um es deutlicher zu sagen, wieweit es sich um Steuergesetze handelt, die in einem unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit der Lösung der großen entscheidenden Frage der Reichsschulden und der Neuordnung der Geldverhältnisse stehen. Solange man nicht Klarheit darüber hat, wie diese großen Probleme zu lösen sind, müssen wir außerordentlich vorsichtig sein und deshalb ist auch, darüber gebe ich meiner besonderen Freude und unserer großen Genugtuung Ausdruck, seitens aller Fraktionen Einstimmigkeit erzielt worden, daß erst einmal Klarheit geschaffen werden muß darüber, wie die allgemei-

ne Finanzpolitik gestaltet werden soll, ehe man an die Verabschiedung einzelner Gesetzentwürfe herangeht.

Und nun ein Wort im besonderen zu der Frage der Verabschiedung der Verordnung über die Neufeststellung der Vermögenswerte. Herr Kollege Heißwolf hat Kritik daran geübt, daß meine Fraktion noch einen besonderen Antrag eingebracht hat. Ich kann die Berechtigung dieser Kritik nicht anerkennen, denn das würde ja praktisch bedeuten, wenn im Ausschuß irgendein Beschluß gefaßt worden ist, daß dann das Plenum seinerseits nicht mehr die Möglichkeit hätte, an diesem Beschluß irgendeine Änderung vorzunehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Kollege Heißwolf, daß das in Wahrheit Ihre Meinung ist, denn das würde ja bedeuten, der Souveränität des Plenums vorzugreifen.

Sodann noch folgendes: Die Verordnung, die der Herr Finanzminister uns vorgelegt hat über die Neufeststellung der Einheitswerte, ist — darüber kann kein Zweifel bestehen — ein zwangsläufiger Ausfluß des neuen Vermögensteuergesetzes beziehungsweise der Erhöhung der Vermögensteuer auf Grund der Anordnung des Kontrollrates. Das soll aber nicht heißen, daß der vom Herrn Finanzminister vorgeschlagene Zuschlag von 30 Prozent etwa eine Zwangsläufigkeit aus der vom Kontrollrat erlassenen Verordnung über die Vermögensteuer darstellt, sondern dieser Zuschlag von 30 Prozent entspringt der eigenen Initiative des Herrn Finanzministers. Wir halten die Einführung eines solchen Zuschlages von 30 Prozent nicht für richtig und gehören zu denen, die, wie bereits der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, sich gegen die Einführung eines solchen Zuschlages gewendet haben. Wir gehen dabei von der einfachen Feststellung aus, daß die Grundlage für die Festsetzung von Einheitswerten bekanntlich deren Ertrag ist. Wir sind der Meinung, daß in den letzten zehn Jahren irgendeine Ertragssteigerung aus Liegenschaften aller Art in Deutschland nicht zu verzeichnen ist, weder aus Liegenschaften in der Stadt, geschweige denn auf dem Lande, und insofern entfällt nach unserer Meinung sachlich die Voraussetzung für die Einführung eines Zuschlages. Wenn seitens des Herrn Berichtstatters hervorgehoben worden ist, daß seinerzeit die Einheitswerte an und für sich nicht besonders hoch festgesetzt worden seien, so ist das ein Einwand, den ich in keiner Weise bestreite, aber auf der anderen Seite wird ja nicht zu leugnen sein, daß der Substanzwert aller Liegenschaften in den letzten zehn Jahren auf keinen Fall eine Verbesserung, sondern im Gegenteil nur eine wesentliche Verschlechterung erfahren hat, so daß insoweit die zweifellos in manchen Fällen mit dem Stand vom 1. Januar 1935 vorgenommene Einheitsbewertung damals etwas niedrig gewesen sein mag, aber infolge inzwischen eingetretener Substanzverluste nunmehr dem tatsächlichen Stand der Dinge durchaus entspricht.

Aber es sind nicht allein diese ökonomischen Erwägungen, die uns dazu geführt haben, Bedenken gegen die Einführung des dreißigprozentigen Zuschlages auszusprechen. Wir haben bei unseren steuerpolitischen Erwägungen gewissermaßen die Meinung der Welt, und in bezug auf die Auswirkung der Beschlüsse ebenfalls die Meinung der Welt zu berücksichtigen, und es liegt kein Anlaß vor, uns in der Meinung der Welt den Anschein zu geben, als ob das deutsche Volk in seinem Substanzvermögen unangetastet wäre. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß die Einführung eines Zuschlages von 30 Prozent eine Fiktion von



dem Umfang und inneren Wert des deutschen Volksvermögens in der Welt aufkommen läßt, der in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Ferner ist folgendes zu bedenken: Es gibt doch eine ganze Reihe unserer Mitbürger, die beispielsweise als Besitzer von Wohn- und Hausgrundstücken, etwa in Arbeitersiedlungen, ein Objekt von 10 000 bis 15 000 Mark ihr eigen nennen, das das Ergebnis langwieriger Entsagung und Aufbauarbeit darstellt. Bei 10 000 Mark bleibt nach wie vor die Freigrenze für die Vermögensteuer. Tritt ein Zuschlag von 30 Prozent hinzu, so wird der Inhaber eines solchen Haus- und Wohngrundstückes im Werte von 10 000 Mark in Zukunft 30 Mark Vermögensteuer zu zahlen haben, und wenn das Objekt noch größer ist, dementsprechend mehr. Wir können also nicht umhin, hier auch auf die soziale Seite dieser Dinge mit Nachdruck hinzuweisen. Im übrigen müssen wir auch daran denken, daß die Einführung eines solchen Zuschlages von gewissen allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht ganz zu trennen ist. Meine Damen und Herren! Es liegt mir hier ein Schreiben des Herrn Ernährungsministers und Landwirtschaftsministers vor, in dem es heißt:

„Ich habe gegen die vorgesehene Erhöhung der Einheitswerte um 30 Prozent, soweit es sich um land- und forstwirtschaftliche Betriebe handelt, erhebliche Bedenken bereits geltend gemacht und auch Bedenken dagegen, daß der Zuschlag auf 30 Prozent bemessen wird. Ich gehe hierbei von der Voraussetzung aus, daß es unter allen Umständen vermieden werden müßte, steuerliche Maßnahmen durchzuführen, die zu einer Verteuerung des Bodens führen könnten.“

Ich begnüge mich mit der Wiedergabe dieser höchst autoritativen Äußerung, ohne einen weiteren Kommentar hinzuzufügen. Soviel zur Begründung unseres Antrages, es für die Erhebung der Vermögensteuer bei den Einheitswerten vom 1. Januar 1935 ohne Erhebung eines Zuschlages zu belassen.

Unser Antrag behandelt aber noch eine zweite Frage. Bei der Vermögensfeststellung, die ja bekanntlich nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes erfolgt, wird auch bei Sparkonten und so weiter ein bestimmter Betrag von der Vermögensfeststellung freigelassen. Dieser Betrag hat bisher 1000 Mark betragen und ist in der Verordnung des Herrn Finanzministers auf 100 Mark herabgesetzt worden. Es ist nach unserer Auffassung einfach ein Gebot sozialer Erwägungen, es bei den 1000 Mark wie bisher zu belassen und den Freistellungsbetrag nicht auf 100 Mark herabzusetzen. Ein diesbezüglicher Antrag im Finanzausschuß hatte Ablehnung gefunden, und deshalb erneuern wir diesen Antrag heute in aller Form.

Soviel über unsere Stellungnahme zu dem Verordnungsentwurf über die Feststellung der Einheitswerte. Ich darf mich im übrigen noch einmal dem Wunsche des Herrn Berichterstatters dahingehend anschließen, wie dringend erforderlich es ist, daß uns seitens des Finanzministeriums nunmehr formelle Unterlagen über die Finanzlage des Staates zur Verfügung gestellt werden. Es war außerordentlich dankenswert, und wir haben uns gefreut, daß der Herr Finanzminister zum ersten Mal im Finanzausschuß uns Aufschluß über die Finanzlage des Staates Groß-Hessen gegeben hat. Aber ich glaube, es ist doch eine Selbstverständlichkeit, nachdem wir nunmehr einen Beratenden Landesausschuß haben, den Mitgliedern dieses Beratenden Landesausschusses eine derartige Über-

sieht über die Finanzlage des Landes, das heißt über den Stand der bisherigen Einnahmen und Ausgaben, nunmehr auch in aller Form als Drucksache, wie man es früher nannte, oder jetzt in der Form der Vervielfältigung zur Verfügung zu stellen. Wir sind darüber hinaus auch noch der Auffassung, daß es dringend erforderlich ist, dem Lande einmal Rechenschaft darüber abzulegen, welche Kosten die Regierung des Landes erfordert. Daß wir eine Regierung brauchen und uns freuen, eine nach dieser Richtung hin so tatkräftige Regierung zu haben, darüber, meine Damen und Herren, ist ja kein Zweifel. Aber ebensowenig kann es einem Zweifel unterliegen, daß jedermann im Lande wissen muß, was diese Regierung kostet und, Herr Finanzminister, ich richte an Sie den dringenden Appell, und in diesem Sinne lautet auch unsere Anfrage, wenn nicht noch im Laufe dieser Tagung, dann sicher aber in der nächsten uns eine Übersicht vorzulegen über die Kosten des Staatsministeriums, getrennt nach den einzelnen Ministerien. Wenn ich richtig unterrichtet bin, befindet sich ja in jedem Ministerium ein Referent, so daß es also möglich sein müßte, uns darüber Zahlen zur Verfügung zu stellen, nicht allein, um diese Zahlen zu kritisieren — das Recht bleibt uns vorbehalten, das ist selbstverständlich —, aber den berufenen Vertretern der hessischen Öffentlichkeit und den Mitgliedern des Beratenden Landesausschusses die Möglichkeit zu geben, wie finanzpolitisch die Kosten des Regierungsapparates zu beurteilen sind.

Und zum dritten möchte ich seitens meiner Fraktion den dringenden Appell an Sie richten, uns sobald wie möglich die Unterlagen für den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946/47 vorzulegen, um so mehr, als ja dazu gemäß Artikel 9 Absatz 2 des Staatsgrundgesetzes die Verpflichtung besteht. Soviel zur Begründung dieses Antrages meiner Fraktion.

Abschließend noch ein Wort zu den Steuererhöhungsverordnungen des Kontrollrates. Es besteht die Absicht — wir haben darüber im Haushalts- und Finanzausschuß gesprochen —, eine einheitliche Erklärung der Fraktionen herbeizuführen. Entwürfe sind augenblicklich im Umlauf und im Austausch, und ich hoffe, daß es auch im Laufe des Tages gelingt, zu dieser Frage eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen. Es ist nach meiner Auffassung nicht nur Pflicht, sondern auch das Recht des Beratenden Landesausschusses, seiner Meinung darüber Ausdruck zu geben, ob und inwieweit diese finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen des Kontrollrates den tatsächlichen Möglichkeiten Rechnung tragen. Das ist und braucht keine Kritik zu sein, sondern diese unsere gemeinsame Stellungnahme soll unsere berechtigten und tiefen Sorgen darüber zum Ausdruck bringen, daß die Steuerverordnungen des Kontrollrates zu sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen führen, die man zum mindesten als bedenklich bezeichnen muß. Das, meine Damen und Herren, stelle ich als das Recht einer parlamentarischen Vertretung fest, und ich habe die feste Überzeugung, daß auch der Kontrollrat dem Ausdruck einer solchen Sorge Verständnis und Würdigung entgegenbringen wird. Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch unserer Meinung darüber Ausdruck geben, daß es notwendig ist, so schnell wie möglich an die Regelung des Geldüberhanges heranzugehen". Die Meinungen darüber,

<sup>69</sup> Die während des Krieges eingetretene ungeheuere Geldmengenvermehrung, die mit einer großen inneren Staatsverschuldung einherging, stand in keinem Verhältnis zum verfügba-

wie dieses vordringlichste aller Finanzprobleme zu regeln ist, nämlich das Mißverhältnis zwischen Geldfülle und Warenangebot auszugleichen, sind gewiß nicht einheitlich. Aber ich darf Sie, Herr Finanzminister, fragen: Sie bekennen sich zweifellos zu der Eingabe vom 21. Februar 1946<sup>70</sup> an den Finanzoffizier' der Militärregierung? In dieser Eingabe des Herrn Finanzministers heißt es:

Die Blockierung des Geldumlaufs würde weiter eine schwere Verletzung des Rechtsgefühls einschließen. Wie ich schon in meinem Artikel<sup>72</sup> andeutete, ist zwar der angebliche Versuch einer Lösung des Währungsproblems durch Blockierung sehr einfach und bequem. Es erscheint mir aber besser, den Kopf etwas anzustrengen und dafür eine gerechte Finanzpolitik zu treiben, als aus Denkfaulheit größtes Unrecht zu begehen<sup>73</sup>.

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß der großhessische Herr Finanzminister Andersdenkende und Leute, die in Finanzproblemen eine andere Meinung vertreten, in dieser Weise kennzeichnet. Ich kann darüber nur meinem Bedauern und meinem Befremden Ausdruck geben.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Herr Kollege Rehbein.

**Herr Rehbein (SPD):**

Meine Damen und Herren! Die Aussprache im Finanzausschuß über die Maßnahmen der Regierung veranlaßt mich, hier einige Ausführungen darüber zu machen. Alle steuergesetzlichen Maßnahmen sind ja mehr oder weniger durch den Kontrollrat notwendig geworden. In der Aussprache hat sich ergeben, welch ungeheure Not die Nazipolitik über Deutschland gebracht hat und daß nun

ren Warenangebot mehr und erforderte währungspolitische Maßnahmen, um die negativen Folgen dieses Geldüberhangs, wie sinkende Arbeitsmoral, Schwarzmärkte und Warenhortung, zu unterbinden.

<sup>70</sup> Bei der genannten Eingabe handelt es sich um eine grundsätzliche Stellungnahme des Finanzministers zum Währungs- und Schuldenproblem. Ein Exemplar davon findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 3131.

<sup>71</sup> Das Office of Military Government Land Greater Hesse (OMGH) als oberste Militärregierungsstelle für das Land Hessen gliederte sich in einzelne Abteilungen (Divisions) mit bestimmten Aufgabengebieten, so unter anderem die Finance Division, deren Offiziere für Währungsfragen, die öffentlichen Haushalte und die Überwachung des Geld- und Bankwesens zuständig waren. Nach der Bildung eines deutschen Finanzministeriums im Oktober 1945 beschränkte sich die Finance Division auf Aufsichtsfunktionen. Vgl. Emig/Frei, Military Government, 372f.

<sup>72</sup> Finanzminister Mattes meint seinen in Nr. 13 des „Wiesbadener Kurier“ vom 13. Februar 1946 erschienenen Artikel „Die Abwertung der Reichsschuld“, in dem er ebenfalls schon die maßgeblichen Gesichtspunkte darlegte, die nach seinem Dafürhalten dem zukünftigen Finanz- und Währungsprogramm zugrunde zu legen seien, und zugleich das notwendige Steuerprogramm in seinen Hauptpunkten erörterte.

<sup>73</sup> Mattes hatte in seiner Eingabe zum Problem der Blockierung des Geldumlaufs vorher ausgeführt, daß eine künstliche Verknappung des Geldumlaufs durch eine Blockierung des Giral- und des Bargeldes durchaus zu sinkenden Preisen bei den am Schwarzmarkt bisher angebotenen Mangelwaren führen könne. Sinkende Preise gestatteten jedoch nicht einer größeren Bevölkerungszahl wie bisher den Erwerb von Schwarzmarktsgütern, da die angebotene Warenmenge sich als Folge der Währungsmanipulation nicht erhöhen würde. Somit würde das nach wie vor knappe Warenangebot nur noch einer kleinen Bevölkerungsschicht zugute kommen, die zur Zahlung der jeweiligen Spitzenpreise in der Lage sei.

die Kosten dieses Krieges bezahlt werden müssen. Darüber waren sich alle Herren im Finanzausschuß klar. Es stimmt, was der Herr Vorredner gesagt hat, es besteht allgemein die Auffassung, daß es notwendig ist, einen einigermaßen geordneten Haushaltsplan vorzulegen. Daß dies bei der Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist, nicht von heute auf morgen möglich ist, haben wir ja aus dem Munde des Herrn Finanzministers gehört. Es sind verschiedene Auffassungen im Finanzausschuß zum Ausdruck gebracht worden, und zwar ob überhaupt eine Klärung der gesamten Finanzlage herbeizuführen ist oder ob es notwendig ist, wie man so sagt, den Staatsbankrott zu erklären. Wir sind der Auffassung gewesen, daß wir den Staatsbankrott auf jeden Fall vermeiden müssen und daß mit allen Mitteln, die uns gesetzlich zur Verfügung stehen, versucht werden muß, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Steuervorlagen, die uns seitens des Kontrollrates zugestellt wurden, sind zwangsläufig. Wir können wohl die Regierung beauftragen, diese oder jene Erleichterung zu erreichen zu suchen, aber viel werden wir dabei nicht herausholen.

Bezüglich der Verordnung, die hier über die Einheitswerte vorgetragen wurde, sind die Meinungen verschieden. Die steuergesetzlichen Maßnahmen, die jetzt gegen alle Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden, sind hart. Wenn ich bedenke, daß in den Städten große Teile der Einwohnerschaft alles verloren haben, dann ist es doch wohl gerecht, wenn man auf der anderen Seite verlangt, eine gerechte Verteilung der Steuern, die jetzt schwer auf dem Volk lasten, durchzuführen, und ich kann mich deshalb nicht ganz den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen, eine Erhöhung des Einheitswertes vom 1. Januar 1935 um 30 Prozent abzulehnen. Jeder, der weiß, wie niedrig damals die Festsetzung der Einheitswerte vorgenommen wurde, muß zugestehen, daß das ja nicht die Verkaufswerte waren, sondern daß der Einheitswert auf den Ertrag berechnet wurde und daß bei städtischen Grundstücken – ich nehme Mietgrundstücke heraus – die Einheitswerte im Verhältnis zum Ertrag in vielen Fällen zu niedrig waren. Nun sagt der Herr Vorredner, daß das von bäuerlichen Grundstücken nicht behauptet werden könne, da ja der Ertrag des Grund und Bodens in den letzten Kriegsjahren sich nicht erhöht habe, sondern daß im Gegenteil der Ertrag des Grund und Bodens zurückgegangen sei. Zugegeben werden muß, daß in den Kriegsjahren der Boden sehr ausgenutzt werden mußte. Auf der anderen Seite muß aber festgestellt werden, daß in den meisten Fällen nichts verloren gegangen ist, und ich sehe auch nicht ein, weswegen man mit Rücksicht auf ausländische Völker nicht einen Entschluß fassen könnte, der dem Ertrag der Steuern zugute käme. Ich kann nicht verstehen, daß das Ausland meinen könne, es ginge uns nun sehr gut, weil wir diese steuerliche Belastung des Grund und Bodens vornehmen. Wir befinden uns in einer Notlage, und man kann hier auch nicht von einer Sonderbesteuerung reden, sondern es ist eine steuerliche Gerechtigkeit. Wenn man bedenkt, daß bei jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten rücksichtslos die Steuererhöhung durchgeführt wird, so muß man auf der anderen Seite es jenen zumuten können, die noch alles besitzen. Und könnte man nicht für Härten einen Ausgleich schaffen? Wenn die Zahlungsunfähigkeit eines Steuerschuldners für diese 30 Prozent feststeht, dann werden Sie auch Möglichkeiten finden, hier einen Ausweg zu schaffen und Gerechtigkeit walten zu lassen. Daß man einen ganzen großen Komplex, es

sollen ja alle Bauern sein, nun einfach aus einer steuergesetzlichen Maßnahme herausnimmt, können wir nicht einsehen. Wir wollen vor allem Gerechtigkeit. Wir müssen das Steuersystem anspannen, um Dinge zu beseitigen, die wie ein Damoklesschwert über uns schweben. Es kommt uns nicht darauf an, nun alle Bestrebungen zu verhindern, die darauf hinausgehen, die Steuergesetze zu mildern, und deshalb sage ich, es muß jeder Versuch unternommen werden, die Finanzen, die ja das Erste im Staate sind, in Ordnung zu bringen, und für die Fürsorgeempfänger, für diejenigen, die nun gar nichts mehr besitzen, einzutreten. Das ist unsere Meinung.

Ich möchte noch zu dem Antrag 7 vom 23. März 1946 kommen:

„Die Staatsregierung wird gebeten, bei der Militärregierung vorstellig zu werden, daß im neuen Einkommensteuergesetz enthaltene Härten (Wegfall der Anrechnung von Werbungskosten) aufgehoben werden.“

Diese Werbungskosten, zum Beispiel Ausgaben zur Erreichung des Arbeitsplatzes, besondere Aufwendungen für Sozialabgaben und dergleichen, belasten insbesondere die arbeitenden Schichten. Es ist unseres Erachtens nur gerecht, wenn hier versucht wird, bei der Militärregierung zu erreichen, daß diese Werbungskosten, die bei der Berechnung der Einkommensteuer wegfallen sollen, wieder einbezogen werden in die neue Steuergesetzgebung.

Wir haben ferner die folgende EntschlieÙung eingebracht:

„1. Der Beratende Landesausschuß hält die sofortige Stilllegung der Notenpresse zur Deckung eines Teiles der Besatzungskosten sowie namentlich auch zur Deckung der Fehlbeträge von Eisenbahn und Post für die vorrangigste Forderung im Interesse der Stabilisierung der Währung.

Der Beratende Landesausschuß bittet insbesondere die amerikanische Militärregierung, bei den übrigen Besatzungsmächten darauf hinzuwirken, daß die Ausgabe von Militärgeld eingestellt und das im Umlauf befindliche, zu unerwünschten Unterbewertungen der Reichsmark Veranlassung gebende Militärgeld raschestens eingezogen wird.

Der Bedarf der Besatzungsmächte muß in Reichsmark aus ordentlichen Haushaltseinnahmen aufgebracht werden.

2. Solange nicht durch Herstellung des Haushaltsausgleichs die Gefahr jeder unproduktiven Geldneuschöpfung beseitigt ist, werden alle zur Verminderung des Bargeld- und Buchgeldumlaufes zu ergreifenden Maßnahmen ein Fehlschlag sein. Es hat keinen Zweck, durch schwerste Opfer der Bevölkerung den Geldumlauf zu vermindern, wenn immer wieder durch unproduktive Geldneuschöpfung der Geldstrom vermehrt wird.

3. Der Beratende Landesausschuß warnt nachdrücklich vor allen als Blockierung bezeichneten Willkürmaßnahmen zur Beschränkung des Bargeld- und Buchgeldumlaufes. Die völlige Sperre der Bankkonten hat sich in der russischen Zone nicht bewährt<sup>74</sup>, sondern zu schwersten sozialen Schädigungen geführt. Jede Blockierungsmaßnahme trifft einseitig die Sparerkreise, die ihr Vermögen nicht in Sachwerten anlegen konnten. Der Beratende Landesausschuß wendet sich nachdrücklich gegen eine Wiederho-

<sup>74</sup> Auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration waren dort im Juli 1945 die Bankguthaben gesperrt worden. Vgl. Nettel, Sowjetzone, S. 134.

lung der Politik in den Jahren 1919-23, die die Lasten des verlorenen Krieges einseitig auf die Sparer unter Schonung der Sachwertbesitzer abwälzte.

4. Der Beratende Landesausschuß ist durchaus dafür, daß zur Ermöglichung einer gerechten steuerlichen Erfassung auch für gehortete Bargeldbeträge ein Umtausch der jetzt umlaufenden Bargeldzeichen in neue angeordnet wird. Er hält es weiter für geboten, daß bei Einzahlung außergewöhnlich hoher Bargeldbeträge Untersuchungen über die Herkunft dieser Beträge sowie ihre bisherige steuerliche Behandlung angestellt werden.

5. Nachdem durch die sehr hohen neuen, vom Kontrollrat angeordneten Steuern die Einkommen durchaus in Einklang mit der Güterproduktion gebracht worden sind, hält der Beratende Landesausschuß die rasche Durchführung einer Wegsteuerung des während des Krieges eingetretenen Vermögenszuwachses für die gerechteste Maßnahme zur Beseitigung des Geldüberhangs, unter gleichzeitiger Tilgung des Hauptpostens der Reichsschuld.

Die Reichsschuld hat sich in sechs Kriegsjahren um 363 Milliarden RM erhöht. Dem muß in annähernd gleicher Höhe ein Vermögenszuwachs der Privatpersonen, der Wirtschaftsunternehmungen, der Versicherungsgesellschaften und sonstigen zu Vermögensansammlungen auch im Kriege befähigten Unternehmungen gegenüberstehen. Schulden können nur gemacht werden, wenn sich Gläubiger finden, die das nötige Geld zum Leihen haben. Dieser Vermögenszuwachs von 363 Milliarden RM wird durch Bankguthaben, Bargeld und Effektenbesitz an Reichspapieren verbrieft. Er bildet daher ein steuerlich gut faßbares Objekt.

6. Die Mitglieder des Beratenden Landesausschusses bedauern, daß weiteste Kreise der Öffentlichkeit, einschließlich zahlreicher Regierungsstellen, sich von Währungsmanipulationen eine wesentliche Verbesserung der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse versprechen. Richtig ist, daß Willkürmaßnahmen, wie die vorerörterte Blockierung von Bargeld und Bankguthaben, durch die schwere Erschütterung des Rechtsgefühls und die Entblößung der Wirtschaft von notwendigen Betriebsmitteln die wirtschaftliche Lage wesentlich erschweren können. Aber selbst die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung des Kaufmittelüberhangs und zur Tilgung der Reichsschulden haben für die Überwindung der Wirtschaftsnot der Gegenwart nur nachgeordnete Bedeutung. Allen anderen Problemen voran steht die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung sowie die Lösung des Kohlen- und Rohstoffproblems. Diese notwendige Mehrproduktion von Gütern kann im Gegensatz zu weitverbreiteten laienhaften Auffassungen durch Finanzmaßnahmen nicht erreicht werden. Der Beratende Landesausschuß gibt daher seiner Erwartung Ausdruck, daß von allen Regierungsstellen die Besserung der Ernährungslage sowie die Lösung des Kohlen- und Rohstoffproblems als vordringlich vor der Währungsfrage behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Im Ausschuß wurde unsererseits auch die Meinung vertreten, daß die Vermögensabgabe der Nazis eine vordringliche Aufgabe ist und daß man sie nicht hinausschieben solle, bis ein ordentlicher Haushalt

zusammengestellt ist. Denn wir wissen ja, daß bei einer Verschleppung dieser Dinge sehr leicht wieder andere Wege gegangen werden könnten. Ich will mich nicht deutlich über diese Dinge aussprechen. Wir halten es für dringend erforderlich und notwendig, daß zum mindesten die Vermögensabgabe der Nazis nach den vorgeschlagenen Bestimmungen, die sie ja alle in Händen haben, auch durchgeführt wird und daß der Finanzausschuß in seiner nächsten Sitzung zu dieser Frage Stellung nimmt, ob diese Abgabe unter allen Umständen durchgeführt wird. Das möchten wir dem Herrn Finanzminister noch mit auf den Weg geben, damit wir hier zu einer Regelung kommen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir gemeinsam zu einem Plan gelangen können, um die Finanzen des Staates Groß-Hessen in Ordnung zu bringen und daß es deswegen zu keinen Differenzen zu kommen braucht. Ich nehme auch an, daß es draußen in weiten Kreisen der Landwirtschaft verstanden werden wird, daß, wenn wir hier für eine Erhöhung um 30 Prozent des Einheitswertes eintreten, dies im Interesse unseres Volkes notwendig ist.

**Herr Bauer (KPD):**

Ich beantrage, die Diskussion auszusetzen, bis von der Entschliebung, die der Kollege Rehbein vorgebracht hat, alle Fraktionen den Text bekommen haben. Es ist erstaunlich, daß nach der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuß ganz plötzlich eine solche Resolution eingereicht wird.

**Herr Schwarzhaupt (LDP):**

Ich schließe mich diesem Antrag an. Es ist ganz unmöglich, daß wir hier dazu Stellung nehmen, ohne uns eingehend beraten zu haben.

**Herr Dr. Köhler (CDU):**

Diese Dinge sind so wichtig, daß wir uns ebenfalls dem Vorschlag des Herrn Kollegen Bauer anschließen.

**Herr Nitsche (SPD):**

Ich beantrage, daß die Entschliebung dem Ausschuß zur Beratung überwiesen wird.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wird noch weiter zur Sache das Wort gewünscht? Herr Kollege Schmüser, bitte.

**Herr Schmüser (KPD):**

Dem Antrag der CDU, daß der im § 2 Abs. 2 der Verordnung über Hauptfeststellung der Einheitswerte vorgesehene Zuschlag von 30 Prozent gestrichen werden soll, können wir nicht zustimmen. Die Bewertungsmaßstäbe des Reichsbewertungsgesetzes von 1934 hatten ja ursprünglich die Tendenz, die Einheitswerte so nahe wie möglich an den Verkehrswert heranzubringen. Daß uns das damals nicht gelungen ist, haben ja die Vorredner betont. Es ist so zu einer Situation gekommen, daß die Eigentümer des Grund und Bodens und des Hausbesitzes seit dieser Zeit unzweifelhaft einen außerordentlichen Vorteil hatten. Es ist deswegen ganz unverständlich, wenn jetzt in der Zeit der Not diesen gleichen Besitzern der Vorteil weiter gewährt werden soll. Wesentlich bei der Beurteilung der ganzen Frage ist unzweifelhaft der Verkehrswert. Daß der Verkehrswert seinerzeit schon höher gelegen hat, haben wir festgestellt, daß er heute noch weit höher liegt, ist jedem Einsichtigen und jedem, der mit diesen Dingen zu hat,

klar. Wenn der Herr Finanzminister in der Ausschußsitzung sich auf die Sachverständigen berief, die eine ungefähre Erhöhung der Einheitswerte um 30 Prozent festgestellt haben, so stimmt das durchaus mit unseren Beobachtungen überein. Es geht daher nicht an, daß, wie ich schon sagte und auch der Vorredner der SPD sagte, in einer Zeit, in der der einzelne Lohnempfänger bis zum Äußersten getroffen wird, der Besitz, der schon seit Jahren bevorzugt wurde, weiter bevorzugt wird. Wenn gesagt wird, daß bei der Landwirtschaft der Boden infolge schlechter Düngung und Ausmergelung im Werte gesunken wäre, so müßte eigentlich die logische Folge sein, daß dann bei besserer Düngung eine Fortschreitung des Einheitswertes zu erfolgen hätte, und zwar jeweils, je besser die Düngung ist.

Ich glaube nicht, daß die Besitzer von landwirtschaftlichem Boden damit einverstanden sein würden, wenn auf diese Weise fortgesetzt eine Änderung des Einheitswertes vorgenommen würde. Daß der Verkehrswert wesentlich über dem Einheitswert liegt, hat ja zu den seltsamsten Dingen geführt. Wenn man ein Einfamilienhaus kaufen wollte und hat sich ungefähr nach dem Einheitswert oder dem Brandversicherungswert gerichtet und hat diese Summe geboten, dann wollte einem kein Mensch ein Haus verkaufen. Man wollte diese Dinge umgehen und den Schein wahren, daß diese Einheitswerte einigermaßen gehalten würden. Man ließ in dem Haus zwei Bilder hängen oder einen alten Schrank stehen und erklärte, daß dies sehr wertvolle Dinge seien und daß dafür noch 3000 Mark extra bezahlt werden müßten. Nehmen wir an, das Haus hatte einen Wert von 10 000 Mark und [man] hat für diese schönen Bilder oder den Schrank 3000 Mark hingelegt, so waren es insgesamt 13 000 Mark, so daß wenigstens einigermaßen der Verkehrswert gezahlt wurde. Sie ersehen daraus, daß es ganz allgemein war, daß der Einheitswert nicht mehr dem eigentlichen Wert entsprochen hat. Wir können also auf keinen Fall zustimmen, daß der Zuschlag von 30 Prozent irgendwie gestrichen wird.

Die Befürchtung, daß der Zuschlag von 30 Prozent gerade die Besitzer von Klein- und Siedlungshäusern trifft, teilen wir nicht. Der Durchschnittswert eines Kleinhauses oder Siedlungshauses beträgt ungefähr 5000 bis 6000 Mark. Die Besitzer dieser Kleinhäuser sind also durch die Freigrenze von 10 000 Mark geschützt.

Über die Ansicht, daß nach dem Ausland hin durch die Verordnung der Anschein erweckt würde, unser Volksvermögen sei wesentlich höher, hat ja schon mein Vorredner gesprochen. Das Ausland wird im Gegenteil begrüßen, wenn wir versuchen, unsere Werte so zu berichtigen wie sie sind, denn umgekehrt würde man uns den Vorwurf machen, daß wir unserer Steuergesetzgebung Werte zugrunde legen, die schon vor zehn Jahren nicht mehr berechtigt gewesen sind. Also diese Meinung, die von Herrn Dr. Köhler vertreten wurde, teilen wir durchaus nicht.

Auch dem Abänderungsantrag betreffs des freibleibenden Betrages von 1000 Mark können wir nicht zustimmen. Es liegt gar kein Grund vor, daß bei Vermögen von über 10000 Mark diejenigen Vermögensteile, die zufällig in Sparguthaben angelegt sind, nun besonders berücksichtigt werden müssen. Wenn zum Beispiel ein Steuerpflichtiger ein Sparguthaben von 5000 Mark besitzt, ein Haus im Werte von 30000 Mark und Wertpapiere im Steuerwert von 7000



Mark, so kann auch ein wirklicher Fanatiker nicht begreifen, warum hier irgendwie 1000 Mark berücksichtigt werden sollen. Mit diesen 1000 Mark werden ja auch die kleinen Sparer nicht getroffen, denn diese fallen ja ohnehin nicht unter die Vermögensteuer, soweit ihr Sparguthaben unter 10 000 Mark beträgt.

Wir haben noch einen Antrag gestellt, und zwar zu dem § 4 b. Unser Antrag geht dahin, daß die zeitliche Begrenzung „1. Januar 1935“ gestrichen wird. Es handelt sich bei den in Ziffer 10 a und b und 11 a und b genannten Wirtschaftsgütern um Personenkraftwagen, Flugzeuge, Motorjachten, Segeljachten etc., ohne Rücksicht auf den Wert, welche im Inland hergestellt sind, die übrigen Gegenstände, das sind also Gegenstände aus Edelmetall, wenn ihr gemeiner Wert nicht 10 000 Mark übersteigt.

Der Zusatz „1. Januar 1935“ wäre gerechtfertigt, wenn man den Vermögenszuwachs während des Naziregimes erfassen wollte. Da aber die Verordnung nur die Durchführung der laufenden Vermögensteuer betrifft, würde es dem Zweck der Vermögensteuer widersprechen, wenn man einen Unterschied machen wollte zwischen den vor oder nach 1935 angelegten Vermögen, das heißt, wenn man die vor 1935 in diesen von mir aufgezeigten Wirtschaftsgütern festgelegten Werte günstiger stellen wollte. Da aber die Vergünstigungen der Ziffern 10 a und b und 11 a und b den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, müssen sie grundsätzlich für alle Besitzer gelten und nicht nur für diejenigen, die erst nach 1935 in diesen Wirtschaftsgütern ihr Vermögen angelegt haben. Wir sind uns ja klar darüber, daß gerade in diese Vermögensteile sehr große, außerordentlich große Werte in den letzten Jahren hineingekommen sind. Sie sind aber nicht nur in den letzten Jahren hineingekommen, sondern es ist eine alte Gepflogenheit, daß die Besitzer ihr Vermögen nicht nur in Häusern und Grund und Boden oder irgendwie in Betrieben anlegten, sondern daß sie sich auch besonders für Bilder und Kunstgegenstände interessiert haben. Wenn ein Renoir 50 000 Mark wert war, so hat man ihn gern gekauft nicht nur nach 1935, sondern auch schon vorher und bereits auch im Ersten Weltkrieg. Genauso ist es mit Sammlungen von Briefmarken oder ähnlichen Dingen. Es wäre eine außerordentliche Ungerechtigkeit, wenn wir es dabei belassen würden, daß nur derjenige, der nach 1935 gekauft hat, die Kosten zu tragen hätte. Es ist in den Ausschußsitzungen davon gesprochen worden, daß sich unter den Kunstgegenständen oft alte Erinnerungsstücke befänden, die nur für die Familie selbst ein Interesse hätten und eigentlich gar keinen großen Wert darstellten, auch wenn ein bedeutender Künstler diese Bilder hergestellt hätte. So stimmt das nicht. Der Wert ist, wenn es sich um ein bedeutendes Kunstwerk handelt, unzweifelhaft da, ob nun die Tante Anna dargestellt wird oder Bismarck. Wir können in jeder Kunstaussstellung oder in jedem Museum hunderte Familienbilder finden, die vielleicht nur bezeichnet sind mit „Frau X“ oder „Frau Y“. Diese Bilder haben auch einmal ein Vermögen gekostet, tragen also einen außerordentlichen Wert in sich.

Wir sind also dafür, daß in dem § 4 Abs. b die zeitliche Begrenzung fallen muß, besonders schon deswegen, damit der Grundsatz der Gleichmäßigkeit, von dem auch der Herr Minister in der letzten Ausschußsitzung gesprochen hat, unbedingt gewahrt wird.

Im allgemeinen wäre noch zu sagen, daß wir uns natürlich den Vorrednern anschließen, wenn es sich darum handelt, einen Haushaltsplan zu fordern. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir nur dann über Steuern bestimmen können, wenn wir genau wissen, was wir brauchen oder nicht brauchen. Ich bitte daher, den Antrag, den wir gestellt haben, zur Abstimmung zu bringen.

**Herr Stetefeld (LDP):**

Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen, wenn ich so sagen darf, sind doch alle Parteien eigentlich einig. Einig sind sie darin, daß wir Geld beschaffen müssen, einig sind sie darin, daß der Staat über den Banken steht. Wie nun dieses Geld beschafft wird, über diese eine Frage sind wir nicht ganz einig. Ich glaube, es ließe sich eher eine Einigung erzielen, wenn wir diese Angelegenheit nochmals in den Finanzausschuß zurückverlegen würden. Die Einwände gegen die zusätzliche Besteuerung des Grund- und Hausbesitzes sind nicht ganz widerlegt. Ich möchte mich im wesentlichen hier den Auffassungen der CDU anschließen, die zweifellos nicht nur vom Standpunkt des Hausbesitzers oder nicht nur vom Standpunkt des Landwirtes zu betrachten sind, sondern tatsächlich von dem Standpunkt aus: es ist nicht zweckmäßig, die Henne zu schlachten, die die Eier legt. Man kann den Besitz heranziehen, und wir sind auch der Meinung, daß niemand, aber auch kein Stand, unter den heutigen Verhältnissen berechtigt ist, Ausnahmen zu fordern. Wir sind alle überzeugt, daß es die letzte Chance ist, den demokratischen Staat zu halten, wenn wir mit dem Opfern des Besitzes bis an die Grenze des Möglichen überhaupt gehen. Gehen wir nicht bis an die Grenze des Möglichen, dann werden wir diesen demokratischen Staat nicht halten. Deshalb haben auch wir von der Demokratischen Partei die Absicht, alle Wege zu beschreiten, die gangbar sind, um diesen Bankrott, wie man so sagt, den Verlust der letzten Ersparnisse, hintanzuhalten. In der Frage des Hausbesitzes und landwirtschaftlichen Besitzes weiß ich, daß sich der Einheitswert nie ganz deckt mit dem Verkaufswert — das kann ja auch nicht sein —, aber wenn immer wieder gesagt wird, die Werte hätten sich gesteigert, so muß ich dem widersprechen. Wir müssen den inneren Wert des Kaufpreises nehmen. Sie werden doch zugeben, daß sich in den letzten Jahren alles gesteigert hat, und zwar nicht, weil die Sache mehr wert war, sondern weil die Menschen viel Geld zur Verfügung hatten; sie wollten mehr Geld ausgeben. Wenn einer Anlagemöglichkeiten sucht, so ist es ihm gleichgültig, ob er 80 000 oder 100 000 Mark für ein Bauerngut zahlt.

Ich möchte noch folgendes sagen: Wir sind doch, wie die Herren von allen Parteien wissen, zur Zeit in einem Gärungsprozeß begriffen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Wir sind bereit, jeder Besteuerung der Landwirtschaft, soweit sie sich im Rahmen der allgemeinen Besteuerung hält, zuzustimmen. Wenn, wie von den Vertretern der Arbeiterschaft, so auch von Herrn Kollegen Rehbein betont wurde, daß der Arbeiterschaft die Steuern rücksichtslos abgezogen werden, dann sind wir auch nicht dagegen, daß der Landwirtschaft dasselbe zugemutet wird, und wenn es aufgrund der bisherigen Besteuerungsmerkmale nicht geht, dann müssen wir eben andere Merkmale der Besteuerung suchen, um die Landwirtschaft genauso heranzuziehen wie den Festbesoldeten. Für gerechte Besteuerung sind wir unter allen Umständen zu haben. Wir stimmen mit Ihnen

überein, wenn Sie sagen: Wir wollen eine gerechte Besteuerung. Wir sind nur im Zweifel, ob der Weg, der vorgeschlagen wird, der richtige ist, und den Weg, den Sie vorschlagen, halten wir nicht für richtig. Und ich möchte auch glauben, darüber werden Sie mit mir einig sein, die schönen und die fetten Jahre der Landwirtschaft werden auch bald vorüber sein. Wenn wir zu einer gerechten Lösung der Frage kommen, dann fallen diese Schiebergewinne und der Schwarzhandel alle weg. Solange nicht die erste Kardinalfrage, das Geldproblem, gelöst ist, solange werden wir gegen Windmühlen kämpfen. Aber darin stimmen wir auch überein, daß wir zuerst die Frage des Geldes lösen müssen, und wenn sich dann noch Unterschiede zeigen sollten in der Besteuerung, dann sind auch wir von der Demokratischen Partei gern bereit, jeder Belastung der Landwirtschaft und des Hausbesitzes zuzustimmen, soweit sie sich als erträglich erweist.

Mehr will ich heute zu dieser Frage nicht sagen. Aber grundsätzlich darf ich nochmals sagen: Wir sind mit Ihnen einig, gerecht und anständig zu handeln. Wir sind mit Ihnen einig, den Herrn Finanzminister, der die Verantwortung trägt, nach Kräften zu unterstützen, aber nicht im Wege einer Ausnahmegesetzgebung, sondern einer Besteuerung, die möglichst gerecht die Lasten verteilt, Lasten, die vielleicht den einen oder anderen bis zum Boden drücken, wenn der Betreffende nur die Gewißheit hat: Ich habe keine Sonderbelastung zu tragen, sondern ich trage mit den anderen.

(Beifall)

**Minister der Finanzen Dr. Mattes:**

Meine Damen und Herren! In der heutigen Aussprache sind zunächst Fragen behandelt worden, die eine hauptsächliche und allgemeine Bedeutung haben. Das gilt vor allem für die Entschliebung, die die Fraktion der SPD eingebracht hat. Ich begrüße als Finanzminister eine solche Festlegung der Richtlinien, nach denen die Finanzpolitik und Finanzwirtschaft geführt werden soll, außerordentlich. Ich begrüße sie vor allem auch deshalb, weil in dieser Entschliebung der Grundgedanke vorherrschend ist, daß vor allem die Finanzpolitik reichseinheitlich geregelt werden muß. Dieser Gedanke muß nicht bloß aus staatspolitischen Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Gründen immer wieder in den Vordergrund gerückt werden, denn eine wirklich den Dingen gerecht werdende Finanzwirtschaft können wir nur in großem Rahmen führen, wenn wir in der Durchführung der Steuergesetze uns auf Reichsbasis bewegen dürfen. Sonst würden wir bei Hunderten von Problemen immer wieder an Grenzen stoßen, wenn wir nicht überhaupt feststellen müßten, daß sie im Rahmen eines Landes nicht zu lösen sind.

Aber wir müssen uns auch darüber klar sein, daß diese Grundsätze im allgemeinen in der praktischen Arbeit noch nicht verwirklicht werden können. Wenn es zum Beispiel in der Entschliebung unter Ziffer 10 heißt: „Es muß Klarheit über die künftige Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bestehen“, so ist das eine Forderung, die im Augenblick eben nicht erfüllt werden kann, weil das Reich überhaupt noch nicht existiert, und deshalb sind wir in der praktischen Politik, so unerwünscht das ist, gezwungen, um etwas zu erreichen, die Dinge eben nicht reichseinheitlich anzufassen, sondern sie zunächst in dem Länderrahmen zu lösen, weil eben im Augenblick nur eine

Lösung im Länderrahmen, soweit die Dinge nicht vom Kontrollrat angeordnet werden, möglich ist. Daß dies vielfach zu unerwünschten Ergebnissen führt, das ist von vornherein ersichtlich. Aber wir können mit der Erledigung vieler Dinge heute nicht warten, bis diese grundsätzlichen Voraussetzungen, die in der Entschliebung erwähnt sind, geschaffen werden, sondern wir müssen die Dinge vorwärtstreiben, weil jeder Stillstand auf dem Gebiet der Erledigung dieser Frage einen Rückschritt bedeutet.

Wir kommen zur Schaffung der Grundlage und zur Lösung der großen Probleme, wenn wir in den Ländern zunächst einmal die Finanzen sanieren, das heißt gesunde Grundlagen schaffen. Deshalb müssen wir handeln, und da wir nur handeln können im Länderrahmen, so müssen wir eben unsere Vorschläge zunächst auf der Länderbasis machen. Das ist der Grund, weshalb im Finanzministerium Gesetze ausgearbeitet wurden, die zunächst auf Länderbasis zugeschnitten waren, weil eine Verwirklichungsmöglichkeit von unserer Lage aus eben nur im Länderrahmen möglich ist. Aber die Gesetze werden ja von uns nicht ohne Mitwirkung der Militärregierung entschieden, denn praktisch sind sie ja alle nur Vorschläge an die Militärregierung, und die Militärregierung hat die großen steuerlichen Fragen bisher immer nur als Vorschläge für eine reichseinheitliche Lösung behandelt. An dieser reichseinheitlichen Lösung beziehungsweise an der Mitarbeit an ihr haben wir ein grundsätzliches Interesse, und da wir nur einwirken können dadurch, daß wir konkrete Vorschläge unterbreiten, bis die in der Entschliebung aufgeführten Ziele erreicht sind, so können wir eben nur konkrete Gesetzentwürfe vorlegen, die zunächst einmal ohne den gesamten Überblick über die Finanzlage Deutschlands geschaffen worden sind, die als Voraussetzung in dieser Entschliebung festgelegt worden ist.

Ich glaube, die theoretisch-programmatische Erklärung und die praktische Arbeit, die wir bisher geleistet haben, stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern sie ergänzen sich. In der Entschliebung ist die große Linie festgelegt, der wir zustreben und die richtunggebend ist für unsere Arbeit und in dem, was uns im Augenblick für die Erreichung der festgesetzten Ziele vor Augen schwebt.

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, auf Einzelfragen überzugehen, die in der Aussprache behandelt worden sind beziehungsweise wie sie in den Anträgen gewünscht werden. Es werden von uns zunächst Unterlagen gewünscht, welche geeignet sind, sich ein Urteil über unsere derzeitige Finanzlage zu bilden. Ich werde diese Unterlagen dem Beratenden Landesausschuß so rasch wie möglich vorlegen. Wir werden nach dem Abschluß des Rechnungsjahres, der uns bevorsteht, möglichst schnell eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben machen und dem Beratenden Landesausschuß überreichen. Bei dieser Gelegenheit kann auch ein zweiter Wunsch erfüllt werden, nämlich eine spezielle Darstellung der Kosten der Ministerien.

Und nun zu dem Gesetzentwurf, der heute verabschiedet werden soll. Dieser Gesetzentwurf war ausgearbeitet, bevor das Gesetz Nr. 13 des Kontrollrates<sup>75</sup> ergangen ist. Wir müssen also die Probleme, die in diesem Gesetz behandelt

<sup>75</sup> Vgl. Anm. 65.

sind, in irgendeiner Weise lösen. Wir sind durch das Gesetz Nr. 13 des Kontrollrates verpflichtet, die Vermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1946 neu festzusetzen. Ich bedauere, daß diese Vermögensfeststellung nicht in der erschöpfenden Weise möglich ist, wie es an sich mit Rücksicht auf die außerordentlich große Veränderung der Dinge wünschenswert wäre. Wenn wir diese Vermögensfeststellung so vollkommen durchführen könnten, wie es eigentlich notwendig wäre, dann müßten wir folgenden Weg gehen: Wir müßten auch die Einheitswerte neu feststellen und müßten auch die Berechnungsgrundlagen für die Einheitswerte neu feststellen. Und wenn wir eine solche Neufeststellung der Einheitswerte allgemein durchführen würden, dann würden sich auch bestimmte Veränderungen nach oben ergeben. Die Grundlage für die Einheitswerte, soweit sie sich auf den Ertrag aufbauen, sind zwei Faktoren, nämlich auf der einen Seite der Ertrag und auf der anderen Seite der Kapitalisierungsfaktor. Der Kapitalisierungsfaktor, welcher den Einheitswerten von 1935 zugrunde liegt, ist aufgebaut auf einem Zinssatz von 5,5 Prozent. Das entsprach der höheren Zinslage, welche wir in den Jahren vor 1935 hatten. Schon in den letzten Jahren ist das zum Teil geändert worden. Es ist von dem Zinsfaktor von 5,5 Prozent auf den normalen Zinsfaktor, der im Reichsbewertungsgesetz enthalten ist, nämlich auf den Faktor 4 zurückgegangen worden. Wenn man aber Zinsfaktor 4 zugrunde legt, dann kommen wir auf den Ertragswert nicht zu einer Kapitalisierung von 1918, sondern auf der Grundlage von 1925, und ich komme bei ganz gleichen Erträgen zu einem höheren Ertragsbild.

Ich glaube, wenn wir heute den Einheitswert neu feststellen würden, dann würden wir ohne weiteres zu höheren Einheitswerten kommen. Für diese Tatsache spricht auch die Entwicklung auf dem Gebiet des Verkehrs mit Grundstücken, und für diese Tatsache spricht auch die Rücksichtnahme der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zwischen zerstörtem und erhaltenem Vermögen. Ich sehe keine andere Möglichkeit, zu einer Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu kommen, als daß man der Besteuerung nach dem Vermögen vom 1. Januar 1946, soweit es sich um zerstörte Werte handelt, die Schadensersatzansprüche zugrunde legt, welche hierfür geltend gemacht werden.

Wenn ich aber von diesem Gesichtspunkt ausgehe, dann würde ich entweder zu viel zu niedrigen Schadensersatzansprüchen bei zerstörtem Grundbesitz kommen, oder ich würde zu einer differenzierten Besteuerung zwischen zerstörtem und nicht zerstörtem Grundbesitz kommen. Um das zu vermeiden und eine Gleichmäßigkeit in der Behandlung auf steuerlichen und anderen Gebieten zu erreichen, hielt ich einen Zuschlag von 30 Prozent für richtig. Er soll die Grundlage sein für eine Besteuerung auf der einen Seite wie auch für die Inangriffnahme der Kriegsschädenberechnung auf der anderen Seite. Dieser Gesetzesentwurf war im allgemeinen auch dafür maßgebend, daß wir diese Änderung der Einheitswerte vorgeschlagen haben.

Und nun noch eine andere Änderung. Sie bezieht sich auf die Herabsetzung des freien Betrages an Bargeld von 1000 auf 100 Mark. Hierzu wurde vorgeschlagen, daß der Betrag wieder auf der ursprünglichen Höhe von 1000 Mark gehalten wird. Das würde praktisch bedeuten, wie bereits ausgeführt ist, daß das steuerfreie Vermögen eben nicht 10 000 Mark, sondern 11 000 Mark betragen würde. Ich glaube, mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die wir in der Zu-

kunft zu erfüllen haben, ist schon der Betrag von 10 000 Mark steuerfreies Vermögen außerordentlich hoch.

Nun gibt es für die Lösung des Schuldenproblems — und auch das muß man immer bei diesen Maßnahmen berücksichtigen — doch nur die beiden Wege: entweder man löst das Schuldenproblem durch die Besteuerung der Gesamtvermögen und zieht die Schuldenverpflichtungen ab, oder die Schulden des Reichs werden kassiert und gehen dann wieder zu Lasten derjenigen, die Geld besitzen. Will man aber das letztere Ergebnis vermeiden, dann ist es nicht zu umgehen, die steuerpflichtigen Vermögen möglichst weit aufzulockern. Aus diesem Gesichtspunkt heraus wurde die Herabsetzung von 1000 Mark auf 100 Mark vorgeschlagen.

Es wird weiter gewünscht, daß die Grenze vom 1. Januar 1935 aufgehoben wird bei denjenigen Kunstgegenständen und so weiter, die nicht dem Erwerb, sondern anderen Zwecken dienen. Wir haben in der Verordnung diese Grenze vom 1. Januar 1935 aus folgenden Gründen gewählt: Diejenigen Gegenstände, die seit dem 1. Januar 1935 erworben worden sind, lassen sich zunächst einmal mit einiger Sicherheit bewerten, weil ja seit 1935 ein Kauf stattgefunden hat. Dagegen lassen sich für die nicht dem Erwerb dienenden Gegenstände, wie Bilder oder Einrichtungen und Schmuckgegenstände, die länger in der Familie sind und überhaupt in den letzten Jahrzehnten ihren Besitzer nicht gewechselt haben, irgendetwelche sicheren Bewertungsgrundlagen überhaupt nicht beschaffen. Wenn sich aber sichere Bewertungsgrundlagen für eine Sache nicht schaffen lassen, dann sollte man eine Sache nicht besteuern, weil dann der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet wird. Dann wird derjenige besteuert, der die Sache ehrlich angibt, und derjenige geht steuerfrei aus, der sie nicht angibt. Aus diesen praktischen Gründen bitte ich an dem Datum vom 1. Januar 1935 festzuhalten. Es hat ja mancher die Tendenz gehabt, in diesen vermögensteuerfreien Objekten seinen Vermögenszuwachs anzulegen. Um diesen nun steuerlich erfassen zu können, wurde die Steuerfreiheit aufgehoben.

Es ist hier gesagt worden noch im Zusammenhang mit § 4 b, man könnte dieser Sache zustimmen, wenn die Feststellung der Vermögen, wie sie jetzt getroffen wird, dazu dienen würde, um auch den Vermögenszuwachs zu besteuern. Hierzu möchte ich folgendes sagen: Die Feststellung der Vermögen, welche jetzt nach dem Stand vom 1. Januar 1946 getroffen wird, ist selbstverständlich voraussichtlich auch die Grundlage für die Vermögenszuwachssteuer. Sie würde nur dann nicht die Grundlage für eine Vermögenszuwachssteuer sein, wenn wir etwa auf den 1. Januar 1947 oder auf einen späteren Zeitpunkt die Vermögen noch einmal feststellen würden. Das ist aber nicht anzunehmen, und es wäre technisch auch gar nicht durchzuführen. Also die Vermögensfeststellung auf den 1. Januar 1946 wird eine der Vergleichsgrundlagen für die Feststellung des Vermögenszuwachses während der Nachkriegszeit sein.

Nun sind auch noch Wünsche geäußert worden in bezug auf die neue Gesetzgebung. Es wird gewünscht, daß wir uns mit der Militärregierung in Verbindung setzen in bezug auf die Beseitigung gewisser Härten, welche die neue Besteuerung mit sich gebracht hat. Wir hatten von Anfang an den Plan, diese Dinge der Militärregierung vorzutragen. Die Gesetze in der jetzigen Form sind zum Teil auch sehr schwer durchzuführen. Wir werden also zu gewissen Verein-

fachungen in diesen Gesetzen schon mit Rücksicht auf unsere derzeitige Verwaltungslage kommen müssen. Wir werden also über die Durchführung dieser Gesetze schon sowieso mit der Militärregierung verhandeln müssen, und bei dieser Gelegenheit werde ich auch dem Wunsche und dem Antrag entsprechend diejenigen Dinge vortragen, die sich als besonders hart ausgewiesen haben.

Und nun zum Schluß noch zu einer persönlichen Sache, die Herr Dr. Köhler behandelt hat. Herr Dr. Köhler hat eine Bemerkung in einem Schriftstück des Finanzministeriums kritisiert, in welchem von Denkfaulheit gesprochen worden ist. Ich persönlich bin nicht der Verfasser dieses Schriftstücks, ich weiß auch nicht, ob ich es damals mit meiner Unterschrift gedeckt habe. Ein Minister hat aber nun einmal einzustehen für das, was in seinem Ministerium geschieht. Diese Bemerkung ist gemacht worden zu folgendem Problem: Wir im Finanzministerium kämpfen gegen jeden Versuch, das Problem der deutschen Reichsschuld einfach in der Weise zu lösen, daß man in mehr oder weniger verschleierter Weise einen Staatsbankrott in Erwägung zieht. Die Durchführung des Staatsbankrotts würde in der Weise geschehen, daß man die Verpflichtungen des Reichs aussetzt, und das würde einseitig zu Lasten des deutschen Volkes gehen. Das muß vermieden werden, wenn das Vertrauen der gesamten Bevölkerung in den neuen Staat erhalten bleiben soll. Weil dieses Ziel aber so wichtig ist, kämpfen wir dagegen, daß man die anderen Lösungsmöglichkeiten so nebensächlich behandelt, wie das teilweise der Fall ist. Man sieht sehr oft, daß, wenn ein Staat eine Verschuldung eingeht, in demselben Ausmaß bei den Bürgern dieses Staates Forderungen an den Staat bestehen und daß infolgedessen ein Weg zur Lösung jedes Staatsschuldenproblems damit gegeben ist, daß man diese Forderungen gegenüber dem Staat steuerlich erfaßt. Im Zusammenhang mit diesem Problem ist diese Bemerkung gefallen. Sie mag etwas hart sein, eine gewisse sachliche Berechtigung kann ich ihr aber nicht absprechen.

**Herr Graf Matuschka (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur sprechen zu der Frage der Erhöhung der Einheitswerte um 30 Prozent, und zwar vom Standpunkt der Landwirtschaft aus. Die Annahme der Linksparteien, daß die Landwirtschaft diese Erhöhung auch unter Berücksichtigung der großen Notverhältnisse des Staates als annehmbar und tragbar empfinden wird, ist nach meinen Informationen irrig. Es ist dabei zu beachten, was in der bisherigen Diskussion nicht vorgetragen wurde, worauf aber der Herr Finanzminister jetzt hingewiesen hat. Es handelt sich darum, daß in diesem Beschluß ein enormer Pferdefuß steckt, nämlich daß sich diese Erhöhung bei der zu erwartenden Festsetzung einer Vermögenszuwachssteuer auswirken wird. Als Vermögenszuwachs soll die Differenz gelten zwischen dem Vermögen, das im Jahre 1935 vorhanden war, und demjenigen, das im Jahre 1946 ermittelt wird. Nehmen wir den Fall: Ein Bauer hat einen Bauernhof, der mit 50 000 Mark bewertet ist. Es wird jetzt dieser Einheitswert um 30 Prozent erhöht, der Hof würde also mit 65 000 Mark bewertet werden. Die Differenz unterliegt der Vermögenszuwachssteuer. Es wird da von 50 Prozent gesprochen. Der Bauer würde also 7500 Mark Vermögenszuwachssteuer abzuführen haben, ohne daß eine Verbesserung im Vermögen stattgefunden hat. Er muß sie abführen außer der Steuer vom Vermögenszuwachs, der ihm

sonst nachgewiesen wird, hinsichtlich seines Spargeldes, das er besitzt und so weiter. Wie Sie sehen, ist das eine ganz schwere Auswirkung der Verordnung betreffend Zuschlag von 30 Prozent auf den Einheitswert. Für die meisten Landwirte würde sie zur Folge haben, daß eine Hypothekenbelastung notwendig wird. Es wurden verschiedene Gründe für die Annahme der Verordnung vorgetragen. Es wurde gesagt, daß der Haushalt Groß-Hessens 75 Millionen Mark Defizit zu erwarten hat und daß man den Betrag aus dem Grund und Boden herausholen soll. Es wurde auch gesagt, daß die Einkommensteuer für die Arbeiter, Angestellten und Beamten rücksichtslos eingezogen würde. Dasselbe ist doch auch beim Landwirt der Fall. Er hat ja, wie jeder andere auch, Einkommen- und Vermögensteuer zu zahlen, und da ist nicht einzusehen, warum die Landwirtschaft außerdem diese Sondersteuer tragen soll.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Einheitswert sich dem Verkehrswert anpassen müsse. Das ist falsch! Grundsätzlich ist der Ertragswert der Landwirtschaft der Einheitswert. Es ist in jahrzehntelangen Erfahrungen dahin gekommen, daß man für die Landwirtschaft nur diese Grundlage als tragbar erkannt hat. Wenn wir jetzt wieder von diesem Grundsatz abgehen und zu Verkehrswerten kommen, dann müssen wir auch wieder mit der Bodenspekulation rechnen. Aber das will doch sicher niemand, auch nicht die Linksparteien, daß wir wieder zu einer Bodenspekulation in der Landwirtschaft kommen.

Und nun noch eine Begründung zu den 30 Prozent, die wir ablehnen müssen! Der Ertrag ist geringer geworden, aber der Kapitalisierungsfaktor ist gestiegen, und deswegen, meint der Herr Finanzminister, müßte man nun die Einheitswerte heraufsetzen. Wenn man diesen Grundsatz aufstellen würde, dann hätte das zur Folge, daß der jeweilige Bankdiskont bei jeder Veränderung auch eine Änderung der Einheitswerte hervorrufen müßte. Das geht doch auch nicht. Der Bankdiskont, der ganz anderen Einflüssen ausgesetzt ist, kann kein Maßstab für die Festsetzung der Einheitswerte sein. Damals, bei Erstfeststellung der Einheitswerte, ist das genau überlegt worden, und diese jetzt dem Bankdiskont anzupassen, muß meiner Ansicht nach abgelehnt werden.

Also eine Sonderbesteuerung droht der Landwirtschaft mit der Verordnung über die Erhöhung der Einheitswerte, und die Erhebung von Sondersteuern müssen wir ablehnen. Wenn mehr Steuergeld notwendig ist, dann muß es durch eine Erhöhung der Vermögensteuersätze beschafft werden. So aber erreicht man, daß das Geldkapital geschont wird und die Landwirtschaft mit Steuern überlastet wird.

**Herr Bauer (KPD):**

Ich brauche in der Frage der 30 Prozent nicht mehr zu Ihnen zu sprechen, denn alles ist schon im Haushaltsplanausschuß besprochen worden. Man spricht einesteils davon, daß keine Sonderinteressen bei der Lastenfrage eine Rolle spielen dürfen. Alle Argumente, die für die Streichung der 30 Prozent angeführt wurden, entspringen ausschließlich Sonderinteressen. Meine Damen und Herren! Ich befürchte, wir werden in unseren Wiederaufbauplänen nicht viel weiterkommen, wenn wir bei jeder Belastung immer wieder lange Diskussionen haben werden über Sonderinteressen.



Über die Frage der Interessengegensätze hatten wir ja im Ausschuß Gelegenheit zu sprechen und werden vielleicht heute auch noch darüber sprechen können. Wir als kommunistische Fraktion werden also für die 30 Prozent Erhöhung stimmen, werden ablehnen den Antrag, für Spareinlagen etc. den bisherigen Freibetrag von 1000 Mark beizubehalten, und wenn es darauf ankommt, werden wir auch dafür stimmen, daß auch die 100 Mark noch gestrichen werden, denn wenn 10 000 Mark wirklich steuerfrei bleiben, dann müssen wir endlich einmal eine Grenze finden. Man soll nicht Gerechtigkeit spielen, wenn man dabei gleichzeitig Vorteile erreichen will. Nicht im geringsten konnten mich die Argumente des Herrn Finanzministers erweichen, was den Termin des 1. Januar 1935 angeht. Es ist richtig, der Staat ist noch schwach und verfügt nicht über genügend Mittel, um seine Anordnungen durchzusetzen, aber ich denke, das Datum 1. Januar 1935 gibt jenen, die die Kunstwerke nicht angeben wollen, eine ganz andere Möglichkeit und eine viel gefährlichere Möglichkeit, nämlich zu erklären, daß diese Werte angeschafft wurden vor dem 1. Januar 1935 und nun nicht angegeben zu werden brauchen. Eine sehr gefährliche Sache und weitaus gefährlicher als andere Sachen. Herr Finanzminister, es tut mir leid, aber ich muß Ihnen ganz klar sagen, wenn Sie auf diesem Antrag beharren, daß dies eine grundlegende Bedeutung hat. Wir vermuten hinter diesem Antrag, daß hier der Grund gelegt werden soll zur Restauration der Vermögenswerte von vor 1933, und wir erlauben uns, auf dem Standpunkt zu stehen, daß wir in Deutschland auch dazu nicht über genügend Mittel verfügen und daß es unwichtig ist, ob jemand vor 1933 oder nach 1933 sein Vermögen erworben hat, und jene, die Vermögen haben, müssen die weitaus größten Lasten tragen.

In anderem Zusammenhang, im Zusammenhang mit der persönlichen Bemerkung von Herrn Dr. Köhler über die Frage der Denkfaulheit, hat der Herr Finanzminister die Grundfragen angeschnitten, die einmal geklärt werden müssen, ehe wir überhaupt zur Frage der Annahme von Finanzgesetzen übergehen können, wie auch des Gesetzes, das der Herr Kollege Rehbein erwähnt hat, nämlich des Gesetzes über die Vermögensabgabe der Mitglieder der NSDAP. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein solches Gesetz kommen wird, aber wenn ein solches Gesetz erlassen werden soll mit dem Versuch, durch die Hintertür die Anerkennung der Reichsschulden durchzusetzen, so sind wir nicht in der Lage, einem solchen Gesetz unsere Zustimmung zu geben. Die Frage der Reichsschulden muß in der einen oder anderen Weise geklärt werden. Ich habe eine Denkschrift des Herrn Professor Lampe aus Freiburg<sup>6</sup> vor mir liegen, der kritische Bemerkungen zum „Finanzprogramm für das neue Deutschland“ des

Der Nationalökonom Adolf Lampe (1897—1948) war 1926 als Professor der Staatswissenschaften an die Universität Freiburg berufen worden, wo sich die „Freiburger Schule“ als Zentrum der liberalen Nationalökonomie herausbildete. Er widmete sich neben der Volkswirtschaftstheorie vorwiegend der Finanzwissenschaft und der Wirtschaftspolitik, speziell Fragen der Währung, des Kredits und des Handels. Lampe vertrat eine kritische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und kam in dieser Zeit mehrfach in Haft. In Freiburg entwickelte er noch während des Krieges Strategien für eine Übergangswirtschaft zum Frieden und für die Gestaltung einer neuen liberalen Wirtschaftsordnung. Die genannte Denkschrift ließ sich nicht ermitteln.

<sup>77</sup> Ein Exemplar davon findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 3131.

Finanzministers Dr. Mattes gemacht hat und der in der Einleitung davon ausgeht, daß dieses Finanzprogramm, von falschen Annahmen ausgehend, ein falsches Spiel mit falschen Mitteln verfolge, wobei „falsch“ in einer Anmerkung im Sinne von „unoffen“ dokumentiert und demonstriert wird. Es geht bei den Ausführungen des Herrn Professor Lampe, der weiß Gott kein Kommunist ist und auf einer ganz anderen Seite steht, um nichts anderes als um die Frage des Staatsbankrotts. Gestatten Sie mir, zwei Sätze aus diesem langen Memorandum vorzulesen, damit Sie einmal die andere Seite hören und damit Sie sehen, daß es Leute gibt, die, wenn sie auch nicht unsere Anhänger sind, aus anderen Gründen die Anerkennung der Reichsschulden ablehnen, und bei denen man trotzdem nicht von Denkfaulheit sprechen kann. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich mit den Schlußfolgerungen von Prof. Lampe nicht einverstanden bin und daß sie sogar in absolutem Gegensatz zu unseren Auffassungen stehen. Das kann aber nichts ändern an der Wichtigkeit der Kritik der Denkschrift des Herrn Finanzministers:

„Ein falsches Spiel wird verfolgt insofern, als der Wunsch, den Staatsbankrott zu vermeiden, alle Fragen des entwickelten Planes beherrscht. Keiner der vorgebrachten Gründe greift durch<sup>78</sup>. Es ist allerdings nicht zu bestreiten, daß sämtliche Kreditinstitute und ebenso die Versicherungsgesellschaften im Wege des Investitionszwanges mit Reichstiteln übersättigt sind, die im Falle des Staatsbankrotts ihren Wert verlieren.

An der Tatsache der faktisch zerstörten Wertgrundlagen kann durch noch so gewagte Versuche nichts geändert werden. Im Gegenteil, wenn der im letzten Grunde aussichtslose Versuch gemacht wird, die durch den Krieg angehäuften unproduktiven Schulden mitzuschleppen, dann werden durch Jahrzehnte hindurch drakonische Steuermaßnahmen unerlässlich sein. Die zwangsläufige Folge aber hiervon ist eine förmliche Drosselung auch der bescheidensten Sparmöglichkeiten mit dem Ergebnis, daß die Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften zwar über Zinsbezüge verfügen, indessen so gut wie keine Möglichkeit haben, Aktiven zu mobilisieren.“

Sie sehen also, das Problem geht viel tiefer. Es ist nicht richtig, daß wir den Staatsbankrott verhindern müssen, denn der Staatsbankrott war mit dem Zusammenbruch des Staates offensichtlich da, und wir haben uns nur zu überlegen: Wie können wir uns aus der Masse, die übriggeblieben ist, das Maximale retten, um neu aufzubauen. Wir müssen es aber ablehnen zu tun, als wäre der Staatsbankrott überhaupt nicht da, und wir hätten Maßnahmen zu ergreifen, um den Staatsbankrott zu verhindern.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, daß wir noch etwas weiter fortfahren, um diesen Punkt zu erledigen. Da nur noch der Herr Kollege Heißwolf als Berichterstatter das Schlußwort zum Thema sprechen

<sup>78</sup> Der Finanzminister zeigte in seinem Programm nicht nur die ungünstigen wirtschaftlichen Auswirkungen eines Staatsbankrotts auf, sondern wies ebenso darauf hin, daß ein Staatsbankrott seiner Meinung nach voraussichtlich auch zu einem politischen Umsturz führen würde, da die enttäuschten Volksmassen dann ihr Heil in neuen politischen Wegen suchen würden.

will, glaube ich, daß wir die Aussprache noch vor der Mittagspause beenden und auch noch die Abstimmung vornehmen. Bitte, Herr Heißwolf.

**Herr Heißwolf (SPD):**

Herr Dr. Köhler hat gemeint, ich hätte Kritik geübt an seinen Anträgen. Das ist nicht richtig. Ich habe gesagt, der Antrag wäre überflüssig gewesen deshalb, weil hier abgestimmt wird über den Ausschußantrag. Entweder wird der Ausschußantrag abgelehnt, dann ist der Aufschlag von 30 Prozent ohnehin hinfällig, oder angenommen, dann ist der Antrag der CDU, die 30 Prozent zu streichen, abgelehnt. Es waren ja alle Redner mit dem, was der Ausschuß in seinen Sitzungen besprochen, beschlossen und getan hat einverstanden, mit Ausnahme dieses einen Punktes der Einheitswerte. Es ist hier von einem Redner beantragt worden, die Verordnung und das Gesetz nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen. Ich möchte bitten, diesem Verlangen nicht stattzugeben, und zwar deshalb nicht, weil, wie Sie ja hier in der Debatte gehört haben, wir zwei volle Tage im Haushaltsausschuß zusammengesessen und darüber beraten haben. Es wird hier keine andere Meinung herauskommen, Herr Bauer hat es eben ausgesprochen, weil eben die Interessengegensätze aufeinanderstoßen. Es sind nichts weiter als Interessengegensätze, und es tut mir leid: Wir haben ja schon ein ganzes Jahr lang immer von Demokratie gesprochen und versprochen, die Demokratie zu untermauern. Heute sollen wir den ersten Stein zu diesem Neuaufbau der Demokratie legen, und schon treten die Interessengegensätze hervor und stoßen sich, um den ersten Stein im Wiederaufbau nicht legen zu können. Wenn wir so verfahren, dann wird es schwerfallen, den Neuaufbau und die Untermauerung unserer Demokratie so durchzuführen, wie sie nach meinem Empfinden uns allen vorschweben sollte. Es hätte mich sehr gefreut, wenn wir mit diesem ersten Antrag, der Ihnen von Seiten des Staatsministeriums vorliegt, Einmütigkeit erzielt hätten.

Noch ein paar Worte über die Einheitswerte. Die Belastung von 1935 bleibt bestehen für diese Grundlagen, sie werden herausgezogen für die Einkommensteuer. Ich möchte Sie dringend gebeten haben, daß Sie sich auf der Grundlage einigen, dem Gesetz zuzustimmen, wie der Ausschuß es getan hat und daß von Seiten der Kommunistischen Partei auch auf ihren Antrag verzichtet wird, die § 10 a und b und 11 a und b abzuändern. Sie beweisen damit, daß Sie gewillt sind, am Neuaufbau unseres Staatswesens mitzuhelfen, und legen durch diesen Beschluß den Grundstein.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich stelle fest, daß sich niemand mehr zu Wort gemeldet hat. Die Fraktionen haben hinreichend Gelegenheit gehabt, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich darf zunächst bitten, diejenigen Herren, die sich etwa außerhalb des Saales aufhalten, zu veranlassen hereinzukommen.

Bezüglich der Bemerkung des Herrn Kollegen Stetefeld, die Vorlage nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen, darf ich fragen: Herr Kollege Stetefeld, war Ihre Bemerkung als Antrag gedacht?

(Zuruf: Nein!)

Dann würde ich vorschlagen, die Abstimmung folgendermaßen durchzuführen: Ich werde zunächst die Entschließung der vier Fraktionen über die Grundsätze

der Finanzsteuergesetzgebung als Punkt 1 nehmen. Ich werde dann als Punkt 2 über die Verordnung betreffend Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens abstimmen, indem ich die Absätze der Verordnung zugrunde lege, und dann über die Abänderungsanträge der CDU zu den einzelnen Punkten einzeln abstimmen lassen. Wenn wir darüber abgestimmt haben, würden wir zu den übrigen Anträgen kommen. Da ist einmal der Antrag bezüglich des Haushalts des Staates Groß-Hessen. Nachdem der Herr Finanzminister die Erklärung abgegeben hat, daß er den Haushalt baldigst vorlegen werde, darf ich fragen, ob der Antrag damit erledigt ist?

(Zustimmung)

Dann würde ich noch abstimmen über den Antrag der SPD, der sich mit dem Kontrollrat beschäftigt. Sodann möchte ich noch die Antragsteller fragen: Soll mit der Anrechnung der Werbungskosten eine Bemerkung par exemple verbunden sein? Ich möchte feststellen, was Sie meinen. Soll das heißen: Wegfall der Anrechnung von Werbungskosten und so weiter?

**Herr Bauer (KPD):**

In der letzten Sitzung des Ausschusses war davon die Rede, ein ausführliches Memorandum zu dieser Frage auszuarbeiten, das den Fraktionen mittlerweile zugegangen ist. Herr Dr. Köhler hat inzwischen ein anderes Memorandum ausgearbeitet. Es wäre notwendig, daß man ein ausführliches Memorandum aller vier Fraktionen akzeptieren könne'. Aus dem Grunde würde ich anregen, daß die Abstimmung zurückgestellt wird, bis über die gesamte Sache abgestimmt werden kann.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wir würden also diesen Antrag dem Finanzpolitischen Ausschuß zu überreichen haben. Ich möchte Herrn Kollegen Bauer bitten, daß Sie dann das nächste Mal rechtzeitig Ihren Antrag stellen, damit wir zu einer gewissen Ordnung kommen. Sind wir uns hierbei darüber vollkommen klar? Sind Sie dafür, daß die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen geschieht?

(Zustimmung)

Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die dagegen sind, aufstehen. Das nächste Mal können wir es dann vielleicht umgekehrt machen.

Noch eins: Diese Anträge — das möchte ich vor allem im Hinblick auf die anwesenden Pressevertreter sagen — sollen immer in der Form von Empfehlungen gehalten sein.

Wir kommen dann zunächst zu Punkt 1 unserer Abstimmung: „Gemeinsame EntschlieÙung der vier Fraktionen über die grundlegende Voraussetzung für die Vorlage von Steuergesetzentwürfen“. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Zu Punkt 2: „Hauptfeststellung der Einheitswerte“. Ich darf wohl annehmen, daß Sie alle im Besitz dieser Verordnung sind. Herr Rehbein?

" Ein solches Memorandum wurde auch von den vier Parteien verfaÙt und in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 15. April 1946 vorgelegt und verlesen. Vgl. AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 14.

**Herr Rehbein (SPD):**

Wenn wir die 30 Prozent Zuschlag ablehnen würden, dann würden wir den Hausbesitz am meisten treffen, der alles verloren hat.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Herr Kollege Rehbein, wenn wir zur Abstimmung schreiten, sprechen wir nach dem bisher geltenden Recht nur noch zu den Formalitäten. Wir werden über das Gesetz abstimmen. Es handelt sich um die Verordnung über Hauptfeststellung der Einheitswerte. Zu § 1 liegen keine Abänderungswünsche vor. Ich darf also einstimmige Annahme annehmen.

Zu § 2 Abs. 1: „Für die wirtschaftlichen Einheiten“ etc. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Keiner. Einstimmig angenommen.

Zu § 2 Abs. 2: Es liegt der Abänderungsantrag der CDU vor, den Zuschlag von 30 Prozent zu streichen. Ich stimme der Einfachheit halber an Hand der Verordnung ab und bitte diejenigen, die gegen den § 2 Abs. 2, der einen Zuschlag von 30 Prozent vorsieht, stimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. 21 stimmen dagegen.

Mit 21 gegen 20 Stimmen wird die Vorlage abgelehnt. § 2 Abs. 2 wird ohne den Zuschlag von 30 Prozent empfohlen.

Zu § 2 Abs. 3: „Bei Gewerbeberechtigungen beträgt der Zuschlag“ und so weiter. Wer ist da dagegen? Ich darf feststellen, daß es wohl dieselbe Mehrheit ist: 21 gegen 20 Stimmen.

Zu § 3 liegen Abänderungsvorschläge nicht vor. Ich darf annehmen, daß er in dieser Form angenommen ist.

Zu § 4 Ziff. a liegt der Antrag der CDU vor, die in § 4 Ziff. a vorgesehene Herabsetzung auf 100 Mark aufzuheben und es bei 1000 Mark zu belassen. Ich stimme über § 4 Ziff. a ab. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Zu § 4 Ziff. b: In der Vorlage ist das Datum vom 1. Januar 1935 festgelegt. Es liegt der Antrag der Kommunisten vor, das Datum zu streichen. Wer ist für die Streichung? Der Antrag der Kommunisten ist einstimmig angenommen, so daß in § 4 Ziff. b das Datum 1. Januar 1935 gestrichen wird.

Der Beratende Landesausschuß empfiehlt der Staatsregierung, diese Anträge zum Gesetz zu erheben.

Ich komme zu dem Antrag der CDU, noch während seiner jetzigen Tagung dem Beratenden Landesausschuß die Kosten des Staatsministeriums vorzulegen. Wegen der Kürze der Zeit kann jedoch die Vorlegung nicht erfolgen und soll bei der nächsten Plenarsitzung nachgeholt werden. Erhebt sich ein Widerspruch? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Formell müssen wir noch über den Antrag der SPD beschließen, daß die Staatsregierung bei der Militärregierung vorstellig werden möge, daß im neuen Einkommensteuergesetz enthaltene Härten beseitigt werden. Ich schlage vor, daß der Antrag dem Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen wird. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Es hat heute vormittag etwas länger gedauert, als es zunächst nach unseren Plänen vorgesehen war. Mit Rücksicht darauf, daß der Herr Ernährungsminister

und der Herr Wirtschaftsminister morgen in Stuttgart sind, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß wir heute nachmittag die die beiden Herren betreffenden Fragen behandeln, so daß wir dann erst morgen die Punkte 3 und 4 behandeln. Haben Sie Bedenken? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Ich bitte Sie, um 3 Uhr wieder zu erscheinen. Diejenigen Herren, die Benzin brauchen, werden gebeten, über Mittag in die Staatskanzlei zu gehen.

#### Nachmittagssitzung vom 28. März 1946

Der Vorsitzende, Herr Stellvertretender Ministerpräsident **Dr. Hilpert**, eröffnet die Sitzung gegen 15 Uhr mit den Worten:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Beratungen fort. Gemäß der vorhin getroffenen Abmachung verhandeln wir zunächst die Anträge, Anfragen und Entschließungen der Fraktionen des Beratenden Landesausschusses, die die Ernährungswirtschaft betreffen. Ich gedenke so vorzugehen, daß ich den einzelnen Fraktionen zunächst die Möglichkeit gebe, ihre Anträge kurz zu begründen, und zwar die Anfragen der SPD vom 23. März Nr. 1: „Die Fraktion bittet die Staatsregierung um Auskunft über den Stand unserer Ernährungswirtschaft“; Nr. 2: „Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um den Schwarzhandel radikal zu unterbinden?“ und Nr. 3: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Ablieferungspflicht von Lebensmitteln seitens der Produzenten und Händler im Interesse der Volksernährung sicherzustellen?“ Ich bitte jedoch vorerst die Auskunft des Herrn Ernährungsministers abzuwarten. Auch die Frage der Wildschäden ist eine ureigene Angelegenheit des Herrn Ernährungsministers. Ich richte zunächst an den Herrn Ernährungsminister das Ersuchen, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen.

#### **Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring:**

Meine Damen und Herren! Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn ich Ihnen einen sehr günstigen Bericht über den Stand unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln geben könnte. Ich bin dazu leider nicht in der Lage, wenigstens nicht in vollem Umfange. Die Ernährungslage ist nach wie vor außerordentlich gespannt, und es bedarf der Anstregung aller beteiligten Kreise, um den Anschluß an die kommende Ernte zu erreichen. Inzwischen ist die Versorgung von Groß-Hessen erneut etwas erschwert worden, weil wir genötigt waren, auch die Versorgung der amerikanischen Zone von Groß-Berlin zu übernehmen<sup>80</sup>.

Immerhin glaube ich folgendes sagen zu dürfen: Die Versorgung mit Fleisch, Milch, Fett und Käse, desgleichen auch mit Fisch und so weiter wird sich auf der bisherigen Höhe erhalten lassen. Diese Artikel stehen nicht in besonderer Gefahr. Schwierig ist lediglich die Brotversorgung. Ich darf darauf hinweisen,

<sup>80</sup> Die Sowjetunion hatte in den Vorgesprächen zur Potsdamer Konferenz darauf bestanden, daß die Westmächte ihre Berliner Sektoren selbst mit Nahrungsmitteln und Kohle versorgen mußten. Dies war um so schwerwiegender, da die Stadt stets nur einen kleinen Teil ihrer Versorgungsgüter aus Westdeutschland bezogen hatte. Vgl. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 117.

daß der Ertrag der vorjährigen Getreideernte wesentlich unter dem Ertrag des Jahres 1944 stand. Das ist mit zurückzuführen auf den Mangel an Arbeitskräften, an Arbeitstieren, Arbeitsmaschinen, aber auch darauf, daß im Jahre 1944/45 die Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit den erforderlichen Düngemitteln weit unter dem Quantum der für die Fruchtbarkeit der Acker benötigten Mengen lag. Es wird bei der vorjährigen Ernte mit einem Ausfall von 3 Millionen Zentner Brotgetreide gerechnet. Der Ernst dieser Lage ist von den deutschen Stellen auch erkannt worden. Wir haben frühzeitig die Militärregierung und über die Militärregierung auch den Kontrollrat in Berlin aufmerksam gemacht, daß wir aus eigener Kraft heraus den Anschluß an die Ernte des Jahres 1945 nicht gewinnen können, bei einer Ration von 1350 Kalorien je Tag. Die Militärregierung hat jedoch nicht nur diese Ration von 1350 Kalorien aufrecht erhalten, sondern darüber hinaus die Rationen erhöht. Wir sind ihr dafür sehr dankbar, um so mehr, als uns von der Militärregierung ausdrücklich die Zusage gegeben wurde, daß die fehlenden Getreidemengen im Wege des Imports nach Deutschland in die amerikanische Zone gebracht werden würden. Diese Zusage ist auch bisher eingehalten worden, wenn auch nicht in dem Umfange, wie er ursprünglich geplant war. Es war geplant, für die Monate Januar und Februar ca. 100 000 bis 150 000 Tonnen Getreide, Mehl und andere Lebensmittel einzuführen, doch waren Ende Februar erst 84 000 Tonnen in Bremen eingetroffen und dann zur Verteilung bereit.

Diese Tatsache hatte den Hauptausschuß für Ernährung in Stuttgart und natürlich die beteiligten Landwirtschafts- und Ernährungsminister bewogen, erneut dringend bei der Militärregierung vorstellig zu werden und sie darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn die Importe nicht in der zugesagten Menge eingehen würden, es nicht möglich sei, die Brotversorgung in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten. Wir haben vor ca. drei Wochen in Stuttgart erneut darauf aufmerksam gemacht, und die Militärregierung hat erklärt, irgendwelche Anordnungen auf diesem Gebiet zu treffen, weil sie entschlossen ist, eine weitere Verschlechterung der Ernährung Groß-Hessens, insbesondere der amerikanischen Zone, zu verhindern. Ich erkenne das dankbar an, ich erkenne auch dankbar an, daß die Militärregierung für den Fall, daß im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Brotversorgung in der ganzen Welt uns nicht genügend Brotgetreide zur Verfügung gestellt werden kann und sich demzufolge eine Kürzung der Brotration nicht vermeiden lasse, entschlossen ist, durch Lieferung von Hülsenfrüchten, aber auch durch Lieferung von Fisch und Marinaden einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Wieweit sich diese Zusage erfüllen läßt, vermag ich natürlich nicht zu übersehen, aber ich bin überzeugt, daß die Militärregierung und der Kontrollrat in Berlin ehrlich bemüht sind, die Zusage auch tatsächlich zu halten. Es findet nun morgen eine neue Konferenz in Stuttgart statt, bei der die Ernährungsminister von Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen anwesend sind. In dieser Sitzung wird Herr Clay Eröffnungen machen, in welcher Hinsicht kann ich natürlich nicht voraussagen, ich nehme aber an, daß diese Sitzung die Ernährungslage für die nächste Zeit endgültig klären wird.

Bezüglich der Kartoffelversorgung muß ich ebenfalls erklären, daß wir im letzten Jahr eine Minderernte von  $4\frac{1}{4}$  Millionen Zentner in Groß-Hessen ge-

habt haben. Es ist eine Umlage von rund 600 000 Tonnen auferlegt worden für die Ernährung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Ich darf feststellen, daß die vereinten Bemühungen der Ernährungsämter, der Kreisämter, der Landwirtschaftskammern und so weiter diese Umlage bereits zu neun Zehntel hereingebracht haben. Ich hoffe, daß auch das restliche Zehntel noch hereinkommen wird. Auch hier kann ich begrüßen, daß durch die Freigabe erheblicher Mengen Trockenkartoffeln seitens der amerikanischen Militärregierung ein Ausgleich für die Bevölkerung sichergestellt ist. Inwieweit es gelingt, die Frühkartoffelernte so zu gestalten, daß wir den Anschluß an die Herbstkartoffelernte erreichen, vermag natürlich niemand zu sagen, das kommt sehr stark auf die Witterungseinflüsse an. Haben wir ein gutes Jahr, so ist damit zu rechnen, daß die Ernte noch wesentlich günstiger wird, als wir erwarten. Treten aber schwere Wetterschäden ein, dann müssen wir freilich damit rechnen, daß für einige Wochen die Lieferung von Frischkartoffeln nicht möglich sein wird. Wir werden uns selbstverständlich auf diese Gefahr einstellen und einen entsprechenden Ausgleich bereithalten. Die Schwierigkeiten in der kommenden Frühkartoffelversorgung sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß wir nicht ausreichende Mengen Saatkartoffeln zur Verfügung haben. Falls es möglich ist, noch Saatkartoffeln hereinzubekommen, so wird die Ernte gewiß ganz zur Deckung des Bedarfs ausreichen.

Die Gemüseversorgung war im Winter außerordentlich schwierig. Es war uns nicht möglich, größere Gemüsemengen einzuführen und einen Ausgleich zu schaffen für den Ausfall der eigenen Gemüseernte. Es ist aber anzunehmen, daß in den kommenden Monaten eine gewisse Erleichterung eintritt, so daß die Hausfrauen nicht mehr die große Sorge haben, was sie in ihrem Topf eigentlich kochen sollen. Ich darf also sagen, daß wir im großen ganzen die Versorgung der Bevölkerung im bisherigen Umfange werden aufrechterhalten können.

Bezüglich der Erfassung der Lebensmittel kann ich nur darauf verweisen, daß zahlreiche Stellen daran beteiligt sind, das hereinzuholen, was hereinzuholen ist. Nicht nur, daß eine große Zahl Kontrollbeamte in den einzelnen Kreisen und Ortschaften nachprüfen, es sind auch Hofbegehungsaktionen im vorigen Herbst unter Hinzuziehung von Verbrauchern erfolgt. Ich habe weiter angeordnet, daß besonders befähigte Landwirte noch eingesetzt werden sollen, die ebenfalls gemeindeweise Stichproben machen, um herauszuholen, was herauszuholen ist. Neuerdings habe ich wieder angeordnet, daß Hofbegehungskommissionen nochmals in Tätigkeit treten sollen, um die restlichen Mengen, vor allem an Getreide und Kartoffeln herauszuholen, die wir für die Sicherung der Ernährung der Stadtbevölkerung brauchen. Es ist ganz klar, daß die allgemeine wirtschaftliche Katastrophe die Arbeit der Erfassung außerordentlich erschwert. Einmal wissen Sie ja, daß große Teile der städtischen Bevölkerung auch das entfernteste verwandtschaftliche Verhältnis auf dem Lande ausnutzen, um sich eine Kleinigkeit für die eigene Ernährung zu sichern. Das sind menschliche Dinge, die man kaum ganz abstellen kann, die aber immerhin noch einen Teil der Nahrungsmittel verflüchtigen. Zum anderen ist Ihnen bekannt, daß durch das mangelnde Angebot auch die Nachfrage im Wege des Schwarzhandels und Schleichhandels sehr groß geworden ist. Ich habe eine neue Anordnung getroffen, den Schwarzhandel dadurch zu unterbinden, daß bei schweren Verstößen



auch noch auf Arbeitshaus zu erkennen ist, so daß der Schwarzhändler für längere Zeit in seinem Gewerbe kaltgestellt ist.

Der Erfassungsaktion dienten außerdem auch Versammlungen in allen Kreisen, in denen landwirtschaftliche Sachverständige und Beamte der Ernährungsämter auf den großen Ernst der Wirtschafts- und Ernährungslage aufmerksam machten. In den Versammlungen wurde mit allem Nachdruck und allem Ernst auf die Pflicht der Ablieferung aller irgendwie für die eigene Wirtschaft entbehrlichen Nahrungsmengen hingewiesen. Ich muß aber offen bekunden, daß nicht nur für die verflossene, sondern noch mehr für die kommende Zeit die Versorgung der Bevölkerung abhängt von dem Ertrag der Landwirtschaft. Wenn es uns nicht gelingt, durch Besserung der Arbeitsbedingungen eine erheblich höhere Ernte zu erzielen, dann wird es auch nicht möglich sein, in absehbarer Zeit die Ernährungslage der Bevölkerung über das bisherige Maß hinaus zu sichern. Es sind auch hier eine Unsumme von Maßnahmen im Gange, die im einzelnen gar nicht erörtert werden können. Auch die landwirtschaftlichen Schulen sind in die Arbeit eingeschaltet worden. Ich bin überzeugt, daß sie nach Kräften sich bemühen werden, den Landwirten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Bei all diesen Maßnahmen kommt es jedoch in großem Umfange auf den guten Willen der Erzeuger an. Wir haben individuelle Anweisungen gegeben, daß jeder irgendwie verwendbare Streifen Land, der bisher brach lag, in diesem Jahre ausgenutzt werden muß. Es ist im einzelnen auch darauf hingewiesen worden, daß auch die Anlage von Kleingärten sowie die Landbeschaffung für die Ostflüchtlinge und Industriearbeiter nach Kräften gefördert werden müsse. Man darf ja nicht verkennen, daß auch das auf Schwierigkeiten stößt, denn schließlich ist ja in Hessen jeder landwirtschaftlich benutzbare Winkel heute bestellt. Es gibt aber auch Betriebe, die offenbar nicht auf der Höhe der Zeit sind, die ihren Pflichten nicht nachkommen, und für diese Betriebe ist vorgesehen eine wesentliche Verschärfung der Verordnung zur Sicherstellung der Landbewirtschaftung<sup>81</sup>. Kurzfristige Entscheide der Kreislandwirte<sup>82</sup> sollen es möglich machen, daß solche Betriebe unter Aufsicht gestellt oder in Zukunft durch Treuhänder zweckmäßig bewirtschaftet werden sollen<sup>83</sup>. Daß die Erhöhung der Erzeugung auch abhängig ist von der Lösung einer ganzen Reihe anderer Fragen, liegt auf der Hand. Einmal die Arbeiterfrage. Es hat sich leider gezeigt, daß selbst die aus dem Osten kommenden Flüchtlinge nicht bereit waren, landwirtschaftliche Arbeiten aufzunehmen. Auch in den Kreisen der Evakuierten ist nicht immer genügend Verständnis vorhanden für die Wichtigkeit des Zugrei-

<sup>81</sup> Die überarbeitete „Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung und Ablieferungspflicht“ wurde am 4. April 1946 erlassen. Vgl. Jahresbericht 1945/46 des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in HStAW Abt. D 509 Nr. 38 S. 74ff.

<sup>82</sup> Die Kreislandwirte leiteten ehrenamtlich die Ernährungsämter A des Landesernährungsamtes, dem sie unmittelbar unterstanden. Sie waren vor allem für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion zuständig.

<sup>83</sup> Gesetzlich festgelegt wurde dies durch das „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform“ vom 15. Oktober 1946. Darin ordnete Artikel III an, daß auch diejenigen Betriebe in eine zwangsweise Landabgabe einbezogen werden sollten, die schlecht oder überhaupt nicht von ihren Eigentümern bewirtschaftet seien oder deren Eigentümer der Ablieferungspflicht nicht nachkämen. Vgl. GVBl. 32/33 (1946), S. 218ff.

fens auf landwirtschaftlichem Gebiet, und sei es auch nur im Haushalt, um die Hausfrau durch die Übernahme von Arbeiten zu entlasten. Aber Sie werden ja morgen zu der Verordnung über die Arbeitsverpflichtungen Stellung zu nehmen haben. Ich hoffe, daß sich diese Verordnung auch auf den Arbeitsmangel für landwirtschaftliche Betriebe günstig auswirken wird. Die Arbeitsämter haben sich um die Klärung dieser Frage sehr bemüht, aber doch nicht in dem Umfange, wie ich ihn gern gehabt hätte.

Neben der Arbeiterfrage ist die Beschaffung der erforderlichen tierischen und maschinellen Arbeitskräfte ein dringendes Gebot. Unsere Bemühungen, Arbeitspferde einzuführen, sind im letzten Augenblick gescheitert. Es waren alle Vorbereitungen getroffen, um 2500 Pferde nach Groß-Hessen einzuführen, aber auf Anordnung der englischen Militärregierung ist die Ausfuhr aus der britischen Zone untersagt worden. Sämtliche Pferde kamen in das russisch besetzte Gebiet. Es war auch unsere Absicht, gute Milchkühe in dem üblichen Ausmaß nach Groß-Hessen einzuführen, um dadurch die Lücken in den Kuhställen zu schließen, wir müssen aber befürchten, daß auch hier unsere Bemühungen vergeblich sein werden.

Etwas Glück hatten wir bei unseren Anstrengungen, das erforderliche Saatgut zu beschaffen. Ich erkenne dabei dankbar an, daß der Handel mich in jeder Weise unterstützt hat und auch die Landwirtschaftskammer ein gerüttelt Maß dazu beigetragen hat. Jedenfalls ist es unseren vereinten Bemühungen gelungen, das Saatgut, das noch im September in unseren Überlegungen eine sehr schwere Rolle gespielt hat, zu sichern, wenigstens für Getreide und Zuckerrüben, auch für Gemüse. Für einige Kohlarten, aber auch für Erbsen und Futterpflanzen war die Saatgutbeschaffung in dem erwünschten Ausmaß nicht möglich. Das gleiche trifft zu auf Kartoffeln. 23000 Tonnen Saatkartoffeln hatten wir bestellt und dafür Speisekartoffeln in entsprechender Menge geliefert, aber auch hier ist uns gesagt worden, daß man zur Lieferung nicht in der Lage sei. Wir haben nur etwa 6000 Tonnen erhalten.

Ebenso wichtig oder noch wichtiger ist die Beschaffung der Düngemittel. Die Anstrengungen, die auf diesem Gebiet gemacht worden sind, füllen sehr viele Bücher, das Resultat findet in einem sehr bescheidenen Mitteilungsblättchen Platz. Es handelt sich vor allem um Stickstoff, der unseren Ackern ganz besonders fehlt. Der Bedarf wird auf 80 000 Tonnen geschätzt. Es ist uns gelungen, an Kalkstickstoff nur etwa 14 000 Tonnen zu bekommen. Wir haben uns auch um Phosphatdünger bemüht, der in der englischen Zone in genügendem Ausmaß vorhanden ist, bisher aber nicht erhalten. Hätten wir im letzten Winter genügend Kohle zur Verfügung gehabt, dann hätten wir jetzt Stickstoff, denn dann wäre es uns möglich gewesen, die I.G. Farbenindustrie rechtzeitig einzusetzen für die Düngemittelerzeugung, dann hätten wir überhaupt keinen Mangel. Es fehlt eben auch hier an Kohle. Wir haben uns auch bemüht, daß die Firma Albert Phosphatdünger erzeugt, aber diese Mengen, die wir erreichen werden, kommen zum Teil für die diesjährige Ernte zu spät. Einzig und allein bei Kali ist die Deckung des Bedarfs zu rund fünf Sechstel erzielt worden. Ganz versagt hat dagegen der Kalk, und gerade Kalk ist für den Boden außerordentlich wichtig. Aber die Kalkfrage ist auch wieder eine reine Kohlenfrage. Ich denke daher, wenn der Herr Wirtschaftsminister die Kohlenfrage zu besprechen haben wird,

dann wird er das Klagelied genauso singen müssen wie andere auch. Solange es nicht möglich ist, ausreichende Kohlenmengen für die Wiederingangsetzung der Industrie zu gewinnen, solange sind alle Anstrengungen auf vielen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens eben vergebens. Die Kohle ist eben doch das A und O.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß auch der Mangel an Eisen außerordentlich hindernd für die Landwirtschaft ist. In der Praxis ist es doch so, daß viele Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte, Wagen etc. nicht durchgeführt werden können, weil das Eisen fehlt, ja daß zum Teil noch nicht einmal der Hufbeschlag erfolgen kann, weil keine Hufnägel vorhanden sind. Das wird leider vielfach übersehen. Es ist nicht so einfach, heute einen landwirtschaftlichen Betrieb so zu leiten, daß ein hoher Ertrag an Nahrungsmitteln aus dem Boden herausgeholt werden kann. Sie dürfen es glauben, daß von meinem Ministerium aus, und auch von der übrigen landwirtschaftlichen Verwaltung, alles getan wird, auf die Dinge immer wieder aufmerksam zu machen. Aber ich muß offen zugeben, auch die Militärregierung kann ja gegen den Kohlenmangel nur schwer ankämpfen, denn die Kohlen werden im Ruhrgebiet, also in der britischen Zone, erzeugt.

Ich weise weiter darauf hin, daß die Ernteaussichten auch durch die Versorgungslage in allgemeinen Gütern beeinflußt werden. Es ist beispielsweise noch nicht gelungen, genügend Bekämpfungsmittel für Schädlinge bereitzustellen. Pflanzenschutzmittel sind nicht zu erhalten, so daß in Anbetracht der großen Anbaugelände auch erhebliche Verluste durch Schädlinge eintreten. Wir müssen ferner uns vor Augen halten, daß der Nachwuchs an Kälbern, Ferkeln und Jungvögeln sehr stark zurückgegangen ist. Ich muß desgleichen feststellen: Bei Kälbern hat die Erzeugung gegenüber 1943 um 26 Prozent, bei Jungschweinen um ca. 40 Prozent nachgelassen. Sie brauchen nur daran zu denken, daß die Ferkel hauptsächlich aus dem Norden Deutschlands gekommen sind und daß wir sie jetzt nicht von dort beziehen können, um sich auszurechnen, wie die Schweinefleischversorgung im kommenden Winter sein wird. Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß die Haltung von Zuchtsauen in Hessen zugenommen hat, und wenn der hessische Bauer wieder dazu übergeht, Schweine zu züchten, so wird eine gewisse Verbesserung in der Versorgung eintreten.

Da wir nun wissen, daß es an Pferden fehlt, daß es auch an Maschinen fehlt, daß wir diese Maschinen hier trotz aller Bemühungen nicht beschaffen können, weil die entsprechenden Industrien noch nicht laufen, noch nicht produzieren können, deswegen sind wir sehr stark daran interessiert, daß die vorhandenen Arbeitspferde und Arbeitsmaschinen restlos ausgenutzt werden, und wir werden daher voraussichtlich in der nächsten Woche dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach Kreislandwirtschaftsämter, Bürgermeister und vor allem Landräte ermächtigt werden, solche Maschinen und tierische Kräfte, die nicht ausgenutzt sind, in den Dienst anderer Betriebe zu stellen. Ich glaube, daß wir dann ein Stückchen weiterkommen, denn wenn die Landwirte irgendeinen überflüssigen Gaul oder eine Maschine haben, die eben nicht benutzt wird, so sollen sie sie den Nachbarn zur Verfügung stellen<sup>84</sup>. Wir müssen hier also leider dazu

<sup>84</sup> Zur Sicherstellung der Bedarfsdeckung von Landmaschinen wandte sich die Regierung mit

übergehen, hinter diese Dinge einen gewissen Zwang zu setzen. Wenn aber der gute Wille vorhanden ist, wenn alle Möglichkeiten bei der Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln restlos ausgenutzt werden und wir verhältnismäßig gutes Wachstum bekommen, dann hoffe ich doch, daß der Ertrag unserer Felder mindestens den des Vorjahres erreicht, ja hoffentlich übersteigt, so daß wir mit einem beruhigenden Gefühl in den nächsten Winter gehen können.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich noch auf die Zuckerwirtschaft eingehen. Die Erzeugung von Zuckerrüben ist nicht ausreichend, den Bedarf der hessischen Bevölkerung zu decken. Bisher ist der Zucker aus dem hannoverschen und sächsischen Gebiet geliefert worden. Wären nicht die Zonengrenzen vorhanden, so hätten wir auch in diesem Jahre so viel Zucker aus anderen Gebieten im Austausch beziehen können, daß wir die Zuckerversorgung einigermaßen aufrechterhalten können. So ist der Gesamtertrag nur so groß gewesen, daß auf den Kopf der Bevölkerung  $3\frac{1}{2}$  Pfund verteilt werden können. Es schweben allerdings erneut Verhandlungen zwischen der Militärregierung und der russisch besetzten Zone, die Zucker angeboten hat, aber gegen Lieferung von Milchkühen. Ich muß ganz offen sagen: Es ist mir nicht wohl ums Herz bei einem derartigen Geschäft, denn die Milchkühe gibt täglich Milch und Fett, und wenn ich schließlich auf den Kopf der Bevölkerung nochmals ein oder zwei Pfund Zucker verteilen kann, so sind diese in acht Wochen verschwunden und die Milchkühe auch, und die Milchkühe sind im Augenblick die Quelle, die uns mit Fett versorgt. Ich sehe das Geschäft als ungünstig an, muß aber betonen, daß die Militärregierung aus politischen Erwägungen Wert darauf legt, daß eine gewisse Zahl Milchkühe in die russisch besetzte Zone geliefert wird.

Auch auf den Wildschaden will ich noch eingehen. Das Landwirtschaftsministerium hat nicht versäumt, die Militärregierung rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß hier ein großer Schaden entstehen wird, wenn die Wildschweine überhandnehmen. Wir haben immer wieder betont, wirksam könne das nur bekämpft werden, wenn unsere deutschen Jäger, die die Wildschweinjagd gewohnt sind, eingesetzt werden, daß die Jäger bewaffnet werden müssen, damit noch im Winter, wenn möglichst viel Schnee liegt, die Wildschweine abgeschossen werden können. Wir haben mit einigen Kommandanturen verhandelt, einige haben ziemlich großes Entgegenkommen gezeigt, andere waren weniger geneigt, viele haben auch Militärwaffen geliefert, aber mit diesen ist gegen eine Wildsau sehr schlecht anzukommen. Kurz und gut, der Abschluß von Wildsauen liegt weit unter den Wünschen, die wir eigentlich haben.

Wir können in unseren Bemühungen, die Bewaffnung von Jägern unter Aufsicht und Kontrolle der Militärregierung durchzuführen, nicht nachlassen<sup>25</sup>. Es

der Verordnung vom 9. Mai 1946 über Meldepflicht, Verkaufs- und Auslieferungssperre von Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten auch an deren Hersteller und Wiederverkäufer. Vgl. GVBl. 22 (1946), S. 165.

<sup>25</sup> Als ein klarer Erfolg dieser Aktivitäten ist sicher auch der Befehl der Militärregierung vom 2. April 1946 zu sehen, mit dem sie die Abhaltung von „Polizeijagden“ in den Kreisen und Forstämtern anordnete. Die deutschen Forstleute sollten dabei für die Vorbereitung der Jagden verantwortlich sein, während die örtlichen Vertreter der Militärregierung die Bildung der Jagdgesellschaften veranlaßten, die aus amerikanischen Truppen unter Führung eines Offiziers bestanden. Vgl. HStAW Abt. 509 Nr. 803.

ist jetzt so, daß ich tatsächlich sagen muß, daß die Wildschweinplage eine Gefahr für unsere Volksernährung ist. Heute morgen noch war der Präsident der Landwirtschaftskammer in Kassel bei mir, der mir sagte, daß in seiner Nachbarschaft 200 Morgen Wintersaat restlos umgepflügt worden sind.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das gleiche wird uns wohl passieren, wenn in der Nähe der Wälder Kartoffeln ausgelegt werden, auch diese werden wohl im Laufe der Nacht herausgeholt werden. Zum Teil laufen die Wildschweine bis in die Hofgemarkungen hinein. Da muß ich wirklich sagen, da graut es einem davor, wie die Landwirtschaft geschädigt werden kann, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, die Militärregierung zu überzeugen, daß hier ganz energisch durchgegriffen werden muß. Wir werden in diesen Bemühungen nicht nachlassen, und ich werde morgen General Clay nochmals die Frage ans Herz legen. Es wäre jammerschade, wenn alle Bemühungen der Landwirte und alle unsere Hoffnungen zuschanden würden, nur weil es nicht gelungen ist, diese Wildschweine rechtzeitig zu beseitigen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß die Forstverwaltung und landwirtschaftliche Verwaltung hier stets Hand in Hand gearbeitet haben, um zu erreichen, was irgendwie möglich ist.

Wenn ich nun auf die Anfrage bezüglich der Preisbildung eingehe, so möchte ich kurz erklären, wenn eine Erhöhung einzelner Lebensmittelpreise vor kurzem durchgeführt werden mußte, so geschah dies lediglich zur Abgeltung der Zuschüsse, die früher von Reichs wegen gezahlt worden sind. Sie dürfen überzeugt sein, daß es uns sehr schwer angekommen ist, diese Maßnahme durchzuführen, die immerhin dem hessischen Staat ca. 90 Millionen Mark jährlich Kosten verursacht hat. Auch vom Standpunkt des Ausgleichs des Staatshaushaltes aus waren diese Zuschüsse nicht mehr tragbar. Ich hoffe, daß wir neue Preisverteilungen vermeiden können, aber das hängt alles ab von der Preisbildung auf arbeitswirtschaftlichem Gebiet. Wenn es so kommen sollte, daß der Grundstoff Kohle verteuert wird, daß der Grundstoff Eisen verteuert werden muß, weil die Kohle verteuert worden ist und weil wir die Eisenerze aus dem Ausland einführen müssen, dann kommt unser bisheriges Preisgebäude, das mühselig aufrechterhalten wird, ins Rollen. Dann müssen wir suchen, die Preise neu zu regeln und so zu regeln, daß wir wieder für längere Zeit einen Stopp machen können, denn wenn unsere Preise ins Gleiten kommen, dann ist alles aus. Die Staatsregierung ist gerade in dieser Hinsicht sich des großen Ernstes vollkommen bewußt, wir werden alles tun, was wir können, um irgendwelche weiteren Verteuerungen der Lebenshaltung zu vermeiden.

Wenn ich zum Schluß noch auf die Frage der Landbeschaffung eingehe, so möchte ich bitten, hier von einer Debatte abzusehen. Die Forderungen der CDU entsprechen ja zu einem großen Teil den Vorschlägen, die ich im Ausschuß für die Volkssiedlung, die in meinem Ministerium behandelt wird, gemacht habe. Aber es ist ja so, daß von allen Parteien hier in der Zwischenzeit Forderungen angemeldet worden sind; auch von Einzelpersonlichkeiten sind Vorschläge eingegangen, sie müssen in meinem Ministerium jetzt erst einmal systematisch verarbeitet werden, und wir hoffen, daß wir in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, mit einem endgültigen Vorschlag vor den Landesausschuß zu

treten und dem Landesausschuß grundsätzlich alle Fragen zu beantworten, die sich mit der Bodenreform, Volkssiedlung und damit auch mit der Inanspruchnahme von ländlichem Besitz beschäftigen. Ich nehme die Entschliebung sehr gern zur Kenntnis. Ich hoffe auch, daß sich bei der Formulierung der künftigen Vorschläge bezüglich Durchführung einer großen Volkssiedlung Wege finden lassen, die von allen Parteien gegangen werden können.

Eins darf ich noch hinzufügen: Ich bin ernsthaft bemüht, alle Maßnahmen zu fördern, durch die die Lebensmittelversorgung der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung gebessert werden kann, aber wenn der eine oder andere Wunsch nicht in Erfüllung gehen kann, dann dürfen die Herren Landwirte davon überzeugt sein, daß es nicht etwa Dickköpfigkeit ist, sondern daß wir uns genau überlegen müssen, ob wir etwas tun können, weil ja große Teile der Bevölkerung von einer solchen Maßnahme betroffen werden. Ich kann also nur auf lange Sicht arbeiten. Ich glaube, daß Sie in dieser Hinsicht mit mir einverstanden sein werden.

Ich möchte zum Schluß noch sagen, daß auch die Entnazifizierung für die Volksernährung keine schädlichen Folgen haben darf. Ich habe jedenfalls die Landwirtschaftskammer bereits angewiesen, alles zu tun, daß genügend tüchtige Landwirte zur Verfügung stehen, die dann eingreifen können, wenn einem Landwirt die Verfügung über seinen Hof entzogen wird. Das Ziel ist jedenfalls, zu erreichen, daß jede Fläche Landes, die wirtschaftlich benutzbar ist, in diesem Jahre bestellt und auch abgeerntet wird, damit wir mit einiger Ruhe dem kommenden Winter entgegensehen können.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Werden zu den Ausführungen des Ernährungsministers noch Rückfragen gewünscht? Bitte, Herr Kollege Diez.

**Herr Diez (KPD):**

Meine Damen und Herren! Wie wir aus den Ausführungen des Herrn Ernährungsministers gehört haben, ist die Versorgungslage in der nächsten Zukunft nicht so rosig, wie sich vielleicht manche denken. Es ist daher notwendig, daß alles geschieht, um Schäden bei der Erzeugung der Lebensmittel zu vermeiden. Ich habe die Aufgabe, einen Antrag, der von der kommunistischen Fraktion gestellt worden ist, zu vertreten, und zwar in der Frage des Wildschadens. Der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat ja bereits betont, daß auch von dieser Seite alles geschehen wäre, um die Bekämpfung in die Wege zu leiten. Gestatten Sie mir aber, einige Zahlen anzuführen, die es als notwendig erkennen lassen, daß wir von dieser Stelle aus darauf drängen müssen, unsere ganze Kraft einzusetzen, damit dieser Plage endgültig entgegengesteuert wird. Ich habe vor mir einige Zahlen liegen, die sich mit den Wildschäden beschäftigen, die im Jahre 1945 entstanden sind. Im Jahre 1945 sind im Kreise Gelnhausen zerstört worden an Gerste 18,60, an Roggen 288,40, an Weizen 277,80, an Hafer 1339,80, an Kartoffeln 4589,40 und an Rüben 466 Zentner. Das ist der Wildschaden im Jahre 1945 im Kreise Gelnhausen. Seit dieser Zeit ist nichts geschehen, die Wildschweinplage zu bekämpfen, so daß wir damit rechnen müssen, daß im Jahre 1946 die Schäden unendlich größer sein werden. Wenn jetzt

die Wildschweine anfangen das Land umzuwühlen – und wir haben heute schon wieder diesbezügliche Unterlagen aus dem Kreise Gelnhausen vorliegen –, dann wird der Schaden sehr viel größer sein als 1945. Eine Mitteilung aus einem Ort des Kreises Gelnhausen besagt, daß dort von 55 Hektar angepflanzten Kartoffeln etwa 110 Zentner herausgewühlt worden sind; eine Meldung aus einer anderen Gemeinde: bei einer Anbaufläche von 34 Hektar Roggen sind 90 Zentner, bei 20 Hektar Hafer 59 Zentner vernichtet. Die Bauern, die sich bei ihren Zusammenkünften über diese Frage unterhalten, erklären heute schon, daß, wenn nicht dieser Wildschweinplage abgeholfen wird, sie es ablehnen, die Frühlingsaussaat vorzunehmen, weil heute schon feststeht, daß die Herbstaussaat restlos vernichtet ist. Wenn wir nicht ganz energisch dafür eintreten, daß diese Dinge geändert werden, so werden wir feststellen, daß gerade die Kleinbauern des Vogelsberges mit ihrem meist gepachteten Land nicht in der Lage sind, das Aufbringungssoll zu erfüllen und ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn ganze Kreise nicht mehr in der Lage sind, ihren Versorgungspflichten nachzukommen und das Ablieferungssoll nicht erfüllen können, dann wird die allgemeine Versorgung aufs ernstlichste gefährdet. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, den Vorschlägen der Kommunisten zuzustimmen.

Ich möchte noch einige Vorschläge zur Bekämpfung dieser Wildschweinplage machen. Es genügt nicht, daß auf Grund unserer Feststellungen seitens der amerikanischen Militärregierung einige Jagdkommandos aufgestellt werden wie im Kreise Gelnhausen. Der Erfolg davon war, daß das Rotwild wahllos abgeschossen wurde und die Wildschweine am Leben blieben. Man braucht zur Bekämpfung des Wildschweinbestandes waidgerechte Jäger, man braucht Leute, die in der Lage sind, die Jagd durchzuführen. Leider ist dies im Winter versäumt worden, als noch Schnee auf den Feldern lag. Aber noch ist es nicht zu spät, daß Treibjagden angesetzt werden. Wir haben in den Kreisen Gelnhausen und Schlüchtern überall Kreisjägermeister, und diesen soll die Aufgabe übertragen werden, alle waidgerechten Jäger, die heute noch Waffen tragen dürfen, zusammenzurufen, daß sie mit diesen waidgerechten Jägern hinausgehen und Jagd auf die Wildschweine machen. Die Jagd muß so durchgeführt werden, daß sie auch von Erfolg begleitet ist. Wenn, wie im Kreise Hanau, eine solche Wildschweintreibjagd von Gendarmeriebeamten veranstaltet wird, so verspreche ich mir davon wenig Erfolg. Deshalb möchte ich die Regierung bitten, darauf hinzuwirken, daß den waidgerechten Jägern Waffen und Munition zur Verfügung gestellt werden, um Treibjagden zu veranstalten. Die Bauern der betroffenen Gebiete werden es Ihnen danken.

Herr Leweke (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst noch eine kleine Anfrage an den Herrn Landwirtschaftsminister zu richten. Von einer Reihe von Leuten ist uns Mitteilung gemacht worden, wonach für Zuchtvieh und Schlachtvieh ein großer Preisunterschied besteht, so daß die Landwirte nur unter einem Zwange das erforderliche Fleisch zur Verfügung stellen. Ich habe selbst die Angaben, die mir gemacht worden sind, nicht nachprüfen können, aber wenn sie nur einigermaßen stimmen, so muß ich sagen, daß dadurch eine recht unangenehme Sachlage geschaffen wird. Wenn der Schlachtviehpreis 300 bis 400 Mark und [für] das

Zuchtvieh 2000 bis 3000 Mark beträgt, wenn für Jungschweine von etwa sechs Wochen 100 bis 120 Mark bezahlt werden müssen, während der Preis für Marktschweine sich auf etwa 180 Mark beläuft, so ist es zu verstehen, daß darin eine Gefahr für die Volksernährung liegt, daß darin der Anreiz zu Schwarzschlachtungen liegt. Ich bitte den Herrn Minister, uns doch darüber eine Aufklärung zu geben und uns zu sagen, welche Möglichkeiten für eine Abhilfe bestehen.

Eine andere Angelegenheit: Es ist ganz verständlich, daß jede Möglichkeit ausgenutzt werden muß, um die Nahrungsmittelerzeugung zu steigern, und ein gar nicht unwesentliches Element sind dabei die Kleingärten in den Großstädten. Aus diesen Kleingärten wird doch ein ganz wesentliches Quantum an Lebensmitteln herausgezogen, um die Ernährung gerade der Großstadtbevölkerung zu steigern. Nun ist es besonders notwendig, daß sich diese Bewirtschaftung der Kleingärten auch in Ruhe vollziehen kann, aber durch die Entnazifizierung sind Schwierigkeiten hineingekommen, die in einigen Städten, zum Beispiel Frankfurt am Main, schon wirklich unangenehme Formen angenommen haben. In den Kleingärtnervereinen haben sich sozusagen kleine Revolutionen abgespielt, indem der Vorstand des Kleingärtnervereins, je nach seiner Zusammensetzung, und andere Leute, die gern einen Garten hätten und die günstige Gelegenheit witterten, Beschlüsse gefaßt haben, wonach in Bausch und Bogen allen Mitgliedern, die der Nazipartei einmal angehört haben, das Land abzunehmen und an andere zu verteilen sei<sup>86</sup>. Ich habe gehört, daß in Frankfurt der Kleingärtnerstadtverein einen Gesetzentwurf in dieser radikalen Form an die Militärregierung gerichtet hat, wobei ich es merkwürdig finde, daß dieser Entwurf an die Militärregierung und nicht an die großhessische Staatsregierung adressiert wurde. Ich bin ja durchaus der Meinung, daß die Leute, die während der letzten zwölf Jahre anderen Volksgenossen ihren Garten abgenommen haben, selbstverständlich ihren Raub wieder hergeben müssen und die früheren Besitzer wieder ihre Gärten zurückzubekommen haben. Es ist auch ohne weiteres als berechtigt anzuerkennen, daß Leuten, die nach dem neuen Gesetz als Aktivisten festgestellt werden<sup>87</sup>, ihr Garten abgenommen werden kann, um solche, die dafür mehr moralische Berechtigung haben, damit zu bedenken. Aber ich glaube, es geht nicht an, daß man so in Bausch und Bogen Leuten, die einmal irgendetwas mit der Partei zu tun gehabt haben, ihren Garten abnimmt. Ich glaube, daß man bei den Mitläufern haltmachen mußte. Jedenfalls muß eine klare Situation geschaffen werden, denn die Sache ist ernster, als sie sich von hier aus ansieht. Es ist da eine große Erbitterung geschaffen worden, da in die Gärten teilweise viel Geld gesteckt worden ist. Es müßte nach den Grundsätzen

<sup>86</sup> Siehe Einleitung S. 20.

<sup>87</sup> Gemeint ist die im Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (vgl. Anm. 29) vorgesehene Einstufung der Betroffenen in fünf Kategorien: Gruppe I: Hauptschuldige, Gruppe II: Aktivisten, Gruppe III: Minderbelastete, Gruppe IV: Mitläufer (meist nur nominelle Mitglieder) und Gruppe V: Entlastete (von jeder Schuld freigesprochene Personen). Als Strafmaßnahmen wurden Arbeitslager, Berufsbeschränkungen, Einzug des Vermögens, Geldbußen u.a. festgesetzt. Weiterhin konnten unterschiedliche Beschäftigungsverbote ausgesprochen werden.



gehandelt werden, die das neue Gesetz aufstellt. Wer da als Mitläufer festgestellt wird oder wer nur von ferne Beziehungen mit dem Naziregime gehabt hat, gegen den kann man nicht in einer so krassen Weise vorgehen. Ich möchte bitten — und glaube damit im Namen meiner Fraktion zu handeln —, daß durch die Initiative des Ernährungsministeriums Wandel geschaffen wird und klare Richtlinien erlassen werden. Es hat sich da ergeben, daß bei einem solchen Vorgehen teilweise Prozesse eingeleitet wurden und daß Leute, die Gärten widerrechtlich an sich genommen hatten, sie wieder herausrücken mußten, was erst recht eine Erbitterung erzeugte. Diese Dinge müssen also ebenfalls bereinigt werden, auch im Interesse der Volksernährung.

**Herr Richter (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Leweke betreffs der Gärten voll anschließen. Es ist dringend erforderlich, daß recht bald eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, nach der die Entnazifizierung dieser Anlagen an den Stadträndern erfolgen soll. Auf diesem Gebiet wurde 1933 sehr viel gesündigt, und das rächt sich jetzt. Es fehlt die rechtliche Grundlage, und die Leidtragenden sind wiederum die, die 1933 schon einmal Leid getragen haben. Deshalb bitte ich, den Anregungen des Kollegen Leweke Rechnung tragen zu wollen.

Das gleiche trifft zu bezüglich der Wildschäden. Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß auf den Feldern alles erhalten bleibt, und wir müssen alles tun, was irgendwie geeignet ist, die Ernährungslage zu verbessern. Aber damit ist das Ernährungsproblem an sich noch nicht gelöst. Wir müssen uns klar sein, daß wir in unserem kleinen Gebiet kaum in der Lage sein dürften, soviel zu erzeugen, wie wir es zur Lebenshaltung dringend gebrauchen, und es wird deshalb unsere Aufgabe sein, in weitgehendem Maße das aus dem Grund und Boden herauszuholen, was herauszuholen ist. Der Bauer darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: Für mich reichts, was ich ziehe, sondern er muß alles tun, um Höchsterträge herauszuwirtschaften. Er darf nicht sagen: Saatgut ist in ausreichendem Maße nicht herangekommen, also kann nicht genügend erzeugt werden. Mit Unterstützung der maßgebenden Stellen der Regierung müssen wir bei der Militärregierung darauf hinwirken, daß wir hier weitgehende Unterstützung erhalten und eine dieser Maßnahmen ist, daß unserer Wirtschaft ausreichend Kohle zur Verfügung gestellt wird. Es ist dieser Tage durch die Presse eine Notiz gegangen, wonach die Kohlenzufuhr für unser Gebiet um 50 Prozent gedrosselt wird. Dies wird dazu führen, daß die Ankurbelung der Industrie für die Herstellung künstlicher Düngemittel nicht möglich sein wird und daß dadurch weitere wirtschaftliche Schäden eintreten.

Was wir begrüßen, sind die Ausführungen des Herrn Ministers, wonach die Versorgung in Fett, Fleisch und Fisch in dem bisherigen Maße aufrechterhalten werden kann, wobei man allerdings bemerken muß, daß diese Lebensmittel, besonders soweit Fisch in Betracht kommt, ja relativ sehr gering sind. Es muß deshalb die Aufgabe sein, darauf hinzuwirken, daß, wenn die Krise überwunden sein wird, eine Erhöhung dieser Lebensmittelzuteilungen Platz greift. Entscheidend wird jedoch sein, daß der Schwarzhandel unter allen Umständen scharf angegriffen wird. Es kann nicht so weitergehen, was man hört, daß auf dem

Gebiet der Fleischversorgung, der Getreideversorgung, der Kartoffelversorgung der Schwarzhandel nicht abnimmt, sondern trotz aller Verfolgung immer mehr zunimmt. Ich glaube, das einzige einschneidende Mittel ist rücksichtslose Bestrafung auf diesem Gebiet. Hier müssen die Polizei und der maßgebende Fachminister Hand in Hand arbeiten. Ich bitte aber auch darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß jetzt das Frühjahr bevorsteht, wo Frühgemüse und Frühobst in Groß-Hessen auf den Markt kommt, das der Stadtbevölkerung in weitgehendem Maße zugeführt werden muß, denn gerade die städtische Bevölkerung wird dieses Frühgemüses dringend bedürfen, um bei Kräften und arbeitsfähig zu bleiben. Es genügt ja nicht, daß wir ein Gesetz beschließen, das die Arbeitsdienstpflicht einführt, das dazu beitragen soll, daß unsere Arbeitsleistungen gesteigert werden. Es ist auch erforderlich, daß wir die Voraussetzungen für die Ernährung der Arbeiter schaffen, und gerade für die arbeitende Bevölkerung ist es nötig, daß man sie mit kräftiger Nahrung versieht. Aber bei allem wollen wir in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen, daß diese Schwierigkeiten, die wir auf allen Gebieten durchmachen müssen, ihre Ursache haben in dem Kriege, in dem Nazisystem, daß nicht verantwortlich ist unsere jetzige Regierung, daß nicht verantwortlich ist die amerikanische Militärregierung, sondern daß verantwortlich ist einzig und allein das Nazisystem, das uns in diesen Abgrund hineingeführt hat, und es wird wirklich nichts schaden, wenn wir immer wieder mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, was die Ursache dieser grauenvollen Auswirkungen ist.

**Herr Dr. Köhler (CDU):**

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Ernährungsministers und besonders die Mitteilungen über die geradezu furchtbaren Auswirkungen der Wildschweinplage veranlassen mich, folgenden Vorschlag zu machen: Da die Abstellung der Wildschäden davon abhängt, daß seitens der amerikanischen Militärregierung die erforderlichen Gewehre und Munition zur Verfügung gestellt werden müssen, halte ich es für das Zweckmäßigste, wenn wir unmittelbar seitens des Beratenden Landesausschusses an den Gouverneur des Landes Groß-Hessen, Herrn Oberst Newman", herantreten. Ich mache deshalb den Vorschlag, daß von jeder Fraktion eine Persönlichkeit benannt wird und diese aus vier Personen bestehende Kommission noch heute oder morgen darum bittet, von Herrn Oberst Newman vorgelassen zu werden, um ihm unmittelbar persönlich die katastrophale Wirkung dieser Wildschweinschäden vorzutragen und

<sup>88</sup> Colonel James R. Newman (\*1903) war im Zivilberuf an führender Stelle bei einer Schulaufsichtsbehörde tätig und promovierter Erziehungswissenschaftler. Seine militärische Karriere startete er als Absolvent der Akademie West Point. Er kam 1941 in den aktiven Dienst und war kommandierender Offizier verschiedener Einheiten der Küstenwache und Luftabwehr. Im April 1945 war ihm das Kommando über das Regionaldetachment E1A2 übertragen worden, unter dessen Zuständigkeit die Gründung der ersten deutschen Zivilregierung für das Gebiet Mittelrhein-Saar in Neustadt fiel. Im Sommer 1945 übernahm das Detachment die offizielle Befehlsgewalt über den Regierungsbezirk Wiesbaden und wurde im August 1945 in E—5 umbenannt. Nach der Bildung des Landes Groß-Hessen wurde das Detachment E—5 zum landesweit verantwortlichen Detachment, zum „Office of Military Government for Greater Hesse“ (OMGH) und Newman dessen Direktor.

daran die Bitte zu knüpfen, für die Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen die erforderlichen Gewehre und Munition zur Verfügung zu stellen.

(Zurufe: Sehr gut!)

**Herr Stetefeld (LDP):**

Ich bin gern bereit, dieser Anregung zuzustimmen, doch noch einige allgemeine Worte über die Ernährung. Sie wissen, daß die Landräte regelmäßige Konferenzen abhalten und daß von den Landräten all diese Dinge, die heute der Herr Ernährungsminister angeschnitten hat, von ihrem Standpunkte aus durchgearbeitet werden. Wir hatten gestern wieder eine Landratskonferenz, und weil in der Landratskonferenz zufällig eine Frage behandelt wurde, die Herr Kollege Diez angeschnitten hat, die mit dem Wildschaden zusammenhängt, so darf ich mich vielleicht einige Minuten darüber verbreiten, besonders weil Herr Diez meinte, im Kreise Gelnhausen wäre nichts getan worden, der Plage Herr zu werden. Meine Damen und Herren! Wenn Sie wüßten, wie wir uns in dieser Angelegenheit seit fast einem Jahr bemühen, so würde diese Äußerung nicht gemacht worden sein. Aber was nutzt alles Vorstelligwerden, wenn uns von Seiten der Militärregierung immer wieder erklärt wird: Wir sind durch Befehl von oben nicht in der Lage, hier den Gedanken zu erwägen, daß die Inhaber von Jagden mit Waffen und Munition ausgestattet werden. Es hat monatelanger Arbeit bedurft, zu erreichen, daß wenigstens die politisch einwandfreien Förster mit Gewehren ausgestattet wurden, natürlich aber auch nicht in hinreichendem Maße. Wir im Kreise Gelnhausen haben etwas größeren Wildschaden, weil wir auf der einen Seite den sogenannten Büdinger Wald, auf der anderen Seite den Spessart haben und weil die meisten Wildschweine königlich bayerische Säue sind. Sie sind nicht auf unserem Gebiet gewachsen, sondern kommen aus Bayern, und die Bayern haben ja bekanntlich ein anderes Kommando und haben noch heute Reservatrechte. Die Herren von der Linken wissen das ja auch, sie ärgern sich ja auch. Wie Sie das auf politischem Gebiet haben, so ist das auch in bezug auf die Jagd der Fall. Wenn wir hier den Antrag stellen, die Sache so und so zu machen, so wird sie in Bayern anders gemacht, und mittlerweile sind die Säue wieder in einer ganz anderen Gegend. Ich will die Zahlen nicht anzweifeln, die Herr Kollege Diez genannt hat, sie sind sehr schlimm, aber wir können nicht Ordnung schaffen, wir können nichts machen.

Ich will Ihnen noch etwas über die Polizei sagen. Bei der gestrigen Landrats-sitzung hat einer unter dem Beifall seiner Kollegen vorgeschlagen, die Polizei zur Bekämpfung der Wildschweine einzusetzen. Das klingt sehr einleuchtend, aber ich möchte den Regierungspräsidenten sehen, der mir recht gibt, wenn das Überfallkommando auf die Jagd geschickt werden sollte und wenn im Bedarfs-falle gesagt werden müßte: Das Überfallkommando kann nicht eingreifen, das ist auf der Saujagd.

Also, meine Damen und Herren, manche Dinge sehen auf den ersten Blick sehr einfach aus, aber sie sind es nicht. Aber diese Sache scheint auch noch monatelanger Verhandlungen zu bedürfen. Ich weiß nicht, ob die Herren mit der Wildschweinjagd vertraut sind. Die Wildschweinjagd wird von den Amerikanern mit der größten Ehrerbietung und Zurückhaltung behandelt. Es ist viel leichter eine Rehgeiß abzuknallen als ein Wildschwein. Außerdem werden

Wildschweine zu einem ganz anderen Zeitpunkt gejagt. Aber es gibt verschiedene Dinge, die da mitspielen. Nun die Sache mit den Polen<sup>89</sup>. Auch wir haben versucht, die Sache mit den Polen durchzuführen. Sechs bis acht Polen gingen mit einem Amerikaner hinaus und haben versucht zu schießen. Sie haben hier und da etwas anderes geschossen, aber was macht das aus? Wir hatten die Regelung getroffen, mal die Gewehre zu tauschen, aber ich will darüber nicht reden. Es gibt Dinge, über die man in öffentlichen Versammlungen nicht sprechen kann und über die man auch nicht in der Zeitung schreibt. Es scheint manchmal so, daß die Sache am fortschrittlichsten ist, von der am wenigsten gesprochen wird. Es ist nicht gesagt, daß dort, wo viel geschrieben wird, nun auch am meisten getan wird. Also soviel von der Jagd. Sie dürfen überzeugt sein: Wir haben unser Möglichstes getan, aber es geht leider nicht. Die Amerikaner entscheiden in diesen Dingen, wir kommen nur immer wieder als Bittsteller. Wir tun, was wir können, und unser Kreislandwirt soll mal aufstehen und sagen, daß sein Landrat nicht alles getan hat, was möglich war. Wenn jedoch eine persönliche Vorstellung bei Herrn Oberst Newman zum Ziele führen würde, so sollte mir dies nur recht sein.

Über die Rede des Herrn Landwirtschaftsministers ließe sich viel sagen. Wir haben uns gestern die Köpfe zerbrochen über die Sache mit dem Geld, der Währung und andere Geschichten. Der Kampf gegen den Schwarzhandel wird bei uns energisch geführt, wir haben da wieder dieselben Schwierigkeiten. Alle Grenzkreise leiden doppelt unter der Plage. Es ist nicht so leicht, die Grenze dichtzuhalten. Jeder Mensch erinnert sich heute seiner ehemaligen Verbindungen auf dem Lande. Auch unsere Evakuierten, von denen Tausende und Abertausende den Kreis wieder verlassen haben, wissen die Verbindungen von früher zu schätzen, und es besteht ein ständiger Pendelverkehr hin und her. Es ist nicht gerade Schwarzhandel. Wenn ich abends durch meinen Kreis fahre, dann sehe ich in der Nähe der größeren Orte Menschen auf dem Rad. Überall hängt ein Milchkännchen. Ist das nun Schwarzhandel oder nicht? Jeden Tag ein Kännchen, das macht bald eine große Kanne, dabei geht vielleicht auch etwas Speck mit. Sie glauben nicht, was ich in dieser Beziehung von morgens bis abends durchzumachen habe. Wir sind Woche für Woche draußen und stehen bei den Bauern, um ihnen die Not und das Elend der Städte vor Augen zu führen. Wir suchen die Leute davon zu überzeugen, daß ihre eigene Existenz davon abhängt, daß sie Milch abliefern. Aber die Demokratie läßt sich nicht halten, wenn der eine Teil hungert und der andere sein Wohlleben führt. Wir unterstützen die Sache der Lebensmittelversorgung mit allen Kräften, aber wir reden nicht viel über diese Dinge. Wir tun unsere Pflicht, und es soll jemand kommen, der uns nachweist, daß wir den Städten gegenüber etwas versäumt haben. Vor einigen Wochen kommt ein Telefonanruf aus einer großen Gemeinde: Der Metzger

<sup>89</sup> Bei den Polen handelte es sich um sogenannte „Displaced Person“, ehemalige Zwangsarbeiter, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten, u.a. weil sie fürchteten, dort wegen Kollaboration mit den Deutschen verfolgt zu werden. Sie wurden zum Teil von der amerikanischen Armee in deren seit 1945 zusammengestellten Einheiten für Wach- und Sonderdienste in Dienst genommen. Vgl. Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 187.

kann kein einziges Stück Vieh bekommen. Es war also ein Ort nicht imstande, ein Stück Vieh zu liefern. Da wir gleichzeitig feststellten, daß wir für die Lieferung nach Frankfurt und Offenbach innerhalb weniger Wochen mit 150 Stück Großvieh in Rückstand gekommen waren, haben wir uns zusammengesetzt und beraten, wie wir die Sache machen. Ich habe gesagt: Wir schaffen die örtlichen Kommissionen ab und schaffen Kreiskommissionen. In dem Ort, wo wir kein Stück Vieh aufreiben konnten, hat die Kommission sodann 40 Stück festgestellt. Sie dürfen schon das Vertrauen haben, daß wir uns von nichts anderem leiten lassen wie der Herr Landwirtschaftsminister: Wir wollen den Städten und all denen, die um ihr Leben kämpfen, helfen.

Herr Catta (LDP):

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Kleingärten, die schon mehrere Redner erwähnt haben. In den Städten, besonders den zerstörten, haben wir viele Grundstücke, die absolut vernachlässigt sind. Es müßte eine Handhabe gefunden werden, diese vernachlässigten Grundstücke in irgendeiner Form zu erfassen und sie den Kleingärtnern zur Verfügung zu stellen. Irgendwo ist eine Granate hineingegangen, und schon kümmert sich kein Mensch darum. Es wäre zweckmäßig, wenn auch dieses Land ausgenützt würde. Ferner werden wir uns mit der Entschliebung der CDU wegen der Ostflüchtlinge<sup>90</sup> in jeder Weise einverstanden erklären. Wir weisen aber darauf hin, daß es notwendig ist, ehe die Bauern zur Landabgabe an Evakuierte und Flüchtlinge veranlaßt werden, sich die Evakuierten und Flüchtlinge vorher einmal genau anzusehen. Ich weiß nicht, ob jemand die unglaublichen Fehler, die im Austausch nach Osten und Westen und zurück gemacht werden, kennt. Es werden nicht immer Leute ausgetauscht, die gleich Kartoffeln anbauen wollen, sondern es werden Leute ausgetauscht, die in erster Linie ausruhen wollen, und wenn Sie diesen Leuten von den Bauern Land geben, so werden Sie sehen, daß die Produktion in Nahrungsmitteln sicher nicht steigt. Ich bitte, da sehr vorsichtig zu sein. Wenn plötzlich in ein kleines Dorf 50 Flüchtlinge und Evakuierte kommen und jeder soll von den Bauern 600 bis 1250 qm Land bekommen, so ist das ganz undenkbar, es ist viel zuviel für eine Familie. Bringen Sie die Leute lieber auf früheres Wehrmachtsgelände, in die Arbeitsdienstlager, frühere Fliegerhorste und so weiter, teilen Sie das Land geschickt auf, fassen das Ganze auf Grund des Genossenschaftswesens zu einer gewissen Mustersiedlung zusammen, und Sie werden sehen, was Sie in ein paar Monaten an zusätzlichem Gemüse und Kartoffeln erreichen<sup>91</sup>. Dann ist noch weiter zu sagen: Wenn Sie

<sup>90</sup> Die Entschliebung der CDU zur Landbeschaffung für Ostflüchtlinge und Evakuierte sowie zur Siedlungsfrage vom 25. März 1946 findet sich in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 3. Darin war vorgesehen, daß den aus den Ostgebieten vertriebenen Familien und den Evakuierten schnellstmöglich von der „Gemeinschaft der Landbesitzenden“ derjenigen Ortschaften, in die sie eingewiesen worden waren, Land, wenn möglich pachtweise, zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Größe dieser Grundstücke sollte sich nach der jeweiligen Personenzahl der Familien richten (600 bis 1250 qm). Das Land sollte für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse zum Hausgebrauch genutzt werden. Zur Haltung der CDU gegenüber den Flüchtlingen vgl. auch Rüschemschmidt, Gründung, S. 276-282. Das Problem der Landabgabe wurde später dahingehend geregelt, daß den Flüchtlingen durch das Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 15. Okto-

zulassen, daß für diese Aufteilung auch noch Waldgelände gegeben werden kann, dann sollen Sie mal sehen, mit welchem Elan sich die Menschen bemühen, Waldparzellen zu bekommen, daß es ihnen weniger darauf ankommt, später Kartoffeln anzubauen, als erst einmal den Wald abzuholzen. Ich möchte davor energisch warnen.

Es ist hier auch gesagt worden, daß wir in Hessen kein brachliegendes Land haben, daß alles bebaut ist. Aber kontrollieren Sie die Dörfer nach, da werden Sie feststellen, daß noch eine Unmenge von Riedland vorhanden ist, ferner Wehrmachtsgelände, Fliegerhorste, Arbeitsdienstlager, die Parteiplätze und so weiter. Sehen Sie das Autobahngelände an, es ist abgeholzt und abgesteckt. Da sind Möglichkeiten, in denen sich der Landwirtschaftsminister austoben kann. Übrigens werden wir Ihnen, Herr Minister, in jeder Beziehung dabei helfen.

**Herr Bartkiel (KPD):**

Meine Damen und Herren! Der Bericht des Herrn Ernährungsministers hat uns gezeigt, wie schwer die Lage der Ernährung ist. Ich möchte deshalb zu unserer Anfrage Nr. 12: „Besteht die Gefahr, daß durch einen größeren Ausfall von landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Frühjahrsaussaat und Landbestellung nicht voll durchgeführt werden kann?“ nur ganz kurz Stellung nehmen.

Die Auffassung unserer Fraktion ist folgende: Dadurch, daß viele entlassene Soldaten noch nicht nach Hause zurückgekehrt sind und vorläufig in der Landwirtschaft Unterkunft gefunden haben, besteht in der eigentlichen Landwirtschaft nicht so sehr ein Mangel an Arbeitskräften als, vorwiegend in der Nähe der Städte, an gärtnerischen Hilfskräften. Hier möchte ich wünschen, daß [durch] die Bemühungen des Herrn Ernährungsministers im Verein mit dem zukünftigen Arbeitsdienstpflichtgesetz die Lücken geschlossen werden, denn es ist nun einmal so, die Mehrzahl der Stadtbevölkerung ist auf die gärtnerischen Betriebe in der Nähe der Großstädte wegen der Gemüseversorgung angewiesen. Ich möchte aber auf folgende Tatsache hinweisen: Aus dem Kreise Hanau wird uns berichtet, daß der Bevollmächtigte für den Wiederaufbau von den Bauern der umliegenden Dörfer zwölf Tage Arbeitsdienst verlangt hat, nicht nur an Arbeitskräften der Ortseinwohner, sondern auch an Gespannen<sup>92</sup>. Sie haben alle die Ausführungen des Herrn Ernährungsministers gehört und feststellen können, daß in der Landwirtschaft ein großer Mangel an Anspanntieren herrscht. Auch fehlen Hufeisen und Hufnägel, und es ist nicht zu vertreten in der heutigen Zeit, wo man doch viel schneller durch das Auto den Schutt wegschaffen kann, die wenigen auf dem Lande vorhandenen Gespanne in die Städte zu zie-

ber 1946 primär aus Gelände der früheren Wehrmacht und der NSDAP Land bereitgestellt werden sollte, aber auch aus landwirtschaftlichen Betrieben, die schlecht bewirtschaftet wurden oder deren Inhaber ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkamen. Vgl. Anm. 83. Ebenso sollte landwirtschaftlicher Großgrundbesitz in einer Hand von über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Landabgabe herangezogen werden. Vgl. GVBl. 32—33 (1946), S. 218f.

<sup>92</sup> Der Direktor des Hanauer Arbeitsamtes hatte die Landräte der Kreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern im März 1946 zudem dazu aufgerufen, die Bürgermeister der Landorte zu veranlassen, auf den Dörfern Notgemeinschaften „landarmer“ und „landreicher“ Bauern zu bilden, um die Ländereien gemeinschaftlich zu bewirtschaften. Vgl. HStAW Abt. 660 Nr. 1.

hen, um dort Schutt wegfahren zu lassen. Ich bitte die beiden in Frage kommenden Ministerien, sich ins Benehmen zu setzen und solche Auswüchse nicht aufkommen zu lassen.

Zu der Entschließung der CDU zur Frage der Landbeschaffung für Ostflüchtlinge und Evakuierte sowie zur Siedlungsfrage möchte ich folgendes sagen. An sich sind wir mit der Entschließung der CDU einverstanden, doch müssen wir noch auf den Schlußsatz dieser Entschließung: „Als Siedler kommen aus der Landwirtschaft stammende Ostflüchtlinge, Landarbeiter, Bauernsöhne und Gärtner in Frage“ besonders hinweisen. Ich nehme an, daß wir ja schließlich in unserem eigenen Lande genug Landinteressenten haben, deren Landhunger auch nicht zu stillen ist. Nun haben wir auf Grund unserer Erfahrungen, die wir bisher mit den Ostflüchtlingen machten, festgestellt, daß von diesen Leuten ein sehr großer Prozentsatz nicht einwandfrei ist, und ich möchte mir erlauben, Ihnen den Vorschlag zu machen, noch anzufügen an den letzten Satz: „unter besonderer politischer Prüfung“.

Aus dem Kreise Witzenhausen wird folgende Tatsache gemeldet. Ich nehme Bezug darauf, weil der Anfangssatz der Entschließung der CDU vorsieht, Maßnahmen, die die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinträchtigen, zu vermeiden. Also es wird uns folgendes mitgeteilt: Wir haben ca. 3700 Morgen Großgrundbesitz. Es handelt sich vor allem um den Freiherrn von Buttlar. Der Besitz war bisher verpachtet, aber da die Pacht abgelaufen ist, will der Freiherr wahrscheinlich selbst dort Landwirt spielen, und zwar zusammen mit einem aus dem Osten zurückkommenden Verwandten. Meine Damen und Herren! Man kann nicht sagen, daß durch die Übernahme dieser bisher verpachteten Güter die Ernährungslage gesichert oder sogar gefördert wird. Wir sind dafür, hier unverzüglich Schritte einzuleiten, daß auch der Großgrundbesitz so weitergeführt werden muß wie bisher, bis eine andere gesetzliche Regelung in Frage kommt, die zum mindesten das schafft, was vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Ernährung zu geschehen hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich bekanntmachen, daß wir unter landwirtschaftlichem Betrieb einen Betrieb verstehen, der nur der Landwirtschaft dient und von Landwirten geführt wird. Unter land- und forstwirtschaftlichem Besitz verstehen wir einen Besitz, der dazu bestimmt ist, eine Bodenrente abzuwerfen. Diese beiden Begriffe möchte ich in der zukünftigen gesetzlichen Regelung besonders berücksichtigt wissen. Die Übergabe von Land aus dem Großbesitz an kleine Landwirte wird durchaus keine Schwierigkeiten machen, denn der Landhunger auch in den Landorten ist außerordentlich groß. Der Vorschlag der CDU, bei der Landzuteilung bis 1250 qm zu gehen, gibt zu denken, weil ja auch 300 qm als Gemüseland für eine Familie vollauf genügen. Also alles in allem stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Herr Ernährungsminister die Magenfrage ebenso wie die Währungsfrage beim Herrn Finanzminister als unbedingte Kardinalfrage zu behandeln hat.

**Herr Wendel (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu der Anfrage der KPD kurz Stellung nehmen, ob die Gefahr besteht, daß durch einen größeren Ausfall von landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Frühjahrssaat und Landbestellung nicht voll

durchgeführt werden kann. Ich muß das mit einem unbedingten Ja beantworten. Ich kann mit meinem Vorredner nicht ganz einig gehen, wenn er meint, daß genügend Arbeitskräfte in der Landwirtschaft vorhanden seien. Wir wissen, daß es selbst den Gärtnern an Arbeitskräften mangelt. In der Landwirtschaft ist jedoch die Gefahr, daß die Acker nicht bestellt werden können, genauso groß wie im Gartenbau. Ich habe, weil mir die Gefahr so groß erscheint, mir aus meinem Bezirk Friedberg einige Unterlagen eingeholt. Dabei stellte sich heraus, daß in dem kleinen Bezirk Friedberg zur Zeit 200 Gespannführer und 500 Landarbeiter beziehungsweise Landarbeiterinnen fehlen. Es wurde mir ferner gesagt, daß im letzten Vierteljahr keine weibliche Arbeitskraft sich für die Landwirtschaft gemeldet hat. Deshalb möchte ich einen ganz besonderen Warnruf nochmals ergehen lassen. Wir auf dem Lande wissen wohl, daß die Regierung sich bemüht hat, uns in jeder Weise behilflich zu sein. Die Saatgutbeschaffung zum Beispiel hat viel besser geklappt, als wir anfänglich annehmen konnten. Jedoch was hilft es uns, wenn wir keine Arbeitskräfte haben, um das bißchen künstlichen Dünger, der uns zur Verfügung steht, ausstreuen zu lassen; was hilft es, wenn wir unsere Maschinen – die wir eigentlich nicht haben, weil auf dem Markt für landwirtschaftliche Maschinen der Umsatz gleich Null ist –, wenn wir also für unsere reparaturbedürftigen Maschinen nicht die Leute haben, um sie in Gang zu setzen. Es genügt auch nicht, wenn wir nachweisen, daß wir hundertprozentig unser Land bestellen, sondern es geht darum, daß wir im rechten Moment so viel Arbeitskräfte bekommen, daß es nicht zu spät ist, denn jeder Fachmann weiß, daß eine Zuspätbestellung eine ungeheuere Ernteverminderung hervorrufen kann. Auf diesen Punkt möchte ich noch einmal ganz besonders hinweisen; der Laie ist sich dieser Gefahr im allgemeinen nicht bewußt.

Es wurde unter anderem vorhin auch über den Zucker gesprochen. Der Herr Landwirtschaftsminister meinte, wir hätten bloß zwei Fabriken in unserem Gebiet. Das Ausschlaggebende jedoch sind nicht die Fabriken, sondern die Arbeitskräfte. Wenn ich aus meinem Betrieb ein kleines Beispiel anführen darf: Ich habe sonst in normalen Jahren 70 Morgen bestellt, voriges Jahr war ich noch nicht in der Lage, fünf Morgen zu pflanzen, und davon ist noch ein Teil gestohlen worden. Sie können sich hieraus ein Bild machen, warum wir der Hausfrau in Stadt und Land keinen Zucker zur Verfügung stellen können. Und so ist es auch auf manchen anderen Gebieten. Ich möchte deshalb nochmals den dringenden Appell an die Regierung richten, weil wir in dieser Beziehung wirklich ganz verlassen dastehen, daß ganz beschleunigt Sofortmaßnahmen getroffen werden, um den Arbeitskräftemangel zu überwinden.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wir kommen zum Schluß. Ich möchte zunächst den Herrn Landwirtschaftsminister bitten, zu den an ihn gerichteten Fragen noch einige Erklärungen abzugeben.

**Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring:**

Über die Denazifizierungsmaßnahmen bei den Kleingärtnern möchte ich noch bemerken: Es sind Bestrebungen vorhanden, um vielleicht aus Gründen einer gewissen Wiedergutmachung bestimmte Maßnahmen zu treffen, die bei Kleingärtnern und Kleinsiedlern den Zweck verfolgen, Aktivisten von ihren Gärten



zu entfernen und politisch nicht belastete beziehungsweise verfolgte Leute herinzubringen. Diese Bestrebungen waren zunächst nicht fundiert dadurch, sei es, [daß sie] durch Gesetz Nr. 8<sup>93</sup> oder in anderer Weise gegeben [sind]. Infolgedessen waren Erwägungen im Gange, seitens des Kabinetts entsprechende Grundlagen zu schaffen. Die Vorarbeiten waren bis zu einem gewissen Grade gediehen, mußten aber dann, da das Gesetz über die politische Befreiung in Bearbeitung war und verkündet wurde, zurückgestellt werden, und die Rechtslage ist nun so, daß ausschließlich für die Behandlung der ganzen Frage, auch der Behandlung der Kleingärtner, das Gesetz über die politische Befreiung gilt. Dieses Gesetz erstreckt sich auch auf wirtschaftliche Maßnahmen, und darum wird die weitere Behandlung der gesamten Denazifizierung, auch soweit es sich um die Kleingärtner handelt, nur vom Gesichtspunkt der Spruchkammern und deren Beschlüssen entschieden werden können. Eine andere Möglichkeit ist nicht gegeben. Ich möchte nur sagen, daß wir erwarten und darauf bestehen, daß die Vereine alles tun werden, um alle Kleingärten der Anbauung zuzuführen und unter Ausnutzung jedes Quadratmeters Boden die Ernährungsfrage auch auf diesem Sektor in Angriff zu nehmen.

Ich freue mich, daß Herr Kollege Catta, der ein sehr alter Bekannter von mir ist, die Frage der Geländebeschafterung angeschnitten hat. Ich gebe zu, daß die Frage der Geländebeschafterung auf dem Verordnungswege wichtig ist, sie ist aber doch nicht so wichtig, wie das im allgemeinen gedacht wird. Ich habe die Anregung gegeben, daß man zunächst einmal prüfen muß, ob unter den zugezogenen Familien solche sind, die genügend Arbeitskräfte besitzen, um ein Stückchen Land zu bearbeiten, denn an der Landhergabe bin ich nicht sehr stark interessiert, wenn das Land nicht bearbeitet werden kann. Wenn aber die Bestellung erfolgen kann, dann bin ich der Auffassung, daß sich die Gemeinde bemühen sollte, ein Stück Land zur Verfügung zu stellen. Die Menschen müssen jetzt in den Wohnungen so eng zusammenrücken, daß ich glaube, daß jede Möglichkeit, wenn sich eine Familie einmal außerhalb der Wohnung aufhalten kann, dazu beiträgt, den Frieden im Hause aufrechtzuerhalten. Also aus diesen Erwägungen heraus würde ich es sehr begrüßen, wenn den Ostflüchtlingen und Evakuierten ein Stück Land zugeteilt würde, aber die Grundstücke, die hier erwähnt worden sind und die in der Entschliebung der CDU aufgestellt werden, halte ich im Augenblick nicht für besonders dringlich. Das ist Material für das zukünftige Volkssiedlungsgesetz, das später dem Landesausschuß<sup>94</sup> vorgelegt werden wird und bezüglich dessen wir uns grundsätzlich klar werden müssen: Wie können wir Land beschaffen, nicht nur für ein paar Gärten, und wie können wir das erfaßte Land zweckmäßig verwerten, wobei ich mir erlaube, auf die Ausführungen zu verweisen, die ich neulich gemacht habe. Vielleicht ist es notwendig, hunderttausend Familien eine, wenn auch bescheidene Scholle unter die Füße zu geben, damit sie sich hier heimisch fühlen und mit eigener Arbeitskraft ihre Nahrungsmittel anbauen und ernten können.

Ich glaube, die Absicht dieser Entschliebung ist von einigen Rednern erkannt worden. Ich persönlich habe ja schon ausgeführt, ich würdige die Entschliebung

<sup>93</sup> Vgl. Anm. 27 u. 28. In der Vorlage „Gesetz Nr. 28“.

<sup>94</sup> Gemeint ist die Verfassungberatende Landesversammlung.

als einen Beitrag zu all den Überlegungen, die wir in meinem Ministerium anstellen müssen, um eine endgültige Vorlage dem Landesausschuß zu unterbreiten.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Leweke über den Unterschied in den Preisen für Zucht- und Schlachtvieh begrüße ich sehr. Wir hatten gerade vor einigen Tagen eine Aussprache mit Vertretern der Landwirtschaftskammer in Frankfurt am Main, wobei die Bildung von Preiskommissionen erwähnt wurde. Ich glaube auch, daß solche Kommissionen unzweckmäßig sind, weil dabei die Verwandtschaft eine Rolle spielt, und es den Leuten sehr unangenehm ist, den anderen auf die Hühneraugen treten zu müssen. Es muß versucht werden, das Menschenmögliche zu erreichen, aber alles werden wir dabei nicht erreichen können, denn das Gesetz von Nachfrage und Angebot beherrscht auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Schlachtviehpreise sind fest, können also nicht geändert werden. Wenn es uns möglich wäre, aus dem hannoverschen Gebiet 30000 Milchkühe in unser Hessenland einzuführen zu normalen Preisen, dann würden die Klagen über erhöhte Zuchtviehpreise ohne weiteres aufhören. Dann hätten wir die Möglichkeit, von uns aus einzugreifen. Aber was jetzt so angeboten wird, das kommt entweder mehr oder weniger über die grüne Grenze, oder es kommt aus dem Stall eines Züchters heraus, der aber nicht die geringste Absicht hat, das Vieh zu verkaufen.

(Ein Teil unverständlich)

Ich habe natürlich nicht das geringste Interesse, einem Eigentümer seinen Besitz zurückzugeben, der nicht die Eignung besitzt, um diesen Besitz richtig bewirtschaften zu können. Mir ist der Pächter darauf, der sich bewährt hat, lieber als derjenige, der mir keine Garantie gibt, daß er die gleichen Erträge für die Volksernährung aus dem Besitz herausholt. Ich muß mir also reiflich überlegen, ob nicht im Einzelfalle von mir durch irgendeine Verordnung eine Klausel eingefügt werden muß, um die Sicherheit zu schaffen, daß diese Güter ordentlich bewirtschaftet werden. Das ist eine Frage, die uns wahrscheinlich in der nächsten Zeit Kopfzerbrechen machen wird, aber ich entnehme es aus Ihrer Zustimmung, Sie sind mit mir der Auffassung, daß in diesem Falle der Zweck nicht allein entscheiden kann darüber, wer dieses Land tatsächlich bewirtschaftet. Wenn ich mir vorstelle, daß mancher sich jahrzehntelang nicht um die Bewirtschaftung seines Besitzes gekümmert hat, daß er nur Interesse an der Rente hatte und daß er vielleicht nur deshalb zurückkommt, weil er in seinem sonstigen Beruf enturzelt ist oder weil sonstige Verhältnisse ihn nötigen, hier wieder Unterschlupf zu finden, so kann das für die Regelung dieser Frage nach meinem Empfinden nicht entscheidend sein. Ich kann natürlich keinem Besitzer verwehren, auf seinem Besitztum zu wohnen, aber ich muß Vorsorge treffen, daß der Besitz so bewirtschaftet [wird], daß der allgemeine Nutzen sichergestellt ist.

Meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen jedenfalls dankbar für Ihre Anfragen und Ihre Anregungen, und ich möchte recht wünschen und hoffen, daß die gemeinsamen Anstrengungen dazu führen, daß wir mit einiger Zuversicht der kommenden Ernte entgegensehen und im kommenden Winter unsere Lebensmittelrationen wenn auch nicht erhöhen, so doch halten können.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Damit sind wir am Schluß der Beratungen der Anfragen über Ernährung und Landwirtschaft, und ich darf wohl annehmen, daß damit sämtliche Anfragen, die von der SPD und KPD gestellt wurden, erledigt sind. Die Anfragen werden als Material dem Ernährungsministerium überwiesen.

Herr Dr. Köhler (CDU):

In der Entschließung der CDU vom 25. März 1945 betreffend Landbeschaffung für Ostflüchtlinge und so weiter bitte ich folgende kleine Änderungen vorzunehmen. Im ersten Absatz hinter „Evakuierten“ soll noch eingefügt werden: „sowie den Arbeitern in den Peripheriegebieten der Städte“. Dann soll die Zahl von 600 bis 1250 qm etwas erniedrigt werden, sagen wir 300 qm, so daß gestaffelt werden kann, und am Schluß soll hinter „Bauernsöhne und Gärtner“ eingefügt werden: „nach vorheriger politischer Durchprüfung“.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Werden diese Anregungen gebilligt? Ich stelle fest, daß das einstimmig der Fall ist.

Nun kommen wir noch zur Beseitigung des Wildschadens. Wird die Anregung gebilligt, daß eine Kommission, bestehend aus je einem Angehörigen der vier Fraktionen, Herrn Oberst Newman aufsucht und ihn um Abhilfe bittet? Dann darf ich bitten, daß die Fraktionen je ein Mitglied ernennen, und wir werden dann durch die Staatskanzlei feststellen lassen, ob der Besuch bei Herrn Oberst Newman genehm ist.

(Die Delegation wurde später von den Herren Bürgermeister Heigl (Weilburg), Landwirt Waßmuth (Wolfhagen bei Kassel), Bürgermeister Diez (Wachenbuchen) und Frau Bringezu (Frankfurt a. M.) gebildet.)

**Herr Bauer (KPD):**

Es liegt noch der Antrag der KPD vor bezüglich Wildschäden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich habe den Antrag nicht bekommen.

Herr Bauer (KPD)

verliest seinen Antrag bezüglich der Wildschäden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Der Antrag ist angenommen. Wir kommen jetzt zu den Anfragen bezüglich Wirtschaft und Verkehr, und ich möchte den Vorschlag machen, daß der Fachminister gleich zu den Anfragen Stellung nimmt. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich den Herrn Wirtschaftsminister bitten, zu den Anfragen seine Ansicht zu äußern.

**Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller:**

Meine Damen und Herren! Ich habe eine ganze Anzahl Fragen zu beantworten und darf gleich der Reihe nach gehen.

Die erste betrifft die Bekämpfung des Schwarzhandels. Über dieses Thema ist heute schon ausführlich gesprochen worden. Meine Preisabteilung hat die Aufgabe, das gesamte Preisgebiet zu bearbeiten, einschließlich des Sektors der Ernährung und Landwirtschaft. Es ist vorhin schon davon gesprochen worden, daß eine Ordnung der Währungsfrage das Problem des Schwarzhandels prak-

tisch erledigen würde. Ich glaube wohl, daß im Schwarzhandel eine sehr starke Revolution eintreten würde, aber erledigt wird diese Frage erst dann, wenn der Warenverkehr sich wieder in geregelten Bahnen vollzieht, das heißt, wenn wieder genügend Waren erzeugt werden. Ich fürchte, daß wir uns mit dem Schwarzhandel noch sehr lange zu beschäftigen haben werden. Wir haben seit Monaten uns sehr eingehend mit der Bekämpfung des Schwarzhandels beschäftigt und dafür alle möglichen Maßnahmen getroffen. Diese Maßnahmen sind zum großen Teil durch die Presse bekannt geworden und auch sonst. Die Ergebnisse der Razzien, die zum Teil auch durch zivile Stellen durchgeführt wurden, sind sehr gut, aber es ist keine Frage, daß wir damit den Schwarzhandel nur zu einem kleinen Teil erfassen. Es handelt sich dabei nicht nur um das landwirtschaftliche Gebiet, sondern auch um das wirtschaftliche, und wir haben deshalb auch die Kontrolle auf die Ausweichlager der Firmen ausgedehnt, auf die Transportunternehmen, den Rucksack- und Bahnverkehr und so weiter. Leider wird die Bekämpfung des Schwarzhandels stark behindert durch den Mangel an Personal und auch an Treibstoff. Es ist leider nicht so, daß eine größere Anzahl von geeigneten Kräften zur Verfügung steht, und wir können nicht für jeden Schwarzhändler einen Polizisten bestellen. Wir lassen uns wöchentlich berichten über die Ergebnisse aus den Bezirken, und ich möchte Ihnen nur sagen, daß zum Teil sehr gute Ergebnisse erzielt worden sind in dem Sinne, daß sehr viele Fälle zur Anzeige gelangten. Hervorzuheben ist jedenfalls, daß diese Sache mit außerordentlicher Energie von allen Stellen behandelt wird, und ich möchte zum Ausdruck bringen, daß jeder, der damit zu tun hat, mit großem Ernst seine Pflicht tut. In einer Gemeinde haben wir 25 Verstöße festgestellt; ein Fall, der besonders kraß ist, aber leider nicht ganz vereinzelt dasteht. Wir werden diese Arbeit fortsetzen. Wir versprechen uns vor allem etwas von erhöhten Strafen. Es ist absolut notwendig, daß die Mehrzahl dieser Schwarzhändler genügend herausgestellt wird und daß das Publikum noch mehr daran teilnimmt. In einer Verordnung, die gestern im Kabinett verabschiedet wurde<sup>95</sup>, sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, zum Beispiel auch die Schließung von Betrieben und Auflagen.

Die zweite Frage betrifft die Versorgung der Bombengeschädigten. Dieses Thema ist leider traurig. Wir haben einen außerordentlichen Bedarf an Textilien, Kleidern, Schuhen, Hausgerät und so weiter. Dieser Bedarf besteht nicht nur bei den Bombengeschädigten, sondern vor allem auch bei den vielen Flüchtlingen. Daß wir all diese Dinge nicht annähernd bereitstellen können, ist im weitesten Umfange bekannt. Es dürfte ebenso bekannt sein, daß wir uns mit aller Energie bemühen, auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen, um zu einer gewissen Produktion zu kommen. Leider sind diese Bemühungen abhängig von Dingen, auf die ich noch zu sprechen komme, besonders von der Kohlenfrage. Über der Frage der gesamten Bedarfsartikel steht die Zonenfrage. Schon seit langer Zeit richte ich mein ganzes Augenmerk darauf, daß die in Frage kommenden Industrien in den Stand gesetzt werden, die notwendigen Gegenstände zu erzeugen. Die Sache wird in Stuttgart mit den anderen beiden Ländern be-

<sup>95</sup> Eine Abschrift der „Verordnung über Preisbildung und Preisüberwachung“ vom 27. März 1946 findet sich in HStAW Abt. 507 Nr. 5924.

etrieben und der Bedarf für das ganze Jahr zusammengestellt. Für die Bombengeschädigten ist die Lage folgende: Die Versorgung in Haushaltsartikeln ist außerordentlich schlecht. Wir haben an sich genügend Kapazität, den Bedarf annähernd herzustellen, dagegen keine Rohstoffe. Die Erzeugung in Steingut ist etwas besser. Sehr schlecht ist die Lage für die Möbelherstellung, und zwar dadurch, daß die Besetzung Möbel gefordert hat. Diese Rohstoffe sind vorläufig aus dem zivilen Sektor zu entnehmen. Selbstverständlich haben wir uns bemüht und bemühen uns noch, zu einer Aufhebung oder wenigstens zu einer Milderung zu kommen. Das gleiche gilt für Textilien. Hier haben wir in erster Linie die Kriegsgefangenen und Ostflüchtlinge versorgen müssen. Es ist noch nicht zu übersehen, ob wir in bezug auf Textilien zu einer besseren Versorgung kommen werden. Wir haben geplant, Baumwolle einzuführen, diese Baumwolle ist aber nicht zu Bekleidungszwecken geeignet. Aber wir hoffen, daß auf diesem Gebiet eine Förderung kommen wird<sup>6</sup>. Gerade in bezug auf den Textilplan sind wir in Stuttgart sehr weit gekommen und haben eine gute Zusammenarbeit angebahnt.

Eine Nähfadenerzeugung haben wir in Groß-Hessen nicht, wir hoffen aber, in den nächsten Monaten eine kleine Menge Nähfaden verteilen zu können. Selbstverständlich ist es klar, daß sie sehr klein sein wird bei der schlechten Textillage.

In der Schuhindustrie ist es etwas besser. Wir erzeugen da monatlich 70 000 bis 100 000 Paar Schuhe, Arbeitsschuhe eingeschlossen. Bei der Verteilung stehen auch wieder den Ausgebombten die Flüchtlinge voran und Arbeitsschuhwerk für Bergleute, Waldarbeiter und so weiter.

Ein weiterer Antrag behandelt die Aufforstung der ausgeholzten Wälder. Das ist eine Sache, die schnellstens in Angriff genommen werden muß. Die Aufforstung ist noch [nicht] in dem Maße betrieben worden, wie es notwendig gewesen wäre. Außer dem Mangel an Arbeitskräften, sind die Arbeiten auch deshalb in Rückstand geraten, weil teilweise nicht die Kulturen zur Verfügung gestanden haben. Aber diese Frage wird eingehend von der Forstverwaltung behandelt. Eine besondere gesetzliche Regelung ist nicht erforderlich.

Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der Unterbindung, Waldparzellen zu Wohnsiedlungen aufzuteilen<sup>7</sup>. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß man hiervon absehen sollte, da das wohl kaum eine annehmbare Lösung sein würde.

Von Wildschäden ist bereits gesprochen worden, so daß ich zur allgemeinen Wirtschaftslage übergehen kann, insoweit dazu heute überhaupt etwas gesagt werden kann. Bereits ausgesprochen worden ist, daß am Anfang und Ende die Kohlenfrage steht. Die Kürzung der Kohlenzuteilung für Groß-Hessen, die in der Presse bekanntgegeben wurde, beträgt annähernd 50 Prozent. Diese Kürzung ist auch für die anderen Länder der amerikanischen Zone erfolgt. Das Resultat dieser Kürzung wird zunächst einmal sein, daß wir nur die Eisenindustrie, die Ernährungsindustrie, die Elektrizitäts- und Gasversorgung und einen

<sup>6</sup> Arbeitete die Textilindustrie in der amerikanischen Besatzungszone zu Beginn des Jahres 1946 nur mit etwa 10% ihrer Leistungsfähigkeit, so konnte ihre Auslastung durch die Einfuhr von 10000 Tonnen Baumwolle bis Juni 1946 auf 33% erhöht werden.

<sup>7</sup> Bei den beiden letztgenannten Anträgen handelt es sich um Eingaben der LDP-Fraktion.

Teil der Düngemittelindustrie mit Kohle werden versorgen können. Alle anderen Industrien, die auf Kohle angewiesen sind, werden nichts erhalten können. Selbstverständlich ist dies eine außerordentlich ernste Situation, die uns bewogen hat, sofort die notwendigen Vorstellungen zu erheben. Über das Ergebnis kann ich noch nichts sagen, doch glaube ich, daß wir begründete Aussicht haben, daß wir mit einer Kürzung von etwa 30 Prozent durchkommen werden. Aber das liegt noch alles unklar, das kann die Militärregierung keineswegs allein entscheiden, und ich kann nur sagen, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärregierung ausgezeichnet ist, aber der Kontrollrat setzt sich bekanntlich aus vier Parteien zusammen. Im Winter haben wir auf Zusagen hin, die wir erhalten haben, damit gerechnet, daß mit dem Frühjahr eine Erleichterung der Kohlenlage eintreten werde. Noch vor etwa vier Wochen sah es nicht so aus, als ob sich diese Tendenz ändern und so würde, wie sie jetzt ist. Diese Entscheidung, wie sie am letzten Samstag gefallen ist, setzt uns wieder vor eine Situation, die sehr ernst ist. Ich habe auch immer gesagt, daß die Wirtschaftslage sehr schwierig ist. Bei der Ernährungslage merkt man jeden Rückgang der Situation sofort, das spürt jeder. Wo die Wirtschaft ihre Schwierigkeiten hat, das ist nicht so publik.

Ich hoffe, daß es noch gelingen wird, die sehr, sehr mühselige Kleinarbeit, die wir in all diesen Monaten gehabt haben, belohnt zu sehen und daß wir Schritt für Schritt doch weiterkommen. Es sind nicht alle Industrien auf Steinkohle angewiesen, und es sind auch nicht alle Industrien in unserem Gebiet, die mit der Kohlenlage leben oder sterben müssen. Ich habe wiederholt ausgesprochen, und auch bei der Eröffnung des Beratenden Landesausschusses betont, daß wir darauf angewiesen sind, noch auf längere Zeit Planwirtschaft zu treiben. Über das, was auf dem Gebiet der Wirtschaft geschehen ist und was wir beabsichtigen, haben wir sehr eingehende schriftliche Niederlegungen gemacht<sup>18</sup>, und ich hoffe, daß bald der Wirtschaftsausschuß des Beratenden Landesausschusses zusammentreten kann, dem wir zunächst einmal eine Denkschrift übergeben werden. Aus dieser Denkschrift wird eine Debatte entstehen.

Herr Leweke (CDU):

Die CDU hat noch eine weitere Anfrage eingebracht, die Ihnen ja vorliegt und die den Wiederaufbau betrifft. Die Anfrage ist derart umfassend, daß sie keiner weiteren Begründung bedarf. Ich möchte sie aber noch ein wenig mehr ausweiten. Es ist in der Anfrage gefragt, wieviel Facharbeiter im Baugewerbe zum Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Von der Lenkung der Erzeugung verspürt man außerordentlich wenig, vielleicht deshalb, weil man von einer Erzeugung kaum etwas verspürt. Was man kaufen kann, das sind Dinge, an denen wir nach meiner Meinung am wenigsten Bedarf haben. Ich weiß nicht, ob heute so ein großes ästhetisches Bedürfnis besteht, daß man in allen möglichen Geschäften, die damit gar nichts zu tun haben, allerlei kunstgewerbliche Dinge anbietet. Auch Industrien habe ich festgestellt, die nach ihrer Art etwas anderes produzieren

<sup>18</sup> Das Wirtschaftsministerium sandte dem Ministerpräsidenten und später auch dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des BLA u.a. regelmäßig Wochenberichte mit Informationen über die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 21.

könnten. Ich weiß nicht, ob daran etwas zu ändern ist, jedenfalls halte ich diese Entwicklung für ungesund. Ich war kürzlich in einer Stadt, in der man eine alte Gießerei mit Mühe und Not wieder in Betrieb gebracht hat. Aber statt nutzbringender Dinge stellt sie Plaketten her. Ich habe den Eindruck, das hat nur dazu geführt, weil eine Reihe von Geschäften jetzt mit diesem Kram handelt, der eigentlich gar nicht in ihre Branche hineingehört. Damit wird eine Anzahl Geschäfte künstlich aufrechterhalten, die gar keine Existenzberechtigung haben, deren Inhaber eine andere nutzbringende Beschäftigung beginnen sollten.

Noch eine andere Angelegenheit, die mir außerordentlich wichtig erscheint. Neben den tragenden Industrien ist es doch vor allem die Verkehrswirtschaft, die die Grundlage jeglichen Wiederaufbaues in Deutschland bildet, und es ist doch für jeden Laien ohne weiteres verständlich, daß die großen staatlichen Verkehrsunternehmungen, die Reichsbahn, die Post, auch die Reichsautobahnen und die Reichsstraßen, der zentral gelenkte Kraftverkehr, nur in einer zentral behandelten Form rationell geführt werden können. Eine solche Regelung liegt im Interesse eines jeden Landes. Es ist anzustreben, daß diese zentralen Leitungen wieder eingerichtet werden, und jeder Gedanke ist abzulehnen, der sich etwa mit einer Überführung dieser Unternehmungen in die Verwaltung der einzelnen Länder beschäftigt. Solche Tendenzen sind wichtig, und es wäre interessant zu erfahren, wie die Stellung des großhessischen Wirtschaftsministeriums in dieser Frage ist und ob von hier aus alles geschieht, um diese Gefahr abzuwenden.

**Herr Drott (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich habe zu einem Antrag der SPD Stellung zu nehmen.

(Antrag betreffend Offenbacher Lederwarenhändler liegt hier nicht vor.)

Ich muß feststellen, daß wir in allererster Linie die Lederwarenindustrie zu fördern haben. Wir haben Ihnen von Offenbach aus zu sagen, die Lederwarenindustrie ist eine Industrie, die sich am Rande des Friedensnotwendigen bewegt. Wir haben in letzter Zeit festgestellt, daß infolge der Ankäufe seitens der Militärregierung eine sehr starke Belebung der Offenbacher Industrie eingetreten ist. Es ist weiterhin allgemein bekannt, daß die Lederwaren ein sehr guter und brauchbarer Exportartikel sind und daß die Lederwarenindustrie als solche geeignet ist, im Rahmen der Vorschriften des Alliierten Kontrollrats zu arbeiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir durch diese Industrie eine gewisse Notlage mildern, eine gewisse Lücke ausfüllen können, daß wir durch intensive Arbeit in der Offenbacher Lederwarenindustrie eine Lücke in der Ernährung ausfüllen, daß für das, was die Lederwarenindustrie ausführt, dringend notwendige Lebensmittel wieder eingeführt werden können. Die Dinge haben sich in Offenbach so entwickelt, daß durch den Einfluß der Amerikaner bestimmte Betriebe sehr stark gefördert wurden. Es wurden beispielsweise auch belastete Betriebe in Tätigkeit gesetzt, und es wurden Betriebsführer eingesetzt, die nach den gesetzlichen Vorschriften nicht hätten eingesetzt werden können. Nachdem nun eine etwas lockerere Wirtschaft eingetreten ist, haben sich die Dinge so entwickelt, daß bestimmte politische Gruppen in Offenbach nach dem System gearbeitet haben, die vorhandenen Rohstoffe und die vorhandenen Materialien

in einer Hand zu vereinigen. Es ist mir von maßgebenden Leuten der Offenbacher Industrie versichert worden, daß Unterlagen an das Wirtschaftsministerium gelangt sind. Es liegt auch ein Plan vor, nach dem die Offenbacher Industrie arbeiten kann. Es ist genau errechnet, was für eine Beschäftigung der ungefähr 10 000 zur Verfügung stehenden Arbeiter für Rohstoffe notwendig sind. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß dies entsprechend bei der Durchführung des gestellten Antrages beachtet wird. Es ist weiter notwendig, daß die Industrie- und Handelskammer von hier aus ermächtigt wird, eine Neugründung der Vereinigung der Offenbacher Lederwarenhersteller, die eine übergeordnete Stelle der Offenbacher Verwaltung wäre, als undemokratische Gründung aufzuhalten, und daß allen an der Offenbacher Lederwarenindustrie beteiligten Betrieben die Möglichkeit gegeben wird, in dieser Vereinigung mitzuarbeiten und zu Wort zu kommen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man in Offenbach nicht mehr den Mut hat, die Dinge abzuändern und daß die Leute alle mehr oder weniger mit diesen Dingen rechnen. Deshalb ist es notwendig, daß wir hier eine Lücke füllen und eine Entscheidung treffen, die dahin geht, daß die Offenbacher Industrie- und Handelskammer die Möglichkeit bekommt, diese Dinge zu bereinigen. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Betriebe der Offenbacher Lederwarenindustrie in der Lage sind, einen Lenkungsplan aufzustellen. Die Interessen, die die Industrie hat, gehen dahin, daß täglich 12 000 Arbeiter beschäftigt werden können. Wenn ein Erzeugungs- und Lenkungsplan aufgestellt und danach gearbeitet wird, dann ist es nicht möglich, daß einige der Betriebe in den Besitz der anfallenden Rohmaterialmengen kommen. Sonst fördern Sie auf der einen Seite den schwarzen Markt und auf der anderen Seite ein Schiebertum, wie es sonst nicht zu sehen ist. Wir möchten das Wirtschaftsministerium bitten, sich der Dinge in Offenbach anzunehmen, und von hier aus das zu tun, was notwendig ist, damit in Offenbach eine Entwicklung abgestoppt wird, die zu einer Katastrophe in unserem eigenen Lande führen kann.

**Frau Bringezu (LDP):**

Mit Freude haben wir gehört, daß uns Nähgarn zur Verfügung gestellt werden soll. Unsere Bitte geht nun dahin, uns dieses Material so zuzuteilen, daß, wenn es auch noch so wenig ist, jeder etwas bekommt und daß es nicht kommt wie bei den letzten zwei Spinnstoffverteilungen, daß nur diejenigen etwas bekommen, die Zeit haben, sich stundenlang anzustellen, und daß für diejenigen, die die Zeit nicht haben, nichts übrigbleibt. Die Verteilung müßte auf einen bestimmten Abschnitt, vielleicht der Lebensmittelkarte oder der Kleiderkarte, erfolgen, und es müßte dafür gesorgt werden, daß genügend Material in den Geschäften vorhanden ist.

Des weiteren möchte ich noch anregen, daß, wenn jetzt die Planung in Stuttgart stattfindet, uns noch genügend Weckapparate und Einkochgläser zur Verfügung gestellt werden. Sie haben ja gehört, daß in unserem Lande jedes Fleckchen Erde für den Gemüsebau ausgenutzt werden soll. Wir möchten also Vorsorge treffen, daß ein Teil dieses Gemüses für den nächsten Winter konserviert wird. Das ist aber nur möglich, wenn wir genügend Gläser haben. Den letzten Winter haben wir noch alle in schlimmer Erinnerung. Auch ist es dringend notwendig, daß zum Beispiel Teller zum Verkauf gelangen. Es ist bekannt, daß



die eintreffenden Flüchtlinge teilweise keine Mahlzeit bekommen konnten, weil keine Teller zur Verfügung standen. All diese Sachen sind unbedingt notwendig, und vielleicht ist es möglich, daß auf der Tagung in Stuttgart dafür gesorgt wird, daß man uns wenigstens das Allernötigste liefert.

**Herr Nitsche (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, die das Wirtschaftsministerium durchzumachen hat. Wir dürfen bei dieser Sachlage aber auch nicht die Schwierigkeiten vergessen, in denen sich das Volk befindet, vor allem das Volk in den ausgebombten Städten. Dort sind die Geschäfte zertrümmert. Die Landräte haben die Ausweichlager beschlagnahmt, und der Städter hat das Nachsehen. Da dürfte es Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sein, hier einzugreifen, daß nicht die einzelnen Landräte ein Verfügungsrecht über die Ausweichlager haben, die aus den ausgebombten Städten auf das Land gebracht worden sind. Kassel ist die erste städtische Gemeinde, in der die von Osten kommenden, aus der Gefangenschaft entlassenen Soldaten eintreffen. Wir haben uns anfangs helfen können, indem wir aus allen Lagern, soweit sie noch vom Militär vorhanden waren, die Uniformen nahmen. Wir haben sie färben lassen, die Schuhe flicken lassen, um diesen armen, schwergeprüften Soldaten, die in Gefangenschaft waren und ohne etwas eintrafen, wenigstens ein Kleidungsstück geben zu können. Genauso ist es mit den Flüchtlingen. Wir sind stark interessiert daran, an Kleidungsstücken etwas zu bekommen. Die Staatsregierung hat schon einmal versucht, auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, sie hat eine allgemeine Kleidersammlung innerhalb Groß-Hessens durchgeführt. Wir in den ausgebombten Städten haben uns außerordentlich gefreut, daß uns etwas zur Verfügung gestellt wurde, um diesen armen geprüften Menschen helfen zu können, aber es war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Ich möchte hier gleich die Anfrage stellen: Wo bleiben die 25 Prozent, die die Staatsregierung von dieser Sammlung zurückbehalten hat? Ich möchte bitten, diese 25 Prozent der Stadt Kassel für die Bekleidung der Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Ich möchte anregen — wir wissen ja, daß bei den Luftangriffen sehr vieles vollkommen vernichtet worden ist, wir müssen aber unbedingt dazu übergehen, sofort Hilfe zu schaffen —, erneut eine Kleiderabgabe in Groß-Hessen durchzuführen. Dies wird jeder für dringend notwendig halten, der in die Flüchtlingslager kommt und sieht, wie die Menschen dort eintreffen. Auch in der englischen Zone ist man dazu übergegangen, eine Kleiderabgabe einzuführen, und wir wissen, daß auf dem Lande noch genügend derartige Dinge vorhanden sind. Ich will nichts gegen die Landbevölkerung sagen, aber man sollte mehr Verständnis für die Ausgebombten innerhalb der Großstädte an den Tag legen. Wenn dieses der Fall ist, so wird man auch von dem, was man hat, noch etwas abgeben. Ich muß täglich in Kassel 1200 bis 1500 Flüchtlinge in einem Bunker unterbringen, wo ich noch nicht in der Lage bin, den Leuten eine Decke zu geben. Es würde sich empfehlen, einmal auf dem Lande die Federn der geschlachteten Gänse zu sammeln und den Städtern zur Verfügung zu stellen. Bei der Landbevölkerung wird man auch zu der Überzeugung gelangen, daß dieses Verlangen nicht etwa eine ungerechte Forderung ist. Wir müssen uns

einmal mit der Frage beschäftigen, welche Städte — ich will nicht gerade von Kassel sprechen — am meisten betroffen sind, und wo es daher notwendig ist, daß zuerst geholfen wird. Leider müssen wir in Kassel nur Reparaturen ausführen, da unsere ganze Textilindustrie, drei, vier Fabriken, die wir dort hatten, brachliegt. Es wird nichts getan, um auch der Arbeiterklasse etwas zu geben. Wir wollen die Stadt aufbauen, wir wollen Aufräumarbeiten vornehmen, wir sind aber nicht in der Lage, den Leuten ein Paar Schuhe oder einen Anzug zu geben, damit diese dringenden Arbeiten getan werden können. Deshalb ist es dringend nötig, diesen ausgebombten Städten für die Inangriffnahme des Wiederaufbaues Arbeitskleidung und Schuhe zur Verfügung zu stellen. Auch für die Ausgebombten und die Flüchtlinge muß auf diesem Gebiet von Seiten der Staatsregierung alles getan werden. Ich möchte die Staatsregierung gebeten haben, ob nicht eine Kleidersammlung in Groß-Hessen für die ausgebombten Städte durchgeführt werden kann, damit den Menschen dort geholfen wird.

Herr Krüger (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus den Ausführungen des Herrn Ministers für Wirtschaft und Verkehr einige der wichtigsten Fragen herausgreifen. Ich weiß, daß die Frage des Rohstoffmaterials, seine Verteilung und Verwertung ein wichtiger Faktor für die Sicherstellung der Ernährung ist. In der Landwirtschaft stellen wir fest, daß der Schwarzhandel einer der hemmendsten Faktoren ist. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß eine ansehnliche Menge von Verstößen festgestellt wurde, daß er aber nicht so durchgreifen könne, wie es notwendig ist, weil nicht in ausreichendem Maße geeignete Kräfte zur Verfügung stehen. Wie sieht es nun aber praktisch in der Industrie aus? Es bestehen wohl Verordnungen des Wirtschaftsministeriums", die von den meisten Betrieben zur Kenntnis genommen werden, aber man handelt nicht im Sinne der Verordnungen, und man kann immer wieder feststellen, daß die wenigen Rohstoffe, die wenigen Materialien und die wenigen Gegenstände, die heute produziert werden, nicht dahin kommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Wir sind der Meinung, daß, wenn schon wenig da ist, es nicht noch in den Vordergrund gestellt werden müßte, daß richtig verteilt wird. Die wenigen Rohstoffe, die einige Fabriken noch zur Verfügung haben, werden aber sehr oft für Dinge verwendet, die wir gar nicht benötigen. Ein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß in einer Gießerei Plaketten hergestellt werden. In Darmstadt gibt es zum Beispiel einen Schreinermeister, der noch bis vor kurzem seine Holzbestände dazu verwendet hat, um 5000 Rauchtischchen herzustellen. Ich möchte nun fragen: Was ist wohl wichtiger, ein Küchentisch oder ein Rauchtisch? Der erste wird wohl mehr verlangt als ein Rauchtisch. Dann werden noch Preise verlangt, daß man Kopf steht. Viele Fabriken stellen seit einigen Monaten elektrische Kocher her. Diese Kocher sind im Preise sehr unterschiedlich. Der eine nimmt 20,50 Mark, der andere 12 Mark, der dritte noch weniger. Der Grundsatz darf heute nicht sein, viel Geld zu verdienen, sondern Ware zu produzieren,

" So sah z. B. die Verordnung über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. Dezember 1945 vor, daß der Wirtschaftsminister von den Inhabern gewerblicher Betriebe verlangen konnte, bestimmte Produkte herzustellen oder Rohstoffe in bestimmter Weise zu verwenden. Vgl. GVBl. 3 (1945), S. 25f.

die gebraucht wird und sie an die Stelle heranzubringen, die sie braucht. Ich glaube, daß es notwendig ist, da die Kontrollorgane mehr in den Vordergrund zu stellen und die Kontrolle gut auszubauen.

Zum Schluß möchte ich noch auf ein Gebiet kommen, von dem ich glaube, daß es für die Sicherung des Arbeitseinsatzes sehr entscheidend sein wird, das ist die Frage der Arbeitsschuhe und Arbeitskleider. Ich komme in sehr viele Betriebe und kenne nun all die Schwierigkeiten und Nöte. In manchen Betrieben ist ein ganz hoher Prozentsatz – teilweise sind es 40 Prozent – Ausfall an Arbeitskraft zu verzeichnen, weil die Menschen bei schlechter Witterung nicht in den Betrieb kommen können, weil sie keine Schuhe besitzen. Viele haben Bezugsscheine<sup>100</sup> die wegen Warenmangel nicht beliefert werden können. Nachts um 2 Uhr stellen sich die Menschen an den Schuhgeschäften an. Da kommt die amerikanische Militärpolizei, läßt sie auf und fährt sie in den Rabengrund<sup>01</sup>. Die Leute schlagen sich halb tot um ein Paar Schuhe. Aber jetzt möchte ich auf das Wesentlichste kommen: Es ist notwendig, daß die Dinge, die in nur geringem Maße anfallen, an diejenigen verteilt werden müssen, die im Arbeitsprozeß ihre Arbeitskraft für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Das Wirtschaftsministerium hat mit der Gewerkschaft<sup>102</sup> hier in Wiesbaden über diese Sache verhandelt und hat auf Grund der Verhandlungen nur festgelegt, daß die Gewerkschaft diejenigen Arbeiter benennt, die mangels Schuhen nicht im Betrieb erscheinen können, weil die Gewerkschaft über die Betriebsvertretung dies am ehesten feststellen kann. Bezüglich der Arbeitskleidung gilt dasselbe. Draußen auf dem Lande gibt es auch sehr viele junge Menschen, die, aus der Gefangenschaft entlassen, noch nicht in ihre Heimat zurückkehren können und in der Landwirtschaft Unterkunft gefunden haben. Wenn Sie sich die Verfassung dieser Menschen ansehen, so werden Sie erschüttert sein. Sie haben nur ein Hemd, einen Rock und eine Hose, darin arbeiten sie auch zum Teil. Es gibt allerdings auch Betriebe, die sehr kameradschaftlich gehandelt haben, indem sie etwas für die Menschen gesammelt haben, damit sie überhaupt existenzfähig blieben.

Bezüglich der Verteilung der Rohmaterialien müssen also Kontrollorgane aufgebaut werden. Bei den Strafmaßnahmen, die man jetzt beginnt zu ergreifen, muß rücksichtslos vorgegangen werden. Diejenigen, die die Rohstoffe für Dinge verwenden, die wir nicht brauchen, machen sich in doppelter Hinsicht schuldig, einmal mißbrauchen sie die Arbeitskraft und zum zweiten verplempern sie die Rohstoffe. In diesen Fällen sollte man zu Betriebsschließungen schreiten, damit

<sup>00</sup> Eine Liste sämtlicher bezugsscheinpflichtiger Gebrauchsgüter findet sich in einem Bericht des Wirtschaftsministers an die Militärregierung und umfaßt praktisch alle Güter des täglichen Bedarfs. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 6a.

<sup>01</sup> Die amerikanische Militärregierung hatte für all diejenigen Bürger eine „Strafmaßnahme“ vorgesehen, die in Wiesbaden nach der Sperrstunde von der Polizei aufgegriffen wurden. Die Amerikaner transportierten sie in den „Rabengrund“, ein außerhalb der Stadt gelegenes Waldgebiet, von wo aus sie dann wieder in die Stadt zurücklaufen mußten.

<sup>02</sup> Am 7. August 1945 hatte der amerikanische Militärgouverneur General Eisenhower in einer persönlichen Botschaft an die deutsche Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone die Genehmigung zur Bildung örtlicher Gewerkschaften bekanntgegeben, wobei die amerikanischen Bestimmungen zunächst ausschließlich den Aufbau lokaler Gewerkschaftsorganisationen vorsahen. Vgl. Weiß-Hartmann, Gewerkschaftsbund, S. B.

die Öffentlichkeit bemerkt, daß jetzt die Demokratie beginnt, autoritativ zu werden. Ich möchte abschließend den Antrag stellen, daß der Wirtschaftsausschuß schnellstens zusammentritt, damit wir in der nächsten Sitzung des Landesausschusses ausgiebig zu dieser Frage sprechen können.

**Herr Bauer (KPD)** — zur Geschäftsordnung —:

Wir hatten eine Anfrage gestellt über die Wirtschaftslage Groß-Hessens und die Wirtschaftspolitik des Großhessischen Staatsministeriums, aber die Sache ist in der Diskussion nicht so eingehend behandelt worden, wie wir dies gewünscht hätten. Ich möchte deshalb beantragen, daß recht schnell eine ausführliche Aussprache im Wirtschaftspolitischen Ausschuß stattfindet und wenn möglich sogar eine Sondersitzung des Landesausschusses, damit vor der gesamten Öffentlichkeit Groß-Hessens zu dieser Frage ausgiebig Stellung genommen werden kann.

**Herr Witte (SPD):**

Es ist zu erwarten, daß über diese Dinge in Kürze eine ausgiebige Aussprache im Wirtschaftspolitischen Ausschuß erfolgt.

**Herr Trabert (CDU):**

Meine Damen und Herren! Es ist hier verschiedentlich auf die verschiedenen Schwierigkeiten hingewiesen worden, die in der Wirtschaft bestehen. Wir haben die Feststellung gemacht, daß ein wesentliches Hemmnis die Wirtschaftsämtler selbst sind. Wenn man sieht, wie in manchen Betrieben das Material verschwendet wird, dann faßt man sich an den Kopf. Der Herr Kollege Nitsche regte eine Kleidersammlung für die Ausgebombten und Flüchtlinge an. Dem möchte ich zustimmen. Ebenso bin ich dafür, daß die Gänsefedern gesammelt werden, denn sonst bekommen unsere Kinder nie wieder ein Bett. Die Ausgebombten müssen zweifellos bevorzugt behandelt werden. Für die Sammlung der Häute und Felle haben wir wohl eine Genossenschaft<sup>103</sup>, aber die Felle von den Kleintieren wie Ziegen, Kaninchen und so weiter gehen vollständig verloren. Ich möchte bitten, daß für die Sammlung dieser Felle ebenfalls eine Stelle geschaffen wird. Bezüglich der Schuhe für die in Arbeit Stehenden möchte ich ebenfalls unterstreichen, wenn wir in den nächsten Monaten nicht dazu kommen, Schuhe zu beschaffen, so wird ein großer Ausfall an Arbeitskräften zu verzeichnen sein.

**Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller:**

Zunächst zur Frage des Verkehrs. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß Reichsbahn und Reichspost unbedingt als Einheiten zu erhalten sind, haben aber damit große Schwierigkeiten. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, und ich werde morgen wieder in Stuttgart meinen Standpunkt vertreten<sup>104</sup>

<sup>103</sup> In einer Anordnung des Landeswirtschaftsamtes über Lederbewirtschaftung vom 5. Februar 1946 war festgelegt worden, daß die Erzeuger von Häuten und Fellen, die sogenannten „Abschlachter“, sich den Häuteverwertungen als genossenschaftlich zusammengeschlossenen Unternehmungen anschließen sollten, die auf Rechnung ihrer eingetragenen Mitglieder Häute und Felle verkauften. Vgl. HStAW Abt. 507 Nr. 1685-1687.

<sup>104</sup> Die Verhandlungen zwischen den Ländern der amerikanischen Besatzungszone über die künftige Gestaltung von Reichsbahn und -post wurden im Verkehrsausschuß des Länderrates geführt. Vgl. HStAW Abt. 528 Nr. 95.

Im übrigen möchte ich ganz allgemein zu den sehr vielfältigen Anregungen folgendes sagen: Selbstverständlich würdige ich absolut das Verständnis, das mir bezüglich der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, entgegengebracht wird. Wir wissen alle, wie die Dinge liegen, aber wir brauchen für Maßnahmen, die wir ergreifen sollen, konkrete Angaben. Ich würde diese in jedem einzelnen Fall sehr begrüßen, damit wir ihnen nachgehen können, aber wir sind immer auf die Mitwirkung des Publikums und ganz besonders des Landesausschusses angewiesen.

Ein ganz besonderes Problem ist die Versorgung mit Hausrat. Die Hohlglaslage ist sehr schwierig, und wir können noch nicht einmal aus den Ländern unserer eigenen Zone etwas bekommen. Die übrigen Anregungen, insbesondere auch wegen der Kleiderabgabe, werden wir uns sehr überlegen. Bekanntlich ist dieser Tage eine Spinnstoffsammlung im Gange, und wir hoffen, daß wir auch dadurch etwas an Rohstoff bekommen. Für die Häute- und Fellsammlung haben wir Anordnungen erlassen<sup>105</sup> Im übrigen zeigen auch die Debatte und die Anregungen, daß das Gebiet sehr vielfältig, umfangreich und schwierig ist. Es wird notwendig sein, sich im Ausschuß darüber eingehend zu unterhalten.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich komme zur Abstimmung beziehungsweise zur Feststellung. Die Anfrage bezüglich des Schwarzhandels ist wohl zunächst erledigt, ebenso die Frage, wie die Bevölkerung mit Hausrat und anderen notwendigen Gebrauchsartikeln versorgt werden soll. Die Anfrage der KPD über die Wirtschaftslage, die Anfrage über die Beschaffung von Näh- und Stopfgarn sowie die Frage der Abholzung der Wälder schlage ich vor, zur Behandlung an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu verweisen. In der Zwischenzeit kann sich der Herr Wirtschaftsminister noch mit den einzelnen Herren ins Benehmen setzen und ihnen zunächst einen Bericht über die letzten Monate geben, um dann an Hand dieser Dinge wirklich sukzessive vorzugehen und alle Fragen eingehend zu behandeln, damit sie in der nächsten Vollsitzung vorangebracht werden können. Es bleibt noch die Anfrage an das Wirtschaftsministerium über die Kohlenlage, die ja auch durch den Herrn Minister beantwortet worden ist. Dann stelle ich fest, daß die Anträge bezüglich Wirtschaft und Verkehr noch dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu überweisen sind; sie werden im Rahmen des Ihnen vom Wirtschaftsminister zugesagten großen Berichts behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf, bevor wir schließen, Sie noch um folgendes bitten: Diejenigen Fraktionen, die noch nicht die Vorschläge für die Ausschüsse gemacht haben, bitte ich, dies bis morgen früh 10 Uhr zu tun.

Ich danke Ihnen. Ich schließe die Sitzung, und morgen früh 9 Uhr setzen wir die Beratung mit Punkt 3 der Tagesordnung fort.

Schluß gegen 18.15 Uhr

Wiesbaden, den 21. Mai 1946

Der Vorsitzende

<sup>105</sup> So mußten die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Häuteverwertungen sowie Häutesammler und -händler ihre Erzeugnisse an den Großhandel weiterleiten. Häute-großhändler und Häuterverwertungen wiederum waren angehalten, die zur Lederherstellung bestimmten Häute und Felle nach einem bestimmten Verteilungsplan des Landeswirtschaftsamtes an die Lederfabriken zu veräußern.

Sitzung vom 29. März 1946

Anwesend waren:

[Vorsitzender Dr. Hilpert]

Fraktion der SPD: Herr Zinnkann, Herr Drott, Herr Heigl, Herr Heißwolf, Herr Locke, Herr Nitsche, Herr Richter, Herr Witte, Herr Wittrock.

Es fehlten und waren entschuldigt die Herren Knothe, Rehbein und Rupp.

Fraktion der CDU: Herr Dr. Köhler, Herr Dr. von Brentano, Frau Epstein, Herr Leitz jr., Herr Leweke, Herr Graf Matuschka, Herr Pauly, Herr Philipp, Frau Sevenich, Herr Trabert, Herr Waßmuth, Herr Wendel.

Fraktion der KPD: Herr Leopold Bauer, Herr Barthel, Herr Diez, Herr Krüger, Herr Rademacher, Herr Schmüser, Herr Willmann, Frau Wolf, Herr Zängler.

Es fehlten und waren entschuldigt die Herren Zeiß, Fisch und Prof. Dr. Krauss.

Fraktion der LDP: Herr Schwarzhaupt, Herr Hermann Bauer, Frau Bringezu, Herr Catta, Herr Geiger, Herr Kredel, Herr Dr. Schönwandt, Herr Stetefeld, Herr Weidner, Herr Weinsperger, Herr Wilhelmi.

Es fehlte und war entschuldigt Herr Dr. Fertsch.

[Vertreter der Regierung:

Minister für Arbeit und Wohlfahrt Müller

Minister des Innern Venedey

Ministerialdirektor Dr. Schramm]

Der Vorsitzende, Herr Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hilpert, eröffnet die Sitzung gegen 9 Uhr mit den Worten:

Ich eröffne hiermit die Sitzung und bitte, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, die Anwesenheitsliste umlaufen zu lassen. Beschlußfähig ist das Haus, stelle ich hiermit fest. Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zunächst zu Punkt 3: „Bericht über den Entwurf eines Wahlgesetzes über die Beratende Großhessische Landesversammlung“<sup>106</sup> Das Referat zu dem Vorschlag wird Herr Dr. von Brentano erstatten. Darf ich Herrn von Brentano bitten.

**Herr Dr. von Brentano (CDU):**

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat der Herr Ministerpräsident nach Anweisung der Militärregierung für Deutschland eine sogenannte „kleine Vorbereitende Verfassungskommission von Sachverständigen“ berufen<sup>107</sup>. Diese Verfassungskommission hat in erster Linie den Auftrag, wie es wörtlich in der Berufung heißt, bei dem Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen für die Verfassungsgebende Landesversammlung mitzuwirken. Die Arbeit dieser Kommission stand, wie die meisten Arbeiten dieser Zeit, im Zeichen einer übergroßen Eile. Die Kommission wurde zusammenberufen am 21. Februar, zu einer ersten Sitzung in der zweiten Hälfte des März, und dort erfuhren wir, daß das Wahlgesetz bis spätestens 1. April dem Ministerium vorgelegt werden müßte. Bei der — wie wir alle glauben — weittragenden Bedeutung, die dem Gesetz zukommt, ist

<sup>106</sup> Gemeint ist die Verfassungberatende Landesversammlung.

<sup>107</sup> Vgl. Anm. 64.

die Frist, in der das Gesetz beraten wurde, zweifellos zu kurz. Ich nehme an, daß Ihnen der Entwurf<sup>108</sup>, der in der letzten Vollsitzung der Vorbereitenden Verfassungskommission beraten und beschlossen wurde, vorliegt, und kann mich wohl darauf beschränken, zu den grundsätzlichen Fragen, die innerhalb der Kommission erörtert wurden, kurz Stellung zu nehmen.

Die erste Frage, die unter den Mitgliedern der Kommission besprochen wurde, war die, ob man wie früher an dem reinen Listensystem festhalten solle oder ob man sich entschließen sollte, anstelle des bisherigen Wahlsystems den Einerwahlkreis und die unmittelbare Wahl eines einzelnen Abgeordneten vorzuschlagen<sup>109</sup>. Es wurden für beide Auffassungen die Argumente vorgebracht, die sich fraglos auch für beide Arten der Wahl finden lassen, und zum Schluß hat sich die Mehrheit der Kommission dahin geeinigt, daß es wohl vorzuziehen sei, von dem reinen Listensystem, wie es in der Weimarer Verfassung galt, abzugehen und einen Weg zu suchen, der den Wähler mehr mit dem Gewählten verbindet, der also mehr oder weniger ausschließt, daß zwischen den Wähler und Gewählten ein anonymes Gremium tritt, das früher berufen war, die Listen der zu Wählenden zusammenzustellen. Nun waren wir alle der Auffassung, daß ein reines Einmannwahlsystem sich in Deutschland zur Zeit noch nicht durchführen lasse. Ein reines Einmannwahlsystem setzt eine politische Reife und Erziehung voraus, von der die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder annahm, daß sie doch zweifellos nicht vorhanden sind. Sie setzt vor allem auch ein Zweiparteiensystem voraus, was in Deutschland zur Zeit noch nicht möglich ist. Wir haben daher auch davon Abstand genommen, das reine Einmannwahlsystem mit dem Grundsatz der relativen oder absoluten Mehrheit im Wahlkreis einzuführen, sondern haben einen anderen Weg gesucht. Auszugehen war dabei — auch darin war die Kommission sich einig —, ob das Proportionalsystem beibehalten werden solle. Sämtliche Mitglieder der Kommission waren übereinstimmend der Meinung, daß es nicht angebracht sei, von dem Proportionalsystem, also der verhältnismäßigen Verteilung nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen, abzugehen und an seiner Stelle die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Einzelwahlkreis entscheiden zu lassen. Der Entwurf, zu dem die Kommission sich dann bekannt hat, sieht folgendes vor: Das Land Groß-Hessen soll in 64 Wahlkreise<sup>110</sup> eingeteilt werden, und zwar mit tunlichst gleicher Stimmenzahl. Daß das natürlich nicht mit arithmetischer Genauigkeit erreicht werden kann, war uns allen klar. Daß dabei keine Ungerechtigkeit entstehen

<sup>108</sup> Der Entwurf des Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der Verfassungberatenden Landesversammlung, der am 28. März 1946 der Militärregierung zugeleitet worden war, findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 7291.

<sup>109</sup> Mit dem Listensystem wird das Verhältniswahlrecht praktiziert, das alle Stimmen zur Geltung bringt, so daß auch, wenn es keine Mindestklausel gibt, Splitterparteien in das Parlament kommen können. Die Personenwahl beruht hingegen auf dem Mehrheitswahlrecht, d.h. der Kandidat ist gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Die Stimmen für alle übrigen Kandidaten werden nicht berücksichtigt.

<sup>110</sup> Die Zahl der Abgeordneten wurde nach der Einwohnerzahl bemessen. Auf 40 000 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen. Dabei entfielen auf die Regierungsbezirke Kassel 18, Darmstadt 19 und Wiesbaden 27 Mandate. Vgl. Bergsträsser, Befreiung, S. 101; Mühlhausen, Hessen, S. 234.

soll, wird an anderer Stelle erläutert werden. In den 64 Wahlkreisen soll sich zunächst jede Partei oder jede Gruppe zur Wahl stellen. Wir haben es dann für zweckmäßig gehalten, zwar keine Listenwahl anzuerkennen, aber für jeden Kandidaten die Benennung von insgesamt zwei Ersatzmännern zuzulassen. Es wäre auch möglich gewesen, davon abzusehen, denn für den Fall, daß der eine aus irgendwelchen Gründen, sei es durch Tod oder anderes, ausscheidet, wird nach der Berechnung, auf die ich kurz eingehen werde, der nächstbeste Kandidat der Partei einrücken, aber wir glaubten doch, daß es zweckmäßiger und richtiger sei, durch den Vorschlag, daß die Kandidaten insgesamt mit zwei Ersatzmännern benannt werden, dafür zu sorgen, daß im Falle des Todes eines Kandidaten der Ersatzmann an seine Stelle tritt, der ebenso wie der Kandidat mehr oder weniger mit dem bestimmten Wahlkreis verbunden sein soll und der in dem bestimmten Wahlkreis auch bekannt sein muß.

Wir haben dann, um gewissen Bedenken Rechnung zu tragen, uns zu einer Zweigleisigkeit der Wahl entschlossen. Das bedeutet, daß wir neben dieser Wahl der Kandidaten in 64 Wahlkreisen in Vorschlag gebracht haben, Landeslisten der Parteien zuzulassen, also insoweit das Listenwahlsystem anzuerkennen, so daß zu den 64 Abgeordneten, die in den einzelnen Wahlkreisen gewählt werden, 26 Abgeordnete gewählt werden, wodurch es den einzelnen Parteien ermöglicht werden soll, Kandidaten, auf deren Wahl die Parteien aus sachlichen Gründen besonderen Wert legen, auf diesem Wege mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit in das Parlament hineinzubringen.

Es werden also nach den Grundsätzen der Verhältniswahl 64 Kandidaten in den 64 Wahlkreisen und 26 Kandidaten auf den Landeslisten gewählt, und zwar auf dem Wege der Zweigleisigkeit. Die Art und Weise, wie nun die Abgeordneten zu berücksichtigen sein sollen, war auch Gegenstand sehr eingehender Besprechungen. Ich möchte Ihnen nicht alles Für und Wider der einzelnen Vorschläge erörtern, da ich wohl sonst Ihre Geduld zu lange in Anspruch nehmen müßte, es genügt, wenn ich Ihnen zunächst das Ergebnis unterbreite, wie es vorliegt. Es werden nach unserem Vorschlag zunächst alle Wahlvorschläge ein Kennwort tragen, das Kennwort der Partei beziehungsweise der Parteigruppe. Wahlvorschläge mit dem gleichen Kennwort gelten als verbunden, nicht im Sinne der früheren Listenverbindung, sondern nur für die Zählung der Stimmen. Es werden also nach Abschluß der Wahl sämtliche für das gleiche Kennwort abgegebenen gültigen Stimmen innerhalb des Landes zusammengezählt und dann nach dem d'Hondtschen Rechnungsverfahren<sup>11</sup> das auch für die Gemeindewahlen Anwendung fand, verteilt auf die einzelnen Parteien beziehungsweise Parteigruppen. Dabei mußte auch die Frage geklärt werden, inwieweit es zweckmäßig und notwendig erscheint, Splitterparteien und Splittergruppen auszuschalten. Sie werden das Gemeindewahlgesetz, das wohl insoweit von der Militärregierung erlassen wurde, kennen. Es sieht vor, daß nur die Gruppen, die mindestens 15 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen, Berücksichtigung fin-

<sup>11</sup> Ein mathematisches Verfahren zur gerechten Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien, wobei Kritiker allerdings einwenden, daß es die größeren Parteien begünstigt. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 234.



den". Wir waren der Meinung, daß selbstverständlich auch hier eine Vorkehrung getroffen werden müßte, daß Splitterparteien möglichst nicht entstehen, ohne allerdings diese Vorkehrungen soweit zu treffen, daß Parteien oder Parteigruppen, die tatsächlich eine Idee vertreten, dadurch in einer unangemessenen und undemokratischen Weise beschränkt werden. Daher ging unser Vorschlag dahin, eine Partei oder Parteigruppen nur dann zu berücksichtigen, wenn sie insgesamt 5 Prozent der im gesamten Lande abgegebenen Stimmen erreicht. Diese Zahl erschien uns angemessen, wenn man berücksichtigt, daß 5 Prozent mithin 75 000 abgegebenen gültigen Stimmen entsprechen. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, daß sporadische Minderheiten, die eine gemeinsame Idee im gesamten Land vertreten, zur Geltung kommen, während sogenannte kompakte Minderheiten, die sich vorzugsweise um eine Einzelperson bilden, ausgeschaltet werden.

Der zweite Gang ist der: Es werden dann die abgegebenen Stimmen wieder untergeteilt, und zwar nach den einzelnen Regierungsbezirken. Das ist eine Zweckmaßnahme, die wir vorgeschlagen haben, um zu verhindern, daß durch eine Zahlenwillkür durch Zufall es erreicht wird, daß lediglich die Kandidaten eines Regierungsbezirks Berücksichtigung finden, während die Kandidaten anderer Regierungsbezirke, wie gesagt aus rein zahlenmäßigen Zufälligkeiten, nicht zum Zuge kommen. Wir verteilen also die Stimmen, die abgegeben werden, zunächst unter die Parteien. Innerhalb der Regierungsbezirke kommen dann diejenigen Kandidaten zum Zuge, die jeweils von ihrer Partei gesehen die Höchstzahl von Stimmen in dem einzelnen Wahlkreis erreicht haben. Auch hier hat sich die Kommission reiflich überlegt, noch einmal möglichste Gerechtigkeit zu schaffen und vorgeschlagen, daß zum Zuge kommen jene Kandidaten, die in einem Einzelwahlkreis untereinander gesehen die prozentual höchste Stimmenzahl aufbringen. Wenn in einem Regierungsbezirk X zehn Sitze auf die Partei Y entfallen, dann werden die Sitze an diejenigen zehn Kandidaten verteilt, die in ihrem einzelnen Wahlkreis prozentual die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Durch diese Prozentrechnung wird jede Ungerechtigkeit ausgeglichen, die daraus entstehen kann, daß die einzelnen Wahlkreise nicht die gleiche Einwohnerzahl aufweisen.

Für die Wahl auf der Landesliste gilt genau dasselbe. Auch für die Landesliste werden die Stimmen, die auf die einzelnen Parteien oder Parteigruppen entfallen sind, zusammengezählt und werden verteilt, und nach diesem Verfahren kommen dann die auf der einzelnen Landesliste stehenden Kandidaten zum Zuge. Es war unter diesen Umständen nach unserer Meinung auch nicht mehr nötig, die Kandidaturen etwa besonders zu erschweren, weil ja nur solche Kandidaten Aussicht auf Erfolg haben, die diese Mindestquote von 5 Prozent erreichen werden, und wir glaubten, daß es genüge, wenn die zugelassenen Parteien und Parteigruppen zehn Unterschriften abgeben.

Was die Zahl der Abgeordneten angeht, so waren wir zunächst der Meinung, daß eine Zahl von 60 bis 70 Abgeordneten den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen genügen werde. Es wurden aber dann Bedenken geäußert, ob es bei dieser Zahl überhaupt möglich sein werde, die gerade in der heutigen Zeit

<sup>2</sup> Vgl. § 7 des Gemeindewahlgesetzes in GVB1. 2 (1945), S. B.

notwendigen zahlreichen Ausschüsse und Kommissionen zu besetzen. Die Verfassunggebende Versammlung wird ja nicht nur die Aufgabe haben, die Verfassung durchzuberaten, sondern wird darüber hinaus auch die Arbeiten des Vorbereitenden Landesausschusses übernehmen. Unter diesen Umständen haben wir uns geeinigt, diesen Erwägungen Rechnung zu tragen.

Was das Wahlalter angeht, so haben wir für das aktive Wahlrecht das 21. Lebensjahr, für die passive Wahl das 25. Lebensjahr angenommen. Eine Bindung an ein höheres Wahlalter erschien uns nicht zweckmäßig, um so mehr, als man annehmen kann, daß gerade in der heutigen Zeit Leute, die sich mit Politik beschäftigen, allgemeine politische Reife und Erfahrungen besitzen.

Die Wahl soll durchgeführt werden unter der Aufsicht eines Landeswahlleiters. Von Bezirkswahlleitern haben wir abgesehen. Es ist weiter vorgesehen ein Wahlprüfungsgericht, das über die Gültigkeit der Wahl entscheiden soll. Das Wahlprüfungsgericht soll bestehen aus dem Präsidenten und dem nächstjüngsten Mitglied des Oberlandesgerichts sowie aus drei von der Landesversammlung zu wählenden Abgeordneten.

Bei dem Wahlsystem, das wir vorgeschlagen haben, werden Neuwahlen mit Leichtigkeit möglich sein. Diese Nachwahlen gelten für die Zuteilung von Abgeordnetensitzen als Teile der Hauptwahl.

Ich glaube, das ist das Wesentlichste. Mit den reinen Formalien des Wahlgesetzes sich aufzuhalten, halte ich nicht für erforderlich, um so weniger, als diese Formalien ja die üblichen sind wie auch in anderen Wahlgesetzen und keine Besonderheiten enthalten.

Herr Leweke (CDU):

An diesem Entwurf hat der Landesausschuß ja eigentlich gar nicht mitgewirkt, er ist ja nicht vom Plenum des Landesausschusses beraten worden, sondern von einer Kommission, die vom Herrn Ministerpräsidenten eingesetzt war. Irgend einen Einfluß haben wir ja gar nicht darauf, aber es scheint doch so zu sein, daß wir unsere Meinung äußern können. Dann muß ich sagen: Zu dem Modus selbst kann man dieses oder jenes vorbringen, ein Ideal aber wird man niemals finden und alles, was gefunden worden ist, scheint mir immer ein Kompromiß zu sein. Aber gegen eine Bestimmung habe ich die stärksten Bedenken, und zwar gegen den Wegfall der 15-Prozent-Grenze und ihre Ersetzung durch eine Grenze von 5 Prozent. Ich meine, daß die Demokratie das Recht hat, alles zu tun, was ihre Existenz sichert, um jede Tendenz zur Reaktion von vornherein zu ersticken. Es könnte sonst die Möglichkeit einer Diktatur entstehen oder ein Rückfall in das Einparteiensystem, und ich glaube, daß die Grenze von 15 Prozent das richtige Mittel ist, dies zu verhindern. Es ist bei den Gemeindewahlen angewendet worden und kommt auch wieder für die Kreistagswahlen in Anwendung. Diese 15-Prozent-Grenze hat zweifellos von vornherein die Wirkung, bei denjenigen, die so leichtfertig an neue Parteigründungen denken, abschreckend zu wirken. Niemand wird dieses Risiko auf sich nehmen, wenn er von vornherein weiß, daß er Schiffbruch erleiden wird. Aber stellen Sie sich einmal auf einen anderen Standpunkt. Ich bin der Meinung, man kann die Bildung von neuen Parteien nicht verhindern, das entspräche doch in keiner Weise einem demokratischen Gedanken. Man sollte ruhig die Bildung von neuen Parteien an sich

zulassen, wenn die nötigen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dann sollte man auch nicht zu große Hoffnungen darauf setzen, daß Wahlvorschläge anderer Gruppen von mindestens 500 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterschrieben sein müssen<sup>13</sup> Es soll jeder getrost versuchen können, eine neue Partei zu gründen, und wenn dieser Versuch nicht gelingt, dann sind die Leute bekehrt. Wer diese 15 Prozent nicht erreicht, der scheitert, und wer mit seiner Parteigründung die 15 Prozent erreicht, der hat eben den Daseinsnachweis erbracht und hat das Recht, als Partei zu existieren. Ich bin der Meinung, es soll jeder oder jede Gruppe unter den gleichen Bedingungen das Recht haben, eine Partei zu bilden. Wenn diese Partei im Wahlkampf die 15 Prozent erreicht, dann hat sie bewiesen, daß sie genügend Resonanz im Volke hat. Findet sie die Unterstützung im Volke nicht, dann wird sie wieder eingehen, und dann werden die Wähler, die diese Gruppe gefördert haben, eine Lektion erhalten, die für sie ausreicht, um sie zu belehren, solchen Splittergruppen nicht mehr zu folgen. Nach meiner Ansicht gibt es keine andere Möglichkeit dieser Belehrung, und deshalb müßten wir eben bei dieser 15-Prozent-Grenze bleiben. Dies ist meine persönliche Meinung, und sie entspricht durchaus einem demokratischen Grundsatz. Ich glaube, wenn wir so verfahren, daß wir festlegen, an dieser 15-Prozent-Grenze wird festgehalten, dann werden wir einen politischen Läuterungsprozeß im deutschen Volke erleben. Es werden sich nicht viele Parteien bilden, die versuchen werden, wenn die 15-Prozent-Grenze besteht, sich an der Wahl zu beteiligen. Wir haben zweimal Gelegenheit in diesem Jahr, diese Probe zu machen, und zwar bei der Wahl für die Verfassungegebende Landesversammlung und bei der eigentlichen Landtagswahl. Da wird es sich erweisen, ob solche Parteien Bestand haben oder nicht. Wenn sie sich an der Wahl beteiligen und zweimal die 15-Prozent-Grenze nicht erreichen, dann – dieser Meinung bin ich – sind sie vom Volk für zu leicht befunden und haben der Auflösung zu verfallen. Das kann man von einer guten wirklichen Demokratie verlangen, den Willen des Volkes zu erproben. Es könnte ja auch der Fall eintreten, daß Parteien entstehen, die alle nicht 15 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Dann muß eben eine neue Wahl angesetzt werden, und dann werden sich die Dinge ohne weiteres klären. Ich fasse noch einmal zusammen: Ich bin der Meinung, man soll allen Gruppen Gelegenheit geben, sich um die Stimmen des Volkes zu bewerben. Man sollte die 15-Prozent-Grenze bestehen lassen. Wer sie nicht erreicht, hat nicht genügend Vertrauen des Volkes erworben und von der politischen Bühne abzutreten.

**Herr Schwarzhaupt (LDP):**

Meine Damen und Herren! Ich betrachte diese Vorlage als einen interessanten Versuch, die Vorzüge des Einmannwahlsystems mit den Vorzügen des Listenwahlsystems zu verbinden und die Fehler beider möglichst zu vermeiden. Ich bin auch der Meinung des Herrn Vorredners, daß es ein ideales Wahlrecht überhaupt nicht gibt. Das Einmannsystem ist nicht so gut, wie es jetzt vielfach hin-

<sup>13</sup> Der Wahlgesetzentwurf für die Verfassungberatende Landesversammlung schrieb in § 16 für die Wahlvorschläge anderer Gruppen die Unterschriften von mindestens hundert Wahlberechtigten eines Wahlkreises vor. Vgl. den Entwurf v. 28. März 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 7291.

gestellt wird, das Listensystem ist auch nicht ganz so schlecht, wie es manchem erscheinen mag. Gewiß, bei dem Einmannsystem war die Möglichkeit vorhanden, daß der Abgeordnete, der nun einmal gewählt war, in eine Verbindung mit seinen Wählern trat. Das Recht auf Freiheit, der Wert der Persönlichkeit, auf die wir im politischen Leben besonderen Wert legen, sollte angeblich durch das Einmannsystem in den Vordergrund gerückt werden. Das war die Theorie, aber die Praxis, meine Damen und Herren, war doch vielfach wesentlich anders. Ich möchte daran erinnern, daß für einen so wertvollen Menschen wie Friedrich Naumann<sup>14</sup>, der in wahrhaftem Sinne nationalen Sozialismus predigte, der uns gelehrt hat, daß national nur derjenige ist, der sich tief innerlich verbunden fühlt mit dem geringsten seiner Volksgenossen, daß für diesen Mann unter dem Einmannsystem lange Jahre hindurch kein Reichstagsplatz gefunden werden konnte, bis es endlich einer Vereinigung in Thüringen gelang. Es muß also die Möglichkeit gegeben sein, wertvolle Persönlichkeiten unbedingt in das Parlament zu bringen.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, in diesem Einmannwahlkreis wird eine enge Verbindung zwischen dem Abgeordneten und einem Teil der Bevölkerung geschaffen, aber der übrige Teil der Bevölkerung ist dann doch überhaupt nicht vertreten, und es kann sehr wohl vorkommen, daß es jahrelang so geht. Wir haben Wahlkreise gehabt, die immer und immer in den Händen einer großen Partei waren, zum Beispiel in Höchst und Mainz der Sozialdemokratie, in Fulda und Hünfeld des Zentrums. Die übrigen waren in diesen Wahlkreisen dann vollständig ausgeschlossen auch nur von der Aussicht, jemals politisch zum Zuge zu kommen, jemals zu einer politischen Vertretung zu kommen. Was war die Folge davon? Die Aussichtslosigkeit schafft eine völlige politische Gleichgültigkeit, die Gleichgültigkeit ist der Todfeind der Demokratie. Meine Damen und Herren! Demokratie ist doch innere Verpflichtung zur Verantwortung für das Schicksal eines Volkes, Demokratie heißt, den Willen haben, verantwortlich mitzuarbeiten an der Gestaltung der Zukunft seines Volkes. Diese Möglichkeit aber, unter allen Umständen irgendwie mitarbeiten zu können, ist gegeben durch die Listensystemwahl, durch das Listensystem, und aus diesem Grunde begrüßen wir die Verbindung der beiden Systeme.

Und nun wird gesagt: Es sollen alle Wähler die Möglichkeit haben, politisch vertreten zu sein, aber, meine Damen und Herren, eben nur politisch gesehen, das heißt vertreten sein in bezug auf die Volks-, auf die Staatsinteressen, nicht aber auf eigensüchtige Interessen, und deshalb ist es doch nötig, damit die kleintlichen Interessen nicht in den Vordergrund treten, damit aus dem politischen Parlament nicht eine Interessenvertretung werde, Hemmungen einzubauen, die es hindern, daß derartige kleinliche Interessen überwuchern über das große Ganze. Denn der Zweck des Parlaments ist doch nicht zuerst die Vertretung der Interessen einzelner, sondern der übergeordnete Zweck des Parlaments ist die politische Willensbildung. Die politische Willensbildung wird aber erschwert durch allzu viele Parteien, deshalb liegt es im Staatsinteresse, nicht zu viele Parteien zu haben. Von diesem Interesse gehen wir aus, zu verhindern, daß eine Parteienzersplitterung eintritt, wie wir sie ja leider am Ende des Weimarer Systems erlebt

<sup>14</sup> Vgl. Anm. 13.

haben. Diese Gefahr, daß es zu einer Parteienzersplitterung kommen kann, ist ja leider im deutschen Volke größer als bei anderen Völkern. Im Charakter des Deutschen liegt ein gewisser Hang zur Eigensucht und zur Eigenbrötelei. Das muß überwunden werden. Es wird überwunden, darin unterscheide ich mich von Herrn Kollegen Leweke. Wir befürworten, daß die Zahl der Unterschriften höher angesetzt wird als vorgesehen. Ich sehe nicht ein, warum man den Umweg machen soll über die 15 Prozent, das heißt warum man diese Gruppen erst einmal zur Geltung kommen lassen soll oder, wie Herr Leweke sagte, sie erst eine Lektion bekommen sollen. Nein, hindern wir sie überhaupt daran, in Erscheinung zu treten, indem wir die Zahl der Unterschriften erhöhen, es aber bei 5 Prozent aller im Lande abgegebenen Stimmen belassen.

**Herr Zinnkann (SPD):**

Meine Damen und Herren! Wenn es schon kein erhebendes Gefühl ist zu wissen, daß wir eigentlich nur ein beratender und kein beschließender Ausschuß sind, dann ist es erst recht nicht erhebend, wenn dieser beratende Ausschuß vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Denn wir haben ja gar nicht die Möglichkeit, über das vorliegende Wahlgesetz zu entscheiden. Ich halte daher diese Debatte, die wir bis jetzt gehört haben, für wenig fruchtbar. Es kann sich bei dieser Debatte meines Erachtens nur darum handeln, daß die Parteien ihrer Meinung Ausdruck geben, ohne daß aber dieser Ausdruck, dieser Meinungsausdruck, irgendwie noch sichtbar in Erscheinung tritt. Wir sind der Auffassung, daß die Verfassunggebende Versammlung ein Wahlgesetz gründlich durchberaten muß. Damit bringe ich gleichzeitig zum Ausdruck, daß wir nicht der Meinung sind, daß dieses Wahlgesetz, das uns jetzt vorgelegt worden ist, auch Anwendung finden soll bei der Wahl des Landesparlaments. Zunächst wird ja die Verfassunggebende Versammlung gewählt, diese Verfassunggebende Versammlung soll ein Wahlgesetz ausarbeiten und dann, meine Damen und Herren, haben wir ja Gelegenheit zu handeln, denn dann reden wir nicht, dann beschließen wir, und zu diesem Zeitpunkt werden wir Gelegenheit haben, das zu sagen, was zu einem Wahlgesetz gesagt werden muß. Ich begnüge mich daher mit der Abgabe dieser Erklärung, nämlich daß wir erwarten, daß die Verfassunggebende Versammlung nicht ohne weiteres dieses Wahlgesetz, das ja eine vollendete Tatsache darstellt, über die wir nicht mehr zu beschließen haben, annimmt, sondern daß die Verfassunggebende Versammlung ein neues Gesetz ausarbeitet. Eins kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Die sozialdemokratische Fraktion ist der Meinung, daß es wenig sinnvoll gewesen ist, jetzt hier zu experimentieren. Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn der Entwurf, den der Herr Innenminister eingereicht hat<sup>15</sup> und der sich anlehnte an das bestehende Listenwahlsystem, wie es bei der Wahl zur Nationalversammlung und zum Reichstag Anwendung gefunden hat, wenn dieser Vorschlag oder dieser Gesetzentwurf, den der Herr Minister des Innern eingebracht hat, angenommen worden wäre. Ich versage es mir daher, auf Einzelheiten einzugehen. Wir behalten uns vor, in der Verfassunggebenden Versammlung unsere Auffassung zu diesen Dingen darzulegen.

<sup>15</sup> Entwurf in HStAW Abt. 502 Nr. 7291.

**Herr Bauer (KPD):**

Meine Damen und Herren! Zu dem was Herr Oberregierungsrat Zinnkann zuletzt gesagt hat, muß noch festgestellt werden, daß in dem Verfassungsgebenden Ausschuß, dem auch ich angehöre, zwei Personen eigentlich bis zum Schluß restlos für das Verhältniswahlssystem eingetreten sind, das waren der Herr Innenminister und meine Wenigkeit. Alle anderen, auch die Herren Sozialdemokraten, sind für die anderen Vorschläge eingetreten. Es war insbesondere ein sozialdemokratisches Mitglied, das den Vorschlag gemacht hat, das reine Einmannwahlssystem zur Anwendung zu bringen. Auch ich bin der Meinung, daß es besser gewesen wäre, man wäre beim Listenwahlssystem geblieben, die Stimmung in der Kommission, wie der Herr Berichterstatter aber mitgeteilt hat, ist eindeutig für eine Kombination der beiden Systeme. Es kam dann darauf an, das Maximum zu retten, was überhaupt zu retten war, und dieser Aufgabe haben sich einige Herren, wie ich glaube mit Erfolg, unterzogen, daß das Recht der Parteien bei diesen Wahlen nicht beeinträchtigt wird.

Ich muß nun leider noch etwas anderes sagen. Es ist behauptet worden, die Debatte sei überflüssig. Ganz so sinnlos war aber die Debatte nicht, denn sie hat uns einmal gezeigt, daß in Deutschland Versuche gemacht werden sollen, die Demokratie mit Methoden zu schaffen, die zweifellos nicht zugänglich sind. Ich möchte betonen, daß bei der Diskussion, wozu die Frage der 15 Prozent den Anlaß gegeben hat, die Mehrzahl der Fraktion der CDU zu meiner Freude und zum Glück für die Demokratie eine andere Einstellung genommen hat, als sie hier von Herrn Leweke vertreten wurde. Um so bitterer steht es für die Partei, wenn sie eine solche Meinung wie Herr Leweke vertritt. Das sollten Sie doch, Herr Leweke, schon langsam gelernt haben, daß es selbst der Gestapo nicht gelungen ist, mit terroristischen Mitteln Meinungen und Weltanschauungen von der politischen Bühne abtreten zu lassen. Wenn Sie das in den vergangenen zwölf Jahren noch nicht gelernt haben, dann tut es mir schrecklich leid. Sie haben noch sehr wenig Ahnung, wie der neue deutsche demokratische Staat aussehen soll. Das haben Sie auch bei anderer Gelegenheit schon einmal bewiesen". Ich glaube nicht, daß wir eine Demokratie aufbauen können, oder andersherum, daß man Splittergruppen dadurch verhindern kann, daß man mathematische Rechnungen anstellt. Splittergruppen werden verhindert dadurch, daß jene Parteien, die die Verantwortung tragen, so konstruktiv arbeiten, daß sie das Vertrauen der Wähler gewinnen, und daß die Wähler den Eindruck gewinnen, bei den bestehenden Parteien finden sie ihre Interessen vertreten. Deshalb wehren wir uns dagegen, daß man die 15 Prozent einfügt. Wir betrachten die Lage Deutschlands als so hart und so schwer, daß alle zusammenarbeiten müssen, auch die kleinsten Minderheiten, um dieser furchtbaren Lage Herr zu werden. Das ist unsere Meinung, und wenn ich von meiner Partei spreche, so glaube ich sagen zu dürfen, daß sie bereit ist, am Aufbau aktiv mitzuwirken, und ich

<sup>11</sup> Bauer spielt hier auf die Zusammenkunft des Ministerpräsidenten mit den vier Parteiführern am 17. Januar 1946 zur Vorbereitung der ersten Sitzung des BLA an. Dort hatte Bauer gefordert, daß auch der zu bildende Geschäftsführende Ausschuß paritätisch zusammengesetzt sein sollte, was aber am Protest Lewekes scheiterte. Vgl. HStAW Abt. 502 Nr. 7300.

bin auch der Meinung, daß bei den anderen Parteien diese Tendenz ebenfalls vorhanden ist. Aber die Menschen ausschließen zu wollen nur durch mathematische Berechnungen, das muß offen angeprangert werden. Wenn man Sie, Herr Leweke, so sprechen hört, so haben Sie Angst, daß Ihre Partei sich zersplittert, und deshalb befürchten Sie, diese Diskussion werde sich vielleicht später bei einer anderen Gelegenheit wahrscheinlich wiederholen. Wir werden keine Demokratie dadurch bauen, daß wir mathematische Grenzgesetze aufstellen, wenn wir dabei von Zufälligkeiten ausgehen, denn wer garantiert Ihnen, daß bei den Gemeindewahlen nicht ebenfalls Zufälligkeiten eingetreten sind? Die vier Parteien haben in Frankfurt am Main eine Erklärung unterschrieben, in der festgestellt wird — alle vier Parteien haben es unterschrieben —, daß die Gemeindewahlen auf keinen Fall ein Bild der wahren Willensbildung des deutschen Volkes bereits heute geben". Herr Leweke hat gleichfalls eine Erklärung mit unterschrieben, daß an und für sich die Wahlen in Deutschland zu früh stattfinden, denn die demokratische Willensbildung des deutschen Volkes ist noch gar nicht festzustellen. Wenn wir einmal so weit sein werden, dann können wir uns darüber unterhalten. Solange Sie aber nicht die geringste Garantie haben, daß die Kommunistische Partei oder die Liberal-Demokratische Partei bereits in einem Jahr nicht mehr existieren, so lange kommt es nicht in Frage, daß man einfach erklärt, wer die 15 Prozent nicht hat, ein zweites Mal nicht hat, muß verschwinden, muß verboten werden, hat nicht mehr das Recht, auf der politischen Bühne aufzutreten.

Ich bedauere, daß hier eine solche Debatte stattfindet, aber der Ton des Herrn Leweke war so aufreizend, daß unbedingt Klarheit geschaffen werden mußte. Ich bin der Meinung, daß die vier Parteien dadurch, daß sie als erste die Genehmigung bekommen haben, sich in ihrer Führung aus Antifaschisten und Antinazis zusammensetzen. Das beweist, daß sie auch in der Lage sind, wirklich konstruktiv mitzuwirken an einer neuen Demokratie und dann auch bereit sein werden, die Demokratie nicht durch mathematische Berechnungen, sondern durch bestimmte Grundgesetze zur Verteidigung der Demokratie anzuerkennen. Dann werden wir sehen, ob wir auf diesem Wege eine Demokratie schaffen, oder wo wir hinkommen, wenn wir Ihren Weg, der zum Glück nicht der Weg der Mehrheit der Versammlung ist, einschlagen.

**Herr Geiger (LDP):**

Meine Damen und Herren! Wenn ich für einige Augenblicke Ihr Interesse in Anspruch nehme, so tue ich das nicht als Parteimann. Die Satzungen unseres Hauses erklären uns zu Vertretern des ganzen Volkes, sie lösen die Verbindung zu irgendeiner Parteimaschinerie. Wir sind nur unserem Gewissen unterworfen. Davon mache ich jetzt Gebrauch, und ich möchte auch für die Zukunft, solange ich die Ehre habe, diesem Haus anzugehören, weiter davon Gebrauch machen.

Ich schließe mich Herrn von Brentano als Berichterstatter der Kommission an, wenn er von der weittragenden Bedeutung des Wahlgesetzes gesprochen hat. Ich bin genau derselben Meinung. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich eine

"" Die Erklärung der vier Parteien vom 28. November 1945 findet sich in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. B.

Frage stellen. Hat sich diese Kommission die Frage vorgelegt, wie die Frauen in dem zukünftigen Wahlrecht zu behandeln sind? Ich möchte für meine Person feststellen, daß die deutschen Frauen meiner Meinung nach die Schuld daran haben, daß Herr Hitler im Jahre 1933 eine so große Stimmenzahl erreicht hat<sup>118</sup>

Ich habe noch einen weiteren Gedanken. Ich freue mich, daß der Vertreter der Linken in so starkem Maße die 15-Prozent-Bestimmung bekämpft'. Meine Damen und Herren! Das ist wirklich eine Frage der Demokratie. Ich stehe in meiner Heimat im Wahlkampf für alle, und ich muß sagen, wie wir ringen um das Vertrauen zu unserer neuen deutschen Demokratie. Wir müssen sehr viel Skepsis bei der Wählerschaft feststellen. Ich kann es nicht verstehen, wie wir für die Demokratie werben sollen, wenn man dieser Demokratie sozusagen Fesselungsbestimmungen schon gleich bei ihrer Geburt mit auf den Weg gibt. Ich kann mich auch nicht der Beweisführung anschließen, warum kleine Splitterparteien sachlich nicht mitzuarbeiten in der Lage sein sollten. Ich will Ihnen das an einem ganz kurzen Beispiel erläutern. In meiner Heimat sind auf Grund des Gemeindewahlrechts 24 Abgeordnete zu wählen gewesen. Sowohl die KPD wie die SPD sind vollkommen durch die 15-Prozent-Bestimmung heruntergerutscht. Glaubt denn noch irgend jemand, der sich Demokrat nennt, wenn von jeder dieser Parteien zwei Abgeordnete in die Gemeindewahl hineingekommen wären, das hätte geschadet? So können wir für die deutsche Demokratie nicht werben, denn, beinahe hätte ich gesagt, dann kämen wir doch gleich zum Einparteiensystem zurück, dann wäre es, wie es gewesen ist. Was hat uns in die Katastrophe von 1933 hineingebracht? Daß eine Partei gemeint hat, sie könne alles machen, und heute sind wir im Prinzip auf dem gleichen Wege, wenn wir mit einer derartigen Bestimmung die Grundprinzipien der Demokratie mißachten. Also, meine Damen und Herren, ich möchte jedenfalls hier in aller Form, und zwar im Namen der Demokratie, dagegen protestieren, daß man auf dem Wege der 15-Prozent-Bestimmung weitermacht. Ich halte es nicht für richtig, daß wir junge Talente auf diese Weise von vornherein ausschließen, gerade insbesondere auch bei den Gemeindewahlen, und ich kann mich nur in aller Form dieser scharfen Kritik, die mein Herr Vorredner ausgesprochen hat, in ihrem Inhalt anschließen.

Noch ein weiteres zu der grundsätzlichen Gestaltung unseres künftigen Wahlrechts. Ob ich hierbei Verständnis finde, weiß ich nicht. Wir stehen jetzt an der Wende unseres parteipolitischen Lebens. Wäre es nicht zweckmäßig, wenn wir uns den Gedanken durch den Kopf gehen lassen wollten, uns die Ausnutzung der politischen Erfahrungen des Alters zu eigen zu machen? Stellen Sie sich vor, der 21jährige Wähler wirft genausogut seine Stimme in die Wahlurne wie der Mann, der schon eine reife politische Erfahrung, eine reiche geschäftliche Erfahrung hinter sich hat. Ich gehöre diesem Ausschuß nicht an, aber ich muß es immerhin bedauern, daß beispielsweise ein junger Mann von 21 Jahren in dem-

<sup>118</sup> In der Vorlage fälschlich „1923“. Bei dem Vorwurf Geigers handelt es sich um ein zählbares Vorurteil, das inzwischen von der Wahlforschung widerlegt ist. Vgl. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 136ff.

<sup>119</sup> Im Protokoll „befürwortet“, gemeint ist aber offensichtlich das Gegenteil.



selben Maße in die Räder der deutschen Politik eingreift wie beispielsweise ein Professor des deutschen Staatsrechts oder ein Professor der deutschen Wirtschaftswissenschaften. Aber ich will nicht so weit gehen, ich bin gern zufrieden, wenn man sich überlegt, die Nutzung der politischen Erfahrung des Alters in Erwägung zu ziehen. Da wir ja nun einmal bei einer grundsätzlichen Betrachtung der Dinge sind, halte ich es immerhin für berechtigt, diesen Gedanken öffentlich auszusprechen.

Noch ein letztes Wort. Es wird immer wieder zu sehr betont, die Zersplitterung der Parteien hätte den Staat von Weimar zugrunde gerichtet. Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen den Nachweis dafür erbringen, die deutschen Parteien von Weimar waren sich immer wieder einig bei wichtigen Beschlüssen, sei es in der Form von Notverordnungen und so weiter. Da kam immer die nötige verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit zustande. Wie kann man da davon sprechen, die Zersplitterung des Parteiwesens sei daran schuld gewesen. Nein, die Ursache des Zusammenbruchs des Staates von Weimar liegt größtenteils im Versagen der Parteien, der großen Parteien, die damals vor dem deutschen Volk und der deutschen Geschichte die Verantwortung zu tragen gehabt haben.

**Herr Dr. von Brentano (CDU):**

Ich möchte als Berichterstatter nur noch ganz kurz auf das eingehen, was gesagt worden ist. Dem Herrn Kollegen Geiger muß ich allerdings sagen, daß wir uns über die Frage des Frauenwahlrechts nicht unterhalten haben, weil wir von der Selbstverständlichkeit ausgingen, daß das Frauenwahlrecht genau wie das der Männer zu behandeln ist. Wir haben uns auch nicht mit der Frage des Mehrstimmenwahlrechts befaßt, und ich glaube nicht, darüber noch weitere Ausführungen machen zu müssen.

Was nun die Frage dieser 5 oder mehr oder weniger Prozent angeht, so möchte ich zunächst in meiner Eigenschaft als Berichterstatter dazu sagen – ich glaube, Herr Kollege Bauer wird sich erinnern –, daß diese Dinge durchaus nicht so waren, daß man etwa ohne weiteres auf 5 Prozent gekommen wäre, sondern daß ohne Rücksicht auf die politische Einstellung des einzelnen Mitgliedes der Kommission anfänglich die Mehrheit von 15 Prozent ausging, daß auch der Entwurf des Herrn Innenministers noch diese Grenze nennt und daß man dann lediglich, nachdem man den Verteilungsmodus gefunden hatte, auf den wir uns geeinigt haben, glaubte, diese 15-Prozent-Grenze in dem Entwurf des Herrn Innenministers auf 5 Prozent ermäßigen zu sollen. Es ist also festzustellen, daß in den Kommissionsberatungen nicht etwa eine bösertige Gesinnung darauf Einfluß hatte, die 5 Prozent festzulegen.

Mein Fraktionskollege Herr Leweke hat hier eine Meinung geäußert, die, wie ich feststellen kann, auch der Verfassungsausschuß vertreten hat. Ich halte es nicht für klug, wenn wir bereits am zweiten Sitzungstag, so wir hier zusammensitzen, uns gegenseitig die Quantität unserer demokratischen Gesinnung vorhalten, und ich nehme für meine Fraktion und speziell auch für Herrn Kollegen Leweke in Anspruch, daß er das, was er hier vorgetragen hat, aus sachlichen Erwägungen heraus vorgetragen hat und nicht aus dem Grunde, um auf irgendeinem Wege die Opposition mundtot zu machen. Er hat in durchaus erwägens-

werten Ausführungen, die ja gar nicht so abgelehnt werden können, weil sie in der Verfassungskommission ebenso besprochen wurden, seine Ansicht vorgetragen. Wir wollen das Entstehen junger Parteien nicht mehr fördern, da die bestehenden ausreichen. Wir wollen aber die Menschen zu einer politischen Denklarheit erziehen, um sie zu zwingen, auch einen politischen Komplex zu überschauen. Aus diesem Grunde wollen wir Splitterparteien ausschließen. Daß der Weg nicht gar so undemokratisch sein kann, geht auch daraus hervor, daß die 15 Prozent in dem Gemeindevahlgesetz vorgeschrieben sind. Ich nehme für meine Fraktion in Anspruch, daß, wenn derartige Gründe hier vorgetragen werden, es nichts damit zu tun hat, Minderheiten in irgendeiner Weise zu vergewaltigen, und ich möchte annehmen, daß im Verlauf der zukünftigen Verhandlungen sich herausstellen wird, daß die Haltung der Christlich-Demokratischen Union richtiger und konsequenter ist als die anderer Parteien.

(Es entspinnt sich ein kurzes Zwiegespräch darüber, ob dem Berichtstatter das Schlußwort erteilt worden ist oder nicht.)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Nach der amerikanischen Anordnung war der Verfassungsausschuß vom Ministerpräsidenten berufen unter Berücksichtigung der Wünsche der antifaschistischen Parteien und auf Vorschlag der einzelnen Parteien. Bekanntlich hat der Geschäftsführende Ausschuß des Beratenden Landesausschusses gewisse Abänderungswünsche zu dem Gesetz geäußert. Ich verweise nur auf § 16 und 17 bezüglich der Unterschriften<sup>120</sup>. Ich werde nun morgen das Gesetz, wie es der Verfassungsausschuß endgültig festgelegt hat, der Militärregierung fristgemäß überreichen, stelle aber anheim, und werde das auch tun, die Abänderungswünsche als Meinungsäußerung des Beratenden Landesausschusses mit zu überreichen, da wir doch lediglich Material der Militärregierung übergeben. Darf ich dazu Ihr Einverständnis annehmen?

(Zustimmung)

Sodann kommen wir zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Stellungnahme zu der Verordnung über die Arbeitsverpflichtungen“. Ich bitte Herrn Kollegen Krüger, Bericht zu erstatten.

**Herr Krüger (KPD):**

Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 27. März kam eine Verordnung über Arbeitsverpflichtung<sup>121</sup> zur Vorlage, welche eine ziemlich umfangreiche Diskussion dort ausgelöst hat. Es handelt sich bei dieser Verordnung um eine vorläufig befristete Notmaßnahme, und zwar befristet bis zum 31. Dezember 1946, und hat als Sinn die Erfassung aller Bummelanten, die sich dem Wiederaufbau und den Aufgaben des Wiederauf-

<sup>120</sup> Die Änderungswünsche des Geschäftsführenden Ausschusses zum Wahlgesetz hatten eine Erhöhung der notwendigen Unterschriftenzahlen vorgesehen, die neue Parteien vorweisen mußten, um in einem bzw. in allen Wahlbezirken kandidieren zu dürfen. Die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses wurden allerdings in der endgültigen Fassung des Wahlgesetzes nicht berücksichtigt. Vgl. das Beschlußprotokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 27. März 1946 in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 3.

<sup>121</sup> Vgl. Anm. 63. In der Vorlage fälschlich „27. Februar“.

baues entziehen. Allgemein kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß der gegenwärtige Zustand nicht ausreicht, um die notwendigen Arbeitskräfte sicherzustellen, um der langsam anlaufenden Produktion die notwendigen Arbeitskräfte zuzuführen und besonders die lebenswichtigen Betriebe zu sichern. Es wurden auch einige Beispiele angeführt, so unter anderem das Gaswerk in Wiesbaden. In diesem Betrieb arbeiten schon wochenlang die Arbeiter 60 Stunden in der Woche und müssen auch ihre freien Sonntage opfern, weil 20 Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, weil das Arbeitsamt nicht in der Lage ist, auch nicht im Wege der Zwangszuweisung, die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Im Verlauf der Diskussion im Ausschuß erschien auch der Minister für Arbeit, Herr Oskar Müller, und machte einige Ausführungen. Er wies darauf hin, daß Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet würden, die alle Härten möglichst vermeiden sollen, daß sich diese Verordnung ausschließlich gegen die Bummlanten richten dürfe, die sich vor dem Arbeitseinsatz drücken. Im Endergebnis der Diskussion hat sich der Ausschuß auf eine Entschließung festgelegt, die ich Ihnen vorlege und zur Abstimmung überreiche. Diese Entschließung besagt:

„Der Beratende Landesausschuß von Groß-Hessen nimmt von dem Erlaß einer Verordnung über Arbeitsverpflichtungen der großhessischen Regierung, daß zur Sicherstellung und planmäßigen Lenkung der für den Wiederaufbau notwendigen Arbeitskräfte eine vorübergehend bis 31. Dezember 1946 befristete Einführung einer Arbeitspflicht unumgänglich ist, Kenntnis. Diese Arbeitspflicht soll natürlich nur alle die dem Wiederaufbau beiseite stehenden und ausweichenden arbeitsfähigen Personen erfassen. Der Landesausschuß ersucht das Arbeitsministerium, durch die zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz jede Möglichkeit von Härten und willkürlicher Handhabung der Gesetzesbestimmungen auszuschalten. Der Landesausschuß von Groß-Hessen richtet in diesem Zusammenhang an die gesamte großhessische Bevölkerung den dringenden Appell zur tatkräftigen Mithilfe an dem Wiederaufbau unseres Landes. Nur durch eigene Kraft werden wir uns wieder hocharbeiten.“

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich erteile zunächst [dem] Herrn Arbeitsminister das Wort.

**Minister für Arbeit und Wohlfahrt Müller:**

Meine Damen und Herren! Wäre nicht schon der Kontrollratsbefehl Nr. 3 die Grundlage für den Erlaß der Verordnung über Arbeitsverpflichtungen, dann würden wir uns angesichts der Notwendigkeit des Wiederaufbaues aus eigener Erkenntnis und getragen von dem Verantwortungsbewußtsein für den Wiederaufbau, für die Sicherung der Ernährung und zu dem Zwecke der Sicherstellung der zivilen Bedürfnisse des deutschen Volkes dazu verpflichtet gesehen haben, von uns aus eine entsprechende Verordnung herauszubringen. Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß niemand die Meinung vertreten darf, diese Verordnung könne eine gewisse Ähnlichkeit haben mit der in der Nazizeit durchgeführten Arbeitsdienstverpflichtung<sup>1</sup>. Ich möchte herausstellen, daß die da-

<sup>1</sup> 22 1935 war ein pflichtmäßiger Reichsarbeitsdienst eingeführt worden, der dem Reichsin-

malige Arbeitsdienstverpflichtung nur einem Zweck gedient hat, dem Zweck des Krieges und der Zerstörung, diese Verordnung dient dem Zweck des Wiederaufbaues; die Naziverpflichtung diente dazu, Menschen zu ermorden, unsere Verordnung dient dazu, das Leben des deutschen Volkes zu erhalten und aufzubessern. Infolgedessen müssen wir uns eindeutig bekennen zu unserer Verantwortung, für den Wiederaufbau und für die Sicherung des Lebens des deutschen Volkes alle diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Daß von diesem Gesichtspunkt aus selbstverständlich die Einzelinteressen sich unterzuordnen haben im Interesse des ganzen Volkes, das brauche ich nicht besonders zu erwähnen. Das Kabinett hat diese Verordnung herausgebracht, und ich habe dazu im Geschäftsführenden Ausschuß meine Ausführungen gemacht. Zunächst will ich noch einmal darauf hinweisen, wie ich schon sagte, daß an und für sich schon der Kontrollratsbefehl Nr. 3 die Richtlinien gegeben hat. In diesem Kontrollratsbefehl Nr. 3 ist zunächst die Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Männer von 14 bis 65 Jahren und arbeitsfähigen Frauen von 15 bis 50 Jahren vorgesehen. In § 18 ist vorgesehen, die Arbeitsfähigen durch Zwangsanordnung in Arbeitsplätze einzuweisen. Meine Damen und Herren! Wie begründet sich diese Maßnahme der Verordnung? Ich darf Ihnen an Hand einiger weniger Zahlen einmal aufzeigen, wie der ungedeckte Kräftebedarf aussieht.

Wir haben im Bergbau einen ungedeckten Bedarf von etwa 800 Arbeitskräften, abgesehen von den Neuansforderungen, die noch nicht erfaßt sind. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, daß die Hochöfen angeblasen sind oder werden, was wir im Interesse des Wiederaufbaues sehr begrüßen, da, wie gestern der Herr Landwirtschaftsminister andeutete, wir nicht einmal imstande sind, für unsere Landwirtschaft die erforderlichen Hufnägel bereitzustellen. Wir haben also ein unbedingtes Interesse daran, daß die für die Beschickung der Hochöfen nötigen Arbeitskräfte bereitgestellt werden. Wir brauchen allein für diesen Sektor unserer Wirtschaft etwa noch einmal 1500 gelernte Bergarbeiter. Ein Teil von den Bergarbeitern ist anderwärts beschäftigt; wir müssen, um den Bedarf abzudecken, eine Umlenkung vornehmen, und diesem Zweck soll auch diese Verordnung mit dienen. Ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht auch in der Kaliindustrie, wo etwa 1000 Arbeitskräfte angefordert worden sind. Im Interesse der Verbesserung des Bodens und der Steigerung des Ertrages muß unter allen Umständen die Kaliindustrie in stärkerem Maße zum Laufen gebracht werden. Auch aus dem Kalkbergbau liegen entsprechende Anforderungen vor.

In der Landwirtschaft haben wir einen Bedarf von etwa 17000 Arbeitskräften, im Baugewerbe werden angefordert etwa 14 000 Arbeitskräfte, bei der Reichsbahn 2200, für sonstige Dienste etwa 6000, und dann kommt der ungedeckte Bedarf für andere Wirtschaftszweige von etwa 10 000 Mann. Es besteht also ein ungedeckter Kräftebedarf — wie er im Augenblick festgestellt worden ist, es kann sich in dieser Rechnung noch etwas verschieben — von etwa 53 000

nenministerium unterstellt war. Er basierte auf einer halbjährigen Arbeitspflicht für Männer vom 18. bis zum 25. und ab 1939 auch für Frauen vom 17. bis zum 25. Lebensjahr. Vgl. RGBl. I (1935), Nr. 64.

Arbeitskräften. Dem steht gegenüber eine Arbeitslosenziffer von insgesamt 89 300 Arbeitslosen.

Unsere Aufgabe ist es also, die Lenkungsmaßnahmen durchzuführen, um diesen Kräftebedarf abzudecken. Ich möchte einmal allgemein feststellen, daß unsere Arbeitnehmerschaft in einem sehr hohen Prozentsatz nicht allein ihre Bereitschaft, sich für den Wiederaufbau einzusetzen, positiv zum Ausdruck bringt, sondern daß gerade seitens des weitaus größten Teiles der Arbeitnehmerschaft mitgearbeitet worden ist und mitgearbeitet wird, um für die Aufbauarbeit, gleichviel an welcher Stelle, ihre ganze Kraft einzusetzen, womit zum Ausdruck gebracht wird, daß unser deutsches Volk begreift, worum es geht. Wenn trotzdem bestimmte Erscheinungen bestehen, daß Leute glauben, die Lage ausnutzen zu können, um sich der Verpflichtung zum Wiederaufbau zu entziehen, und denen die Einsicht fehlt, unter Zurückstellung eigener Interessen ebenfalls mitzuarbeiten und sich einzusetzen, wo es im Interesse des Wiederaufbaues, im Interesse der Ernährung und der damit zusammenhängenden Industrien notwendig ist, dann müssen wir zu diesen Maßnahmen greifen, Maßnahmen, die aus den Reihen der Gewerkschaften und aus den Arbeitnehmervertretungen der Betriebe schon seit langer Zeit verlangt werden.

Wenn wir an die Lösung dieses dringlichsten Problems herangehen, dann wollen wir natürlich Sicherungsmaßnahmen einbauen, damit die Durchführung dieser Verordnung unter Anwendung aller nur vertretbaren Rücksichten denn auch so wirksam werde, wie es im Interesse des Wiederaufbaues notwendig ist, wenn auch jedem soweit nur irgend möglich Gerechtigkeit widerfahren soll.

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, daß in Ergänzung dieser vorliegenden Verordnung, die vom Kabinett beschlossen worden ist, eine Ausführungsverordnung<sup>123</sup> erscheinen wird.

Wir werden vorher darüber im Geschäftsführenden Ausschuß beraten, um sie aber schnell in Kraft zu setzen. Ich glaube, wir haben nicht lange Zeit. Würde es noch eines Beweises bedürfen, die Notwendigkeit des raschen Handelns zu betonen, dann, meine Damen und Herren, brauche ich mich nur zu beziehen auf die Ausführungen des Herrn Ministers für Ernährung und Landwirtschaft wie auch des Herrn Wirtschaftsministers. Eine entscheidende Frage ist, wie die Wirtschaft und die Ernährung gesichert werden kann. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir das Problem schnellstens in Angriff nehmen. Ohne mich in Einzelheiten über die Frage der Ausführungsbestimmungen einzulassen, möchte ich im allgemeinen sagen, daß wir bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen selbstverständlich auch unter Berücksichtigung bestehender Gesetze an die Dinge herangehen werden. Wir wollen mit dieser Verordnung alle jene treffen, die glauben, sich dem Wiederaufbau entziehen zu können und lieber auf den schwarzen Markt gehen und die Volkswirtschaft und Ernährungswirtschaft schädigen. Ich werde auch jene erfassen, die auf gewissen Umwegen in einem Scheinarbeitsverhältnis stehen und glauben, sich dadurch dem Aufbau entziehen zu können. In die Ausführungsbestimmungen sollen, wie ich schon sagte, alle nur denkbaren und vertretbaren Rücksichten vom sozialen Gesichtspunkt aus eingebaut werden.

<sup>123</sup> Ein Entwurf der Ausführungsverordnung findet sich in HStAW Abt. 649 Nr. 8/89-1/3.

Ich glaube damit zunächst einmal die wesentlichen Grundzüge der Verordnung dargelegt zu haben. Ich möchte noch einmal unterstreichen: Wir tragen die Verantwortung insgesamt dafür, daß alles getan wird, was im Interesse des Aufbaues, im Interesse der Erhaltung des Lebens unseres Volkes notwendig ist. Von diesem Verantwortungsbewußtsein getragen müssen wir an die Arbeit gehen, und ich hoffe, daß Sie alle mithelfen werden, die Grundlage für den Wiederaufbau des Volkes und der Wirtschaft zu legen.

**Herr Pauly (CDU):**

Meine Damen und Herren! Wenn man das Wort „Arbeitsverpflichtung“ hört, bekommt man ein bißchen einen bitteren Geschmack in den Mund, aber eine Notwendigkeit ist sie doch, denn die Arbeitsbummelei hat Formen angenommen, die uns schon einer Katastrophe nahebringen. Da stimme ich mit dem Herrn Arbeitsminister vollkommen überein. Ich weiß nur nicht, ob der Erfolg der Dienstverpflichtung in bezug auf die Leistung ein entsprechender ist, denn wenn schon einer mit Unmut und gezwungen zur Arbeit geht, dann ist es schon aus. Ich beobachte das so bei den öffentlichen Schipperkolonnen, die hauptsächlich von den sogenannten Pg.-Betrieben gebildet werden. Das sind Betriebe, die einige hundert Pg.s als Arbeiter zugewiesen bekommen haben<sup>124</sup>. Diese Betriebe sind noch immer teuer, weil die Leistungen in keinem Verhältnis zum Lohn stehen. Da müßte meiner Ansicht nach ganz besonders scharf geprüft werden, ob da nicht ein ganz anderer Weg gefunden werden kann. Wenn die Leute dieser Pg.-Betriebe, wo einige hundert Mann auf einem Haufen zusammenstehen und nichts tun, auf einzelne Betriebe aufgeteilt und dort unter die Arbeiterschaft gemischt wurden, dann machten sie ganz schön mit, und man hat ganz tadellose Erfolge mit diesen Leuten erzielt. Aber wir brauchen nur durch die Stadt zu gehen und sehen alle, was da los ist: viel Geld um nichts.

Wenn diese Dienstverpflichtung durchgeführt wird, ist es gleichzeitig erforderlich, für Arbeitskleidung und Geräte zu sorgen. Wir erleben es tagtäglich, daß die Leute nichts anziehen haben, sie haben auch keine Arbeitsgeräte, keine Kelle, keine Zange, sie haben nichts. Der Meister läuft dann von einem zum anderen, bis er eine Kelle erwischt oder einen Hammer. Also wenn man jemand dienstverpflichtet, muß man auch für die nötigen Geräte zum Arbeiten sorgen. Wir haben in Groß-Hessen keine Werkzeugfabriken, das Werkzeug kommt alles aus der englischen Zone. Wir sind immer auf die anderen Zonen angewiesen. Was uns aber sehr viele Fachkräfte zum Wiederaufbau bringen würde, das ist eine Durchprüfung aller öffentlichen Ämter und der Industrie. Viele Bauarbeiter haben in der Industrie und bei der Polizei Unterschlupf gefunden. Es wäre generell nötig, daß jeder, der ein Bauhandwerk erlernt hat und einsatzfähig ist, auch dem Bauhandwerk zu dienen hat. Deshalb müßte ein Erlaß herausgegeben werden, daß prinzipiell ein Bauhandwerker, der einsatzfähig ist, nur noch im Bauhandwerk eingesetzt werden darf, sonst kommen wir mit dem Wiederaufbau

<sup>24</sup> Die Arbeiter dieser sogenannten Pg.-Betriebe waren ehemalige Parteigenossen, die aufgrund des Berufsverbotes nach Gesetz Nr. 8 der Militärregierung (vgl. Anm. 27 u. 28) durch Vermittlung des Arbeitsamtes zu „gewöhnlichen Arbeiten“ in Betrieben befristet herangezogen wurden.

nicht weiter. Ich habe einen Mann, der bei der Polizei war, herausholen lassen. Er war natürlich darüber sehr entrüstet und sagte: „Warum werde ich herausgeholt und die anderen bleiben drin?“ – „Ja, nennen Sie mir die Namen.“ Er nannte natürlich keinen Namen, aber er sagte unter anderem: „Bei mir sind allein sechs Maurer, Tüncher, Zimmerleute und so weiter.“ – Das geht natürlich nicht, daß wir auf der einen Seite die Leute umschulen, und auf der anderen Seite wandern sie wieder zur Industrie und zur Polizei ab. Das Arbeitsamt muß dann Maßnahmen treffen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß es generell nicht mehr möglich ist, Bauhandwerker für andere Zwecke zu beschäftigen. Dann sind da die amerikanischen Baustellen. Es ist für die amerikanischen Besatzungsstellen viel Arbeit zu leisten. Sie haben da amerikanische Baumeister. Die Leute bekommen dort ihr Essen. Es müßte meiner Ansicht nach erreicht werden, daß amerikanische Baustellen deutschen Architekten unterstellt werden und daß die Bauarbeiter von Deutschen betreut werden. Die Bauhandwerker sind unzufrieden, und zwar mit Recht unzufrieden. Sie haben mit die niedrigsten Löhne, sie stehen mit ihrem Lohn weit unter dem Fabrikarbeiter, ja sie stehen sogar unter der Putzfrau. Das ist natürlich kein Zustand. Da fühlt sich ein Mann mit Recht zurückgesetzt. Ich plädiere nicht für allgemeine Lohnerhöhungen, diese kann das Baugewerbe nicht tragen, aber ich plädiere unbedingt für eine Angleichung des Bauarbeiterlohnes an den Industriearbeiterlohn. Solche Unterschiede können wir uns bei unserer Währung nicht erlauben. Ich hoffe, daß meine Anregungen bei dem Gesetz beachtet werden.

Herr **Philipp** (CDU):

Der Herr Arbeitsminister hat angeführt, daß 53 000 Arbeitskräfte fehlen. Demgegenüber steht eine Zahl von Arbeitslosen von 89 300. Wenn diese auch nicht sämtlich direkt als Arbeitslose anzusehen sind, denn es sind viele Kranke dabei, die nicht arbeiten können, so bleibt es dennoch sicher, daß eine große Zahl von Arbeitsunwilligen, sagen wir Arbeitsscheuen, vorhanden ist, eine viel zu große Zahl. Wie ist das möglich? Ich glaube, viele verdienen ihren Lebensunterhalt durch Schwarzhandel und Kettenhandel. Ich brauche nur eins herauszugreifen: Es wurde mir vor ein paar Tagen gesagt, ich könne meine Raucherkarte verkaufen. Wir müssen unbedingt den Schwarzhandel und den Kettenhandel abstellen. Wir müssen die Betreffenden suchen und auffinden, die so unredlich ihr Geld verdienen und sie dahin bringen, wo sie nützlichere Dinge leisten können.

Auf der anderen Seite frage ich: Warum müssen wir so viel zu Dienstverpflichtungen schreiten? Es wurde bereits von dem Herrn Vorredner angeführt, daß im Bauhandwerk viel Unzufriedenheit herrsche und diese Unzufriedenheit sei berechtigt. Aber in anderen Industrien ist sie wohl noch berechtigter. Ich kann verstehen, daß im Bergbau 800 Arbeiter fehlen. Denken wir an deren Löhne und an die sozialen Verhältnisse. Kein Wunder, wenn man zu Dienstverpflichtungen schreiten muß. Hier kann etwas gemacht werden, hier muß etwas gemacht werden, sagen wir mal, in bezug auf Lohnangleichung und Lohnerhöhung anderen Industrien gegenüber. Wir wünschen also, daß den Leuten, die sich durch Schwarzhandel ernähren, zu Leibe gegangen wird, ferner müssen wir Sorge tragen für die Leute, die körperlich schwer und angestrengt arbeiten müssen. Dann ist ein großes Problem gelöst.

**Herr Richter (SPD):**

Meine Damen und Herren! Daß wir uns heute in der ersten Sitzung des Landesausschusses mit einer derartigen Verordnung, die eine Zwangsmaßnahme bei den Arbeitnehmern darstellt, befassen müssen, haben wir dem nationalsozialistischen System zu verdanken, denn der Trümmerhaufen ist nicht nur wirtschaftlicher Art, ist nicht nur sichtbar auf Straßen und Häusern, sondern ist auch kultureller Art. Das ist ja mit die Ursache, daß so viele Arbeitnehmer nicht bereit sind, mitzuarbeiten an der Beseitigung dieser Trümmerhaufen, und daß wir deshalb hier zu Zwangsmaßnahmen schreiten müssen, die wir an sich als Vertreter der Arbeitnehmerschaft grundsätzlich ablehnen und bedauern, und denen wir nur insofern einigermaßen zustimmen können, als sie nur vorübergehender Natur sind und mit Ablauf des Jahres aufhören sollen.

Von dem Standpunkt aus betrachtet wird es auch mit dieser Verordnung nicht allein möglich sein, all die Probleme zu lösen, die gelöst werden müssen, sondern die Probleme liegen weit tiefer. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß eine einigermaßen ausreichende Ernährung der Arbeiter erfolgt, daß ausreichende Kleidung und darüber hinaus die Arbeitsmaterialien herbeigeschafft werden, denn nur dann werden wir in der Lage sein, wieder Aufbauarbeit leisten zu können. Ich wies gestern schon auf die Kohlenversorgung unseres Gebietes hin, und wenn wir das Bauhandwerk fördern wollen, dann müssen wir Arbeitssachen zur Verfügung stellen. Dann muß die Voraussetzung dafür, daß produziert werden kann, nämlich die Volksernährung, sichergestellt sein, und wenn wir das erreichen können, dann müssen die anderen zuständigen Ministerien zusammenarbeiten, daß unsere großhessische Wirtschaft und darüber hinaus die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf Ziffer 5 unserer Anfragen hinweisen, worin die Staatsregierung gefragt wird, welche Maßnahmen geplant sind hinsichtlich des Wiederaufbaues und hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge. Das trifft gleichzeitig zu auf Arbeitsgelegenheiten für alle Arbeitnehmer. Wir haben derartig viel Arbeitnehmer mit Arbeitsstellen zu versorgen, daß gefordert werden muß, daß die gesamte Staatsregierung alles daransetzt, mit Hilfe und Unterstützung der Amerikaner unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

**Herr Rademacher (KPD):**

Meine Damen und Herren! Hier hat kaum ein Arbeitnehmersvertreter das Wort ergriffen. Einige meiner Vorredner haben sich als Arbeitnehmersvertreter ausgegeben und haben mir das Wort vorweggenommen. Ich glaube, diese Verordnung besitzt etwas, was viele nicht gern sehen und hören. Man muß aber in dieser Zeit einen gewissen Mut zur Unpopularität aufbringen. Ich stehe in der Arbeiterannahme eines Werkes in Kassel. Da erscheinen viele Leute, die nach Arbeit fragen. Weist man sie aber auf den Trümmerberg, dann lehnen sie ab. Warum lenkt man den Arbeitseinsatz nicht ganz bewußt dahin, daß diese Leute umgeschult werden? In der Vorbereitung des Krieges mußte es ja gehen. Und wozu hat es geführt? Warum können wir für den Wiederaufbau nicht eine Lenkung der Arbeitskräfte vornehmen? Ich gebe der Meinung der Arbeitgeber Ausdruck: Sie können nicht verstehen, wenn sie ständig bemüht sind, ihre Fabrik in



Ordnung zu bringen, daß dann in den Wohngebieten der Städte nichts geschieht. Wenn man durch die Stadt geht, sieht man, daß die Straßen überfüllt sind mit Menschen, die nichts tun, irgendeinen Rucksack schleppen und spazieren gehen. Es erregt den Unmut der arbeitenden Bevölkerung, daß da nicht schärfer durchgegriffen wird. Bei uns im Betrieb kommen Leute an und werden aufgenommen, die haben weiter nichts als das, was sie auf dem Leib tragen. Wenn sie eine schmutzige Arbeit verrichten müssen, sind sie später gezwungen, in dem schmutzigen Zeug nach Hause zu gehen, und da ist oft keine Gelegenheit, sich zu waschen. Da ist es kein Wunder, daß sich die Krätze so stark ausbreitet. Ich denke an die Verordnung des Kasseler Oberbürgermeisters zur Arbeitspflicht<sup>125</sup>. Die hat er gewiß nicht leichten Herzens herausgegeben, aber wenn wir auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes weiter wären, dann hätte er dieses Gesetz nicht herauszugeben brauchen. Die Produktion in den Betrieben soll ja auch dem Wiederaufbau dienen. Deshalb möchte ich hier eine Anregung geben. Es wurde vorhin beklagt, daß kein Werkzeug da sei, keine Kellen, keine Spitzhacken und so weiter. Kann man nicht die wenigen noch vorhandenen Betriebe, die noch Produktionskapazität besitzen, veranlassen, Werkzeuge aufzubereiten? Es ist bei Henschel möglich gewesen, Axte herzustellen. Man könnte auch Pikkel herstellen. Man kann auch Wettbewerbe zwischen einzelnen Stadtteilen veranstalten, um den Wiederaufbau zu fördern. Wenn der Herr Wirtschaftsminister gestern sagte, daß wir vorerst mit einer Lenkung der Wirtschaft unbedingt rechnen müssen, so kann man hinzufügen, daß die Arbeitskraft als das einzige Wertvolle noch in Deutschland vorhanden ist.

**Herr Catta (LDP):**

Meine Damen und Herren! Die Verpflichtung zur Arbeit, ob nun durch die Notdienstverordnung oder das Leistungsgesetz, ist immer von einem sehr bitteren Beigeschmack. Soweit es die Bauarbeiterschaft angeht, möchte ich zwei Dinge hervorheben, an die besonders zu denken ist, einmal der Unwille zu arbeiten, zum zweiten zu arbeiten ohne Schuhe und Kleidung. Es ist bei Großbaustellen anzustreben, daß die Leute an den Baustellen bleiben, um damit auch die Überlastung des Verkehrs zu vermeiden. An jeder Trümmerstätte sind noch Räume herzurichten, in denen die Leute untergebracht werden können. Diese Räume richtet man so ein, daß die Leute fünf Tage an der Baustelle wohnen können, das heißt, es wird ein Schlafraum hergerichtet und ein Eßraum. Wenn sie dann fünf Tage gearbeitet und am Samstag frei haben, dann können sie schon am Freitagabend nach Hause fahren und können dann auch ihre kleine Wirtschaft zu Hause in Ordnung bringen und ihre Verpflegung aus der kleinen Wirtschaft für die fünf Tage wieder mitbringen.

<sup>125</sup> Der damalige Kasseler Oberbürgermeister Seidel hatte schon im April 1945 alle arbeitsfähigen Bürger zur Übernahme auch solcher Arbeiten verpflichtet, die nicht dem erlernten Beruf entsprachen. Alle Betroffenen mußten sich unverzüglich beim Arbeitsamt melden. Gleichzeitig sollten alle Arbeitgeber ihren Arbeitsstellen- und Lehrstellenbedarf an das Arbeitsamt weitergeben. Vgl. Stadtarchiv Kassel, Bekanntmachungen, Teil I: April–Juli 1945.

Natürlich ist vorauszusetzen, daß in dem kleinen Speiseraum auch täglich eine warme Mahlzeit zur Verfügung gestellt wird, und das kann ja aus einer großen Werksküche mit erledigt werden. Das Wichtigste ist, daß erst einmal die Arbeitslust gehoben wird und der Arbeiterschaft in ausreichendem Maße Schuhe und Kleidung zur Verfügung gestellt werden. Auf einem Großbau kann das gemacht werden. Das kann auch von einem Handwerksmeister gemacht werden. Ein Schreinermeister kann in seinem Haus zwei, drei Gesellen unterbringen. Im Mittelalter war es auch der Fall, daß die Gehilfen beim Meister wohnten. Im Sommer besteht auch kein Problem wegen der Heizung. Mit meinem Vorredner stimme ich vollkommen überein, daß die Bauhandwerkerschaft eine Neuregelung des Lohnes nötig hat. Glauben Sie mir, wenn die Steuergesetzgebung sich auswirkt, wenn der Geldüberhang abgeschöpft und die Währungsschwierigkeiten beseitigt sind, dann werden Sie sehen, wie sich automatisch im freien Spiel der Wirtschaft auch auf den Bauplätzen und in den Betrieben die Arbeiter wieder einstellen. Es ist das eine oder andere zu berücksichtigen, und ich bin überzeugt, daß wir im Herbst soweit sind, daß von den Arbeitgebern, wenn Leute um Arbeit fragen, gesagt wird: „Wir haben im Augenblick Leute genug, kommt im Frühjahr wieder.“

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist nunmehr erschöpft, und es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Zur Debatte stand: „Stellungnahme zu der Verordnung über die Arbeitsverpflichtungen“. Dazu liegt vor eine Entschlie-ßung des Beratenden Landesausschusses: „Der Beratende Landesausschuß von Groß-Hessen nimmt von der Verordnung über die Arbeitsverpflichtungen (...)“

(Text liegt hier nicht vor<sup>26</sup>)

Wird diese Entschlie-ßung gebilligt?

(Zustimmung)

Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Dann kommen wir zu den Anfragen bezüglich des Ministeriums für Kultur und Unterricht. Es liegt eine Anfrage der KPD vor über die augenblickliche Lage im Kultusministerium und die Kulturpolitik des großhessischen Staatsministeriums. Ferner eine Entschlie-ßung der LDP:

„Der Beratende Landesausschuß wolle beschließen: Das Staatsministerium wolle die Simultanschule in der Gestalt, in der sie sich in Nassau und Hessen seit vielen Jahren bewährt hat, unter Aufrechterhaltung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach erhalten und allen Bestrebungen, das nassauische und hessische Volksschulwesen nach Konfessionen und Weltanschauungen aufzuteilen, entgegenzutreten.“

Ich bitte Herrn Ministerialdirektor Dr. Schramm, zu diesen Anfragen Stellung zu nehmen.

<sup>26</sup> Der Text der Entschlie-ßung war vorher schon durch den Abg. Krüger verlesen worden. Vgl. oben S. 191.

**Ministerialdirektor Dr. Schramm** – als Vertreter des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht –:

Meine Damen und Herren! Gemäß der Anfrage der KPD soll über die augenblickliche Lage im Kultusministerium und über die Kulturpolitik des großhessischen Staatsministeriums gesprochen werden. Den ersten Teil kann ich sehr kurz beantworten. Am 19. Februar wurde die Übergabe vorgenommen. Der Rücktritt erfolgte nicht wegen der bis dahin vertretenen Kulturpolitik, sondern wegen äußerer Schwierigkeiten, die sich bei der Verwaltung des Ministeriums herausgestellt hatten. Jedenfalls bekam ich nicht den Auftrag, eine Änderung in der Kulturpolitik vorzunehmen und fühle mich auch nicht berechtigt dazu <sup>27</sup>.

Und nun zum zweiten Teil der Anfrage, die Kulturpolitik des hessischen Staatsministeriums betreffend. Die verantwortlichen Führer aus allen Landesteilen Deutschlands hatten sich darüber klar zu werden, wie diese Kulturpolitik gestaltet werden soll, und es ist erfreulicherweise festzustellen gewesen, daß in allen Landesteilen Deutschlands im wesentlichen dieselben kulturpolitischen Bestrebungen sich aufweisen ließen. Herr Minister Grimme <sup>128</sup>, der für das englisch besetzte Gebiet Hannover die Verantwortung für die Kulturpolitik trägt, hat zur Begründung seiner Schulreform, die schon Ostern 1946 anlaufen soll, folgendes geschrieben. Es ist nur ein Wort, und ich bitte den Herrn Vorsitzenden, daß ich es verlesen darf:

„Der Erzieher muß die Jugend von der Vergötzung der Nation wieder zum wahrhaft Göttlichen führen. Die lebendige Macht und die Gegenwartsbedeutung der Religion haben sich in dem Widerstand vieler Persönlichkeiten und Gemeinschaften gegen den Nationalsozialismus erwiesen. Ohne die Erweckung der religiösen Kräfte im deutschen Volk ist die Rettung der Nation undenkbar. Durch den Materialismus des sogenannten biologischen Weltbildes, durch die Vergottung von Volk und Rasse ist das religiöse Empfinden der älteren Schüler und des Lehrernachwuchses verflacht. Behutsame Pflege und Vertiefung des religiösen Gefühls wird nicht nur Aufgabe der Religionsstunden, sondern des gesamten Unterrichts sein. Alle Planungen und Erfolge unserer Schule sind für die kommende Generation und ihre Aufgabe sinn- und zwecklos, wenn es nicht gelingt, im jungen Menschen die Stille zu schaffen, in der allein das Gefühl religiöser Ehrfurcht wächst und der Wille, im Bunde mit Gott gegen die Dämonen zu kämpfen.“

<sup>127</sup> Dr. Franz Schramm (1887-1966), CDU, selbst sollte am 19. April 1946 Nachfolger von Franz Böhm werden. Schramm hatte schon in den 20er Jahren in Frankfurt/M. eine Realschule zur Oberrealschule nach dem Richter'schen Reformplan ausgebaut. Während dieser Zeit gründete er auch das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik, Zweigstelle Frankfurt. Seit Juni 1945 war er als Schulrat des Rheingaus maßgeblich am Wiederaufbau des dortigen Schulwesens beteiligt. Im Oktober 1945 hatte er die Leitung des Rheingaugymnasiums in Geisenheim übernommen, bevor er dann als Ministerialrat ins Kultusministerium wechselte.

<sup>128</sup> Adolf Grimme (1889-1963), SPD, hatte schon von 1930 bis 1932 das Amt des preußischen Kultusministers innegehabt und war von 1946 bis 1948 Kultusminister von Hannover bzw. Niedersachsen.

In dieselbe Zielrichtung gingen die Bemühungen des großhessischen Kultusministers Dr. Böhm. Es ist zunächst der Auftrag der Siegerstaaten, und zwar für Groß-Hessen der amerikanischen Militärregierung, die die Verpflichtung zur religiösen Erziehung auf christlicher Grundlage in der Tatsache sah, daß im deutschen Raum bis zum Jahre 1933 80 Prozent aller Volksschulen konfessionell waren, und aus diesen Erwägungen heraus ergab sich der Befehl, der auch heute noch gültig ist, daß in hinreichender Zahl für die Schüler, deren Eltern die konfessionelle Erziehung für ihre Kinder wünschen, die Behörde verpflichtet ist, konfessionelle Schulen einzurichten<sup>12</sup>.

Für die Staatsführung in Groß-Hessen lag eine besondere Entwicklung vor, so daß der Kultusminister von diesem eindeutigen Befehl der amerikanischen Militärregierung glaubte abgehen zu sollen. Sie wissen, daß in zwei Teilen Groß-Hessens, in Nassau und Hessen-Darmstadt, die Simultanschule gesetzlich verankert war, seit 1817 im Raum Nassau und seit 1876 in Hessen-Darmstadt. Es muß aber festgestellt werden, so verlangt es die historische Gerechtigkeit, daß diese Simultanschule sowohl in Nassau als auch im Volksstaat Hessen einen ausgesprochen christlichen Charakter hatte. Und wenn nun Herr Minister Professor Dr. Böhm den gigantischen Versuch wagte, hier eine Überlieferung, die im wesentlichen — kann man sagen — zur Befriedigung der Bevölkerung beigetragen hatte, in irgendeiner Form wieder lebendig werden zu lassen, so darf ich vielleicht wiederum kurz auf das Memorandum des Herrn Ministers<sup>130</sup> eingehen. Er hat im wesentlichen in Fühlungnahme mit den Kräften, die für die Gestaltung der Erziehung, besonders der Volksschulerziehung, maßgebend sind, gehandelt. So hat er mit Vertretern der Evangelischen Landeskirchen, er hat mit Vertretern der katholischen Bistümer verhandelt, er hat selbstverständlich auch verhandelt mit seinen Mitarbeitern im Ministerium, die den verschiedenen politischen Parteien angehören. Er hat ferner das Bestreben gehabt, nicht in einem Teilraum des ehemaligen Deutschlands eine Schulpolitik durchzuführen, ohne festzustellen, daß sie auch in den übrigen Ländern einigermaßen gleichlaufend geplant wird. So haben mit verantwortlichen Ministern einiger Länder Zusammenkünfte stattgefunden, bei denen die verantwortlichen Leiter der Kultusministerien ihre Schulprogramme austauschten. Schon am 4. Dezember 1945 ist bei einer Tagung in Stuttgart festgestellt worden, daß die beiden verantwortlichen Minister für Unterricht sowohl für Württemberg-Baden wie auch für Bayern gleichlaufend mit Herrn Minister Professor Dr. Böhm sich einsetzten für die christliche Grundlage aller Erziehung<sup>131</sup>. Es ist ferner festzustellen, daß diese

<sup>12</sup> Die Militärregierung hatte dies im Januar 1946 als Übergangslösung vorgeschlagen. Dem Elternwunsch sollte nachgekommen werden, wenn die Schulen selbst die allgemeinverbindlichen Erziehungsgrundsätze übernehmen und eine ausreichende Schülerzahl die Einrichtung einer solchen Schule rechtfertigen würde. Vgl. Schlander, Re-education, S. 117f.

<sup>10</sup> Es handelt sich dabei um den Bericht Böhms über seine Verhandlungen in der Frage der christlichen Gemeinschaftsschule, der von ihm am 3. März 1946, wenige Wochen nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, als Denkschrift verfaßt worden war. Der Bericht ist abgedruckt in Kropat, Stunde Null, S. 299 ff.

<sup>11</sup> Das Protokoll dieser Kultusministersitzung findet sich in HStAW Abt. 504 Nr. 614.

Versuche der Ineinsetzung auch, wie ich sagte, mit Vertretern der politischen Parteien stattfanden. Professor Böhm glaubte damals feststellen zu können, daß die Vertreter der SPD, damals Herr Ministerialdirektor Friedrich<sup>132</sup>, und der KPD, damals der Referent Herr Renneisen<sup>133</sup> und Herr Arbeitsminister Oskar Müller, darin übereinstimmten, daß sie ebenfalls die Simultanschule für den Raum Groß-Hessen anstrebten, allerdings, wie sich jetzt aus ihrer Stellungnahme zu dem Memorandum des Herrn Ministers Böhm ergibt, die Bezeichnung „christliche“ Simultanschule ablehnen. Es sind inzwischen daran Zweifel entstanden, daß bei dem Versuch der Ineinsetzung all der politischen und kulturellen Kräfte, welche bei dem Aufbau des Erziehungswesens in Groß-Hessen befragt werden mußten, eine Einigung erreicht worden ist. Deshalb habe ich bei der Übernahme der Geschäfte des Ministeriums Herrn Professor Böhm gebeten, eine Denkschrift darüber zu verfassen,<sup>134</sup> wie er zur Festlegung der Kulturpolitik im Staat Groß-Hessen gekommen ist. Diese Denkschrift ist auch den Vertretern der Parteien, die bei dem Zusammenschluß mitgewirkt haben, zur Kenntnisnahme vorgelegt worden. Ich bezweifle, daß schon alle dazu Stellung genommen haben, jedenfalls liegt vor, daß sie bei den Besprechungen nicht den christlichen Charakter der Simultanschule bejaht haben<sup>135</sup>.

Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, ich möchte nur kurz sagen, welche Forderungen man etwa stellen muß, wenn dieser Charakter der Volksschule und damit der gesamten Schule im Raume Groß-Hessen nicht erhalten bleibt. Nehmen wir zunächst einmal an, daß durch das gewählte Parlament diese Kulturpolitik, soweit sie sich auf die Erziehung auswirkt, abgelehnt wird. Wenn diese Kulturpolitik Ablehnung erfährt, dann ist es ganz selbstverständlich, daß unter der Voraussetzung, daß das Elternrecht mindestens in dem Maße auch in die Verfassung des Staates Groß-Hessen eingebaut wird, wie es in der Weimarer Verfassung in Kraft war, die Eltern das Recht haben, die Gestaltung der Schule für die Erziehung ihrer Kinder so zu fordern, wie es ihren Erziehungsgrundsätzen entspricht. Das dürfte aber bedeuten, was auch die evangelischen und katholischen Bischöfe ganz eindeutig in ihrer Stellungnahme zu der Denkschrift zum Ausdruck gebracht haben, daß in diesem Falle die Konfessionsschule in unserem Raum Groß-Hessen die Regelschule werden wird. Diese Entwicklung wäre zweifellos zu bedauern, weil in großen Teilen des Landes Groß-Hessen die historisch gewordene Simultanschule sich bewährt hat. Wenn aber die Kulturpolitik, die bisher verantwortlich durch das Staatsministerium vertreten wurde,

<sup>132</sup> Karl Friedrich (1886-1969), SPD, war bis 1933 Stadtrat in Darmstadt und kam 1944 in KZ-Haft. Seit 1945 arbeitete er als Referent für Grundschulen beim Regierungspräsidium Darmstadt und wurde im Oktober 1945 Ministerialdirektor im Kultusministerium. Im Frühjahr 1946 übernahm er die Leitung der Schulabteilung beim Regierungspräsidium Darmstadt, die er bis 1951 innehatte.

<sup>133</sup> Jakob Renneisen (1899-1973), KPD, war bis Mai 1947 als Oberregierungsrat im Kultusministerium tätig und kam 1950 als Abgeordneter in den Hessischen Landtag.

<sup>134</sup> Dr. Schramm meint den in Anm. 130 genannten Bericht des Kultusministers.

<sup>135</sup> Die Stellungnahmen der Parteienvertreter sowie der Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirchen werden im Bericht Böhms dargelegt (vgl. Anm. 130).

durch den neu zu wählenden Landtag bestätigt wird, dann sind gewisse Erwartungen an die Ausgestaltung dieser Schule zu stellen, und diese möchte ich schon heute zum Ausdruck bringen, damit kein Zweifel daran entsteht, wie der Charakter sein soll.

Es ist zunächst eine ungeheure Taktfrage für den Lehrer, alles zu vermeiden, was irgendwie die Gefühle der ihm anvertrauten Jugend verletzen könnte, auch der Schüler, die nach der Tradition des Elternhauses nicht christlich sind, zum Beispiel etwa jüdische Kinder. Ein zweites: Es ist selbstverständlich, daß sich der christliche Charakter dieser Schule so auswirkt, daß alles irgendwie konfessionell Bedingte aus dem gesamten Unterricht, wenn man von der Religionsstunde abieht, fernbleiben muß. Es ist schließlich selbstverständlich, daß in der Wahl der Lehrer in einer vorwiegend evangelischen Gegend nur der evangelische Lehrer und umgekehrt in den vorwiegend katholischen Bezirken in den Schulen nur katholische Lehrer den Unterricht erteilen können. Sie können sich ja wohl auch vorstellen, daß man überhaupt seine ganze Erziehungsarbeit auf zwei Sätzen der christlichen Lehre aufbauen könnte, die noch dazu den Vorzug haben, daß sie sich schon im Alten Testament vorfinden, erstens: „Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben“ und zweitens: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“. Gerade auf diesen letzten Lehrsatz — darf ich sagen — kann sich eine echt demokratische Erziehung aufbauen, denn er besagt, daß es bei jeder Erziehung darauf ankomme, über die Entwicklung des eigenen Ichs hinauszugehen und daß erst dann ein Mensch die volle Persönlichkeitsentwicklung erreichen wird, wenn er neben dem Ich das Du und Wir anerkennen lernt, und wenn er dadurch bereit ist, mit seinem Ich in ein größeres Wir einzutreten, und das ist demokratische Erziehung.

Ich bin bereit, die Aussprache jederzeit weiterzuführen. Aber ich möchte doch mit einer kurzen historischen Erinnerung schließen: Der Russe Dostojewski hat in seinem berühmten Roman „Die Dämonen“, in dem er Menschengestalten schildert, wie wir sie in den Jahren 1933 bis 1945 hier im deutschen Raum besonders zahlreich erlebten, einen Satz geprägt, der etwa folgendermaßen heißt: „Man wird einmal die Geschichte der Menschheit einteilen in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt dauert vom Orang-Utan bis zur Abschaffung Gottes und der zweite von der Abschaffung Gottes bis zum Orang-Utan.“ Die Abschaffung Gottes ist in der konstituierenden Versammlung des französischen Parlaments im Jahre 1792 vollzogen worden, und die Zeit des Orang-Utans haben wir in den letzten zwölf Jahren schon in etwa erlebt, wobei nur die Frage zu entscheiden wäre, ob wir es mit Affenmenschen oder schon mit Menschenaffen zu tun haben.

Ich möchte sagen, wenn wir wirklich wieder an einen neuen Abschnitt der Geschichte kommen wollen, und das ist ja die Aufgabe der deutschen Kulturpolitik, dann muß der Antrag, der seinerzeit in Paris gestellt und angenommen worden war, einmal wieder durch eine freie Abstimmung in einem deutschen Parlament aufgehoben werden, und wenn das Parlament des Staates Groß-Hessen die christliche Grundlage der Kulturpolitik bestätigen wird, dann wird es eine Sternstunde der Menschheit sein, denn dann würde Gott wieder in seine Rechte eingesetzt und bei der sozialen Neuordnung sich auswirken können.

**Herr Schwarzhaupt (LDP):**

Meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich, in unserem Antrag vom 25. März 1946 über die Simultanschule<sup>136</sup> eine Änderung vorzunehmen. Ich bitte, daß in der ersten Reihe das Wort „christlichen“ eingefügt wird, so daß es also heißt: „Das Staatsministerium wolle die Simultanschule in der christlichen Gestalt“ und so weiter.

Meine Damen und Herren! Die Veranlassung zu diesem Antrag besteht darin, daß wir befürchten, daß mit Bestrebungen, wie wir sie auf der linken Seite feststellen zu müssen glauben, doch die Simultanschule zersplittert und aufgerissen werden könnte, und ich muß sagen, daß einige Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors nach unserer Meinung diese Gefahr verstärkt haben, nicht in dem Sinne, daß der Herr Ministerialdirektor bereit wäre, den Weg zu gehen, der von der Simultanschule zur Konfessionsschule führt, aber es geht doch daraus hervor, daß in gewissen Kreisen das Bestreben vorhanden ist, wenn die Simultanschule als solche nicht bestehen bleibt, daß dann daraus die Konsequenz gezogen wird, nur Konfessionsschulen zu errichten. Ich werde noch einmal auf das Wesen und die Notwendigkeit der Simultanschule eingehen. Meine Damen und Herren! Die deutsche Schule soll ein Spiegelbild des deutschen Lebens sein und werden. Das Ziel der Erziehung ist der deutsche Mensch und das Mittel, zu diesem Ziel zu kommen, ist das deutsche Kulturgut, so wie es im Laufe von zwei Jahrtausenden entstanden ist. Dieses deutsche Kulturgut aber erhält ganz zweifellos sein charakteristisches Gepräge von der Durchdringung deutschen Volkstums mit christlicher Gesittung und Gesinnung. Schauen Sie hinein in die Entwicklung unserer Literatur vom Heiland bis zum „Faust“, in der Malerei von Lukas Cranach und Albrecht Dürer bis Uhde und Steinhausen, in die Musik von den Passionen eines Bach über Beethoven bis Reger, überall finden Sie diese Verbindung deutschen Denkens und Fühlens mit christlicher Ethik. Das ist die Grundlage, auf der unsere Kultur erwachsen ist, das ist die Grundlage, auf der auch die Erziehung unserer Jugend vorgenommen werden muß, um sie zu wirklichen Deutschen zu machen. Und nun finden Sie in der Simultanschule noch ein anderes. Wir haben in Deutschland zwei große Konfessionen, die evangelische und die katholische, wir haben daneben Menschen, die außerhalb der Kirche leben. Die Simultanschule gibt auch in dieser Beziehung ein Spiegelbild des deutschen Volkes. Wir können in Deutschland in Frieden, in weltanschaulichem Frieden, nur leben, wenn wir in unserer Überzeugung uns gegenseitig achten und Rücksicht aufeinander nehmen, wenn wir, mit anderen Worten, Toleranz üben. Die Simultanschule stellt die Kinder jeden Tag vor diese Notwendigkeit. Die Kinder erleben in der Simultanschule jeden Tag diese Tugend, sie werden daran gewöhnt, sie auch im späteren Leben zu üben. Wir wollen selbstverständlich, daß nicht nur die Kinder dieser beiden Konfessionen gegenseitig diese Toleranz üben, wir verlangen von ihnen, daß sie auch gegenüber denen, die anderer Meinung sind, die gleiche Achtung haben. Meine Damen und Herren! Wir wollen eine betont christlich-religiöse Erziehung. Diese Erzie-

<sup>136</sup> Es handelt sich dabei um eine Entschließung der LDP-Fraktion, in der sie sich für die Erhaltung der Simultanschule unter Aufrechterhaltung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach ausgesprochen hatte.

hung ist gegeben zunächst durch die Einrichtung des konfessionellen Religionsunterrichts in der Simultanschule. Es ist in der Simultanschule in Nassau und Hessen immer so gewesen, daß konfessioneller Religionsunterricht erteilt wurde, und das soll auch weiterhin so bleiben. Aber wir wollen, daß nicht nur im Religionsunterricht, sondern in der gesamten Atmosphäre der Schule der christliche Geist maßgebend ist.

Und noch ein anderes, das sage ich den Damen und Herren von der äußersten Linken. Ich sage ganz offen, wir möchten, daß auch die Kinder, deren Eltern zu Hause auf einem anderen Boden stehen, hineingeführt werden in eine solche Kultur, die nun einmal christlich bedingt ist. Wir können uns doch nicht so ganz der Verantwortung auch für diese Kinder entziehen, und wir erheben diese Forderung auch im Hinblick auf die Bedeutung des religiösen Lebens für die Erhaltung des Staates. Der Nationalsozialismus wollte unser Volk gottlos machen und hat es damit nahe herangebracht an das Grab. Wir wollen unser Volk wieder hinführen zu Gott und wollen es von dem Grab zurückreißen. Dazu brauchen wir eine religiöse Erziehung. Daß die religiöse Erziehung auch in der Simultanschule zu ihrem Recht kommt, dafür möchte ich als Zeugnis anführen die Stellungnahme des Nassauischen Pfarrervereins, die allerdings schon einige Jahre zurückliegt. Es war damals, als die Kämpfe um das Reichsschulgesetz hart waren, als die Simultanschule durch den Entwurf des Reichsschulgesetzes verschwinden sollte. Damals stellte sich der Nassauische Pfarrerverein auf den Boden der christlichen Simultanschule und trat für ihre Erhaltung ein<sup>137</sup>. Als Mitte der zwanziger Jahre in Frankfurt am Main die Simultane Pädagogische Akademie errichtet werden sollte<sup>138</sup>, da sprach der Propst Trommershausen im Namen der Evangelischen Landeskirche seine Zustimmung zu der Errichtung dieser Pädagogischen Akademie aus und begründete sie damit, daß die Simultanschule den religiösen Forderungen der Kirche absolut gerecht geworden sei. Ich darf darauf hinweisen: Die christliche Simultanschule ist die Schule, in der in ganz Preußen am wenigsten Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet worden waren, und im Regierungsbezirk Wiesbaden gab es nicht eine einzige weltliche Schule.

Und damit komme ich auf ein anderes Thema. Wenn wir die Simultanschule in ihrer heutigen Gestalt nicht behalten, dann ist es folgerichtig, daß die Bestrebungen sich vermehren, anstelle der Simultanschulen Konfessionsschulen zu errichten, und zugleich werden dann die Bestrebungen verstärkt, daß daneben auch weltliche Schulen erstehen. Wir kommen also zu einer vollständigen Zerreißung unseres Schulwesens. Daß sich das besonders unheilvoll auswirken wird auf dem Lande und in den kleinen Städten, liegt auf der Hand. Was würde

<sup>137</sup> Der Allgemeine Lehrerverein im Regierungsbezirk Wiesbaden und der Nassauische Pfarrerverein hatten der Wiesbadener Regierung im Februar 1922 gemeinsam einen Lehrplan für den Religionsunterricht in Volksschulen vorgelegt mit der Bitte, den Plan probeweise für ein Jahr einzuführen. Der Plan, als Beilage zur Nr. 4 des Allgemeinen Schulblattes für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 5. Februar 1922, ist abgedruckt in HStAW Abt. 405 Nr. 12772.

<sup>138</sup> Die Simultane Pädagogische Akademie war am 10. Mai 1927 eröffnet worden und gilt als erste deutsche Lehrerbildungsanstalt akademischen Charakters. Am 5. Mai 1933 wurde sie in „Hochschule für Lehrerbildung“ umbenannt.



eintreten, wenn die Simultanschule zerstört würde? Es würde eintreten, daß anstelle einer einheitlichen großen Schule mehrere kleine Schulen entstünden, wie wir es in Gersfeld, Frankenberg und so weiter haben, anstelle einer wohl ausgestatteten Simultanschule. Das würde eine Verminderung der Leistungsfähigkeit bedeuten und eine Vermehrung der Schullasten. Das können wir uns in dieser Zeit nicht leisten. Meine Damen und Herren! Das sind Dinge, die mehr am Rande liegen. Die Hauptsache ist uns die Erziehung unserer Jugend in einem christlichen Geist, der dann zur Duldung der Konfessionen nebeneinander führt. Wir leben erfreulicherweise in einer Zeit, in der die beiden großen christlichen Konfessionen sich einander nähern, und gerade diese Zeit müssen wir benutzen, um der Simultanschule eine feste Grundlage zu geben. Wir wollen alles tun, daß auch in der Schule, auch in der Simultanschule, wo Kinder verschiedener Bekenntnisse sich befinden, alles vermieden wird, was Zwist, Zank und Streit hervorrufen kann. Bei der Eröffnung des Landesausschusses haben wir uns alle von links bis rechts bekannt zur deutschen Einheit, aber wir müssen sie auch stärken, schon in den Kindern. Wir wollen Menschen auf der Grundlage deutschen Kulturgutes zu guten Deutschen erziehen; dazu soll die Simultanschule beitragen.

**Frau Sevenich** (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage der CDU eine Erklärung abzugeben, die wir ursprünglich beabsichtigt hatten als Entschliebung einzureichen. Durch die zusätzliche Bezeichnung der in der Entschliebung der Liberal-Demokratischen Partei geforderten Simultanschule als christliche Simultanschule hat es sich erübrigt, eine zweite Entschliebung einzureichen, die praktisch den selben Inhalt hat, jedoch eine etwas erweiterte Begründung enthält. Aus diesem Grunde gestatte ich mir, die Erklärung der Fraktion zu verlesen:

„Die Fraktion der CDU billigt die von dem Stellvertretenden Herrn Kultusminister Dr. Schramm vorgetragene Auffassung des Kultusministeriums zur Frage der Gestaltung der Schule in Groß-Hessen. Die Fraktion nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß das Ministerium den Gedanken der christlichen Simultanschule konsequent zur Verwirklichung zu bringen bemüht ist, die, dem Wortlaut der von den Ministern der drei Länder Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen einhellig angenommenen Entschliebung zufolge, die Aufgabe zu erfüllen hat:

1. Den Schüler im Namen der Demokratie zu den Grundforderungen der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, zur Liebe zu Volk und Vaterland und zur Achtung vor allen Völkern und Rassen zu erziehen.
2. Die Entfaltung der religiös-sittlichen Persönlichkeit im Sinne der christlich-abendländischen Kultur zu erstreben.
3. Dem Schüler die Grundlagen zur Ausbildung der in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten zu geben, ihm die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen und ihn für seine Mitarbeit im Berufsleben vorzubereiten.

Die Fraktion der CDU unterstreicht die wichtige Tatsache, daß im Interesse der Union der christlichen Menschen unseres Landes in dieser grundlegenden Frage die hohen kirchlichen Stellen, sowohl der evangelischen als

auch der katholischen Kirche, ihre grundsätzliche Forderung der Konfessionsschule trotz ernster Bedenken zunächst zurückgestellt haben, um in der einmütigen Zustimmung zur christlichen Simultanschule einen wichtigen Grundstein zur Union der Menschen beider christlichen Bekenntnisse in Groß-Hessen zu legen<sup>139</sup>

Diese Tatsache verpflichtet um so mehr die Fraktion der CDU, an der Forderung des christlichen Charakters der Simultanschule in völliger Übereinstimmung mit dem Stellvertretenden Herrn Kultusminister festzuhalten.

Auf Grund der Tatsache, daß im verflochtenen Wahlkampf in der Öffentlichkeit sämtliche genehmigte Parteien dem Christentum gegenüber einen betont bejahenden Standpunkt eingenommen haben, betrachtet es die Fraktion der CDU als selbstverständlich, daß in der praktischen Verwirklichung dieser öffentlichen Erklärungen auch die anderen Fraktionen sich auf den Boden der Vorschläge des Kultusministeriums stellen. "

Wir betrachten es als eine der Grundtatsachen des politischen Geschehens von heute, deren Erkenntnis zum Teil tiefgreifenden Erfahrungen zu verdanken ist, daß sich in einem politischen Raum die Zusammenfindung der christlichen Konfessionen vollzogen hat. Wenn in dieser Erklärung eine Formulierung gebraucht ist, daß die hohen kirchlichen Stellen sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche ihre grundsätzliche Forderung der Konfessionsschule trotz ernster Bedenken zunächst zurückgestellt haben, so bedeutet das keineswegs, daß etwa der Gedanke der Konfessionsschule durch die Simultanschule hindurch verwirklicht werden soll. Das möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen. Es bedeutet, daß die kirchlichen Stellen, die sich vor Gott und ihrem Gewissen verantwortlich fühlen, für die Gestaltung unseres Volkslebens aus christlichen Grundsätzen heraus bereit sind, alles zu tun, um das große Ergebnis der in der Union praktisch vollzogenen Annäherung der beiden großen Konfessionen der Lösung der Kulturfragen zugute kommen zu lassen, daß sie sich aber selbstverständlich klar darüber sind, daß in dem Augenblick, wo durch irgendwelche Entscheidung anderer Art, als wir sie uns vorgestellt haben, die Simultanschule den christlichen Charakter verlieren könnte, diese Zustimmung nicht aufrechterhalten werden kann. Wenn wir zur Simultanschule stehen, so ist es ganz selbstverständlich, daß wir in gar keiner Weise uns auf irgendeine Entwicklung nur einigermaßen einlassen könnten, wodurch die Simultanschule ihren christlichen Charakter verliert, denn wenn die Simultanschule auf irgendeine weltliche Basis käme, dann wäre sie praktisch im Sinne unserer Forderungen nicht mehr christlich. Das hängt zusammen mit unserer grundsätzlichen Meinung. Die Dinge, die wir in den letzten zwölf Jahren erlebt haben, sind ja noch nicht endgültig abgeschlossen. Wir stehen ja jetzt in einem zerstörten und noch

<sup>139</sup> Ob Maria Sevenich die Haltung der katholischen Kirche in dieser Frage richtig einschätzte, muß bezweifelt werden. In einem Brief des Fuldaer Bischofs Dietz an den Ministerpräsidenten heißt es, bezugnehmend auf diese Sitzung des BLA vom 29. März 1946, daß er einer grundsätzlichen Einführung der christlichen Simultanschule ebensowenig zustimmen könne wie sein Limburger Amtsbruder. Vgl. den Brief vom 8. April 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 3820.

zerstörenden Raum. Wenn wir gesehen haben, wohin eine Haltung führt, die sich von christlichen Voraussetzungen entfernt hat, so glauben wir eben, daß nur die konsequente Zurückführung unserer Lebensgrundlage auf die Prinzipien christlicher Weltanschauung die endgültige Lösung aller Probleme bringen kann. Jede Nationalpolitik muß in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen die Ehrfurcht vor dem Leben stellen, die Ehrfurcht vor einem menschlichen Leben. Das ist eine Frage der politischen Entscheidung, es ist ganz wesentlich eine Frage der Erziehung der Jugend, jener Jugend, die zum Teil durch zwölf Jahre hindurch in dem letzten Stadium der Entgottung zu einer restlos konsequent heidnischen Haltung gekommen ist, und es wäre unverantwortlich von uns, wollten wir nicht in aller Klarheit uns schützend vor jene christlichen Grundsätze stellen, von deren Anwendung wir glauben, eine dauerhafte Lösung der politischen Probleme erreichen zu können.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß die deutsche Öffentlichkeit, oft mit einer gewissen Überraschung, zum großen Teil zweifellos mit einer ehrlichen Befriedigung davon Kenntnis nehmen durfte, daß auch Vertreter der SPD und KPD in unmißverständlicher Weise Erklärungen in bezug auf eine positiv christliche Haltung ausgesprochen haben. Ich spreche aus den Erfahrungen monatelanger Versammlungsarbeit, in denen Abend für Abend von Rednern beider Parteien gesagt wurde, es sei völlig unnötig, daß eine Partei entstände, die sich christlich nennt, weil das Christentum einen integralen Schutz im Rahmen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei finden würde. Ich nehme an, daß diese Erklärung ernst gemeint war, und deshalb haben wir in unsere Erklärung den Schlußpassus hineingenommen, da die Haltung unseres Kultusministeriums durchaus in dieser Richtung gegangen ist, daß es auch mit der Unterstützung der Linken des Hauses wird rechnen dürfen.

**Herr Bauer (KPD):**

Verehrte Anwesende, meine Damen und Herren! Im Verlauf einer anderen Diskussion heute morgen wurde mir vom Herrn Kollegen Brentano gesagt, es sei bedauerlich, daß bereits in der zweiten Sitzung des Landesausschusses ein Mitglied dem anderen vorwerfe, es sei undemokratisch und die Zukunft würde beweisen, wo die wirklichen Verteidiger der Demokratie stehen. Ich bin mit der Erklärung absolut einverstanden, und ich fürchte diesen Vergleich nicht. Ich möchte Ihnen aber eins sagen: Wenn wir heute allen Erklärungen gegenüber, die von bestimmten Seiten zur Demokratie, zur Freiheit und auch zum Christentum kommen, sehr sehr mißtrauisch gegenüberstehen, so deswegen, weil wir noch nicht alt genug sind, um vergessen zu haben, was sich 1918 und 1919 abgespielt hat. Man trifft Menschen, die damals eine Rolle spielten, und die heute wieder versuchen, eine Rolle zu spielen, und die wörtlich die gleichen Erklärungen abgeben, wie das 1918 und 1919 geschah, nicht mit der Absicht, die wirklichen Träger der Demokratie und die Weimarer Verfassung zu verteidigen, sondern die junge Demokratie zu unterminieren und sie dahin zu führen, wo sie sie hinzuhaben wünschen. Daß bei dieser Entwicklung die sogenannten christlichen und rechten Parteien eine ganz gewaltige Verantwortung vor der Geschichte tragen, darüber besteht kein Zweifel, und darüber kann es keine Diskussion geben. Ich weiß genau, es gab in der Zeit der Nazis sehr mutige und

sehr tapfere Geistliche, es gab sehr mutige Kämpfer für ihre religiöse Überzeugung, und sie kamen dahin, wo alle jene hingehören, die auch heute nach der Erklärung des Herrn Ministerialdirektors Dr. Schramm im Grunde nichts anderes sind als Orang-Utans, weil sie sich erlaubten, auf Grund einer anderen Denkweise nicht religiös zu denken. Man sollte in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig sein und keine solche Vergleiche bringen. Wenn Sie behaupten, das Christentum habe nichts mit Politik zu tun, so haben Sie sich heute mit Ihrer Erklärung widersprochen und aufgezeigt, wohin der Weg des Kultusministeriums mit seiner heutigen Politik gehen soll. Und das, was ich jetzt sage, das sage ich auf Grund einer Beobachtung der Politik dem Kultusministerium seit Monaten. Herr Ministerialdirektor Dr. Schramm wird es nicht leugnen, daß ich mich um diese Dinge sehr genau gekümmert habe.

Meine Damen und Herren! Ein großer französischer Sozialist, Jaures <sup>140</sup>, hat einmal gesagt — kurz vor seiner Ermordung —: „Die Hauptaufgabe eines Politikers ist, der Wahrheit zu dienen, sie überall zu suchen und nach ihr zu handeln.“ Ich bedauere feststellen zu müssen, daß man versucht, bestimmte Tendenzen wieder unter Verschleierung der wirklichen Tatsachen in diese Angelegenheit hineinzubringen. Ich möchte nicht boshaft sein, nur daran erinnern, wie meine geschätzte Vorrednerin gesprochen hat in einer Zeit, die lange vergangen ist. Nach dem, was sie damals gesagt hat, würden Sie sichtlich erstaunt sein, wie heute von ihr verdammt und verurteilt wird alles das, was vor zwölf, dreizehn und vierzehn Jahren von ihr nicht verdammt worden ist in einem noch heftigeren und leidenschaftlicheren Kampf, als es heute der Fall ist <sup>141</sup>. Ich kann nicht auf dem Standpunkt stehen, daß Menschen, die eine andere Weltanschauung vertreten als die religiöse, die vor vierzehn Jahren auch von religiösen Menschen geachtet wurden, und denen man das Recht zuschrieb, im Namen der Menschheit zu sprechen, daß diese Menschen heute einfach beiseite geschoben und als Menschen zweiter Klasse abgestempelt werden sollen. Denn, meine Damen und Herren, darauf läuft es hinaus, wenn man die christliche Simultanschule schafft, nur jener — das ist kein Unsinn —, der sich zum Christentum, zur christlichen Simultanschule bekennt, hat das Recht zu sagen: „Liebe deinen Nächsten“ und führt es auch durch, nur jener, der sich zur christlichen Simultanschule bekennt, ist ein Mensch, der in der Lage ist, Deutschland wieder aufzubauen, die deutsche Kultur zu retten und vom Orang-Utan wieder hinzuführen zu Gott.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man macht es sich etwas sehr sehr leicht, wenn man in dieser Art und Weise Politik machen will und weltanschauliche Auseinandersetzungen führen will. Der Nationalsozialismus brach letzten Endes nicht zusammen, weil er heidnisch war, sondern er brach zusammen, weil er sämtliche Grundgesetze des menschlichen Daseins zerbrach und zerstörte, und das hat nicht allein nichts mit dem Christentum zu tun, sondern das hat mit der Grundeinstellung zur Menschheit zu tun, und wir wehren uns auf das

<sup>140</sup> Jean Jaures (1859—1914) galt als Vertreter des Revisionismus und war Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung sowie überzeugter Pazifist.

<sup>141</sup> Bauer spielt mit seiner Bemerkung zu Frau Sevenich auf deren frühere Mitgliedschaft in der SAP, KPD und KPO an.

energischste, daß man immer wieder in der Diskussion versucht, Menschen, die auf Grund von Weltanschauungen und innerlicher Überzeugung nicht religiös denken, als in irgendeiner Form zweiter Kategorie in der Öffentlichkeit hinstellen zu wollen. Man erzählt hier, die Simultanschule Groß-Hessens sei immer christlich gewesen. Hier beginnt schon der Irrtum. Wenn sie christlich gewesen wäre, wäre es nicht möglich gewesen, daß an dieser Schule Volksschullehrer, die in der Freidenkerbewegung an hervorragender Stelle gestanden haben, Unterricht erteilten. Die Simultanschule stand auf einer religiös-ethischen Grundlage, war aber an nichts gebunden, und es stand den Freidenkereltern das Recht zu, ihre Kinder in bestimmten Kursen und bestimmten Stunden zusammenzufassen, daß diese auf der ethisch-moralischen Grundlage der Einstellung ihrer Eltern erzogen wurden.

Meine Damen und Herren! Sie kennen trotz der Erklärung meiner Vorrednerin unsere Einstellung zu dem Grundproblem. Wir sind der Meinung, daß das Vorbild Amerikas früher oder später ebenso wie das Frankreichs bei uns eingeführt werden muß und eingeführt werden wird, nämlich die Durchführung der Trennung von Staat und Kirche. Wir glauben, daß das im Interesse einer sauberen und klaren Linie notwendig ist. Wir glauben, daß dadurch die Interessen der Kirche in nichts berührt werden, daß aber verhindert wird, wie wir es bereits jetzt haben, daß die Kirche und das Christentum zum politischen Kampf für eine Partei ausgenützt wird. Ich hatte bei anderer Gelegenheit die Möglichkeit nachzuweisen, wie heute bereits wieder die Kanzel benutzt wird, um einen antisozialistischen und selbstverständlich antibolschewistischen Kampf zu führen, der hinausläuft auf die Unterstützung einer Partei, die für sich allein das Recht in Anspruch nimmt, christlich-demokratisch zu sein. Ist das der Wahrheit dienen, meine Damen und Herren, wenn ein Flugblatt verbreitet wird, in dem anlässlich eines Hilfswerks für die evangelische Kirche vom 3. März verkündet wird: „Wißt Ihr, daß niemand mehr die Selbstmörder von den Bäumen schneidet, die in Berlin der Verzweiflung erlagen?“ Ich habe sechs Exemplare des Flugblattes aus verschiedenen Orten vorliegen. Wenn man in Deutschland wieder anfängt, mit solchen Methoden zu kämpfen, dann erklären wir ganz eindeutig, man will in irgendwelcher Form die antibolschewistische Linie des Nationalsozialismus, diesmal mit Hilfe des Christentums und der Nächstenliebe, weiterführen.

Fräulein Sevenich hat gemeint, die Erklärung der CDU und die Politik des Kultusministeriums könne von allen vier Parteien gebilligt werden, weil alle vier Parteien ihre Einstellung zur christlichen Lehre ausgesprochen haben. Ich möchte genau sagen, wie unsere Einstellung zu diesem Problem ist. Ich sagte schon, daß die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt werden soll. Wir wissen aber auch, daß dies in der heutigen Zeit absolut unmöglich ist, aber wir werden im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten für die Verwirklichung dieser Idee eintreten. Bis dahin sind wir mit der Fortführung der Simultanschule, wie sie in Hessen und Nassau bestand, einverstanden, lehnen aber den Zusatz „christlich“ ab. Christliche Simultanschule bedeutet in der Konsequenz, meine Damen und Herren, daß sämtliche sozialdemokratischen und kommunistischen Lehrer, die sich nicht zum Christentum bekennen, aus dem Schuldienst auszuscheiden haben. Christliche Simultanschule bedeutet weiterhin a priori das, was

ich schon einmal sagte: Nur jene sind berufen, Deutschland wieder aufzubauen, die sich zum Christentum bekennen, und daß das ein ungesunder Standpunkt für die Entwicklung Deutschlands ist, das kann man leugnen, das ist aber wahr.

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerialdirektor hat in seiner Rede nur die Grundfrage angeführt, hat sich aber bereit erklärt, wenn weitere Fragen im Verlauf der Diskussion angeschnitten würden, diese zu beantworten. Ich bin gezwungen, auf die Konsequenz der Theorie der christlichen Simultanschule etwas näher einzugehen. Ich möchte unter anderen nur ein einziges Problem behandeln, das ist das Problem der Lehrerausbildung. Diesbezüglich haben wir 1918 die großartigsten Erfahrungen gemacht. Der demokratische Staat hat aus den verschiedensten Gründen, teils objektiver Art, teils subjektiver Schwäche, alle jene Menschen oder den größten Teil jener Menschen in Funktion gelassen, die bereits vor 1918 dem Staat gedient haben, und diese Menschen haben der Weimarer Demokratie ihre Großzügigkeit und Anständigkeit damit gedankt, daß sie zum größten Teil in allem und jedem Sinne ihre Kinder erzogen haben, nur nicht im demokratischen. Wir sind auch der Meinung, daß der größte Teil der Lehrer, mögen sie unter den Nazis gelehrt haben, mögen sie sich zum Christentum bekennen oder nicht, nicht ohne weiteres prädestiniert sind, heute Unterricht für die neue Demokratie zu geben. Nun sagen Sie bitte selbst: Die notwendigste Voraussetzung ist doch ganz zweifellos, daß man Lehrer hat, die Charakter haben, und jene, die vor zwei oder drei Jahren ihren Kindern beigebracht haben: „Hitler ist der liebe Gott auf Erden“, die können nicht unsere Kinder zu charakterfesten Menschen erziehen, wenn sie sich heute hinstellen und sagen: „Damals habe ich mich geirrt.“ Ich glaube, das muß doch jedem Menschen, der mit der demokratischen Idee eines neuen Deutschlands verbunden ist, einleuchten.

Welche Pläne sind nun im Kultusministerium von jenem Mann, der im Kultusministerium für die christliche Lehre eintritt und dort derzeit verantwortlich für die neue Demokratie zeichnet? Wir müssen ganz kategorisch ablehnen mindestens ein Jahr Hilfsdienst und das Abitur oder Notabitur. Es handelt sich um eine Denkschrift des Herrn Ministerialrats Hoffmann<sup>142</sup>, die vor mir liegt und in der er diese Ausführungen gemacht hat. Er beruft sich darauf, daß er diese Ausführungen 1945 gemacht hat, und sie haben sich jetzt, 1946, geändert.

Wie stellt er sich die theoretische Ausbildung der neuen Lehrer vor: „Zur Erreichung des eben zitierten Bildungsziels führen folgende Wege: 1. Theologische Problematik, 2. Philosophische Anthropologie, 3. Systematische Pädagogik.“ Es bleibt für die Staatsbürgerkunde eine einzige Stunde, um unseren Volksschullehrer vorzubereiten auf eine Erziehungsarbeit, die zurück vom Hitlerium, zurück vom Unmoralischen und Undemokratischen führen soll. Im Wintersemester wird eine Stunde zugegeben. Wenn man die ganze Denkschrift liest, dann merkt man eins, und das bitte ich wirklich zu verstehen: Es geht hier

<sup>142</sup> Hans Hoffmann (1880-1949), CDU, war seit Juni 1945 Referent für Hochschulen beim Regierungspräsidium Darmstadt und wurde im November 1945 als Ministerialrat Referent für Hochschulen und Lehrerbildung im Kultusministerium. Eine Abschrift seiner Denkschrift findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 927.

nicht um die Frage, ob ein Mensch religiös eingestellt ist, sondern es geht darum, bestimmte alte Traditionen aufrechtzuerhalten mit allen Mitteln und insbesondere mit dem klassischen Mittel der Kulturpolitik, und deshalb haben wir die Anfrage gestellt, damit diese Sache zur Debatte kommt.

Unsere Einstellung zur Religion kennen Sie. Wir werden keinen Menschen verachten oder mißachten oder befehlen, wenn er eine religiöse Einstellung hat, wir werden ihn sogar bewundern, wenn er diese religiöse Einstellung im täglichen praktischen Leben auch in der Wirklichkeit beweist. Wir sind aber der Meinung, daß die religiöse Einstellung eines einzelnen nichts zu tun haben darf mit dem Politischen. Und wenn ein Seelsorger die einzige Aufgabe hat, statt die Menschen aufzufordern, Toleranz zu üben, statt die Jugend zu erziehen und ihr zu predigen, daß all die Lehren, die sie in den letzten Jahren bekommen hat, unmoralisch und unethisch sind und den Grundgesetzen des Menschseins überhaupt widersprechen, wenn ein Seelsorger also die Kanzel zu politischem Kampf benutzt und von der Kanzel herab erklärt: Ihr dürft die anderen nicht wählen, weil sie ungeeignet sind, so ist das unerträglich. Das Kriterium darf nicht sein: religiös oder christlich, das Kriterium muß sein: positive Einstellung der gesamten Menschheit gegenüber. Das ist in der christlichen Simultanschule nicht zu verwirklichen. Wir werden daher dem Antrag der CDU und der LDP nicht zustimmen. Wir werden stimmen für die Fortführung der Simultanschule im alten Sinne, wie sie bisher bestanden hat, und ich appelliere an die CDU und an die LDP, in dieser Frage heute keinen Kampf organisieren zu wollen. Es geht heute nicht darum, grundsätzliche weltanschauliche Auseinandersetzungen auszutragen, sondern es geht darum, die gemeinsamen Grundsätze herauszuarbeiten, damit wir gemeinsam Deutschland aufbauen. In der praktischen Arbeit in verschiedenen Zonen ist bewiesen worden, daß dies sehr wohl möglich ist, und auch in unserem Gebiet alles bis zu einem gewissen Punkt möglich ist. Sollten Sie heute beschließen, daß die christliche Simultanschule eingerichtet werden muß, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß Sie in einer ganz grundsätzlichen Frage bei einem ungleichen Stimmenverhältnis eine Situation schaffen, die sehr schwere Konsequenzen haben wird. Ich bin einverstanden, daß die Frage der Einheitsschule eines Tages in reichseinheitlichem Sinne geklärt werden muß, und sie wird es auch werden, davon bin ich überzeugt. Aus diesem Grunde schlage ich vor namens meiner Fraktion, daß der Antrag betreffend die Schaffung der „christlichen“ Simultanschule abgelehnt wird und daß wir bis zur endgültigen Regelung auf reichseinheitlicher Basis bei der bisherigen Simultanschule bleiben, wie sie in Hessen und Nassau bestanden hat.

**Herr Drott (SPD):**

Sehr verehrte Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat zu der Entschließung der Liberal-Demokratischen Partei folgendes zu erklären: Wir sind mit der alten Fassung der Entschließung einverstanden, das heißt unter Streichung des Zusatzes „christlichen“. Wir beantragen aber weiterhin einen Zusatz, daß Kinder nicht zum Religionsunterricht gezwungen werden sollen. Es ist notwendig, daß wir unsere Auffassung in dieser Beziehung klar herausstellen. Die Kinder dürfen nicht zu irgendeinem Unterricht gezwungen werden, der nicht im Einklang steht mit den Wünschen der Erziehungsberechtigten, das

heißt der Eltern. Wir hatten früher im Volksstaat Hessen die Simultanschule. Ich habe der damaligen Landtagsfraktion nicht angehört, ich habe in der praktischen Jugendarbeit gestanden und habe von meinen alten Freunden die Dinge gehört. Wir hatten in Hessen die drei Schulen, die Volksschule, die Simultanschule und die Bekenntnisschule. Ich bin selbst durch die Simultanschule gegangen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in der Simultanschule alle Anschauungen nebeneinander bestehen konnten, und die Achtung voreinander bestand ebenfalls bei diesem System. Wir sind der Auffassung, daß gerade die Simultanschulen in ihrer alten Auffassung die beste Brücke in der Gegenwart darstellen. Auf den Gedanken, der uns eint, in dem sich alle Menschen gemeinsam berühren, auf diesen gemeinsamen Punkt muß sich die Erziehung richten, und es ist nicht notwendig, daß man dabei die „christliche“ Simultanschule herausstellt, denn in dem Ausmaß, in dem wir den „christlichen“ Charakter betonen, kommen wir zu einer Bekenntnisschule. Wir müssen heute in der ganzen Erziehung unserer Jugend uns auf den Punkt konzentrieren, der uns eint, und das ist meiner Auffassung nach die alte Form der Simultanschule.

Ich möchte hier nur eine Frage stellen: Wie sieht es in der höheren Schule aus, gibt es in der höheren Schule auch eine solche Auseinandersetzung? Die Frage ist berechtigt, und ich möchte nur die Meinung vertreten, es ist vielleicht heute nicht die Zeit, um all die Probleme, die gerade mit der Jugend zusammenhängen, endgültig zu klären. Wir werden im Laufe der nächsten Tage im Kulturausschuß noch eingehend über diese Dinge zu reden haben. Wir haben ja ein Produkt der letzten zwölf Jahre vorliegen, und daraus muß jeder seine Konsequenzen ziehen. Es fragt sich, ob man in der Politik die Dinge der Religion zu sehr betonen soll. Alle religiösen Dinge und alles, was mit der Religion zu tun hat, ist eine Frage des inneren Menschen. Man muß in der politischen Arbeit die Dinge herausstellen, die für die Allgemeinheit maßgebend sind. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir diese Faktoren, die unser Leben ausmachen, einmal klar umgrenzen und klar herausstellen. Ich habe es auch in meiner praktischen Jugendarbeit in Offenbach bedauert, daß nicht immer die Toleranz, die man auf der einen Seite herausstellte, genügt. Ich habe sehr viel mit diesen Dingen zu tun, und ich bin sehr erfreut, daß ich in dieser praktischen Arbeit stehe und Tag für Tag erleben kann, was man draußen hört. Ich verrate hier kein Geheimnis: Ich habe sehr viele Freunde, die sich zum Christentum bekennen. Ich habe in meiner Arbeit als Jugendführer einem Kreis der christlichen Sozialisten angehört. Wir wissen, daß in unserer Partei alle Auffassungen, alle Bekenntnisse nebeneinander bestehen können, aber in politischen Dingen sind wir einig in der sozialen Gestaltung unserer Lebensverhältnisse, und wir kommen deshalb nicht in Streit, ob der eine sonntags in die evangelische oder in die katholische oder in die freireligiöse Kirche geht. Es kommt darauf an, daß man klar und deutlich herausstellt: Es ist nicht zweckmäßig, wenn unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen zu sehr das, was man so „christlich“ nennt, in den Vordergrund gestellt wird; es hat den Geschmack, daß man damit etwas schaffen möchte, was unter anderen Umständen nicht zu schaffen ist. Es wurde hier beispielsweise gesagt, daß bei der Auswahl der Lehrer gerade sehr brauchbare Kräfte in der Luft hängen. Wir sollten in der Gegenwart Brücken bauen, wir sollten das, was uns allen gemeinsam ist, herausstellen, und wir sollten vor dem



Forum der Geschichte in der Erziehung der Jugend den jungen Menschen eine Form geben, eine Organisation schaffen, in der sie so groß werden, wie wir sie uns wünschen. Wir sollten eine Form der Erziehung finden, die das Gemeinsame betont, die Brücken baut zueinander, und das ist meiner Auffassung nach die Simultanschule. Man sollte den Antrag dem Kulturausschuß überweisen, und wir werden dann im Kulturausschuß Gelegenheit haben, all die Fragen, die heute durch die Diskussion angeschnitten worden sind, zu behandeln.

**Herr Weidner (LDP):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich Ihnen eine Bußpredigt halte als evangelischer Pfarrer. Das wäre, wenn ich das wollte, deswegen schon von mir abwegig, weil auch wir Pfarrer, wie ja alle, die Sie hier sitzen, reichlich Buße zu tun haben und [jeder] das von sich aus tun muß in einer Zeit, wo die Schuldfrage auch einmal hier öffentlich behandelt werden soll.

Ich komme erst am Schluß, nachdem die beiden Herren von der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei hier gesprochen haben, zu Einwendungen und will mich jetzt auf Allgemeines beschränken. Wenn von dieser Stelle aus wiederholt gesagt worden ist, einmal: die Finanzfrage ist die Kardinalfrage, ein andermal: die Ernährungsfrage ist die Kardinalfrage, ein drittes Mal: die Wirtschaftsfrage ist die Kardinalfrage, einer sagt ferner: die Verkehrsfrage ist die Kardinalfrage, das kann alles nicht stimmen, denn nur eins kann die Kardinalfrage sein. Ich glaube aber doch recht zu haben, wenn ich sage: Die Erziehungsfrage ist die Kardinalfrage unseres Volkes, denn davon hängt die Zukunft unseres Volkes ab. Wir werden jetzt bemüht sein müssen, überall Bausteine zusammenzutragen, um diesen Bau, diesen zertrümmerten Bau wieder zurechtzuzimmern. Es werden aber die schönsten Bausteine und die schönsten Programme, die Sie aufstellen, nichts nützen, wenn das Fundament nichts taugt. Programme? Wie war das Programm der NSDAP so herrlich! Was daraus geworden ist, wissen Sie ja alle. Das Fundament, auf dem das deutsche Volk aufgebaut werden muß, ist nun die rechte, anständige, ehrbare, christliche Erziehung unseres Volkes. Ich wäre dankbar, meine Herren, die Sie zuletzt gesprochen haben, wenn Sie von Ihrem Standpunkt aus die Wege der Erziehung unseres Volkes für die Zukunft aufzeigen würden. Bis jetzt haben Sie nur abgelehnt „christliche Grundsätze, aber seien Sie so freundlich zu sagen, wie Sie sich eigentlich in dieser furchtbaren seelischen Not des deutschen Volkes die Erziehung ohne christliche Grundsätze denken?

(Zwischenruf des Herrn Bauer (KPD): Ich habe einige Grundsätze angedeutet!)

Das war aber zu wenig. Ich wiederhole: Wir bauen Deutschland nicht auf ohne christliche Grundsätze, denn eine Norm muß ja schließlich auch für eine Schule gegeben sein. Als im Jahre 1921 – um das gleich zu sagen – das für Hessen geltende Schulgesetz angenommen wurde, wurde es einstimmig angenommen, also mit Einschluß aller sozialdemokratischen Stimmen, weil man die Gewißheit hatte, daß ohne christliche Erziehung und ohne christliche Norm eine Simultanschule unmöglich ist. Es muß doch irgendwie Richtlinien geben für diese Simultanschule.

Wenn Sie damals, meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, meinten, daß es ohne christliche Erziehung nicht ginge, dann müssen Sie heute erst recht mit uns eins sein, daß es ohne diese nicht geht, daß es ohne die Zehn Gebote und die Bergpredigt wirklich nicht geht. Hitler und seine Leute haben bekanntlich immer gesagt: Man braucht keine Religion. Sie hatten von ihrem Standpunkt aus vollkommen recht, da sie gemeint haben, daß Adolf Hitler eine von der Vorsehung festgelegte Gottheit sei, ja daß er der Herrgott selbst sei.

(Zwischenruf: Und die Pfarrer haben ihn gesegnet!)

Sie dürfen sich kein falsches Bild machen. Wenn der Nationalsozialismus gesiegt hätte, dann wären in Nürnberg Kunstbauten errichtet worden, in deren Mittelpunkt Hitler als Gottheit gestanden hätte. Ich glaube, es fällt Ihnen schwer, mir <sup>in</sup> meinem politischen Leben eine Ungerechtigkeit nachzuweisen. In dieser Beziehung sollte man bei Pfarrern vorsichtig sein.

(Herr Bauer widerspricht)

Sie haben leider recht. Leider besteht die Tatsache, daß der Protestantismus ein großes Schuldmaß auf sich geladen hat in bezug auf das Kommen des Nationalsozialismus. Was ich nicht weiß, darüber rede ich nicht. Es besteht leider die Tatsache, daß viele protestantische Pfarrer geglaubt haben, es komme das Heil vom Nationalsozialismus. Diese Tatsache besteht, Sie wissen aber auch, daß die gleichen Pfarrer noch durch viel Bitternis in der Zukunft hindurchgehen mußten. Wenn Sie der Meinung sind, daß kein Grund für Pfarrer vorlag, den Nationalsozialismus zu unterstützen, so wollen Sie auf der anderen Seite aber nicht vergessen — und das sollten gerade Sie auf der Linken bedenken —, daß es eine große Zahl von Pfarrern gegeben hat, die sich gewehrt haben und mutig ihren Standpunkt vertraten.

(Zwischenruf: Das streitet niemand ab!)

Wenn Sie sagen, die Pfarrer hätten geschwiegen, so war das eine allgemeine Bemerkung über die Pfarrer, aber damit kommen wir nicht weiter.

(Zwischenruf des Herrn Bauer (KPD): Wir kommen weiter, aber es ist unerträglich, daß der...)

Vorsitzender Dr. Hilpert — unterbrechend —:  
Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.

(Erneuter Zuruf: Ein Pfarrer soll sich nicht um Politik kümmern!)

Herr Weidner (LDP) — fortfahrend —:  
Meine Damen und Herren! Ich habe den Ausdruck gehört. Daß die Pfarrer sich um die Politik nicht kümmern sollten, das versteht ein Sozialdemokrat überhaupt nicht. Sie können sich zu dem, was ich sage, später äußern. Sie haben doch eine ganze Menge religiöser, nicht christlicher, sondern religiöser Sozialisten gehabt.

(Zwischenrufe)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Aber meine Herren, ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.

Herr Weidner (LDP) — fortfahrend —:

Daß wir Pfarrer oder die Religion mit Politik nichts zu tun haben, ist vollkommen irrig. Wir lassen uns zur Not gefallen, daß ein Bauer aus dem Vogelsberg nicht auf die Kanzel geht, aber von einem Politiker kann ich mir das nicht denken. Um Ihnen dazu eine Erklärung zu geben. Die Behandlung der Politik ergibt sich heute im kleinsten Staatsgebilde, überall wird die Politik behandelt, in der Familie, im Dorf, in der Stadt, im Staat, im Reich, in der Welt. Sie können nicht bestreiten, daß Politik das Leben ist. Wenn Sie sagen, Religion sei nichts für Politik, so heißt das, Politik und das Leben haben nichts miteinander zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich habe ja nicht erst in den letzten Jahren erkannt, daß wir Pfarrer mehr sind als Seelsorger, daß wir auch Leibsorger sein müssen für unsere Gemeindemitglieder. Wollen Sie vielleicht bestreiten, daß es meine geistliche Pflicht ist, einzuschreiten, wenn ich schreiendes Unrecht sehe in der Steuergesetzgebung oder in sonstigen Fragen? Ist es denn nicht meine geistliche Pflicht, zu sagen, hier muß Abhilfe geschaffen werden, das geht nicht, das ist undemokratisch? Meine Damen und Herren, können Sie bestreiten, daß der Satz, der Pfarrer hat nur Seelsorger zu sein, nur bedingt richtig ist?

Ich stelle mit Freuden fest, daß heute hier Leben herrscht. Es ist ein erfreuliches Zeichen, wenn es um die mächtigsten Dinge des Volkes geht. Aber tun Sie das mit Anstand und Würde! Sie wissen doch wohl, wer der Begründer der deutschen Arbeiterpartei, Weitling war, der durch und durch christlich war und der wollte, daß die Arbeiter in ihrer seelischen Not in der Kirche Trost suchten. Ich kann verstehen, daß man das nicht gern hört. Also Weitling, der vor nahezu hundert Jahren gelebt hat, hat die Arbeiterbewegung begründet, aber leider ist es wahr, daß die Kirche sich damals nicht der Sozialdemokraten angenommen hat. Dieser Weitling hat das Wort geprägt: „Wendet euch ab von der Kirche, sie hilft euch nicht in eurer Not, aber habt heiligen Respekt vor dem Evangelium.“ Sie können nicht bestreiten, daß Weitling das ausgesprochen hat. Herr Bauer hat insofern recht, als die Kirche es in ihren späteren Jahren nicht verstanden hat, für die Arbeiterschaft einzutreten, und das ist die Ursache, daß die Arbeiterschaft kirchenfeindlich, zum großen Teil religionslos geworden ist.

Ich komme jetzt allmählich an die Hauptsache heran, an den Antrag der LDP, aber erst noch etwas Allgemeines über die christliche Simultanschule. Die Simultanschule ist nie so gewesen, wie Sie sagen, sie ist ja in Hessen immer

<sup>143</sup> Wilhelm Weitling (1808—1871) gilt als der erste deutsche Theoretiker des Sozialismus und zugleich als typischer Vertreter des „Handwerksburschensozialismus“, der sich an die Handwerker wandte, die zu Arbeitern herabgesunken waren. Religiös und von der Aufklärung beeinflusst, entwickelte er das Bild einer vollkommenen Gesellschaft ohne Regierung und Gesetze, deren Verwirklichung er sich durch eine sozialistische Revolution erhoffte. Weitling, der sich auch publizistisch betätigte, fand jedoch in der Arbeiterschaft kaum Resonanz.

christlich gewesen. Meine Herren, jetzt auf einmal sind Sie auch dafür, daß die Simultanschule nicht christliche Simultanschule genannt werde.

(Zwischenruf)

Ich habe lediglich behauptet, in Hessen war das so, ich rede nur, was ich restlos kenne und weiß, wie es in Kurhessen war, weiß ich nicht. In Hessen heißt sie nicht Simultanschule, sondern ausdrücklich christliche Simultanschule. Ich will noch auf etwas ganz anderes hinweisen, das Sie vielleicht auch wissen. Wenn ich sage, die Erziehungsfrage ist die Kardinalfrage, so will ich Ihnen das einmal an einem Beispiel zeigen, wie es heute im Lande aussieht. Wissen Sie, daß es noch unzählige Dörfer gibt, die überhaupt keine Schule haben? Wir sind auf dem besten Wege, ein Volk von Analphabeten zu werden. Glauben Sie, daß unzählige Kinder entlassen werden müssen, die kaum lesen können und die keinen Begriff davon haben, was soundsoviel vom Hundert heißt? Da kann man verstehen, daß man mit den Menschen Mitleid haben muß, daß sie in keiner Weise erzogen worden sind, und es ist selbstverständlich, daß an den Kindern etwas getan werden muß, um sie zu treuen, ehrbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Darüber sind sich wohl die meisten Menschen heute klargeworden.

Wie steht es zum Beispiel mit den jungen Leuten? Niemand wird bestreiten, daß da gewisse Auswüchse vorhanden sind, daß zum Beispiel regelmäßig auf dem Lande Tanzbelustigungen veranstaltet werden. Das geht doch zu weit, das sollte man doch etwas zu unterbinden versuchen. Ich bin der Letzte, der dafür kein Verständnis hat, aber in den Verhältnissen, in denen wir leben, zu tanzen, das ist doch zuviel.

Ich möchte mich beeilen, um zum Schluß zu kommen. Wir werden demnächst Gelegenheit haben, uns noch über diese Dinge zu unterhalten. Es gibt Dinge, die werden die einzige Maßnahme sein, die noch zu tun ist. Wenn wir jetzt nicht beweisen, daß wir wirklich Christen sind, dann hat die Stunde des Christentums in anderer Weise geschlagen. Was wir auf dem Lande erleben bei der Aufnahme von Flüchtlingen, das ist unglaublich und das kann so nicht weitergehen<sup>144</sup>. Es kommen da Dinge vor in Dörfern, die sich viel zugute halten, als Christen bezeichnet zu werden, die haarsträubend sind. Die Aufnahme der Flüchtlinge wäre schon tragbar, wenn überall der gute Wille vorhanden wäre. Auf vielen, vielen Dörfern weigert man sich einfach, die Leute aufzunehmen, und das ist unerhört, das geht nicht. Für die furchtbare Not im Osten sind ja zum Teil Maßnahmen durchgeführt worden, weil in gewissen Teilen eine Hungersnot herrscht. Sie wissen so gut wie ich, daß da allerhand Nöte sind, und Sie wissen auch, daß die Russen die Aktionen, die Sammlungen unterstützen; sie helfen mit.

Meine Damen und Herren! Es ist so viel von Demokratie gesprochen worden. Mir scheint bei all diesen Erklärungen, was Demokratie heißt, doch die beste Erklärung zu fehlen. Für mich heißt Demokratie seit Jahren, nicht weil ich

<sup>144</sup> Vgl. darüber auch die Dokumentation von Rolf Messerschmidt: „Wenn wir nur nicht lästig fallen...“ Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen (1945-1955). Frankfurt/M., Leipzig 1991.

Demokrat und Pfarrer bin, Demokratie ist Dienst am Volk. Wir sind noch weit davon entfernt, ein demokratisches Volk in diesem Sinne zu sein, wie es die vorbildlichen Demokratien in England und Amerika sind; und wissen Sie, was der wahre Schutz einer wahren Demokratie ist? Der wahre Schutz der wahren Demokratie ist die Religion. Schauen Sie nach England, wo die Gründungen der Labourpartei von religiösen Gesichtspunkten ausgehen und der soziale Gesichtspunkt erst in zweiter Linie kommt, schauen Sie nach Amerika, dort ist es ähnlich.

Ich möchte meine Rede beenden. Bei unserer ganzen furchtbaren Lage, über die wir uns alle klar sind, lasse ich den Glauben nicht fahren, daß einst dem deutschen Volke wieder eine bessere Zukunft beschieden sein wird. Das Unglück, das uns betroffen hat, des deutschen Volkes Unglück wird sein Glück werden, wenn wir in unserem ganzen Tun immer den Dienst am Volk im Auge haben. Dann werden auch unsere Toten im Kriege nicht umsonst gefallen sein.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns doch möglichst kurz äußern zur Sache. Ich habe Ihnen gestern den Vorschlag gemacht, daß wir bis gegen 4 Uhr durchberaten wollen. Wir haben noch ein gewaltiges Pensum zu erledigen, das wir aber nicht erledigen können, wenn wir uns nicht eine gewisse Beschränkung auferlegen. Es haben sich noch zum Wort gemeldet Frau Epstein, Herr Dr. Köhler, Herr Oberregierungsrat Zinnkann, Herr Willmann und Herr Geiger. Darf ich damit die Rednerliste als geschlossen ansehen?

**Herr Schwarzhaupt (LDP):**

(beantragt, die Redezeit für jeden Redner auf zehn Minuten festzulegen.)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Sind Sie hiermit einverstanden?

(Zustimmung)

Dann darf ich bitten, daß wir uns, um durchberaten zu können, die nötige Beschränkung auferlegen. Frau Epstein, bitte.

**Frau Epstein (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich bin [mir] vollkommen klar darüber, daß unter den Menschen, die nicht auf dem Boden des Christentums stehen, auch sehr viele sind, die in absoluter Weise als aufbauwillig und aufbaufähig in unserem neuen Staat zu gelten haben. Aber ich sehe doch die Frage nicht so an, daß man das Christentum als mehr oder weniger persönliche Sache in der Politik auszuschalten habe. Ich gehe von meinem ganz persönlichen Empfinden aus. Ich bin

<sup>145</sup> Weidner spielt mit dieser Bemerkung wohl darauf an, daß die Labourpartei im Gegensatz zu den kontinentalen Arbeiterparteien von marxistischen Einflüssen frei geblieben ist. Die nordenglischen, schottischen und walisischen Gewerkschaften mit ihrer freikirchlichen Einstellung bildeten den Grundstock der Partei, die ihre Hauptstütze in der städtischen Arbeiterschaft, in Schottland und Wales sowie unter den Freikirchlern und Katholiken fand.

mein ganzes Leben lang vom Christentum erfüllt gewesen und gerade auch vom Christentum in Konflikte getrieben worden. Ich glaube, daß es unmöglich ist zu sagen, die Pfarrer sollten sich nicht mit Politik beschäftigen. Es muß ihnen gestattet sein, sich mit ihren ganzen Kräften für das einzusetzen, was uns nun allen am Herzen liegt. Ich glaube, daß eine nichtreligiöse Weltanschauung, die subjektiv sicherlich ganz ehrlich gemeint ist, für die Möglichkeit, am Wiederaufbau mitzuarbeiten, nicht hinderlich ist, aber daß diese philosophisch-nichtreligiöse in Deutschland auf der Seite steht, die vergehen wird. Das ist meine Meinung. Ich bin ganz fest überzeugt, daß es der Weg der geistigen Entwicklung sein wird, daß die Periode, die einmal glaubte, nicht religiös sein zu müssen, im Vergehen ist, und ich glaube, wenn wir eine zukunftsfähige Politik machen wollen, dann müssen wir uns in erster Linie auf die Religion stützen. Unsere sozialistischen Parteien, die Sozialdemokratische und die Kommunistische, haben nach ganz groben Schätzungen ca. 50 Prozent Anhänger in Groß-Hessen, ich bin jedoch fest überzeugt, daß diese 50 Prozent nicht sämtlich antireligiös eingestellt sind. Es ist doch Tatsache, daß noch immer mindestens 80 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise mit der Kirche in Verbindung stehen, wobei ich durchaus nicht so weit gehe, Kirche und Christentum in eins zu setzen. Ich gebe zu, daß von diesen 80 Prozent ein Teil nur in sehr lockerer Weise mit dem Christentum in Fühlung steht, aber diese Fühlung wird auch bei diesem Teil wieder enger werden.

Ich stehe auf dem Standpunkt der CDU, die eine christliche Erziehung haben will, aber es würde nicht christlich sein, wenn man diese Auffassung nun mit Gewalt durchsetzen wollte. Das Christentum kann nur christlich mit der Methode der Überzeugung durch die Tat wirken. Deshalb glaube ich nicht, daß für die Sozialisten ein Grund besteht, sich gegen eine solche Schule zu wenden.

Herr Dr. Köhler (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich habe nach den Ausführungen meiner verehrten Vorrednerin kaum noch etwas zu sagen. Aber deswegen lassen Sie mich doch zum Ausdruck bringen: Es ist sehr gut, daß wir einmal eine Aussprache über diese Frage gehabt haben. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß der Verlauf dieser Aussprache etwa unbedingt das Trennende nur allein in den Vordergrund schieben soll. Ich bin ganz im Gegenteil der Meinung, so groß scheinbar die Gegensätze sind, daß bei irgendeiner bestimmten Auffassung eine Annäherung möglich ist, was vielleicht auch mit meiner optimistischen Grundeinstellung gegenüber diesen Dingen zusammenhängt. In Wirklichkeit ist es gar nicht so weit zueinander. Frau Epstein hat eben mit Recht hervorgehoben: Es gibt doch eine Unmenge Menschen, die sich zwar weder der CDU noch der LDP zurechnen, sondern aus ihrer rein politischen Anschauung heraus zur Sozialdemokratischen Partei oder zur Kommunistischen Partei zählen und sich dementsprechend auch politisch betätigen. Deswegen ist aber doch in diesen Grundfragen, wo der Mensch steht, durchaus nicht immer der Riß vorhanden, wie er hier scheinbar zum Ausdruck kommt. Denken Sie eineinhalb, zwei, drei Jahre zurück. Ich werde nie vergessen, ich habe es so oft erlebt bei den Angriffen auf Frankfurt am Main, wie die Menschen auf den Knien gelegen und zu Gott gefleht haben. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß sie bei diesen Hilferufen sich haben davon

leiten lassen, welcher politischen Partei sie angehören. Ich bin von einem immer mehr überzeugt gewesen: Die Zeit nach dem Kriege, nach dem Verlust des Krieges, werde zu einer ungeheueren religiösen Reaktion führen. Vor dieser Tatsache stehen wir. Da wir von unserem Standpunkt aus als Christlich-Demokratische Union nicht nur den entscheidenden Wert auf das Religiöse, sondern auch auf das Christliche legen, nun, meine Damen und Herren, das ist das Recht unserer Verantwortung, genauso, wie wir Ihnen auch nur im geringsten das Recht bestreiten, wenn Sie Ihre Weltanschauung aus philosophischen Grundsätzen ableiten wollen. Das liegt doch gerade im Wesen dessen, was wir im Sinne unserer Auffassung tolerant nennen, daß einer die Grundsätze und Wurzeln des Denkens des anderen anerkennt. Deswegen braucht man sich nach meiner Auffassung nicht voneinander zu trennen. Allerdings gibt es gewisse Grenzen und gewisse Dinge, an denen wir nicht rütteln lassen wollen, und dazu gehört, daß unsere Kinder in einem ganz bestimmten Grunddenken erzogen werden sollen.

Ich habe mit großer Genugtuung von Herrn Richter gehört, Kinder dürfen nicht zum Religionsunterricht gezwungen werden. Das ist ja eigentlich selbstverständlich, und das liegt ja gerade in der Natur dessen, was Simultanschule heißt, was auch christliche Simultanschule heißt, denn wir wissen alle, daß zum Wesen des Simultanen die Grundlage des Freiwilligen gehört. Ich würde es weit von mir weisen, für meine Person etwa das Kind eines freigläubig denkenden Vaters irgendwie dazu zu zwingen, einem Religionsunterricht beizuwohnen. Dafür haben wir ja die christliche Simultanschule. Ich wiederhole noch einmal: Es muß kein Kampf sein, da haben Sie vollkommen recht, dazu ist die Lage zu unendlich ernst. Ich bin aber andererseits der Meinung, es gibt doch heute zwischen allen Parteien Dinge in der Gemeinsamkeit des Erlebens, die zunächst einmal außerhalb des Denkens auf politischem und realem Gebiet liegen. Wenn ich mir den gestrigen Verlauf unserer Verhandlung vor Augen halte, so muß ich ganz offen gestehen, daß es gelang, in nicht unwichtigen grundsätzlichen Fragen Übereinstimmung zu erzielen. Politik ist ja schließlich die Kunst möglichen Überzeugens, und das wollen wir ja alle, uns gegenseitig von unserer Anschauung etwas zu überzeugen. Dann werden wir auch in dieser Frage, die scheinbar die Gegensätze aufeinanderprallen läßt, letzten Endes zu einer Verständigung gelangen.

**Herr Zinnkann (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich habe mich zunächst zur Ehrenrettung August Bebels zum Wort gemeldet, der unter uns lebt, ferner auch, um Herrn Kollegen Weidner zu sagen, daß sich Weitling um die Arbeiterbewegung redlich bemüht hat. Aber wenn hier gesagt wird, daß nicht August Bebel, sondern Weitling die Arbeiterbewegung ins Leben gerufen hat, dann muß ich das ganz nachdrücklich zurückweisen. Die ersten Arbeitervereine wurden geschaffen von Ferdinand Lassalle, dann von August Bebel und dann kam der Zusammenschluß<sup>146</sup>

<sup>146</sup> Ferdinand Lassalle (1825—1864) hatte 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet. August Bebel (1840—1913) schloß sich 1861 der deutschen Arbeiterbewegung an und wurde durch Karl Liebknecht für den Sozialismus gewonnen. Er gehörte 1869 zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich 1875 mit dem ADAV vereinigte.

Ein weiteres: Es ist meinem Fraktionsfreund verübelt worden, daß er hier gesagt hat, daß Pfarrer sich nicht mit Politik befassen sollen. Ich weiß nicht, ob er es in dieser Form gesagt hat. Jedenfalls wollte er sagen – das kann auch nicht anders sein –, daß die Politik nicht auf die Kanzel gehört. Daß der Pfarrer Politik treiben kann, meine Damen und Herren, das ist doch ganz selbstverständlich, das haben wir nie in Abrede gestellt.

Und nun will ich versuchen, auf die einzelnen Dinge hier einzugehen. Wie ich die Debatte verfolgt habe, hat einer der ersten Redner zu der Angelegenheit darüber gesprochen, daß es wünschenswert wäre, daß auch die Kinder derjenigen Erziehungsberechtigten, die nicht auf dem Boden des Christentums stünden, in den Religionsunterricht gehen sollten. Das ist sehr deutlich gesprochen. Da ist mir folgendes in Erinnerung gekommen: Vor nun 40 Jahren hat der damalige preußische Kultusminister den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen untersagt, an jugendliche Turnunterricht zu erteilen mit der Begründung, daß die Sozialdemokraten moralisch minderwertig und daher nicht in der Lage wären, diesen Turnunterricht zu erteilen. Der Arbeiter-Turn- und Sportverein in Berlin, dem ich damals angehörte, hat daraufhin eine große Kundgebung einberufen, und – ich wiederhole, es sind 40 Jahre inzwischen vergangen – ich sehe noch heute den Vorsitzenden des Arbeiter-Turn- und Sportvereins auf der Bühne stehen, und seine Rede beginnt mit folgenden Worten: „In der Bibel steht geschrieben: Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß es dir wohlgehe und du lange lebest auf Erden.“ Was wollte er mit der Zitierung dieses Gebots sagen? Er wollte damit sagen: Derselbe deutsche Kultusminister, der die religiösen Belange zu vertreten hat, verbietet den Kindern, dort Turnunterricht zu genießen, wo sie von den Eltern hingeschickt werden und nötigt sie damit, gegen das vierte Gebot zu verstoßen. Darauf kommt es uns nämlich an, und das hat auch Herr Dr. Köhler klar und eindeutig herausgestellt. Wir, das möchte ich ausdrücklich betonen, stehen nicht im Gegensatz zu dem, was wiederholt hier zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich als der Versuch gemacht wurde, einen gewissen Widerspruch zu formulieren zwischen den Ausführungen, die wir bei den Wahlen für die Gemeindevertretungen gemacht haben und zu der Haltung, die wir jetzt einnehmen. Wir haben damals nichts anderes gesagt, als was wir heute sagen, nämlich daß wir Toleranz fordern auf jedem Gebiet. Und, meine Damen und Herren, an dieser Duldsamkeit den Religionsgemeinschaften gegenüber hat es bei uns noch nicht gefehlt. Wir verlangen lediglich für diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, die gleiche Duldsamkeit, wir verlangen für diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, daß ihre Kinder nicht gezwungen werden, dem Religionsunterricht beizuwohnen. Ich wollte das nur noch einmal unterstreichen. In Wiederholung dessen, was Herr Dr. Köhler gesagt hat, stelle ich fest, daß uns eigentlich gar nicht viel trennt, so daß es nicht notwendig ist, daß wir mit dieser Leidenschaft die Sache behandeln.

Gestatten Sie mir abschließend noch eins zu sagen: Ich habe viele Jahre in der Sozialversicherung gearbeitet, dienstlich und privat, und ich habe in der Arbeiterwohlfahrt eine Unmenge Frauen kennengelernt, die religiös nicht gebunden waren, die aber in ihrer sozialen Einstellung und in der Betätigung des Wortes „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ Vorbild gewesen sind für viele, die sich zu einer Religionsgemeinschaft bekannt haben. Und lassen Sie mich das auch



sagen, daß es meine Meinung ist, daß wir nur wieder aus all den Schwierigkeiten herauskommen auf einer christlichen Grundlage. Gestatten Sie mir, der Meinung Ausdruck zu geben, daß man auch von der ethischen Seite her diese Probleme lösen kann, und ich glaube, wir haben in der Vergangenheit in vielen Fällen den Nachweis erbracht, daß wir von der ethischen Seite her eine ganz große Anzahl von Problemen gelöst haben.

Herr Willmann (KPD):

Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat eigentlich das Wesentliche dessen, was ich an den Anfang meiner Ausführungen setzen wollte, vorweggenommen. Ich möchte hiermit nur noch einmal unterstreichen, wir Kommunisten wollen nicht, daß unsere junge Demokratie in ihrer Aufbauarbeit gehindert wird durch Religionsauseinandersetzungen, nicht weil wir sie fürchten oder ihnen aus dem Wege gehen wollen, sondern weil wir der Meinung sind, daß es zur Zeit unzumutbar ist, sich dem Aufbau dessen, was wir gestalten wollen, mit Religionsfragen entgegenzustellen. In diesem Sinne werden wir auf die Tribüne gehen und das Recht verlangen, das wir bis jetzt gehabt haben, und aus diesem Grunde nehmen wir auch zu der Frage der Simultanschule mit Leidenschaft Stellung. Wenn die Simultanschule bisher schon eine christliche Schule war, so übte sie auf der anderen Seite auch Toleranz gegenüber denen, die Freidenker waren und nicht zur Kirche gehörten. Mit dem Zusatz will man uns, was man auf der einen Seite gegeben hat, auf der anderen Seite wieder entziehen. Es kommt nicht darauf an, wie Herr Dr. Köhler sagte, daß man absolut der Jugend die Freiheit geben will, ob sie den Religionsunterricht mitmachen will oder nicht. Das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, wie man es auslegen kann. Man wird sich dann nicht auf die Auslegung des Herrn Dr. Köhler berufen dürfen, sondern man wird sagen, wir haben eine christliche Simultanschule, und unter dieser Bezeichnung verstehen viele die kirchliche. Das sagen wir ganz offen und ehrlich, nicht derjenige, der glaubt, er müsse jeden Morgen in die Kirche gehen, ist der beste Christ, das hat die Geschichte auch schon bewiesen. Es ist wichtig, daß man den Menschen betrachtet nach seinem inneren Wert, daß man ihn nicht betrachtet nach seiner Mitgliedschaft zur Kirche, daß man ihn nicht beurteilt danach, ob er morgens, mittags und abends zur Kirche geht, sondern daß man ihn betrachtet nach seiner Qualität, und in diesem Punkt sind wir sehr oft, und auch ich in meinen Auseinandersetzungen, sehr leidenschaftlich gegen alle vorgegangen, die von der christlichen Seite her uns angegriffen haben. Ich will dabei nur ein ganz kurzes Beispiel anführen: Man hat in der Weihnachtszeit Spenden verteilt nur durch die beiden Religionsgemeinschaften. Ich habe mich dagegen gewendet und gesagt: Daran haben sich auch die Eltern beteiligt, die nicht einer Religionsgemeinschaft angehören und die am Wiederaufbau Deutschlands genauso viel geleistet haben oder noch leisten wollen wie diejenigen, die zur Kirche selbst gehören, und aus diesem Grunde können wir uns mit dieser Auffassung nicht einverstanden erklären, sondern müssen sie ablehnen. Wir können nicht dulden, daß uns auf der einen Seite etwas als vorhanden zugestanden und auf der anderen Seite durch eine Hintertür wieder entwunden wird.

Zu der Frage, ob Politik auf die Kanzel gehört, ist genug gesagt worden. Wir stehen auf dem Standpunkt: Politik gehört nicht auf die Kanzel. Die Politik

wird ja weitergetragen in jedes Haus, sie bleibt nicht auf der Kanzel, und weil wir das wissen aus der Geschichte, deshalb verlangen wir, daß die Politik dort bleibt, wo sie hingehört, und nicht verkuppelt wird mit der Religion und der Kirche. Deshalb besteht für uns der Grundsatz: Trennung von Kirche und Staat.

**Herr Geiger (LDP):**

Meine Damen und Herren! Ich möchte die bald dreistündige Debatte über das hessische Kultusministerium dazu benutzen, um den Herrn Ministervertreter dieses Ministeriums zu bitten, uns in einer der nächsten Sitzungen auch von der Hochschule etwas zu sagen. Es könnte sich die Notwendigkeit ergeben, daß wir die Hochschulen subventionieren müssen, das würde uns eine erhebliche Last aufbürden. Wir können diese Last nur übernehmen und tragen, wenn wir die Gewißheit haben, daß unsere hessischen Hochschulen, unsere deutschen Hochschulen nicht wieder Brutstätten einer antidemokratischen Organisation werden. Das sage ich, obwohl ich mich politisch zur Rechten zähle. Ich halte das Thema Hochschulpolitik mindestens für genauso wichtig wie das Thema Volksschulpolitik. Ich bedauere, daß der Herr Ministervertreter keine Gelegenheit genommen hat, zu diesem Thema von sich aus ein Wörtchen einfließen zu lassen.

**Herr Krüger (KPD):**

Meine Damen und Herren! Wir wollen vor allem feststellen, daß es hier um die Frage geht: Politik oder Religion. Wir Kommunisten haben ja schon durch eigene unserer Redner hier Klarheit geschaffen. Was wir nicht wollen, ist, daß die Kirche durch Mißbrauch der religiösen Gefühle der Menschen benutzt wird, um Politik zu treiben. Wir wollen auch bezüglich der Schule nicht, daß die Schule nur als einseitige Religionssache betrachtet wird für den christlichen Glauben, und wenn hier auch ein Redner erklärt hat, daß die Simultanschule bisher bestanden hat und daß sich ausreichend die Möglichkeit geboten hätte, daß dort die christliche Erziehung zur Geltung kommt, so ist nicht zu verstehen, daß wir das ausdrücklich festlegen sollen. Es ist aber eine wichtige Frage: Welcher Lehrer erzieht in Zukunft unsere Kinder? Darauf legen wir den größten Wert. Wir sind der Meinung, daß in den letzten zwölf Jahren sehr viele Lehrer den Beweis geliefert haben, daß sie die Kinder durchaus demokratisch erziehen.

**Ministerialdirektor Dr. Schramm** — als Vertreter des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht —:

Meine Damen und Herren! Ich will auf die Frage der Lehrerbildung heute nicht näher eingehen, weil ich hoffe, daß im Kulturausschuß Gelegenheit gegeben ist, all diese Dinge zu behandeln und zu einer Einigung zu kommen. Wenn ich das Schlußwort erbeten habe, so nur um festzustellen — und ich stelle das mit ungeheurer Befriedigung fest —, daß die Frage der Toleranz den Inhalt der Kulturpolitik des Ministeriums bilden soll. Wir müssen in der staatsbürgerlichen Toleranz so weit gehen, daß es keinen Menschen gibt, der mitarbeiten will und dessen Gedanken zum Neuaufbau nicht gehört werden.

Die Gestaltung der Staatsschule kann ja nur durch die Verfassung festgelegt werden<sup>147</sup>. Und wenn bisher das Kultusministerium glaubte, als Wesen der neuen Schule das christliche hinzustellen, das heißt also Christus als Erzieher aufzurufen, so wie man vor 50 Jahren Flachsmann als Erzieher, Kant als Erzieher und einen falsch verstandenen Nietzsche als Erzieher hinstellen zu können glaubte, so erkläre ich hiermit, daß ich jedem Menschen das Recht einräume, Christus anders zu sehen, als ich ihn sehe, ihn als einen der edelsten Menschen aufzufassen, die Grundsätze für die Gestaltung des Lebens aufgestellt haben, die unvermeidlich und unumgebar sind.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß wir vielfach wieder in den Fehler verfallen, der geradezu der Schicksalsfehler des deutschen Menschen gewesen ist, daß wir nicht genügend tolerant sind. Es ist eine unserer wichtigsten allgemeinen Erziehungsaufgaben, die wir uns für alle Schulen von der Grundschule bis zur Hochschule gestellt haben, daß wieder das stolze Wort in seiner ewigen Bedeutung zur Wirkung kommt.

Und nun möchte ich folgendes sagen: Wenn von Vertretern der Parteien der Linken gesagt wird, daß die christliche Weltanschauung einen Zwang darstellt, so ist dies doch ein Mißbrauch des Wortes „religiös“. Sie sind ja auch gebunden an ihre Weltanschauung, und ich erkenne ausdrücklich an, daß ich die Weltanschauung, die auf irgendeiner sozialen Auffassung basiert, wie sie Karl Marx oder Lenin vertreten hat, daß ich die Weltanschauung bewundere, daß sie auf Grund dieser Bindung an ein philosophisches System imstande ist, ein Leben aufzubauen, das für alle Menschen gültig sein kann. Aber diese Menschen sind ja nicht ungebunden, sondern sie sind an ihre Philosophie, ihre Weltanschauung gebunden, so ist es doch nicht so, daß ich irgendeinen Menschen zum Orang-Utan gestempelt haben wollte. Wer auf Grund einer Weltanschauung bestimmte Bindungen hat und sich verantwortlich fühlt, den achte ich selbstverständlich. Mit diesem Ausdruck Affenmenschen wollte ich den ungebundenen, zügellosen, hemmungslosen Menschen kennzeichnen, den wir aber leider in verantwortlichen Stellungen in den letzten Jahren häufig genug festgestellt haben, und den wir verantwortlich machen müssen.

Ich darf also kurz zusammenfassen: Der verantwortliche Minister, der hoffentlich bald die Arbeiten des Kultusministeriums übernehmen wird, steht Ihnen jederzeit zur Verfügung zur Aussprache und zur ergiebigsten Auseinandersetzung über die Grundsätze der Kulturpolitik. Aber ich möchte immerhin bitten, daß [man] nun das, was bisher in ehrlicher Arbeit unter der verantwortlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. Böhm geschehen ist, nicht irgendwie in der Öffentlichkeit hinstellt, als wenn es nicht in letzter Verantwortung vor der Gesamtheit bestehen könnte. Es ist gerade Herrn Prof. Böhm gelungen, auch die Kräfte der Linken für den Aufbau mit einzuspannen.

Herr Ministerialrat Hoffmann, der ja in der Presse des öfteren angeführt worden ist als Reaktionär, hat tatsächlich im August oder September vorigen Jahres, als er noch in der Darmstädter Regierung verantwortlich arbeitete, mit dem Regierungspräsidenten Herrn Prof. Bergsträsser und später mit dem Ministerial-

<sup>147</sup> Die Verfassungberatende Landesversammlung erklärte in Art. 56, Abs. 2 HV die Gemeinschaftsschule zur Regelschule.

direktor Friedrich die ersten Richtlinien für den Wiederaufbau entworfen. In der Darmstädter Regierung hat er in einer Denkschrift diese Sätze geschrieben, die ich aus der Denkschrift selbst zitieren konnte, und die auch in der Zeitung gestanden haben. Aber, meine Damen und Herren, es ist inzwischen oft genug festgestellt worden, wie diese Grundsätze für die Lehrerbildung anzusehen sind. Sie waren lediglich als Antithese, als ein Gegenpol zu solchen Versuchen zu betrachten, Menschen in den Lehrerberuf zu bringen, die gegenüber jenen, die noch draußen oder in Gefangenenlagern waren, bevorzugt werden wollten. Als der Ruf an die Öffentlichkeit erging, wer bereits früher Lehrer war, sich zu melden, da meldete sich eine bestimmte Gruppe von Menschen, die mit siebzehn, achtzehn, neunzehn Jahren äußerlich mit einem exakten politischen Fragebogen sich zur Verfügung stellten, die trotz ihrer jungen Jahre und ihrer gesunden Gliedmaßen weder Arbeitsdienst noch Krieg mitgemacht haben, und da konnte man feststellen, daß sie auf Grund ihrer politischen Beziehungen vom Kriegsdienst oder Arbeitsdienst freigehalten waren oder daß sie auf Grund einer Stellung in der HJ vom Kriegsdienst freigestellt waren, und daß diese Gruppe von jungen Menschen bevorzugt werden wollte gegenüber denjenigen, die noch nicht wieder aus dem Krieg zurückgekehrt waren. Nur diese Menschen sollten zurückgestellt werden gegenüber den anderen, die vielleicht noch in irgendeinem Gefangenenlager interniert waren und nach ihrer ganzen demokratischen Haltung zum Lehren geeignet gewesen wären. Ich muß offen gestehen, diese Vorwürfe von Herrn Hoffmann treffen jedenfalls nicht das Kultusministerium, denn diese Tendenz hat niemals bei der Frage der Lehrerbildung für das gesamte hessische Gebiet eine Gültigkeit gehabt. Jedenfalls habe ich von der Existenz dieser Denkschrift erst Kenntnis bekommen durch die Zeitung und nicht durch Verhandlungen, die innerhalb des Ministeriums in der Frage der Lehrerbildung stattgefunden haben.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, erteile ich noch das Wort zu zwei persönlichen Erklärungen an Fräulein Sevenich und an Herrn Schwarzhaupt. Ich mache darauf aufmerksam, daß diese Erklärungen die Redezeit nicht übersteigen dürfen.

**Frau Sevenich (CDU):**

Ich möchte nur Herrn Kollegen Bauer antworten. Mir hat es jedenfalls ferngelegen, jemanden anzugreifen, es kann aber dazu kommen, daß man mißverstanden wird.

**Herr Schwarzhaupt (LDP):**

Ich habe nur gesagt, daß auch die Kinder, deren Eltern auf einem anderen Boden stehen, in eine christliche Kultur hineingeführt werden sollten. Ich habe nicht gesagt, daß diese Kinder zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden sollten. Daß auch diese Kinder die christlichen Grundlagen unserer deutschen Kultur kennenlernen sollen, das hat mit einem Zwang, den Religionsunterricht zu besuchen, nichts zu tun. Ich habe darüber hinaus ausdrücklich gesagt, daß wir Toleranz haben wollen, nicht nur zwischen den Angehörigen der beiden großen christlichen Konfessionen, sondern daß gerade innerhalb

der Schulen diese Toleranz auch gegenüber denjenigen Kindern geübt werden soll, die sich zu keiner Konfession bekennen.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wir kommen zur Abstimmung. Wünscht zur Abstimmung jemand das Wort? Herr Dr. Köhler, bitte.

**Herr Dr. Köhler (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrag der Fraktionen der LDP und CDU folgendes zu erklären: Daß weltanschauliche Fragen nicht nach den Gesetzen der Arithmetik entschieden werden können, ist ganz selbstverständlich. Ich habe eben einmal herumgezählt und festgestellt, daß das Mehrheitsverhältnis augenblicklich ganz offenbar zu Ungunsten der KPD und SPD ist. Es würde unserer Auffassung von der Wichtigkeit dieser Abstimmung widersprechen, eine solche Situation auszunutzen. Eines hat sich eindeutig ergeben, die Klarheit der Auffassungen und eine außerordentliche Tiefe der Begründung in der Aussprache auf beiden Seiten, und das sollte genügen. Deshalb sind wir damit einverstanden, wenn hier keine förmliche Abstimmung stattfindet, sondern der Antrag der Fraktion und die Entschließungserklärung der liberal-demokratischen Fraktion dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Weiterbehandlung übergeben wird.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Dann kommen wir zur Abstimmung. Es liegt zunächst einmal die Anfrage der KPD vor über die augenblickliche Lage im Kultusministerium und die Kulturpolitik des großhessischen Staatsministeriums. Diese Anfrage ist erledigt durch den Vertreter des Herrn Kultusministers. Darf ich damit diese Anfrage als erledigt ansehen?

(Zustimmung)

Sodann liegt vor die Entschließung der LDP, bezüglich der Simultanschule sowie die Entschließung der CDU, ferner der Abänderungsantrag der SPD zu der Entschließung der LDP. Sind Sie sich darüber klar?

(Zustimmung)

Die Angelegenheit soll dem Kulturpolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Ich stelle Einstimmigkeit fest. Damit sind die Anfragen und Entschließungen, die das Ministerium für Kultus und Unterricht betreffen, erledigt.

Und nun, meine Damen und Herren, kommt die entscheidende Frage, wie wir uns weiter verhalten wollen. Um drei Viertel vier Uhr wird diese interessante Debatte an einem anderen Platz fortgesetzt. Wir müssen uns also über folgendes klar werden: Es liegt eine Fülle von Anfragen vor über den Wiederaufbau. Da Herr Kollege Binder, der mit völliger Hingabe an dem Problem arbeitet, krank ist, habe ich Herrn Ministerialrat Knappstein gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Ich könnte mir vorstellen, daß man diese Anfragen mit der Maßgabe verabschiedet, daß der Herr Wiederaufbauminister gebeten wird, diese Anfragen zunächst einmal im Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu beantworten. Dann haben wir auch die Möglichkeit, verschiedene verspätet eingereichte Anfragen der LDP gleich mitzubehandeln. In Zukunft bitte ich die Frist mehr

einzuhalten. Ich würde dann alle Anfragen dem Herrn Minister für den Wiederaufbau zugehen lassen mit der Bitte, zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses persönlich zu erscheinen. Herrscht darüber Einverständnis?

(Zustimmung)

Es werden die Anfragen und Entschließungen, die den Wiederaufbau betreffen, dem Ministerium für Wiederaufbau und politische Bereinigung überreicht mit der Bitte, sie in der nächsten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zu behandeln.

Dann komme ich zu dem Antrag der CDU, der den Herrn Arbeitsminister betrifft, der aber augenblicklich nicht da ist, und zwar zu dem Antrag, die Militärregierung zu bitten, die derzeit im Amt befindlichen Betriebsräte (Arbeitnehmervertretungen) auch weiterhin bis zum Inkrafttreten einer endgültigen gesetzlichen Regelung der Frage der Betriebsvertretungen zu belassen und von vierteljährlichen Neuwahlen abzusehen. Ich könnte mir vorstellen, daß man ohne die Anwesenheit des Herrn Arbeitsministers diesen rein praktischen Vorschlag in Form einer Empfehlung an die Militärregierung weiterleitet, ohne darüber hier zu debattieren.

(Zustimmung)

Ich stelle eine erfreuliche Übereinstimmung fest. Sodann liegt eine Anfrage der SPD vor: „Welche Maßnahmen sind seitens der Staatsregierung geplant in Hinsicht auf den Wiederaufbau und die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Flüchtlinge?“ Falls die Anfrager der SPD damit einverstanden sind, würde ich diese Anfrage an den Sozialpolitischen Ausschuß wie auch den Wirtschaftspolitischen Ausschuß verweisen. Vielleicht wäre es auch gut, diese Anfrage dem Arbeitsminister und dem Minister für Wiederaufbau zuzuleiten und dem Sonderausschuß für Flüchtlingsfragen.

Wir könnten nunmehr als letztes alle Fragen, die das Innenministerium betreffen, behandeln. Ich bitte dann aber darum, allerdings ohne Sie irgendwie beeinflussen zu wollen, nicht wiederum allzu stark in die Breite zu gehen. Wir wollen uns möglichst beschränken, damit wir um halb vier Uhr soweit sind, die Ausschüsse wählen zu können.

**Herr Bauer (KPD):**

Ich würde den Vorschlag machen, daß wir sämtliche Anfragen dem Geschäftsführenden Ausschuß überweisen mit der Bitte, sie im Kommunalausschuß zu behandeln.

<sup>148</sup> In der Umbruchphase nach dem Ende des Krieges agierten die Betriebsräte für kurze Zeit in einem relativen Freiraum, in der Regel unter Berufung auf das Betriebsrätegesetz von 1920. Im Laufe des Sommers 1945 hatte die Militärregierung die Bildung von Betriebsräten offiziell erlaubt. Auf Antrag von mindestens 25% der Beschäftigten eines Betriebes konnten Betriebsratswahlen stattfinden. Die gewählten Vertreter sollten jedoch nur drei Monate im Amt bleiben. Die Betriebsräte blieben aber weiterhin in einer rechtlich unsicheren Situation, da die Anweisungen der Militärregierung nur wenige Angaben zu Aufgaben und Befugnissen der Betriebsräte machten. Vgl. Jacobi-Bettien, Metallgewerkschaft, S. 324E

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Herr Kollege Bauer, ich glaube, es ist besser, die Sachen gleich hier zu behandeln, da über Detailfragen gleich Antwort gegeben werden kann. Darf ich den Herrn Innenminister bitten?

**Minister des Innern Venedey:**

Meine Damen und Herren! Ich werde die Anfragen in der Reihenfolge behandeln, wie sie mir vorliegen. Es sind zunächst die Anfragen von der KPD. Die KPD hat angefragt, was getan wird, um auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten hinzuweisen. Damit hat die KPD auf ein Problem hingewiesen, dessen Ernsthaftigkeit niemand bestreiten kann. Auf der anderen Seite muß man sich davor hüten, die Dinge in der Öffentlichkeit allzu schwarz zu malen. Ich gebe zu und stelle das auch fest, daß die Geschlechtskrankheiten einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben und daß die Gesundheitsabteilung meines Ministeriums sich sehr eingehend mit der Bekämpfung dieser Krankheiten befaßt hat. Zunächst sind in jedem Kreis Ausschüsse gebildet worden, und wir wollen, daß diese Ausschüsse in Verbindung mit der Presse Aufklärung hineinbringen in die Bevölkerung und die Bevölkerung auf die Gefahren dieser Krankheiten hinweisen, gleichzeitig aber auch der Bevölkerung sagen, was sie zu tun hat. Durch das, was getan wird, soll niemand in sinnlose Angst versetzt werden. Wir wollen heute das umgekehrt tun, wir wollen den Leuten die Hoffnung geben, daß sie durch den Arzt geheilt werden können und sie an den Arzt heranziehen. Der Erkrankte soll sich an den Arzt wenden, wodurch er die Hoffnung hat, wieder geheilt zu werden. Das geschieht einmal durch die Presse, zum anderen durch Anschläge, die überall angeheftet worden sind. Es haben sich da und dort Gesellschaften zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gebildet, die mit außerordentlichem Erfolg arbeiten, so zum Beispiel in Marburg. Dann ist ein weiterer recht interessanter Versuch gemacht worden auf dem Wege über die Bühne. Es ist eine deutsche Hygienebühne aufgetaucht, die ein Schauspiel „SO“ aufführt. Sehr wichtig und wesentlich ist natürlich auch, daß man ständig auf die Gefahren der Krankheiten hinweist und junge Ärzte, die mit der Krankheitsbekämpfung noch nicht so vertraut sind, da dazu eine gewisse Schicklichkeit und Erfahrung gehört, sehr eingehend und gründlich aufklärt. Wir haben auch Anstalten, die durch die Militärregierung errichtet worden sind<sup>149</sup>, in denen einzelne Kranke eingeliefert werden können. In den Schulen wird auch etwas derartiges eingeführt, damit wir die Eltern aufklären können. Ich persönlich setze mich immer sehr dafür ein, daß die Schockwirkung, die durch die Erkrankung auf die Menschen ausgeübt wird, durch schnelle Aufklärung beseitigt wird, damit sie nicht irgendwelche Dummheit begehen. Für Mädchen sollen Erziehungsheime und so weiter eingerichtet werden. Dieses Problem eignet sich wohl nicht zu einer politischen Diskussion, aber man muß doch eine Bemerkung daran knüpfen. Es stellen sich heute viele hin und sagen: „Diese verkommene Jugend“, aber man begeht dabei den Fehler, die Ursachen nicht zu erkennen. Die Jugend, die in jahrelanger Erziehung von diesen Hemmungen,

<sup>149</sup> Laut Jahresbericht der Militärregierung für das Jahr 1945 wurden im ganzen Land 13 Krankenabteilungen für Geschlechtskranke eingerichtet, die an Syphilis und Gonorrhöe erkrankte Zivilisten behandeln sollten. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr.5.

die sie früher zweifellos vom Elternhaus mitbekommen hat, befreit war und bewußt auf einen Abweg geleitet worden ist, von dieser Jugend kann man nun nicht verlangen, daß sie sich von heute auf morgen automatisch umstellt. Da kommt hinzu, daß wir eine neue Erziehungsarbeit leisten müssen.

Ich darf sagen, daß wir bei der Bekämpfung der Krankheiten von der amerikanischen Militärregierung in weitgehendem Maße unterstützt werden und daß auch die amerikanische Militärregierung dazu übergeht, uns ohne weiteres zu melden, wenn sie bei Untersuchungen festgestellt hat, wo der Erkrankte sich die Krankheit geholt hat. Sie geht dabei diesem Soldaten sehr auf die Nähte, und dann wird uns das mitgeteilt. Also auch hier werden durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit der Besatzungsmacht die Folgen gemildert.

Die Infektionskrankheiten machen weniger Sorge. Da ist es die Diphtherie, die weitaus an der Spitze steht. Wir hatten im Januar 1946 1093 Fälle, im Februar 1046, meist wurden Erwachsene befallen. Was den Flecktyphus betrifft, so kann ich sagen, daß in sehr wirkungsvoller Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen bei der Übernahme der Ostflüchtlinge ein Verfahren entwickelt worden ist, das sich gegenüber demjenigen anderer Länder sehen lassen kann, und daß wir in Groß-Hessen keinen einzigen Flecktyphusfall zu verzeichnen haben, im Gegensatz zur englischen Zone, wo zahlreiche Flecktyphusfälle auftraten. Die Bekämpfung erfolgt in erster Linie durch eine sehr eingehende Entlausung, wobei uns wiederum die Besatzungsmacht sehr zur Seite steht, indem sie uns einen besonderen Puder zur Verfügung stellt, mit dem die Kleider der Ostflüchtlinge bestäubt werden. So ist es gelungen, auch in dieser Beziehung irgendwelche Gefahren für Groß-Hessen abzuwenden. Wenn da und dort Infektionskrankheiten auftauchen, so wird sehr gewissenhaft verfahren. In Tuberkulose ist die Zahl gering. Wir haben im März 185 Fälle gehabt. Die Tuberkulose hängt selbstverständlich mit der Ernährung zusammen. Zusammenfassend kann man sagen, daß der Gesundheitszustand, trotzdem wir erhebliche Schwierigkeiten überwinden mußten, im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden kann.

Wir werden in einer sehr großzügigen Art und Weise von der Schweiz in der Bekämpfung von Krankheiten und in der Ernährung unterstützt. Ich habe eine Kommission aus der Schweiz hier empfangen können. Ich denke, daß ich im Namen aller spreche, wenn ich der Schweiz unseren Dank abstatte. Die Schweizer haben die Absicht, uns ganz allgemein Hilfe für die Bevölkerung und für die Ostflüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Die Schweizer Herren, die dagewesen sind, haben mir erklärt, daß sie die Absicht haben, mehrere tausend Ostflüchtlingskinder nach und nach in die Schweiz zu nehmen. Ich glaube, daß man besonders Kinderheime gründen will, in die die Flüchtlingskinder eingewiesen werden können. Ich glaube, daß wir der Schweiz unsere Dankbarkeit ausdrücken sollen.

In der Bereitstellung von Medikamenten bestehen nicht unerhebliche Schwierigkeiten. In solchen auf alkoholischer Basis kann nur eine beschränkte Produktion stattfinden. Auf dem Gebiet der Salbenbereitung hoffen wir, von Hamburg Vaseline zu bekommen. Erfreulich ist, daß alle Mittel zur Bekämpfung der Krätze zur Verfügung stehen. Bezüglich Penicillin hoffen wir, daß wir ausreichende Mengen aus Dänemark hereinbekommen können. Unerfreulich sind die Dinge auf dem Gebiet der Verbandsmittel und ganz besonders der



Krankenpflegemittel, wie ärztliche Geräte, da die Fabriken zur Herstellung dieser Dinge sich meist nicht in unserem Gebiet befinden.

Das, meine Damen und Herren, zur Beantwortung der Fragen, die von der Kommunistischen Partei gestellt wurden.

Nun auf ein anderes Gebiet. Es liegt eine Anfrage der Kommunistischen Partei vor über den Stand der Vorbereitung eines Beamtengesetzes, ferner fragt die CDU an wegen eines Artikels, der im „Wiesbadener Kurier“ am 6. März 1946 erschienen ist. Wir haben uns im Kabinett mit dem Beamtengesetz bisher noch nicht beschäftigt. Sie werden aber einsehen, daß ich, da es noch in Vorbereitung ist, hierüber keine Erklärungen abgeben kann, sondern daß sie bis zur nächsten Sitzung im Ausschuß verschoben werden müssen. Sie sollen durchaus unabhängig dazu Stellung nehmen, und wir können dann bei der nächsten Plenarsitzung diese Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen.

Die Anfrage der CDU behandelt den Artikel des Herrn Ministerialdirektors Rost<sup>150</sup> im „Wiesbadener Kurier“. Ich halte es für sein gutes Recht, wenn Herr Ministerialdirektor Rost diesen Artikel geschrieben hat. Wenn ich den Artikel vorher gekannt hätte, so hätte ich Herrn Ministerialdirektor Rost wahrscheinlich, da ich Jurist bin, gesagt, die eine oder andere Formulierung müsse etwas vorsichtiger sein. Ich stehe aber auch weiterhin auf dem Standpunkt, daß Herr Rost das Recht haben soll zu schreiben, was er will. Herr Ministerialdirektor Rost wird aber in Zukunft nur im Einverständnis mit mir handeln. Ich erkläre hiermit, der Artikel, den Herr Rost geschrieben hat, ist die Äußerung eines Privatmannes, die nur von diesem Gesichtspunkt aus aufzufassen ist und nicht der Stellungnahme des Innenministers und des Kabinetts untersteht. Damit in dieser Hinsicht in Zukunft keine Mißverständnisse entstehen können, ist im Kabinett beschlossen worden, daß ein Ressortbeamter in Zukunft solche Fragen mit seinem Ressortminister zu klären hat.

Ich glaube, nun liegt nur noch die Frage der LDP hinsichtlich der nächtlichen Überfälle auf dem Lande vor. Ich möchte dazu Stellung nehmen. Diese Überfälle kommen sehr oft von einer bestimmten Seite, und zwar sind das Ausländer, die sich bei uns aufhalten und bisher aus irgendwelchen Gründen nicht zurückgehen wollen. Aber man soll das nicht ohne weiteres auf das Konto der Ausländer setzen, es kommt sehr oft vor, daß auch ein Deutscher sich als Ausländer tarnt. Man muß da vorsichtig sein, darf nicht alles über einen Kamm scheren und alle diese Sachen nur auf das Konto der Ausländer setzen. Wir hatten der amerikanischen Militärregierung einen Gesetzentwurf zur Genehmi-

<sup>150</sup> Karl Rost (1902—1950) war von 1931 bis 1932 Abgeordneter der KPD im Landtag des Volksstaates Hessen. Nach Hitlers Machtantritt wurde Rost mehrfach verhaftet und kam in KZ-Haft nach Osthofen und Dachau. Nach dem Krieg leitete er die von der Stadt Offenbach eingerichtete Betreuungsstelle für religiös, politisch und rassistisch Verfolgte. Von Ende 1945 an bis zum Juni 1946 war er Ministerialdirektor im Innenministerium. — In dem genannten Artikel hatte Rost in recht drastischer Form die Schaffung eines neuen Beamtengesetzes gefordert, das das bisherige „Kastengesetz“ mit „alten verbrieften Sonderrechten einer volksfremden Bürokratie“ abschaffen sollte zugunsten einer vereinfachten Organisation der Verwaltung ohne Sonderrechte für Beamte mit dem Idealbild des Beamten als „Diener des Volkes“.

<sup>151</sup> Der Innenminister meint die sogenannten Displaced Persons. Vgl. Anm. 89.

gung vorgelegt, der bis heute von der amerikanischen Militärregierung nicht genehmigt worden ist, einen Entwurf, den wir in der Kabinettsitzung vom 23. September 1945 aufgestellt haben. Dort, wo es am Einsatz von Polizeikräften mangelt, wollten wir die Möglichkeit schaffen, daß sich die Einwohnerschaft selbst zur Verfügung stellt. Aber ich darf doch sagen, daß diese nächtlichen Überfälle in letzter Zeit geringer geworden sind. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Ortsbewohner sich selbst organisiert haben, zum anderen hat die Tatsache wesentlich zur Bekämpfung der nächtlichen Überfälle beigetragen, daß unsere Polizei bewaffnet wurde<sup>152</sup>, und mit der Waffe in der Hand kann sie den Verbrechern ganz anders gegenüberreten als mit dem Polizeiknüppel. Also durch die Bewaffnung der Polizei, die dank dem Entgegenkommen der Militärregierung in weitgehendem Maße durchgeführt wurde, ist doch etwas Respekt in die Banditen gekommen. Es sind allerdings auch einzelne Fälle vorgekommen, wo die Polizisten das haben mit dem Leben bezahlen müssen. Von unserer Seite und von Seiten der Landräte wird diesem Problem viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Ich darf in diesem Zusammenhange vielleicht noch ein kurzes Wort sagen: Es gibt bei der Organisation der Polizei gewisse Schwierigkeiten, die darauf zurückzuführen sind, daß uns von den amerikanischen Behörden eine vollkommene Dezentralisation der Polizei vorgeschrieben wurde<sup>153</sup>. Die Polizei ist fast restlos dezentralisiert worden. In vielen Städten ist die Polizei vollkommen kommunalisiert<sup>154</sup>. Das macht mir, weil ich auf die Bildung der Polizei nicht den genügenden Einfluß haben kann, viel Kopfzerbrechen. Es liegt mir daran, daß dieses neue Instrument des demokratischen Staates, daß diese Personen wirklich von demokratischem Geist sein sollen. Die Polizei soll eine wahrhaft demokratische Polizei werden, und sie muß auch in diesem Sinne erzogen werden. Ich glaube, daß sich da und dort erfolgversprechende Ansätze gezeigt haben und daß auch in der Polizei ein Ton eingekehrt ist, der sich recht vorteilhaft bemerkbar macht. Also es hat sich eine gewisse Besserung zweifellos eingestellt. Wir wollen das weitertreiben, indem wir Polizeischulen errichten, in denen Wert auf eine wahrhaft demokratische Erziehung der Polizei gelegt wird. Das sind die Anfragen, die mein Ressort berühren.

<sup>152</sup> Vgl. Anm. 50.

<sup>153</sup> Die Vorschriften der Militärregierung über die öffentliche Sicherheit sahen bezüglich der Dezentralisation der Polizei vor, daß jede Stelle nur innerhalb der „Grenzen der Regierungseinheit“ verantwortlich sein und Befehlen außerhalb dieser Einheit nicht unterstehen sollte. Die Bildung von getrennten Geheim-, Sicherheits- und Kriminalpolizeikräften war untersagt. Vgl. OMGUS-Anordnung „Vorschriften der Militärregierung über die öffentliche Sicherheit“ vom 1. Februar 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 3089.

<sup>154</sup> Vgl. ebd. Die Verantwortung für die Polizeidienste in jeder Stadt sollte nach dem Organisationsplan der Militärregierung den (Ober-) Bürgermeistern übertragen werden, die eine Stadtpolizeiabteilung mit einem Polizeichef als Leiter aufstellen sollten, um sämtliche Polizeiaufgaben innerhalb der Stadt als eine Einheit der städtischen Verwaltung auszuführen. Für den polizeilichen Schutz der Landbezirke und Städte mit weniger als 5000 Einwohnern wurde eine Organisation der Gendarmerie auf der Basis eines Regierungsbezirkes vorgeschlagen, die dem betreffenden Regierungspräsidenten unterstellt sein sollte. Alle Anweisungen der Deutschen Landesregierung an die Gendarmerie sollten über den Regierungspräsidenten gehen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:  
Und die Anfrage der KPD betreffs des Kreistagswahlgesetzes<sup>185?</sup>

**Minister des Innern Venedey:**

Die Kommunistische Partei fragt nach dem Gemeindewahlgesetz. Es ist aber das Kreistagswahlgesetz gemeint. In dem Kreistagswahlgesetz ist die Rede von den berühmten 15 Prozent. Da das Gesetz durch die Beratung des Kabinetts gegangen ist, und der Ausschuß nur beratende Funktion ausüben konnte, so kam es nur darauf an, daß der Ausschuß empfiehlt, etwas zu machen. Aber bezüglich dieses Gesetzes läßt sich nichts mehr machen. Das ist das einzige, was ich dazu sagen kann.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wir haben jetzt noch 20 bis 30 Minuten zur Verfügung. Wenn Sie sich bis dahin über die Vorschläge bezüglich Besetzung der Ausschüsse einigen könnten, so wäre dies sehr erwünscht. Noch weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Bauer.

**Herr Bauer (KPD):**

Ich werde mir erlauben, in der Ausschußsitzung im Namen meiner Fraktion zu den verschiedenen Ausführungen Stellung zu nehmen. Nur zu einer Frage möchte ich etwas sagen, nämlich zur Änderung des § 10 Abs. 3 des Kreistagswahlgesetzes. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Beschluß bezüglich der 15 Prozent vom Kabinett gefaßt worden ist und nicht von der Militärregierung. Wir nehmen zur Kenntnis, daß nichts mehr daran zu ändern ist. Wir beantragen aber eine Empfehlung an das Staatsministerium hinsichtlich des Gemeindewahlgesetzes, daß in diesem Falle die 15 Prozent fallen. Ich werde mir erlauben, dies bei der Abstimmung zu beantragen.

**Herr Trabert (CDU):**

Bezüglich der Überfälle auf dem Lande gebe ich dem Herrn Minister recht, daß die Überfälle nicht immer nur auf das Konto der Ausländer gehen. Ich bin der Auffassung, daß hier eine Kombination vorliegt. Auf der anderen Seite ist es so, daß es in diesen Dingen nicht so weit gekommen wäre, wenn eine Polizeigewalt bestanden hätte. Die Selbsthilfe sollte zweckmäßigerweise im ganzen Lande eingerichtet werden. Von einem Gehöft weiß ich, da hat man sich damit geholfen, daß man eine große Sirene auf dem Dach angebracht hat. Die Sirene wird sofort in Betrieb gesetzt, wenn irgendwie Gefahr im Verzuge ist. Vielleicht wäre das auch für andere Gehöfte zu empfehlen.

<sup>185</sup> Der Antrag forderte die Änderung des § 10, Abs. 3 des Gemeindewahlgesetzes, meint aber damit den betreffenden Paragraphen des Kreistagswahlgesetzes. Um eine Parteienzersplitterung zu vermeiden, legte das Kreistagswahlgesetz vom 7. März 1946 in § 10, Abs. 3 fest, daß bei der Ermittlung des Wahlergebnisses bei Vorhandensein von drei und mehr Wahlvorschlägen den 3., 4. usw. Wahlvorschlägen Sitze nur dann zugeteilt werden sollten, wenn auf sie nicht weniger als 15% der gültig abgegebenen Stimmen entfallen würden. Vgl. GVBl. 9/10 (1946), S. 73f.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wird sonst noch das Wort gewünscht? Herr Landesrat Witte.

**Herr Witte (SPD):**

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion bittet um Annahme einer EntschlieÙung, und zwar einer EntschlieÙung, an deren Lösung wohl alle Parteien Interesse haben. Es ist bekanntlich jetzt festgelegt worden, daß der Landrat, also der Beamte, der an der Spitze des Kreises steht, nach Ablauf der allgemeinen Wahlgültigkeit, also nach zwei Jahren, aus seinem Amt zu scheiden hat. Jeder, der in seinem Leben einmal in einer Verwaltung gearbeitet hat, wird wissen, daß dies unmöglich ist. Der Landrat ist nicht nur Staatsbeamter – er garantiert schon dadurch eine gewisse Stabilität –, er ist auch auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung der erste Mann im Kreis. Man stelle sich praktisch vor: Der Mann tritt heute sein Amt an, er nimmt sich große wirtschaftliche Aufgaben vor und dann, wenn er im Anlauf ist, im besten Zuge, sind die zwei Jahre herum. Er erscheint plötzlich wieder auf dem freien Markt. Bei der Benutzung der Stellung des Landrates vom Standpunkt der Staatsführung aus gesehen und dann vom Standpunkt des Führers der Kommunalverwaltung, halte ich diese Lösung für ganz unglücklich, und deshalb haben wir die EntschlieÙung eingebracht mit der Bitte, die Staatsregierung möge bei der Militärregierung vorstellig werden, daß diese Verordnung wieder aufgehoben wird. Wir werden uns damit im Kommunalpolitischen Ausschuß noch eingehend zu beschäftigen haben, aber es ist ja zuvor notwendig, einmal den Herrn Innenminister zu hören und zweitens auch zu erfahren, wie die Militärregierung selbst zu dieser Anregung steht. Ich darf wohl den Herrn Innenminister bitten, uns hierüber Aufklärung zu geben.

**Minister des Innern Venedey:**

Hinsichtlich der Wahl des Landrates haben viele Besprechungen mit der Militärregierung stattgefunden. Der Gedanke, den Landrat durch den Kreistag wählen zu können und damit seiner Eigenschaft als oberster politischer Beamter zu entkleiden, ging von der Militärregierung aus. Die Militärregierung hat, und zwar zweifellos auf Weisung des Kontrollrats in Berlin, den Gedanken der Wählbarkeit des Landrats in die Debatte geworfen, und wir haben uns gegen den Gedanken ausgesprochen. Wir sind der Meinung gewesen, daß in der heutigen Zeit ein Staatsbeamter in der untersten Instanz ein politischer Beamter ist. Auch der Städtetag hat uns seine Auffassung kundgetan und sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, die Landräte sollen politische Beamte bleiben. Das Ministerium stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt, und wir haben durch die Intervention bei der amerikanischen Militärbehörde anläßlich der Länderberatung in Stuttgart versucht, die Dinge in letzter Minute in Ordnung zu bringen und zu erreichen, daß unserer Auffassung stattgegeben wird. Es ist uns jetzt aber mitgeteilt worden, daß es dabei bleiben muß, daß der Landrat vom Kreistag gewählt wird<sup>156</sup>, von dem Kreistag, der jetzt am 28. April gewählt wird, und es ist uns in Aussicht gestellt worden, daß nach der Verfassung, die die Landesversammlung zu beschließen hat, uns die Möglichkeit offensteht, wieder zurück-

<sup>156</sup> Vgl. die Kreisordnung für das Land Groß-Hessen in GVB1. 12 (1946), § 18, Abs. 3.

zukommen auf den Standpunkt, den wir bisher eingenommen haben, den Landrat als einen politischen Beamten zu betrachten. Wir können also diese Änderung, wie wir sie jetzt akzeptieren mußten, auf dem Umwege über die Verfassung rückgängig machen.

Ich möchte dazu noch eine grundsätzliche Bemerkung machen: Man kann sich zweifellos auf den Standpunkt stellen, daß ein Landrat durch den Kreistag zu wählen ist, daß er einen Mann an seine Spitze stellt, den er kennt und von dem er glaubt, daß er seine Obliegenheiten gut erledigen wird. Das wäre eine Erscheinung, mit der man in der Schweiz ganz ausgezeichnete Erfahrungen gemacht hat. Aber all diese Dinge lassen sich natürlich nur durchführen in einer gut funktionierenden Demokratie und unter normalen Verhältnissen. Nur dann könnte man einer solchen Frage nähertreten und sich damit irgendwie befreunden, aber in der heutigen Zeit, wo wir mit der Erziehung zur Demokratie erst beginnen, wo wir unter außerordentlichen Verhältnissen leben, wo wir nicht wissen, ob der Mann, in den wir bei einer Wahl unser Vertrauen setzen, auch diesem Vertrauen entsprechen wird, in unseren heutigen Tagen ist es nicht möglich, diesen Gedanken zu erwägen. Die Situation ist heute die, daß trotz aller Versuche von uns die amerikanische Militärregierung uns mitgeteilt hat, daß wir den ursprünglich in der Kreisordnung weggelassenen § 19 a<sup>157</sup> wieder hineinsetzen mußten, wonach der Landrat zu wählen ist. So ist die Situation im Augenblick. Ich glaube, daß die hohe Versammlung durchaus beschließen könnte, daß sie ihrem Willen nach einer bestimmten Richtung Ausdruck gibt, daß der Landrat zu wählen ist oder politischer Beamter bleibt.

Das Gemeindegewahlgesetz für die größeren Gemeinden erfordert eine Änderung und Ergänzung des Gemeindegewahlgesetzes von 1945. Wir werden eine weitere Änderung und Ergänzung für das Wahlgesetz machen müssen, die ich gern bereit bin Ihnen vorzulegen. Dazu ist noch Zeit.

**Herr Heißwolf (SPD):**

Ich würde im Hinblick auf den Antrag, den Herr Bauer gestellt hat, den Antrag stellen, eine Abstimmung zu veranstalten. Um diese Abstimmung zu vermeiden, würde ich bitten, daß dieses Wahlgesetz für die Stadtverordneten nicht eher verabschiedet wird, bis es dem Kommunalpolitischen Ausschuß vorgelegen hat.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

**Herr Bauer (KPD):**

Ich ziehe meinen Antrag zurück.

**Herr Krüger (KPD):**

Wir sind damit einverstanden, daß die Anfragen an die zuständigen Regierungsstellen weitergegeben werden, und zwar die Anfrage Nr. 3: „Welche Maßnahmen hat das Ministerium vorbereitet, um zu kämpfen gegen die auf den Straßen

<sup>157</sup> So die Vorlage. § 11, Abs. 1 der Kreisordnung regelt die Wahl des Landrates. Vgl. GVBl. 12 (1946), S. 101.

herumliegende Jugend" etc.; Anfrage Nr. 5: die Erfassung alles brachliegenden Ackerlandes; Anfrage Nr. 9: Tätigkeit der vorbereitenden Kommissionen betreffend Übernahme der Nachrichtenkontrolle durch deutsche Behörden und Anfrage Nr. 10: Stellungnahme zu dem Brief der Kommission der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten vom 1. März 1946.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Dieser Brief wird durch den Herrn Minister für die politische Bereinigung behandelt.

Dann darf ich folgendes festhalten: Zu den Anfragen betreffend das Innenministerium: Soweit die Anfragen beantwortet worden sind, wird der Herr Innenminister sie noch dem zuständigen Ausschuß gegenüber beantworten.

Die Anfrage der CDU bezüglich des Beamtenrechts ist wohl erledigt durch die Aufklärung, die Ihnen der Herr Innenminister gegeben hat.

Es wäre noch notwendig abzustimmen über den Antrag: „Die Staatsregierung wird ersucht, weitere Abänderungen zu dem Gemeindegewahlgesetz der kreisfreien Städte vor der Verabschiedung dem Kommunalpolitischen und Geschäftsführenden Ausschuß zur Beratung vorzulegen.“ Wird dieser Antrag angenommen?

(Einstimmig angenommen)

Dann bleibt noch offen eine Stellungnahme zu der EntschlieÙung, wonach die Staatsregierung gebeten wird, bei der amerikanischen Militärregierung vorstellig zu werden, daß die Bestimmung über die Wahl der Landräte auf zwei Jahre aufgehoben wird.

**Herr Dr. von Brentano (CDU):**

Ich bitte, auch diesen Antrag dem Ausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Darf ich Sie bitten, sich damit einverstanden zu erklären.

(Zustimmung)

Damit ist auch der Antrag bezüglich der Landratswahl einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende unserer Beratungen über die Anträge und Anfragen und kommen nunmehr zu der Wahl der Ausschüsse. Da darf ich zunächst um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir schreiten zur Wahl der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses. Darf ich bitten, mir die Herren von der Liberal-Demokratischen Partei mündlich zu nennen.

Es werden vorgeschlagen von der SPD die Herren Heißwolf, Heigl und Rehbein, von der CDU Graf Matuschka, Herr Dr. Köhler und Herr Trabert, von der LDP die Herren Dr. Fertsch, Stetefeld und Catta, von der KPD die Herren Fisch, Schmüser und Willmann. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Der Haushaltsausschuß ist in dieser Form gewählt.

Wir kommen dann zum Kommunalpolitischen Ausschuß. Von der SPD werden vorgeschlagen die Herren Locke, Witte und Rehbein, von der CDU die Herren Dr. von Brentano, Pauly und Waßmuth, von der LDP die

Herren Catta, Kredel und Bauer, von der KPD die Herren Diez, Zeiß und Zängerle.

Widerspruch erhebt sich nicht. Damit ist der Kommunalpolitische Ausschuß gewählt.

Wir kommen zum Verfassungs- und Rechtsausschuß. Von der SPD werden vorgeschlagen die Herren Witte, Zinnkann und Richter, von der CDU die Herren Dr. von Brentano, Leitz und Fräulein Sevenich, von der LDP die Herren Dr. Fertsch, Catta und Kredel, von der KPD die Herren Bauer, Bademacher und Diez.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, also ist der Ausschuß gewählt.

Wir kommen zum Wirtschaftsausschuß und Ernährungsausschuß. Sind Sie damit einverstanden, daß wir sagen: Ausschuß für Wirtschaft und Ernährung?

(Zustimmung)

Von der SPD die Herren Heißwolf, Rupp und Richter, von der CDU die Herren Leitz, Graf Matuschka und Philipp, von der LDP die Herren Bauer, Weinsperger und Dr. Schönwandt, von der KPD die Herren Fisch, Barthel und Schmüser. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Der Sozialpolitische Ausschuß. Es werden vorgeschlagen von der SPD die Herren Richter, Nitsche und Wittrock, von der CDU die Herren Dr. Köhler, Leweke und Trabert, von der LDP Fräulein Bringezu und die Herren Bauer und Weidner, von der KPD Frau Wolf und die Herren Zängerle und Krüger. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Der Kulturpolitische Ausschuß. Die Fraktion der SPD schlägt vor die Herren Drott, Heigl und Rehbein, von der CDU Frau Epstein, Fräulein Sevenich und Herr Wendel, von der LDP die Herren Schwarzhaupt und Weidner und Fräulein Bringezu, von der KPD die Herren Krauss, Bauer und Willmann. Kein Widerspruch.

Wir kommen zum letzten Ausschuß, dem Flüchtlingsausschuß. Es werden vorgeschlagen von der SPD die Herren Nitsche, Wittrock und Locke, von der CDU die Herren Pauly, Philipp und Wendel, von der LDP Herr Weidner, Fräulein Bringezu, Herr Kredel, von der KPD Frau Wolf, Herr Zeiß und Herr Krüger. Sind Sie einverstanden?

(Zustimmung)

Dann sind wir von mir aus gesehen am Ende der Sitzung. Liegt noch zu irgendeinem Punkt eine Anregung vor? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Ich möchte die Sitzung nicht schließen, ohne Ihnen, meine Damen und Herren, die wir zum ersten Mal nahezu zwei Tage, ich darf wohl sagen im Sinne einer Arbeitstagung, zu den brennenden Problemen Stellung genommen haben, für Ihre Anteilnahme zu danken. Die nächste Sitzung wird termingemäß festgelegt werden durch Verständigung zwischen dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Herrn Ministerpräsidenten. Ich schließe die Sitzung.

Schluß gegen 15.30 Uhr

Wiesbaden, den 21. Mai 1946

Der Vorsitzende